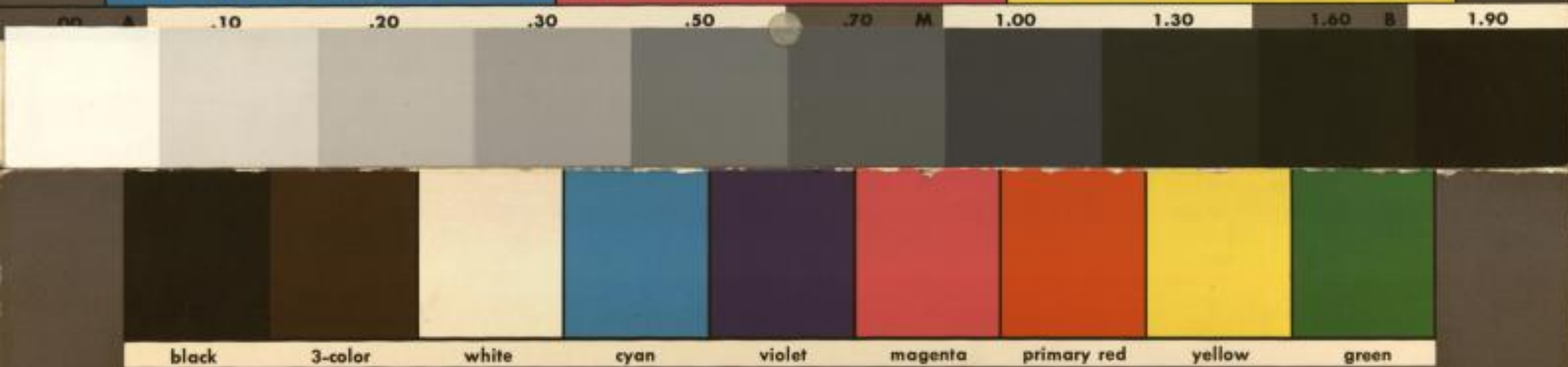




KODAK GRAY SCALE



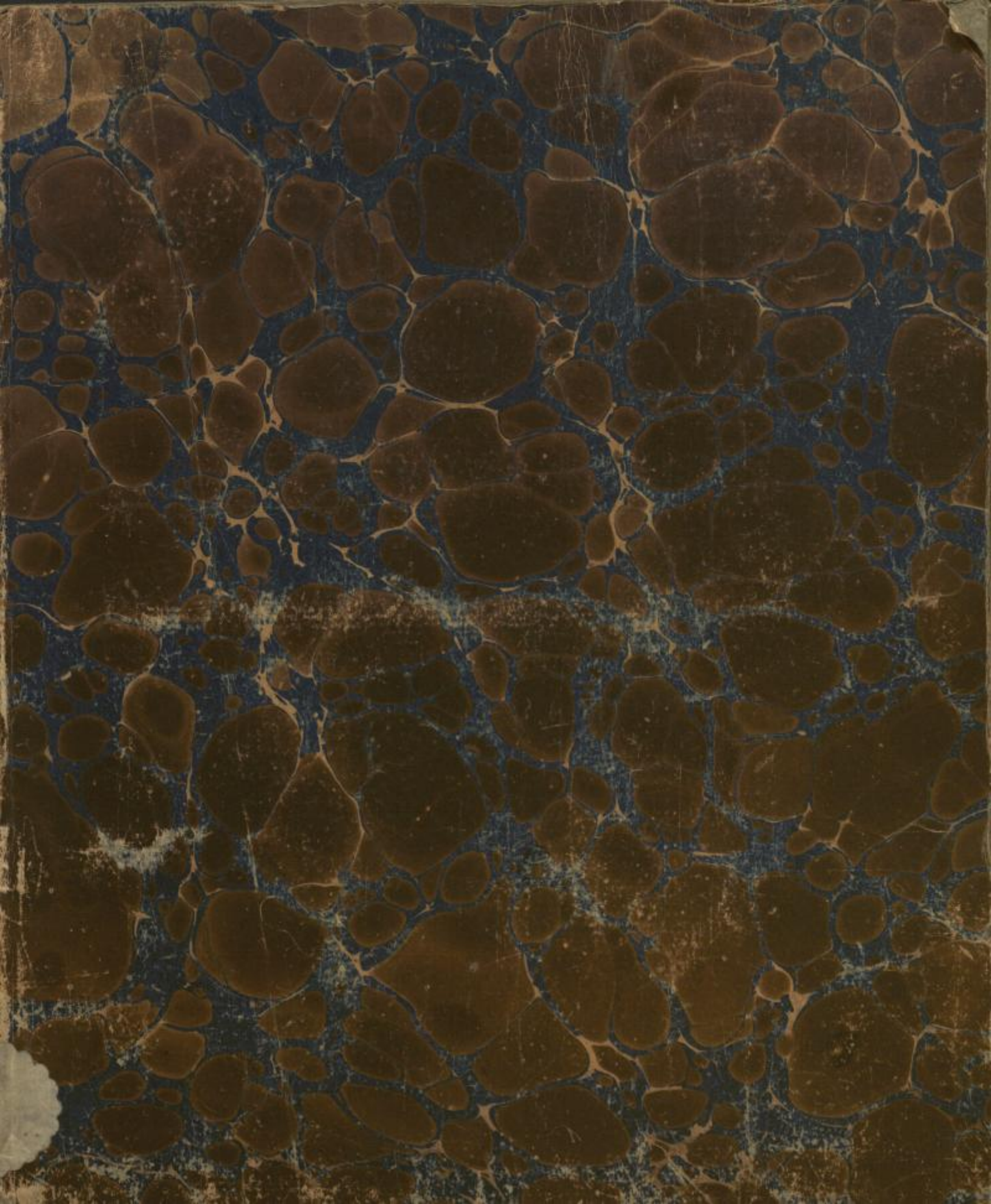
C	Red-Filter Negative	Cyan Printer	M	Green-Filter Negative	Magenta Printer	Y	Blue-Filter Negative	Yellow Printer
----------	---------------------	--------------	----------	-----------------------	-----------------	----------	----------------------	----------------



KODAK COLOR CONTROL PATCHES

These colors have been selected as representative of those inks commonly used in photomechanical reproduction.





UB Braunschweig

84



10279-010-8



V e r h a n d l u n g e n
des
Landtages des Herzogthums Braunschweig
v o m 27^{ten} A u g u s t 1832 a n,

(Sitzung vom 27. August.)

In Gemäßheit der Convocationschreiben der Präsidenten der beiden Sectionen der Landschaft vom 13. d. M., waren die seit dem 16. Octbr. v. J. vertagten Stände am 27. d. M. wieder zusammen gekommen. Von Seiten der ersten Section waren 31 Mitglieder in Person erschienen, und 8 hatten Vollmachten ertheilt; von Seiten der zweiten Section hatten sich 34 eingefunden, von denen einer mit einer Vollmacht versehen war. Beide Sectionen traten auch dieses Mal zu gemeinsamer Berathung zusammen, wie solches gleich beim Beginn dieses Landtags beschlossen worden war.

Der Präsident der ersten Section, Schatzrath von Plessen, eröffnete die Sitzung mit einer Anrede, worin er zuerst den regen und erfolgreichen Eifer der ständischen Commissarien, welche von der Landschaft im vorigen Herbst zur speciellen Bearbeitung des damals vorgelegten Entwurfs einer revidirten Landschaftsordnung und zur Vereinbarung über die darin zu treffenden Aenderungen mit der Regierung beauftragt worden waren, mit gebührendem Danke anerkannte. Derselbe sprach Namens der Commission es aus, daß diese bei ihren Unterhandlungen mit der Landesregierung Vertrauen und bereitwilliges Entgegenkommen gefunden hätten, so daß auch über die noch zu vereinbarenden Punkte mit letzterer sicher eine gütliche Uebereinkunft zu erwarten stehe. Hieran schloß sich dann der Wunsch, daß die versammelten Stände mit Besonnenheit und gegenseitiger Zuneigung das begonnene Werk zu einem glücklichen Ende fördern möchten, damit das landschaftliche Institut in der beabsichtigten veränderten Form und in seinem neuen Ausfließen dem geliebten Fürsten und dessen treuem Volke auch für die Zukunft zum Heil gereiche.

Nach dieser Anrede, deren Eindruck auf die Versammlung eben so tief als allgemein war, verlas der Präsident v. Plessen ein höchstes Rescript an die Landschaft vom 12. d. M., worin von Seiten der Landesregierung unter Mittheilung der bislang bearbeiteten und berathenen Gesekentwürfe, nämlich der neuen Landschaftsordnung, des Wahlgesetzes, der Geschäftsordnung, der Gesetze über den Civilstaatsdienst und die Organisation der verschiedenen Verwaltungsbehörden, und endlich eines Nebenvertrags über die Ordnung der finanziellen Verhältnisse des Herzogthums, der Zeitpunkt der Wiederberufung des Landtags auf den



27. d. M. bestimmt war. Dieses Rescript enthielt zugleich von Seiten des Durchlachtigsten Landesherrn die Erklärung, daß die wesentlichen Bestimmungen der genannten Gesetzentwürfe sich gegenseitig bedingen müßten, und daß insonderheit ohne eine Vereinbarung über die Bestimmungen hinsichtlich der finanziellen Verhältnisse, sowohl die beabsichtigten in hohem Grade wünschenswerthen Veränderungen in der Landesverwaltung, als auch die vorgeschlagenen Modificationen in der Repräsentation unausführbar sein würden. Se. Durchlaucht erwartete, daß Höchstdessen auf die Sicherung der Rechte Aller und auf die möglichste Beförderung der Landeswohlfaht gerichtete Absichten allgemeine Anerkennung finden würden, und daß für die Erreichung dieser Absichten die getreuen Stände ihre Mitwirkung zuversichtlich nicht würden fehlen lassen.

Nach Verlesung dieses Rescripts wandte sich der Präsident der zweiten Section, Magistratsdirector Bode, zu der Verlesung des neuen Entwurfs der revidirten Landschaftsordnung, indem er im Einverständnisse mit dem Schatzrathe v. Plessen die Bemerkung vorausschickte, daß die Berathung über die in einer neuen Fassung der Landschaft vorgelegten Propositionen am zweckmäßigsten, dem bisherigen Verfahren gemäß, durch Verlesung derselben einzuleiten sein werde. Die Mitglieder der Versammlung, welche in Beziehung darauf Anträge zu machen hätten, würden diese nach Verlesung des betreffenden Paragraphen vorbringen, und, gemäß der Bestimmung des §. 57 der Landschaftsordnung, schriftlich abgefaßt zur Einrückung in das Protocoll vorlegen müssen, damit zugleich über die Fassung abgestimmt und die Anträge im Falle des Durchgehens in beiden Sectionen an die Landesregierung gebracht werden könnten.

Es ward hierauf von einem Mitgliede der ersten Section den Präsidenten dafür gedankt, daß den Convocationschreiben an die Ständemitglieder die Entwürfe mehrerer zur Berathung kommender Gesetze, insonderheit der revidirten Landschaftsordnung, beigelegt worden wären. Da indeß die Zeit von der erlassenen Einberufung bis zur jetzigen Zusammenkunft zu kurz gewesen sei, um die mitgetheilten Gesetzentwürfe mit derjenigen Genauigkeit vorher durchgehen und prüfen zu können, welche die hohe Wichtigkeit ihres Inhalts erfordere, so sehe man sich zu der Bitte genöthigt, damit man dazu noch jezt nach Möglichkeit Zeit gewinne, die ersten Sitzungen nicht zu lange auszudehnen, und mit den anfänglichen Verhandlungen nicht zu rasch vorzuschreiten. Diesem Ersuchen, welchem sich mehrere andere Mitglieder der Versammlung anschlossen, erklärten die Präsidenten gern willfahren zu wollen.

Bei Verlesung des neuen Entwurfs der revidirten Landschaftsordnung ward zunächst der Antrag gestellt, daß diese Bezeichnung mit dem Ausdrücke „Landesgrundgesetz“ oder „Verfassungsurkunde“ vertauscht werden möchte. Denn das Ganze enthalte mehr, als eine Landschaftsordnung, und nur das vierte Capitel verdiene diese Bezeichnung. — Von Seiten einiger Mitglieder der ständischen Commission ward darauf entgegnet, daß die Regierung die Beibehaltung des fraglichen Titels gewünscht habe, und daß diesem Wunsche wohl nachzugeben sei, da der Name wenig zur Sache thue, um so mehr, weil in dem Contexte der

Ausdruck „Grundgesetz“ wiederholt vorkomme. — Der Antrag ward jedoch zur Abstimmung gebracht; da er aber nur in der zweiten Section die Mehrheit der Stimmen für sich erhielt (20 gegen 15), und in der ersten Section die Mehrzahl (30 gegen 8) gegen sich hatte, so mußte derselbe ruhen bleiben, und konnte nicht zur weitem Unterhandlung mit der Landesregierung an diese gebracht werden.

Beim §. 4. ward folgende Fassung in Antrag gebracht: „Obgleich jeder Regierungsnachfolger zur Erfüllung aller von früheren Regierungen übernommenen Verpflichtungen, und somit auch zur Aufrechthaltung der Landesgrundgesetze verbunden ist, so wird derselbe doch zu mehrer Bekräftigung dessen in dem Patente, durch welches er seinen Regierungsantritt verkündigt, und die allgemeine Huldigung anordnet, zugleich bei seinem fürstlichen Worte versichern, daß er die Landesverfassung in allen ihren Bestimmungen aufrecht erhalten und beschützen wolle.“ Diese Fassung sei um deswillen wünschenswerth, weil früher die Ansicht, namentlich auch bei den Landesherren selbst, vorgekommen sei, daß diese erst durch Ausstellung der Reversalen zur Beobachtung der Verfassung verpflichtet würden. Demgemäß hätten die Fürsten diesen Act möglichst zu umgehen gesucht, um bei ihrer Regierung nicht an die beschränkenden Bestimmungen der Verfassung gebunden zu sein. So habe namentlich der Herzog Karl, welcher 1735 zur Regierung gekommen sei, erst im Jahre 1770 die Reversalen ertheilt. Diese Ansicht sei aber irrig, und die daraus etwa folgenden Nachtheile müßten möglichst beseitigt werden. Denn nach altgermanischen Rechtsgrundsätzen sei es unzweifelhaft, daß der Regierungsnachfolger ohne alle Erklärung zur Aufrechthaltung der Verfassung verpflichtet sei. Sein beßfalliges Versprechen begründe diese Verbindlichkeit nicht erst, sondern diene nur zu deren Bestärkung. — Obgleich diese Rechtsgrundsätze keineswegs bestritten wurden, erklärte sich doch ein Mitglied der ständischen Commission für die Beibehaltung des §. 4. in seiner bisherigen Form. Denn derselbe biete auch so dem Lande hinreichende Sicherheit, weil darnach jeder Landesherr mit seiner ersten Regierungshandlung zugleich das Versprechen auf die Beobachtung der Verfassung ertheilen müsse. — In Folge dieser Erklärung ließ man den Antrag auf die obige Abänderung des §. 4. fallen.

Ad §. 12. ward von einem Mitgliede der Zusatz beantragt: „jedoch soll die gegenwärtige Verfassungsurkunde dadurch nicht abgeändert werden können“; denn ohne diesen Zusatz fehle es an aller Garantie. — Hiergegen ward indeß bemerkt gemacht, daß eine solche Bestimmung in dem Grundgesetze wahrscheinlich eine feindliche Stellung unserer Landschaft gegen den Bundestag herbeiführen werde, welche insonderheit unter den jetzigen Verhältnissen möglichst vermieden werden müsse, wie es denn überhaupt nicht nöthig sei, gegen einen Obern ohne Noth aufzureizen, und eine Opposition hervorzubringen. Eingriffe in unsere Verfassung seien auch in der That von der Bundesversammlung nicht zu befürchten, so lange sich die Stände in ihren verfassungsmäßigen Grenzen hielten. Denn allen, in anerkannter Wirksamkeit befindlichen Verfassungen sei nach den Grundgesetzen des Bundes Schutz zugesagt, und dieses Versprechen würde der Bund nicht selbst verletzen, man müßte sonst an deutscher Treue

und Rechtlichkeit verzweifeln. — Diese Erklärungen hatten die Folge, daß obige Motion zurückgenommen ward.

Beim §. 26. des neuen Entwurfs der Landschaftsordnung wurden Zweifel erhoben, ob der darin für die Ableistung des Erbhuldigungseides bestimmte Volljährigkeitstermin das vollendete 21. oder 25. Lebensjahr bezeichnen solle. Nach unserer Particulargesetzgebung könnten hierüber leicht abweichende Meinungen entstehen.

Dem ward entgegnet, daß unsere neuere Gesetzgebung die Volljährigkeit unzweifelhaft mit dem zurückgelegten 21. Lebensjahre eintreten lasse, weil mit diesem Zeitpuncte die Vormundschaft aufhöre, und von da an bis zum vollendeten 25. Lebensjahre nur noch die Befugniß, über die Substanz des Vermögens zu disponiren, beschränkt bleibe. Da man indeß neuerdings die Ausübung der politischen Rechte, namentlich bei den Wahlen, auf das zurückgelegte 25. Lebensjahr verstellt habe, so scheine es allerdings rathsam, um allen möglichen Zweifeln vorzubeugen, statt der Worte: „nach erreichter Volljährigkeit“ den Ausdruck „nach zurückgelegtem 21. Lebensjahre“ treten zu lassen. Der deßfallige Antrag ward ohne Abstimmung angenommen.

Beim §. 32. war die Motion gemacht, daß wegen Wahrung des Briefsheimnisses eine eigene Bestimmung hier eingeschaltet werden möge. Von den Mitgliedern der Commission ward bemerkt, daß Seitens ihrer darauf ein Antrag gerichtet, dieser jedoch von der Landesregierung mit der Bemerkung abgelehnt sei, daß die Postordnung, welche zur Publication bereit liege, genügende Bestimmungen über diesen Punct enthalten werde. Die Mitglieder des engern Ausschusses bemerkten, daß das Project zu der erwähnten Verordnung, welches ihnen zur gutachtlichen Aeußerung vorgelegt worden sei, allerdings durchgreifende Bestimmungen gegen die Verletzung des Briefsheimnisses enthalten habe, und ging die Ansicht Einzelner dahin, daß man einstweilen sich dabei beruhigen und erwarten könne, ob die Postordnung vor dem Schlusse des Landtages erscheine. Die Mehrzahl war dagegen der Ansicht, daß nichts destoweniger die fragliche Bestimmung auch im Grundgesetze zu wünschen, und der Antrag um deren Aufnahme in dasselbe bei der Landesregierung zu wiederholen sei.

Beim §. 37. ward von Seiten eines Mitgliedes der ersten Section auf die Weglassung des Wortes „agnatischer“ angetragen, da der agnatische Lehnverband, oder die aus dem Lehnserwerb folgenden Erbsprüche offenbar wohlervorbene Rechte seien, deren Aufhebung, wenn auch gegen Entschädigung, wahrscheinlich dennoch sehr große Härten mit sich führen werde. Deshalb sei auch über diesen Gegenstand in der preussischen Gesetzgebung, welche hierin wohl am meisten verdiene, zum Muster gewählt zu werden, der agnatische Lehnverband nicht aufgehoben worden.

Der Antrag ward indeß zurückgenommen, da man im Ganzen der Ansicht war, daß in dem fraglichen §. bloß die Aufhebung des Lehnverbandes im Allgemeinen ausgedrückt sein solle, ohne dem betreffenden künftigen Gesetze über die Ausführung dieser Maßregel vorzugreifen zu wollen.

Zum §. 38. ward der Zusatz: „im Falle einer abschlägigen Bescheidung sind ihm die Beweggründe unmittelbar mitzutheilen“ in Antrag gebracht, und ohne Abstimmung angenommen.

(Sitzung vom 28. August.)

Zunächst referirten die Präsidenten von den eingegangenen höchsten Rescripten, betreffend die Proposition:

- 1) einer Feuerordnung für das platte Land,
- 2) einer umfassenden Gesindeordnung,
- 3) einer Erhöhung des Chausseegeld-Tarifs für leichtes Fuhrwerk, und
- 4) einer von fremden, auf den Waaren-Verkauf reisenden Kaufleuten zu entrichtenden Gewerbesteuer,

imgleichen über die Legitimation der bei dieser Versammlung neu hinzugetretenen Mitglieder.

Der ferner von denselben gemachte Vorschlag, daß zur Prüfung und Begutachtung der vorerwähnten Propositionen zwei Commissionen niedergesetzt werden möchten, von welchen die eine, aus 3 Mitgliedern der ersten und 2 Mitgliedern der zweiten Section bestehend, die proponirte Gesinde- und Feuerordnung, die andere aber, aus 2 Mitgliedern der ersten und 3 Mitgliedern der zweiten Section zusammengesetzt, die beiden ad 3. und 4. erwähnten Propositionen übernehmen könnte, wurde ohne Abstimmung angenommen. Die durch verschlossene Zettel vorgenommene Wahl bestimmte zu Mitgliedern der ersterwähnten Commission den Amtmann Eleve zu Scheppau, Districtsgerichts-Assessor von Campe, Amtmann Eleve zu Aistfeld, Stadtrath Pockels und Amtmann Schütz; zu Mitgliedern der zweiten Commission aber die Kaufleute Geller und Seeliger, den Bürgermeister Dr. Gerhard, Kammer-Präsident von Bülow und von Gramm auf Volkersheim.

Es ward hierauf mit den Berathungen über das Grundgesetz fortgefahren. Das dritte Capitel, von den Gemeinden handelnd, machte dieses Mal den Gegenstand der Deliberationen aus. Ein Mitglied der ersten Section brachte beim §. 41. die nachtheiligen Folgen zur Sprache, welche sowohl für die Besitzer großer Güter, als auch für die Gemeinden durch Mangel an Vorsicht bei Gestattung des Wohnortsrechts entstehen könnten und auch schon entstanden wären, und daß die Verordnung vom 4. Mai 1830, das Wohnortsrecht der Unterthanen in polizeilicher Hinsicht betreffend, sehr verlegend in die früher hergebrachte Stellung der Güter und Landgemeinden zu einander eingreife. Auch habe diese Verordnung, insofern sie Dispositionen über gutsherrliche Verhältnisse enthielte, nicht ohne ständische Mitwirkung erlassen werden dürfen. Ein, diese speciellen Verhältnisse berührender, Zusatz zum §. 41. ward indeß in erster Section mit 30 Stimmen gegen 9 abgelehnt, weil eine solche Einzelheit wohl nicht zur Aufnahme in das Grundgesetz sich eigne, und der §. 41. auch kein Hinderniß aufstelle, den fraglichen Gegenstand durch ein besonderes Gesetz angemessen zu reguliren.

Der §. 45. des neuen Entwurfs der Landschaftsordnung veranlaßte ein Mit-

glied der zweiten Section zu dem Antrage, daß nicht bloß die Gemeinden und deren Anstalten, sondern auch die Gilden und sonstigen gebuldeten Corporationen gegen die Einziehung ihres Vermögens von Seiten des Staats, durch einen Zusatz zu diesem §. der Verfassung, gesichert werden möchten. Die westphälische Regierung habe sich in dieser Beziehung arge Eingriffe erlaubt, die zum Theil noch nicht wieder gut gemacht worden wären. Gegen solche Rechtsverletzungen für die Folgezeit Sicherheit zu erhalten, erscheine höchst wünschenswerth.

Erinnert ward gegen obigen Antrag, daß schon im §. 32. allen Personen, wozu im juristischen Sinne des Worts auch die Gilden und sonstigen Corporationen gehörten, Schutz ihres Eigenthums und ihrer übrigen Rechte zugesagt worden sei. Die obige Motion erscheine daher nicht erforderlich. Auch gehörten Bestimmungen über die Gilden wohl nicht in ein Capitel, welches von den Gemeinden handele.

Nebenbei ward auch bemerkt, daß man sich hinsichtlich der Fortdauer der Gilden durch eine Bestimmung in der Verfassung nicht die Hände binden möge, da deren Aufhebung zur Beförderung der Handels- und Gewerbsfreiheit in der Folge vielleicht erheischt werde. — Der auf den Schutz des Eigenthums der Gilden in Antrag gebrachte Zusatz zu §. 45. ward in zweiter Section mit 28 Stimmen gegen 8 angenommen, aber in erster Section mit 26 Stimmen gegen 13 abgelehnt.

Dagegen ward folgende veränderte Fassung des §. 32: „Der Staat gewährt jedem Einwohner und jeder gebuldeten Corporation Sicherheit der Person, des Eigenthums und seiner übrigen Rechte u.“ allgemein in beiden Sectionen angenommen.

In der zweiten Section ward ferner zu dem Passus des §. 46: „Der Regierungsbehörde steht die Entscheidung auf die Beschwerde zu, welche gegen die Gemeindeverwaltung erhoben worden,“ der Zusatz beantragt: „es wäre denn, daß Beschwerde über Eingriffe in wohlerworbene Rechte von einzelnen Mitgliedern oder Classen der Gemeinden geführt würde, in welchem Falle den Betheiligten der Weg Rechts offen steht.“

Als Grund hierfür ward bemerkt, daß, da die Repartition und Erhebung der Communalsteuer einen Theil der Gemeindeverwaltung ausmache, und die Verwaltungsbehörde durch das willkührliche Abgehen von dem bisherigen Repartitionsfuße Eingriffe in wohlerworbene Rechte einzelner Gemeindeglieder machen könne, so würde eine dadurch veranlassete Beschwerde nur Gegenstand einer gerichtlichen Entscheidung sein können. — Hiergegen ward indeß bemerkt, daß in dieser und ähnlichen Verwaltungsangelegenheiten die Zulassung eines processualischen Verfahrens gegen die Behörde, der Administration völlige Unordnung und Lähmung drohen würde, und daß der zugelassene Recurs genügenden und insonderheit schnellern Schutz gegen Willkühr zu gewähren scheine.

Bei der Abstimmung ward der Antrag, welcher nur in der zweiten Section zur Sprache gebracht worden war, mit 26 Stimmen gegen 10 abgelehnt.

Der §. 49. gab Veranlassung, wiederum auf den §. 41. zurückzukommen. In

erster Section ward zu dem letztern §. (welcher bestimmt, daß jedes Grundstück zu einer Gemeinde gehören soll) der Zusatz in Antrag gestellt: „jedoch kann das „Gehören zu einer Gemeinde oder einem Gemeindebezirke nicht von selbst die Folge haben, zu allen Gemeindefasten nach gleichem Fuße beizutragen zu müssen.“

Nachdem die Motion in erster Section mit 26 gegen 13 Stimmen zurückgewiesen war, trug ein anderes Mitglied derselben Section auf den Zusatz zum §. 41. an, „daß kein Gut anders, als aus gesetzlichen, in der Gemeindeordnung in Hinsicht auf die Güter näher zu bezeichnenden Gründen zu den Gemeindefasten beizutragen habe.“ — Bei näherer Erörterung dieser Angelegenheit ward namentlich von den Mitgliedern der ersten Section für das Angemessenste gehalten, daß die Rechtsverwahrung gegen die, den Gutsbesitzern durch die Verordnung vom 4. Mai 1830 zugefügten Benachtheilungen im Protocolle bemerkt, und der Landesregierung während dieses Landtags mit dem Ersuchen, in der hiernächst den Ständen vorzulegenden Gemeindeordnung auch über die Verhältnisse der Güter zu den Gemeinden angemessene Vorschläge zu thun, vorgetragen werde. Die Mitglieder der zweiten Section fanden, in Ermangelung eines desfallsigen Antrages, keine Veranlassung, sich hierüber zu äußern.

Rücksichtlich der §. 53. bis 56, enthaltend die besonderen Bestimmungen für die Stadt- und Landgemeinden, war man allgemein der Ansicht, daß hier keine zu specielle Anordnungen aufgenommen werden müßten. Diese gehörten vielmehr in die demnächst zu erlassenden Verordnungen für die Stadt- und Landgemeinden, wobei man auch einstimmig für erforderlich erachtete, daß nicht bloß für die Städte, sondern auch für die Dörfer die Ertheilung von Communalordnungen in der Verfassung zugesagt werden müsse. Zu jenen speciellen Bestimmungen über die Gemeinden, welche aus dem Grundgesetze wegzulassen seien, rechnete man namentlich die, daß alle drei Jahre die städtischen Vertreter zur Hälfte ausscheiden und erneuert werden sollten (s. §. 53. Nr. 1.), und die ähnlich lautende Anordnung hinsichtlich der Ortsgeschwornen in den Landgemeinden (§. 55.) Denn Einzelheiten der Art, wie der öftere oder geringere Wechsel der Stadtdeputirten und Ortsgeschwornen, ließen sich nur im Zusammenhange bei der Discussion über die ländlichen und Städteordnungen gehörig erörtern. Auch scheine es, daß über den fraglichen Gegenstand, so weit man ihn schon jetzt beurtheilen könne, abweichende Bestimmungen nach localen Verhältnissen, Einwohnerzahl &c. erforderlich sein würden. — Nebenbei erhob sich hier jedoch schon eine Discussion über die Frage: ob eine längere Dauer der Deputirten und Ortsgeschwornen, ein seltener und immer nur theilweiser Wechsel derselben zweckmäßiger sei, oder nicht? Für jene Ansicht sprachen sich insonderheit einige Mitglieder der zweiten Section in Beziehung auf diejenigen städtischen Magistrate aus, welchen größere und mannichfachere Geschäfte oblägen. In diese sich gehörig einzuarbeiten, erfordere nothwendig eine längere Amtsdauer, und ohne genaue Kenntniß des Ganges und des Gegenstandes der Geschäfte könne ein solcher Stadtver-

ordneter für seinen Ort nicht gehörig wirksam werden. In ähnlichem Geiste äußerte sich ein Mitglied der ersten Section, hinsichtlich der Ortsgeschwornen in den Dörfern.

Für jede Landgemeinde sei es höchst wünschenswerth, daß von ihren Verhältnissen, Gerechtsamen, Grenzen ic. einige Mitglieder genau unterrichtet wären, um in vorkommenden Streitigkeiten der ganzen Gemeinde zum Stützpunkt dienen zu können. Dieß zu erreichen, scheine ein zu häufiger Wechsel unter den Ortsgeschwornen nicht rathsam. — Für die entgegengesetzte Ansicht sprachen sich jedoch auch einige Ständemitglieder aus, welche besonders den Punkt hervorhoben, daß bei einer längern Amtsdauer der Stadtdeputirten und Ortsgeschwornen ein Mißgriff in der Wahl dieser Personen nicht so schnell wieder gut zu machen sei. Aus diesem Grunde sei es sogar für die Landgemeinden wünschenswerth, daß auch die Ortsvorsteher nur auf eine bestimmte Reihe von Jahren gewählt würden.

(Sitzung vom 29. August.)

Zu §. 57. der Landschaftsordnung wurde der Zusatz vorgeschlagen:

daß unzertrennte Wohl des Landesherrn und des Landes zu befördern, weil eine solche Fassung das Herz mehr ansprechen werde. Auf die Bemerkung, daß die Vertreter des Volkes zwar allerdings das Wohl des Landesherrn mit befördern, wenn sie für das Wohl des Landes sorgen, jedoch eine solche Andeutung im Landesgrundgesetze nicht passe, weil die Abgeordneten nur das Wohl des Landes direct zu vertreten hätten, das daraus resultirende Wohl des Landesfürsten aber Höchstdessen eigener und alleiniger Sorgfalt überlassen werden müsse, die in Antrag gebrachte Fassung aber einer besondern Fürsorge ähnlich sehen werde, die den Vertretern des Volkes nicht zustehe, wurde der Antrag zurückgenommen.

Der §. 60. der Landschaftsordnung gab zu einer sehr ausführlichen Discussion Veranlassung. Es wurde allgemein anerkannt, daß der größere und kleinere Grundbesitz in einem Lande, dessen Einwohner der größern Zahl nach von der Landwirthschaft leben, eine vorzügliche Berücksichtigung verdiene, gleichwohl auch Handel und Gewerbe einen so bedeutenden Erwerbszweig ausmachen, daß eine angemessene und genügende Vertretung desselben in Anspruch genommen werden müsse. Der wichtige Antheil, den die Ständeversammlung an der Gesetzgebung nähme, und die derselben obliegende Beförderung der geistigen Bildung machten es aber auch unerlässlich, die größte Sorge dafür zu tragen, daß es möglich würde, Männer zu Abgeordneten zu wählen, welche im Stande wären, theils das allgemeine Beste des Landes, aus diesem Gesichtspunkte betrachtet, zu fördern, theils aber auch bei Conflicten der Interessen der Landwirthschaft mit denen des Handels und der Gewerbe von einem unparteiischen und unbefangenen Standpunkte aus das allgemein Nützliche zu ermitteln, und die etwaigen einseitigen Ansichten der Standesclassen zu berichtigen, imgleichen bei Abstimmungen ein entscheidendes Uebergewicht des einen Interesses gegen das andere durch ihre Stimme auszugleichen. Ungeachtet dieser Uebereinstimmung in den allgemeinen Ansichten war man über die Art der Zusammensetzung der Ständeversammlung verschiedener Meinung.

Der erste Vorschlag zu einer Abänderung des §. 60 der Landschaftsordnung ging dahin:

zwölf Abgeordnete der Ritterschaft,
 zwölf Abgeordnete der Städte,
 zwölf Abgeordnete der Fleckenbewohner, Freisassen und Bauern, und
 zwölf Abgeordnete, welche gemeinschaftlich von den drei Standesclassen gewählt würden,
 zu bestimmen, und diese letzten zwölf nicht gemeinschaftlich, sondern von jeder Standes-
 classe vier wählen zu lassen, auch die Wahlbezirke im §. 66 und die Vorschrift über
 das im Entwurfe der Landschaftsordnung angenommene Eine Wahlcollegium hiernach
 dahin zu ändern, daß die Wahlbezirke §. 66 auf zwölf vermehrt und §. 69 drei
 Wahlcollegien statt Eines angeordnet würden.

Dieser Vorschlag wurde dadurch motivirt, daß das Interesse der Grundbesitzer durch
 die im Art. 60. vorgeschlagene Art der Repräsentation nicht genügend vertreten werde, weil
 vorauszusehen sei, daß man aus den Einwohnern der Stadt Braunschweig die bei weitem
 größte Zahl der Männer höherer Geistesbildung wählen, und dadurch der an sich schon starken
 Repräsentation dieser Stadt vollends ein entschiedenes Uebergewicht verschaffen werde. Es
 entstehe hieraus ein Mißverhältniß, und sei insbesondere die Ritterschaft hierbei zu sehr
 übergegangen, welche sonst eine eigene Section gebildet und über siebenzig Mitglieder auf dem
 Landtage gezählt habe. Die Billigkeit verlange unter solchen Umständen wenigstens eine
 gleiche Vertheilung der Repräsentation unter den drei Standesclassen. Da man in der Folge
 meistens darüber zu debattiren haben werde, ob der Grundbesitz oder das Gewerbe zu er-
 leichtern oder zu belasten sei, so greife dieser Punkt so tief in alle Verhältnisse ein, daß
 derselbe mit aller Sorgfalt zu würdigen sein werde. Hiergegen wurde angeführt, daß die
 Bewohner der Landstädte mit den Grundbesitzern in vielen Punkten dasselbe Interesse hätten,
 und deshalb eher im Interesse der Landwirthschaft als des Gewerbes stimmen würden, und
 daß daher eher Zweifel entstehen könnten, ob man nicht den Städten, um eine genügende
 Vertretung des Gewerbes herbeizuführen, noch mehr Abgeordnete hätte geben müssen.

Gegen die Ansicht, daß die Männer der höhern Geistesbildung von jeder Standes-
 classe zum dritten Theile in drei einzelnen Wahlcollegien gewählt werden sollten, erhoben
 sich viele Stimmen, unter denen einige mit unverkennbarem Eindrucke auf die ganze Ver-
 sammlung hervorhoben, daß im Geiste der neuen Verfassung überhaupt nicht der Abgeordnete
 nur das Interesse der Standesklasse, aus welcher er gewählt sei, vertreten, sondern, frei
 von Standesrücksichten, das Gesamtinteresse des Vaterlandes erwägen solle, noch weniger
 aber besondere Stände durch die Intelligenz vertreten würden, und daß nur da Gedeihen
 zu hoffen wäre, wo man sich mit gegenseitigem Vertrauen einander näherte. Nur das
 Wohl des ganzen Landes müsse dem Abgeordneten vorschweben, und sicher würden die neuen
 Stände die in sie gesetzten Hoffnungen nicht täuschen. Aus diesem Grunde könne es dann
 nicht mißlich erscheinen, der höheren Geistesbildung eine Anzahl von 16 Abgeordneten zuzu-
 weisen, und das um so weniger, als diese Zahl darauf berechnet sei, bei einem etwaigen

Conflicte unter dem Interesse der verschiedenen Standesclassen den Ausschlag geben zu können. Am wenigsten schiene der Grundbesitz zu fürchten zu haben, weil der Bauernstand mit den Besitzern ritterschaftlicher Güter nach künftiger Ablösung der Grundbelastungen gleiches Interesse haben werde, und man von demselben dann Einstimmigkeit mit den größern Grundbesitzern zu erwarten habe. Ohnehin könne ein einzelnes Land nicht still stehen in Fortbildung seiner Staatseinrichtungen, während die Zeit und Alles rund umher fortschreite. Wodurch solle eine Ständeverversammlung auf dem ihr angewiesenen Standpunkte ihre Würde behaupten, wie es ihr möglich werden, über die Gesetzgebung und Verwaltung reife Ansichten zu äußern, ja darauf bezügliche Gesetzworschläge nur richtig aufzufassen; und die allgemeinen und besondern Interessen des Landes gehörig zu vertreten, wenn man ihr die nöthige Anzahl von Männern entziehen wolle, welche durch wissenschaftliche Kenntnisse und Geschäftserfahrung eine höhere Ausbildung errungen hätten? Wo es sich von materiellen Interessen handele, da würden die vom Grundbesitz und dem Gewerbe gewählten zweiunddreißig Abgeordneten nicht durch theoretische oder speculative Ansichten von 16 Personen irregeleitet werden, und sicher nicht Gefahr laufen, ihre auf practischem Wege gewonnene Ueberzeugung einseitigen Ideen aufzuopfern.

Nach einer langen Discussion wurde der Antrag in seinem ursprünglichen Umfange zurückgenommen, zugestanden, daß die Männer höherer Geistesbildung in einem einzigen Wahlcollegio gewählt werden sollten, und nur der Punkt zur Abstimmung gebracht, daß jede Standesklasse zwölf Abgeordnete für sich und alle drei gemeinschaftlich die zwölf aus der Intelligenz wählen sollten.

In der ersten Section wurde der Antrag mit 26 gegen 16 Stimmen angenommen, in der zweiten mit 33 gegen 4 abgelehnt. Da die Verhandlungen der Ständeverammlung durch diese verschiedene Ansicht über einen so wichtigen Punkt unterbrochen sein würden, so wurde, nachdem von den Präsidenten auf die §§. 67 bis 69 der Landschaftsordnung vom 25. April 1820 verwiesen war, von jeder Section eine Commission von drei Mitgliedern gewählt, um sich über die Differenzen wo möglich zu vereinigen. Beide Sectionen verfügten sich einzeln in ihre besonderen Sitzungszimmer und erwarteten den Bericht ihrer Deputirten. Nachdem dieser in jeder einzeln erstattet war, versammelten sich beide Sectionen wieder, und der Präsident der ersten Section eröffnete der Ständeverammlung, daß der Antrag zurückgenommen, mithin der §. 60 der Landschaftsordnung, wie solchen die landesfürstliche Proposition enthalte, angenommen sei.

Zu §. 64 wurde herausgehoben, daß Wolfenbüttel in Hinsicht der Vertretung gegen Braunschweig nicht allein, sondern auch gegen die übrigen Städte des Landes benachtheiligt sei. Wolfenbüttel zähle an 8500 Einwohner. Möge man nun den Maßstab der Vertheilung der Abgeordneten von der Einwohnerzahl des ganzen Landes, oder aller Städte, oder nach der Steuerquote und der Beträchtlichkeit des Handels und der Gewerbe abgemessen haben, so komme diese Stadt immer in der Vertretung zu kurz. Durch Braunschweig

könne Wolfenbüttel nicht genügend mit vertreten werden, weil beide Städte hinsichtlich des Handels ein ganz verschiedenes Interesse hätten.

Es wurde hierauf entgegnet, daß Braunschweig in Hinsicht auf Handel und Gewerbe das Herz des Landes sei, und sich der Verkehr größtentheils daselbst concentrirte. Man könne der Stadt Braunschweig keinen Abgeordneten entziehen, ohne die begründete Besorgniß zu hegen, dem allgemeinen Interesse des Handels und der Gewerbe durch Ermangelung einer ausreichenden Anzahl solcher Vertreter, welche diesen wichtigen Erwerbszweig von allgemeinen und umfassenden Ansichten aus zu übersehen und zu beurtheilen im Stande seien, wahrhaft zu schaden. Auch wurde bemerkt, daß obgleich das numerische Verhältniß weder in Beziehung auf Volkszahl, noch Steuerquote, bei den vorliegenden Bestimmungen zum Grunde gelegt sei, nöthigenfalls nachzuweisen stehe, daß auch nach solchem die Anzahl der Abgeordneten der Stadt Braunschweig angemessen bestimmt sei, was man sich eventuell vorbehalten wolle.

Was die übrigen Städte des Landes betrifft, so wurde herausgehoben, daß Wolfenbüttel vermöge seiner Nähe bei der Hauptstadt des Landes nicht nur manchen Vortheil in Hinsicht seiner Erwerbsquellen habe, den andere Städte entbehrten, sondern daß dessen Verkehr durch ein daselbst fortwährend befindliches Militaircommando und durch die höheren Gerichte des Landes vermehrt werde. Das Handelsinteresse der Städte des Weserbistricts und anderer weiche viel mehr von dem der Stadt Braunschweig ab, als das von Wolfenbüttel, was sich schon ergebe, wenn man allein den Leinenhandel in Erwägung ziehe. Für diese Städte sei daher eher eine Vermehrung der Repräsentation Bedürfniß, als für Wolfenbüttel, besonders wenn man die Sache aus dem Gesichtspuncte betrachte, daß es nicht sowohl auf die Stimme eines einzelnen Abgeordneten mehr oder weniger, sondern darauf ankomme, daß durch einen einzelnen, von den Verhältnissen genauer unterrichteten Mann oft die Sache in einem richtigen Gesichtspuncte aufgefaßt, und vielleicht die Ansichten berichtigt und die Beschlüsse der ganzen Versammlung dadurch motivirt werden könnten. Es müsse also solchen Städten, die von Braunschweig entfernter seien, eher eine Vermehrung der Vertretung zugestanden werden, als den der Hauptstadt näher belegenen.

Es wurde hierauf der Vorschlag gestellt:

Daß Braunschweig fünf Abgeordnete, Wolfenbüttel und Helmstedt aber abwechselnd das eine Mal zwei, das andere Mal Einen Abgeordneten wählen sollten.

Der Vorschlag wurde in zweiter Section abgelehnt und darauf von einem Mitgliede der Versammlung dahin aufgenommen:

Daß die Stadt Braunschweig fünf, die übrigen sechs Wahlbezirke aber abwechselnd die übrigen sieben Abgeordneten wählen sollten.

Die Abstimmung über diesen Antrag wurde auf den Wunsch der Commission bis dahin verschoben, daß das Wahlgesetz discutirt sein werde, indem sich erst dann der Antrag mit allen seinen Folgen, insbesondere hinsichtlich der Wahlen, gehörig beurtheilen lasse.

(Sitzung vom 30. August.)

Nachdem die Sitzung eröffnet und das Protocoll vom gestrigen Tage verlesen worden war, wurden noch in Beziehung auf den gestern discutirten §. 63. folgende Anträge gemacht:

1) von einem Mitgliede der zweiten Section:

„daß der Stadt Blankenburg, ohne mit Hasselfelde zu concurriren, das Recht auf die Abordnung eines Deputirten zugestanden werde;“

2) von zwei andern Mitgliedern derselben Section:

„daß den Städten Schöppenstedt und Schöningen die gemeinschaftliche Wahl eines Abgeordneten zugestanden, die Stadt Königslutter aber in dieser Hinsicht mit Helmstedt vereinigt werde.“

Die Antragsteller erklärten dabei, daß, nachdem eine gleichartige gestern zur Sprache gebrachte Motion in Betreff des §. 63. bis zur Discussion über das Wahlgesetz verschoben worden sei, sie auch die nähere Entwicklung der ihrigen bis dahin aussetzen, und nur um ihre Rechte in Ansehung des Vortrages derselben zu wahren, dieselben jetzt im Protocolle niedergelegt haben wollten.

Beim §. 66. (betreffend die Wahlbezirke der Fleckenbewohner, Freisassen und Bauern) ward von einem Mitgliede der Ritterschaft der Antrag gestellt, „daß dem Kreisamte Calvörde das Recht, für sich allein einen Deputirten abzuordnen, beigelegt werden möge,“ selbst wenn dies nur dadurch zu erreichen sei, daß die Zahl der Abgeordneten der Landbewohner auf elf festgesetzt, und folglich um einen gegen die der Ritterschaft vermehrt werde. Das Kreisamt Calvörde verdiene diese besondere Berücksichtigung wegen seiner isolirten Lage. Diese sei der des Kreisgerichts Thedinghausen sehr ähnlich, welches aus eben dem Grunde durch einen besondern Deputirten vertreten werde. — Daß die Stellung des Kreisamts Calvörde der von Thedinghausen gleich komme, ward indeß von mehreren Seiten bestritten. Dasselbe befinde sich in Hinsicht auf die gutherrlich-bäuerlichen Verhältnisse in eben der Lage, wie die Hauptbestandtheile des Herzogthums. Mit diesem Puncte verhalte es sich bei Thedinghausen ganz anders. Außerdem rühre die ungünstige Lage, in welcher sich Calvörde befinde, daher, daß dieses Amt ganz von preussischem Gebiete umschlossen sei, und deshalb manche Steuern doppelt entrichten müsse. Diesen Uebelstand zu heben, sei allerdings höchst wünschenswerth; aber die Ertheilung größerer politischer Rechte für dieses Kreisamt, wie die Befugniß, einen besondern Abgeordneten zur Ständerversammlung zu senden, lasse sich daraus nicht herleiten. — Da in Folge dieser Erörterung der obige Antrag in der Versammlung keinen Anklang fand, so ließ ihn der Antragsteller fallen.

Beim §. 68. machte ein Mitglied der zweiten Section darauf aufmerksam, daß es rathsam erscheine, hier festzusetzen, daß die Abtretung von Landestheilen keine Verringerung der Anzahl der ländlichen Deputirten nach sich ziehen dürfe. Die dieser Bemerkung zum Grunde liegende Besorgniß ward indeß durch die Entgegnung beseitigt, daß Tausch- und Abtretungsverträge der fraglichen Art nicht ohne Einwilligung der Stände geschehen könnten,

und daß auch die daraus folgenden Aenderungen in den Wahlbezirken ihrer Mitwirkung bedürften. Letzteres involvire namentlich eine Abänderung der Verfassung. Deshalb sei man in jeder Hinsicht über den zur Sprache gebrachten Punct gesichert.

Zum §. 71. trug ein Mitglied der zweiten Section darauf an:

„daß den Mitgliedern der Ritterschaft, welche schon jetzt zur Theilnahme an den Ständeverhandlungen zugelassen seien, die (passive) Wahlfähigkeit, ungeachtet des noch nicht überschrittenen dreißigsten Lebensjahrs, conservirt werden möge.“

Mehrere der in solcher Lage befindlichen Mitglieder der Ritterschaft erklärten sich gegen eine solche Bestimmung, weil sie als eine persönliche Begünstigung erscheinen müsse. Dagegen ward aber erinnert, daß eine solche Ausnahme nicht allein in Hinsicht auf die Mitglieder der Ritterschaft, sondern auch in Beziehung auf alle dormaligen Mitglieder der Landschaft, welche das 30. Lebensjahr noch nicht überschritten hätten, sehr wohl gerechtfertigt und in den Landtagsabschied als transitorische Bestimmung aufgenommen werden könne. Denn die Rücksichten, durch welche jene beschränkende Bestimmung motivirt werde, daß nämlich einem Manne von minderm Alter die Vermuthung der Reife entgegen stehe, fielen wohl hinweg, sobald ein solcher bereits an den ständischen Verhandlungen Antheil genommen habe, und ihm nun, ungeachtet des geringern Lebensalters, von seiner Standesclasse Vertrauen geschenkt werde. Dieser Antrag, welcher angenommen ward, erhielt namentlich in der zweiten Section alle Stimmen für sich.

Das fünfte allgemeine Erforderniß für alle Abgeordnete (keine Rückstände an öffentlichen und Communalabgaben zu haben, wegen welcher Execution verfügt sei), gab auch Stoff zu mehrfachen Erörterungen. Einige wünschten, daß das Wort: „Communal-Abgaben“ gestrichen würde. Der beßfällige Antrag in der zweiten Section fiel aber durch, weil insonderheit, wie Einige auseinandersetzten, in Braunschweig und Wolfenbüttel sehr viele Einwohner wären, die keine andere als Communalsteuern entrichteten. — Ueber den Grund dieser Bestimmung war man indeß allgemein einverstanden, daß nämlich Niemand zur Ausübung des wichtigen politischen Rechts der Landstandschaft zugelassen werden dürfe, der nicht zuvor seinen Obliegenheiten gegen den Staat vollständig genügt habe.

Zum §. 73. ward der Zusatz, daß die Regierung den zu Deputirten gewählten Staatsdienern die Annahme einer solchen Wahl nur versagen dürfe, „aus Gründen, welche aus dem Wesen des Dienstes zu entnehmen und der Landschaft mitzutheilen seien,“ nach einigen Debatten über den Nutzen einer solchen Bestimmung, in beiden Sectionen angenommen.

Ad §. 77. Auf die Bemerkung, daß die im Eingange dieses Paragraphen erwähnten Voraussetzungen zur Wahlfähigkeit eines städtischen Deputirten einiges Dunkel darüber zurücklassen könnten, ob sie copulativ oder disjunctiv zu verstehen seien, ward einstimmig folgende Aenderung angenommen:

„Wählbar als Abgeordnete der Städte sind * * und alle diejenigen Bürger, welche

„Handel, oder Gewerbe, oder Ackerbau treiben, zugleich Grundeigenthum im Bezirke der Stadt besitzen, und daselbst ihren Wohnsitz haben.“

Zum §. 78. machte ein Deputirter der Freisassen den Antrag, daß die Anzahl der zu Deputirten wahlfähigen Landbewohner nicht durch die Division der Zahl sechs, sondern drei in die Summe der Reihenhöfe, bestimmt werden möge. Derselbe motivirte seinen Antrag durch die Bemerkung, daß bei Annahme des im Entwurfe §. 78. enthaltenen Principis nicht zu erwarten stehe, daß in jedem Orte ein Wählbarer sich finden, und daß muthmaßlich die Mittelklasse der Hofbesitzer ausgeschlossen sein werde, in welcher häufig die am meisten befähigten Personen anzutreffen wären. — Auf die Entgegnung, daß durch die Ergebnisse angestellter Proben diese Besorgniß ausgeschlossen werde, nahm der Antragsteller seine Motion einstweilen zurück, behielt sich jedoch, in Gemeinschaft mit mehreren anderen Deputirten der Freisassen, die Wiederaufnahme derselben vor, sobald er die Actenstücke, insonderheit die Tabellen eingesehen habe, welche der Regierung und der ständischen Commission bei Aufstellung des vorgeschlagenen Principis zur Grundlage gedient hätten.

Ad §. 82. Einer der älteren Rittergutsbesitzer erklärte, daß es ihm hart erscheine, den Grundsatz aufzustellen, daß Jeder die auf ihn gefallene Wahl als Abgeordneter annehmen müsse, und daß man nur in einzelnen Fällen von dieser Pflicht sich losmachen könne. Denn durch die Theilnahme an den landständischen Verhandlungen sei es in der Folge leicht möglich, in unangenehme Collisionen und Händel verwickelt zu werden, wodurch Ruhe und Familienglück gestört würden. Von Seiten der ständischen Commission ward darauf erwidert, daß sie auf diese Gründe gegen die fragliche Bestimmung allerdings auch gekommen, daß ihr dieselbe aber gerade in Beziehung auf die Ritterschaft nothwendig erscheine. Denn bei der geringeren Anzahl der Wählbaren von Seiten dieser Standesklasse könne sonst leicht der Fall eintreten, daß dieselbe, indem mehrere ihrer Mitglieder die Wahl ablehnten, die festgesetzte Zahl von Landtagsdeputirten nicht abordnen könne. Dem daraus entstehenden Nachtheile müsse daher vorgebeugt werden.

Ad §. 98. Nro. 3. wünschte ein Mitglied der Ritterschaft, daß unter den Gegenständen der Gesetzgebung, bei welchen die Zustimmung der Stände erforderlich sei, auch die gutherrlichen Verhältnisse mit aufgeführt würden. Dies sei namentlich auch geschehen im §. 28. der Landschaftsordnung von 1820. Jener Zusatz ward indeß nicht für nöthig erachtet, denn die gutherrlichen Verhältnisse seien mit unter dem Ausdrücke „bürgerliches Recht“ begriffen, da dieses hier dem Criminalrechte entgegengesetzt, mithin in seiner weitern Bedeutung zu nehmen sei.

Bei demselben §. ward ferner der Antrag gestellt, daß der Landesherr auch bei allen Gesetzen über das Kirchenwesen und die öffentlichen Unterrichtsanstalten an die Mitwirkung und Einwilligung der Stände gebunden werden möge. Als Grund für diesen Antrag wurden die Gefahren entwickelt, welchen das Kirchen- und Schulwesen ausgesetzt sein könne, wenn in dieser Hinsicht ein Regent freie Macht behalte, seine individuellen Ansichten und Mei-

nungen zur allgemeinen Norm zu machen. Derselbe könne das Consistorium, sein Organ in kirchlichen Angelegenheiten, leicht mit Personen besetzen, welche sich zu denselben Ansichten hinneigten, und dann könne er in Kirchensachen Alles durchsetzen.

Dagegen ward erinnert, daß dem gefürchteten Uebel nur durch Anordnungen anderer Art, nicht aber durch Concurrenz der Ständerversammlung bei diesem Zweige der Gesetzgebung abgeholfen werden könne. Denn diese sei eine politische Körperschaft, in die außerdem Jeder, ohne Unterschied seines Glaubens, gewählt werden könne. Dies würde denn die Folge haben, daß Personen verschiedenen christlichen Glaubensbekenntnisses über Kirchensachen anderer Confessionsverwandten mit Beschlüsse faßten.

Der fragliche Antrag kam nur in der ersten Section zur Abstimmung, wo er mit entschiedener Majorität abgelehnt ward.

(Sitzung vom 31. August.)

Zunächst ward der Antrag gemacht, daß im §. 100.^{*)} des neuen Entwurfs der Landschaftsordnung das Wort „geforderten“ Gutachtens in „angehörten“ Gutachtens ic. verwandelt werden möge. Der Unterschied laufe darauf hinaus, daß, wenn den Ständen ein Gesetzentwurf, welcher seinem Gegenstande nach ihrer Zustimmung bedürfe, nur zur gutachtlichen Aeußerung vorgelegt werde, und also unter solchen Umständen von ihnen das bloße Gutachten abgelehnt werden müsse, nach der ersten Fassung der Worte immer des erforderlichen Gutachtens im Eingange der Gesetze erwähnt werden könne. Im entgegengesetzten Falle aber müsse eine solche Differenz zwischen Regierung und Ständen vor dem, im §. 231 des neuen Entwurfs festgesetzten, gemeinschaftlichen Gerichtshofe zur Entscheidung gebracht werden.

Dieser Antrag ward von Mehrern unterstützt und allgemein angenommen.

Beim §. 102.^{**)} ward der Antrag gestellt, daß die Bestimmung dieses §. mit der des §. 9 in Harmonie gebracht werden möge, so daß der Landesherr nicht bloß hinsichtlich der Größe des Truppencorps, sondern auch in Betreff der Bildung und Zusammensetzung desselben, nach den Bestimmungen sich richten müsse, welche durch die Militairverfassung des deutschen Bundes vorgeschrieben worden wären. Wolle der Landesherr darüber in der einen oder andern Hinsicht hinausgehen, so sei dazu jeder Zeit die ständische Einwilligung erforderlich.

Auch dieser Antrag ward einstimmig angenommen.

Ad §. 103 wünschte ein Mitglied der ersten Section, daß hier für die Stände nicht

*) §. 100. c. Form der Gesetze. „Die Gesetze sollen im Eingange der erfolgten Zustimmung, oder des vorher erforderlichen Gutachtens und Rathes der Ständerversammlung ausdrückliche Erwähnung thun.“

**) §. 102. Ein größeres, als das durch die Bundesgesetzgebung vorgeschriebene, Truppencorps wird ohne Zustimmung der Stände nicht aufgestellt werden.

bloß die Befugniß, sondern auch die Verpflichtung ausgesprochen werde, auf Abhülfe wegen gegründet erachteter Justizbeschwerden zu dringen.

Dagegen ward erinnert, daß die Verpflichtung der Stände zur verfassungsmäßigen Ausübung ihrer Rechte im §. 57 allgemein ausgedrückt worden sei, und daß diese Verpflichtung wohl nicht bei einzelnen Rechten noch besonders ausgehoben werden dürfe, ohne der Meinung Raum zu geben, daß da, wo solches unterlassen sei, diese Pflicht in einem mindern Grade bestehe. — Bei der Abstimmung in erster Section ward dieser Antrag abgelehnt.

Beim §. 104 (über das Präsentationsrecht der Stände zu zwei Rathsstellen im Landesgerichte) trug ein Mitglied der zweiten Section darauf an, die hierher aus der Landschaftsordnung von 1820 übertragene Bestimmung, „daß die zu präsentirenden Candidaten von den höheren Justizcollegien der Landschaft als fähig bezeichnet werden müßten, ganz fortgelassen werde. — Der Antragsteller bemerkte dabei, daß, da der präsentirte Candidat das Richterexamen bestehen müsse, jenes von den höheren Justizcollegien im Voraus über seine Befähigung auszusprechende Urtheil nicht von Gewicht sei, und jene nur in Verlegenheit bringen werde. Diese Bemerkung ward allgemein für begründet erachtet, und der Antrag einstimmig angenommen.

Zum §. 108 trug ein Mitglied der ersten Section darauf an, daß statt der Bestimmung, daß nur wegen „einer Verletzung der in der Anwendung unzweifelhaften Bestimmungen dieses Landesgrundgesetzes ein Antrag auf Bestrafung ic. Statt habe, schlechthin gesetzt werde, „wegen einer Verletzung der Bestimmungen dieses Landesgrundgesetzes.“ Dieser Antrag ward durch die Bemerkung motivirt, daß der Richter an sich schon verpflichtet sei, darauf Rücksicht zu nehmen, ob eine Bestimmung der Verfassung, über deren Verletzung er zu erkennen habe, dunkel und unbestimmt gefaßt sei, oder sonst in ihrer Anwendung als zweifelhaft dastehe. Eben so verstehe es sich von selbst, daß der Richter bei Beurtheilung eines gegebenen Falles zu berücksichtigen habe, ob und in wie weit Ungenauigkeit oder Zweifelhaftigkeit einer überschrittenen Bestimmung der Verfassung dem Angeklagten zur Entschuldigung gereiche. Dieser Bemerkung stimmten Viele ausdrücklich bei, und der Antrag ward allgemein angenommen.

Zum §. 109 wurden darüber Zweifel erhoben, ob die von den auswärtigen Höfen zum gemeinschaftlichen Oberappellationsgericht bestellten Räte wohl an einer solchen Entscheidung Theil zu nehmen gehalten wären. In Folge dieser Bemerkung ward für zweckmäßig erachtet, daß durch eine Uebereinkunft mit den zu einem gemeinschaftlichen Oberappellationsgericht verbundenen Höfen, dasselbe zu jener Entscheidung ausdrücklich für competent erklärt, und dieses in der neuen Ordnung für dieses Gericht ausgedrückt werden möge. Der vorgeschlagene beßfallsige Antrag an die Landesregierung ward einstimmig angenommen.

Zu §. 111 ward die Motion gemacht, daß der Regent hinsichtlich eines wegen Verfassungsverletzung Angeklagten weder Abolition, noch auch nach gesprochenem Urtheile eine Begnadigung solle eintreten lassen können.

Nach einiger näherer Erörterung sprach sich die Versammlung gegen eine solche Maßregel, als zu hart, aus, und es ward darauf zu diesem §. der anderweite Zusatz:

„Daß der (wegen Verfassungsverletzung) Verurtheilte im Staatsdienste nicht wieder angestellt werden könne,“

allgemein angenommen.

Hinsichtlich des §. 113 war man auf eine beßfalls hingeworfene Anfrage allgemein darüber einverstanden, daß den Ständen und resp. dem ständischen Ausschusse die Befugniß zustehe, zu beurtheilen, ob einer der Fälle eingetreten sei, in welchen sie zu selbst berufenen Landesversammlungen (jezt Convocationstagen), zusammentreten dürften. Es bedürfe hierüber keiner ausdrücklichen Bestimmung. Auch seien die früheren Streitigkeiten mit den Regierungen nur über die Grenzen dieses Selbstberufungsrechts geführt worden, indem in den ältern Landtagsabschieden ganz unbestimmt dabei bemerkt gewesen sei, daß dasselbe bloß in zugelassenen Fällen auszuüben stehe.

Ad §. 127 ward von Seiten eines Repräsentanten der Stadt Braunschweig der Antrag gemacht:

„Daß die landschaftliche Sammlung vaterländischer Münzen, um sie zugänglicher und gemeinnütziger zu machen, auf dem Museum aufgestellt werden möge.“

Dies sei auch von der andern Seite unbedenklich, da das Museum künftig als Landesinstitut zu betrachten sein werde.

Obiger Antrag fand allgemeine Zustimmung.

Beim §. 128 bemerkte ein Rittergutsbesitzer, daß ihm zwar alljährliche Landtage noch immer am zweckmäßigsten erschienen. Weil jedoch sein früher darauf gerichteter Antrag keinen Eingang gefunden habe, so wolle er diesen zwar nicht wiederholen, jedoch die Motion hiermit einbringen:

„Daß die Regierung ersucht werde, dem Landtagsabschiede die Bestimmung einzuschalten, es solle in den nächsten 9 oder mindestens 6 Jahren eine alljährliche Berufung der Stände Statt haben.“

Zur Unterstützung dieses Antrages hob derselbe heraus, daß eine große Zahl neuer Gesetze, welche der ständischen Zustimmung bedürften, bereits versprochen worden wäre. Dabei sei es aber gewiß angemessen, daß diese Gesetze in beträchtlichen Zwischenräumen den Ständen zur Berathung vorgelegt würden, und daß die Lesern nicht übermäßig lange zusammen zu bleiben genöthigt würden, damit sie weder durch eine überlange Entziehung von ihren übrigen Geschäften zu sehr gestört, noch durch die Masse der zugleich vorzunehmenden Arbeiten ermüdet würden.

Dieser Antrag ward von mehreren Seiten unterstützt und ohne Abstimmung angenommen.

Beim §. 130 beantragte ein Mitglied der Ritterschaft den Zusatz: „daß die Regierung bei der Berufung der Stände, diesen zugleich im Allgemeinen die Gegenstände, welche zur Berathung kommen würden, mitzutheilen habe.“ Diese Einrichtung, welche im Mecklenburgischen bestehe, erweise sich da höchst nützlich. Sie gebe jedem Einzelnen Gelegen-

heit, was insonderheit bei wichtigen Gegenständen der Gesetzgebung sehr wünschenswerth sei, Alles gründlicher zu prüfen, die eigenen Sammlungen und Quellen genauer durchzugehen, und so in jeder Hinsicht vorbereiteter in die Versammlung zu kommen.

Dagegen ward erinnert, daß eine Einrichtung der Art dem constitutionellen Wesen entgegen sei. Die Regierung müsse erst die Zusammensetzung der Stände und den Geist, der unter ihnen herrsche, kennen, bevor sie denselben Propositionen vorlegen könne. Die Regierung werde durch die Nothwendigkeit, vorher die Gegenstände der Gesetzentwürfe mitzutheilen, leicht in die unangenehmsten Verwickelungen gerathen. Der fragliche Antrag gehe seinem Hauptzwecke nach darauf hinaus, daß die Gründlichkeit in den ständischen Verhandlungen dadurch gehoben und befördert werden möge. Dieß Ziel werde indeß künftig durch die neue Geschäftsordnung, welche einen viel langsamern Gang vorschreibe, erreicht werden. Von einer andern Seite ward gegen den obigen Antrag noch bemerkt, daß bei einer vorgängigen Mittheilung der landesherrlichen Propositionen die Stände wahrscheinlich vom Publicum sehr stark bearbeitet werden möchten, und daß dann in Folge von Eingebungen, Ueberredungen oder Versprechungen ic. mehr die Ansichten dritter Personen, als die der Ständemitglieder selbst bei den Verhandlungen von entscheidendem Gewicht sein möchten.

Der obige Antrag ward demnach fallen gelassen.

Zum §. 133 trug ein Mitglied der Ritterschaft auf den Zusatz an: „die Verhandlungen der Ständeversammlungen sollen der Regel nach öffentlich sein für Alle, welche die allgemeinen Eigenschaften der Abgeordneten-Wähler besitzen.“ Derselbe suchte in einer sehr ausführlichen Rede jenen Antrag hauptsächlich dadurch zu motiviren, daß die Wähler von ihrem Wahlrechte keinen zweckmäßigen und heilsamen Gebrauch machen könnten, wenn man sie hindere, die Abgeordneten demnächst in der Erfüllung ihrer Berufspflichten beobachten zu können. Demnach müsse man wenigstens den Wählern der Deputirten Zutritt zur Ständeverversammlung und vollständigen Druck der Protocolle mit Nennung der Namen gestatten.

Von mehreren Seiten ward anerkannt, daß, wenn für Oeffentlichkeit der Verhandlungen gestimmt werden sollte, es angemessen sei, darüber eine ausdrückliche Bestimmung in das Landesgrundgesetz selbst aufzunehmen. Man war jedoch allgemein der Ansicht, daß die Berathung über diesen wichtigen Punkt bis zum §. 52 der Geschäftsordnung auszusetzen sei, weshalb es darüber vorerst zu keinen weiteren Debatten kam.

Beim §. 145 ward auf das Bedenken Einzelner bemerkt, daß, wenn es in diesem §. heiße, „ein Beschluß der Ständeverammlung erhalte nicht eher gesetzliche Gültigkeit, als bis ihm die landesfürstliche Zustimmung ertheilt und er als Gesetz publicirt sei,“ dieß nur von Beschlüssen der Stände gelten könne, durch welche sie eine Theilnahme an der Gesetzgebung ausübten, nicht aber andere Rechte, z. E. das Präsentationsrecht zu zwei Rathsstellen im Landesgerichte, geltend machten.

Diese Erklärung des §. 145 ward allgemein für die richtige anerkannt.

Beim §. 155 und 156, über die Contrasignatur und Verantwortlichkeit der Mitglieder des Staatsministeriums, erhob sich auf Veranlassung eines Mitgliedes der Ritterschaft eine sehr lebhafte Debatte darüber, ob die Verantwortlichkeit den Chef des betreffenden Ministe-

rialsdepartements oder den Contrasignirenden treffen solle. Die nähere Erörterung dieser Frage, so wie die Abstimmung darüber, ward indeß auf den 3 Sept. d. J. hinausgesetzt.

(Sitzung vom 1. September 1832.)

Nach Verlesung des Protocolls vom gestrigen Tage erneuerte dasjenige Mitglied der Ritterschaft, welches gestern den Antrag „auf Mittheilung der landesherrlichen Propositionen bei Einberufung der Stände“ gemacht hatte, diese Motion mit der Bemerkung, daß ihm die Sache von zu hoher Wichtigkeit erscheine, als sie ohne Abstimmung fallen zu lassen. Nachdem über diesen Gegenstand discutirt, und im Ganzen dieselben Gründe und Gegengründe wieder vorgebracht worden waren, wie am gestrigen Tage, ward zur Abstimmung geschritten und ward der fragliche Antrag in erster Section mit 21 Stimmen gegen 20 verneint, in zweiter Section dagegen mit 23 Stimmen gegen 14 angenommen. Zur Ausgleichung dieser Differenz zwischen den beiden Sectionen ward sodann eine gemeinschaftliche Commission, bestehend aus dem Hofrath Bruns, Landdrosten von Gramm, Schatzrath von Plessen, Oberappellationsrath Sünther, Cammerath von den Brinken und Hofrath Hettling erwählt.

Beim §. 164 ward das Bedenken aufgestellt, ob danach nicht der Regent, welcher Theile des Cammerguts veräußert habe, selbst in seiner Eigenschaft als Contrahent von jedem Entschädigungs-Anspruche frei sei. Von mehreren Seiten war man indeß der bestimmten Ansicht, daß die Entschädigungs-Verpflichtung aus solchen Verträgen für den Regenten, als contrahirenden Theil, durch den Inhalt dieses §. nicht aufgehoben sei.

Zum §. 168, wonach den Ständen der Cammer-Etat bloß zu gutachtlichen Anträgen und Bemerkungen mitgetheilt werden soll, ward die Aenderung in Antrag gebracht:

„Der über die Verwaltung des Cammerguts vor dem Anfange und auf die Dauer einer dreijährigen Finanz-Periode aufgestellte Cammer-Etat wird den Ständen zur Prüfung mitgetheilt und von der Landesregierung gemeinschaftlich mit denselben festgestellt.“

Nach einigen Discussionen über die Zweckmäßigkeit dieses Vorschlags fand man es allgemein für angemessen, die nähere Erörterung und Abstimmung bis dahin, daß die gesammte Finanz-Verwaltung durchgegangen sei, zu verschieben, indem erst nach einer vollständigen Uebersicht über die letztere, die Ausführbarkeit und die Folgen der in Antrag gebrachten Aenderung sich genau beurtheilen ließen.

Der §. 173 *) gab Veranlassung zu einer höchst lebhaften Debatte.

Zunächst trat ein Mitglied der ersten Section mit der Motion auf, daß derjenige Passus dieses §. weggelassen werde, welcher von der Pflicht der Stände, die zur Erreichung der Staatszwecke erforderlichen Mittel zu bewilligen, rede. Denn dadurch, daß man hier zugleich ein Recht und eine Verpflichtung zur Steuerverwilligung anerkenne, gebe man mit der einen Hand dasselbe, was man mit der andern nehme. Das ganze Recht der Steuer-Verwilligung werde dadurch vernichtet,

*) §. 173. a. Recht und Pflicht der Steuer-Verwilligung. — Die Stände haben das Recht, daneben aber zugleich die Pflicht, die zur Erreichung der Staatszwecke erforderlichen Mittel zu bewilligen, insoweit dieselben aus den Ueberschüssen des Cammerguts und dem übrigen Staatsvermögen nicht bestritten werden können.

und bleibe bloß dem leeren Namen nach bestehen. Außerdem erscheine es bedenklich, durch die Anerkennung einer solchen Verpflichtung ausdrücklich den Grundsätzen zu huldigen, welche durch den Bundes-Beschluß vom 28. Juni d. J. aufgestellt worden wären, und so große Besorgniß und Aufregung durch fast ganz Deutschland hervorgebracht hätten.

Obgleich er (der Redner) diese Aufregung durch eine Protestation oder einen sonstigen Act der Art zu vermehren keineswegs gesonnen sei, so könne er doch nicht umhin, auf das Gefährliche in den vom Bunde ausgesprochenen Grundsätzen über das Steuerverwilligungsrecht aufmerksam zu machen. Das für die Stände Nachtheilige liege vielleicht hauptsächlich nur in der unbestimmten Fassung des fraglichen Bundesbeschlusses, der eine sehr verschiedene Auslegung zulasse. Folgende Anwendung desselben sei aber am meisten zu befürchten. Wenn künftig die Regierung sich mit den Ständen über die zu verwilligenden Steuern nicht vereinigen könne, wenn jene in dieser Hinsicht Forderungen mache, welche von den Ständen nach pflichtmäßiger Erwägung verworfen werden müßten, so brauche die Regierung zu Geltendmachung ihrer Anforderungen sich nur auf den erwähnten Bundesbeschuß zu beziehen, und könne wider den Willen der Stände durchgreifen, indem sie in jedem einzelnen Falle ausspreche, daß die von ihr verlangten Geldmittel zur Erreichung der Staatszwecke erforderlich seien. Denn es scheine das Urtheil darüber, was zur Erreichung der Staatszwecke an Geldmitteln erforderlich sei, nach dem Zwecke der Bundesbeschlüsse lediglich den Regierungen anheim gestellt.

Hiedurch sei dann das ganze Steuerverwilligungsrecht fast so gut wie vernichtet. Diesen unsern bisherigen Rechtszustand in hohem Grade gefährdenden Grundsätzen würden wir nun ausdrücklich beipflichten, wenn wir den Satz:

„Die Stände haben die Pflicht, die zur Erreichung der Staatszwecke erforderlichen Mittel zu bewilligen,“ in das vorliegende Grundgesetz aufnehmen. Er sehe sich daher nothgedrungen, auf die Hinweglassung dieser Stelle aus dem §. 173 hiermit anzutragen. Dieser Antrag ward im Ganzen mit denselben Gründen auch von einem Mitgliede der zweiten Section ausdrücklich unterstützt.

Dagegen aber traten aus beiden Sectionen mehrere Mitglieder auf. „In einer Anerkennung der Verpflichtung der Stände, die zur Erreichung der Staatszwecke erforderlichen Mittel zu bewilligen, sei keine Gefährdung unserer altständischen Rechte zu finden. Die Anerkennung dieser Verpflichtung in der Verfassung werde vielmehr die Stände jeder Zeit auf die Gränzen aufmerksam machen, innerhalb welcher das wichtige und durch eine falsche Anwendung auch höchst gefährliche Recht der Steuerverwilligung auszuüben sei. Es verhalte sich damit folgendermaßen:

Von einer gänzlichen Steuerverweigerung könne gar nicht mehr die Rede sein. Diese sei in den deutschen Ländern nur so lange rechtlich begründet gewesen und practisch ausgeübt worden, als aus den Domanialeinkünften die gewöhnlichen Staatsbedürfnisse zu bestreiten gewesen seien, und die Fürsten nur in außerordentlichen Fällen eine Beisteuer von ihren Landsassen bedurft hätten. Seit wir aber fortdauernde Staatseinrichtungen hätten, deren Erhaltung nur durch Steuerbeiträge von Seiten der Unterthanen zu be-

schaffen und darauf übernommen wäre, seit ferner Schulden auf den Credit des Landes contrahirt worden wären, sei somit auch aus unserer Staatspraxis das gänzlich e Steuer-
verweigerungsrecht verschwunden. Wollten wir jetzt nach mehreren Jahrhunderten und bei sehr
veränderten Verhältnissen wiederum darauf zurückkommen, so würden wir dadurch, indem
wir anscheinend nur den Fürsten in Verlegenheit brächten, und ihm die von uns beliebten
Anordnungen und Gesetzes-Petitionen abnöthigten, zugleich gegen die ersten Grundsätze
des Rechts anstoßen. Denn durch eine gänzliche Verwerfung der Steuern würden zugleich
die Rechte dritter Personen, nämlich aller darauf angewiesenen Staatsdiener, Pensionairs
und Staatsgläubiger vernichtet oder doch im höchsten Grade gefährdet werden. —

Das wirklich Practische und noch immer rechtlich Begründete des Steuerverwilligungs-
rechts der Stände (im Gegensatz des frühern gänzlichen Verweigerungsrechts) laufe auf fol-
gende zwei Hauptpunkte hinaus:

- 1) „bei der Festsetzung der Größe der einzelnen aus den Staatsmitteln zu bestreitenden
„Bedürfnisse selbstständig mitzuwirken, und
- 2) „die Art der Vertheilung und Erhebung der Steuern mit zu bestimmen.“

Diese Rechte seien hinreichend, um das Land vollkommen sicher zu stellen, diese Rechte
seien durch den bekannten Bundesbeschluß nach seiner Veranlassung, seinen Motiven und
seiner ganzen Tendenz zu urtheilen, uns keineswegs entzogen, und somit könnten wir auch
wohl keinen Anstand nehmen, ausdrücklich in der neuen Verfassung festzusetzen: „die
Stände haben das Recht, daneben aber auch zugleich die Pflicht, die zur Erreichung der
Staatszwecke erforderlichen Mittel zu bewilligen.“

In ähnlichem Geiste äußerten sich einige andere Mitglieder der Versammlung: „der
jetzt zur Erörterung vorliegende §. 173 sei mit dem §. 185 *) zu vergleichen. Nur nachdem
die Stände die Ueberzeugung von der Nothwendigkeit eines Etatsansatzes behuf Erfüllung
der Staatszwecke und der gegen Dritte bestehenden Verbindlichkeiten erlangt hätten, trete
für sie die Verpflichtung zur Bewilligung der Steuern ein, und nur insoweit, als sie die
geforderten Ansätze für die betreffenden Staatseinrichtungen und Staatszwecke nothwendig
erachteten. Nur in diesem Sinne sei das Bewilligungsrecht constitutionell, und man könne
es dahin gestellt sein lassen, ob der angeführte Bundesbeschluß vielleicht einer Deutung
unterliege, nach welcher jenes Recht einer größern, als der schon nach den Grundsätzen
des allgemeinen Staatsrechts anzunehmenden Beschränkung, habe unterworfen werden sollen.
Es werde namentlich in dem Falle, daß dies von Einzelnen behauptet werden sollte, von
ganz besonderm Werthe sein, hier keine andere, als die den constitutionellen Rechten der
Stände unnachtheilige Auslegung als die richtige anerkannt zu sehen.“

In Folge dieser Debatte ward zur Abstimmung geschritten, und es entschieden sich
in erster Section 25 Stimmen gegen 15, und in zweiter Section 20 Stimmen gegen 16
dafür, „daß im §. 173 nicht bloß das Recht, sondern auch die Pflicht der Stände,
die zur Erreichung der Staatszwecke erforderlichen Mittel zu bewilligen, ausgesprochen werde.“

*) §. 185. Den Ständen steht das Recht zu, gemeinschaftlich mit der Landesregierung den
Staatshaushalts-Stat nach den einzelnen Abtheilungen festzustellen etc.

Der zum §. 177 gemachte Antrag, daß die Regierung nach Ablauf einer Finanzperiode die Steuern nur noch 6 Monate, und nicht ein Jahr fortzuerheben berechtigt werde, ward allgemein angenommen.

Beim §. 178 ward bemerkt, daß die Eingangsworte von Manchen so gedeutet worden wären, als solle auch ohne Bewilligung die Steuererhebung fort dauern. Um diesen möglichen Zweifel zu entfernen, hielt man dafür, daß folgende Wortstellung „die Steuerverfassung erlischt jedoch nicht, und die neu bewilligten Steuern werden in der folgenden Finanzperiode auf den Grund der bestehenden Steuerverfassung so lange ausgeschrieben, bis 1c.“ als einer Mißdeutung nicht unterliegend, der Regierung zu empfehlen sei.

Zum §. 189 und 190 ward der Antrag gemacht, „daß dem ständischen Ausschusse eine Befugniß, die Veräußerung von Staatsgütern bis zum Werthe von 10,000 Thlr., imgleichen die Schließung von Staatsanleihen und die Verpfändung von Staatsgütern zu bewilligen, nicht zugestanden werde.“ Zur Motivirung dieses Antrags ward angeführt, daß bei einem geregelten Staatshaushalte immer ein Reserve-Fonds für außerordentliche Fälle vorhanden sein müsse, daß auch die an sich nicht große Zahl der sämtlichen Ständemitglieder leicht, und wohl eben so schnell berufen werden könne, wie die Mitglieder des Ausschusses, welche in der Regel auch nicht sämtlich in der Hauptstadt wohnen würden. Uebrigens wisse man aus Erfahrung, wie nur zu leicht einzelne Personen, selbst bei entschieden festem Character, für eine Bewilligung zu gewinnen seien, welche bei genauer Erörterung in vollversammelter Landschaft unangemessen befunden werde. —

Die Mitglieder beider Sectionen waren einverstanden, daß der Ausschuss weder zur Schließung von Staatsanleihen, noch zu Verpfändung von Staatsgütern ermächtigt werde. Nebenbei erhob sich hier noch eine Discussion darüber, ob in außerordentlichen Fällen, wo die Auferlegung neuer Steuern oder die Erhöhung der bisherigen nothwendig werde, bei der Entscheidung über die Unthunlichkeit der Berufung der Landschaft, oder über das Vorhandensein einer Gefahr im Verzuge, der ständische Ausschuss concurriren solle. Ein dergleichen Antrag ward nicht gestellt.

(Sitzung vom 3. September.)

Zunächst ward in Beziehung auf den §. 189 der Antrag gemacht, daß der ständische Ausschuss überall nicht ermächtigt werde, in die Veräußerung von Staatsgütern einzuwilligen, und dieselben somit rechtsbeständig zu machen. Dem ward aber entgegnet, daß namentlich bei Gemeinheitstheilungen und bei Veräußerung der im Auslande belegenen Domanialsgrundstücke, die Fälle häufig vorkämen, in welchen gerade eine schnelle Abschließung von dergleichen Rechtsgeschäften großen Nutzen gewähre, der häufig ganz verschwinde, wenn man in solchen Fällen bis zur allgemeinen Ständerversammlung warten wolle. — Der obige Antrag ward darauf zurückgenommen, aber von einem andern Mitgliede dahin wieder aufgestellt: „daß der ständische Ausschuss nur zur Einwilligung in die Veräußerung von Staatsgütern bis zum Werthe von 5000 Rthlr. (und nicht von 10,000 Rthlr.) befugt sein solle.“ — Diese Summe von 5000 Rthlr. erschien jedoch Mehreren zu gering, welche zugleich darauf aufmerksam machten, daß aus dem Rechte des ständischen Ausschusses, bei den in Frage stehen-

den Verkäufen bis zum Betrage von 10,000 Rthlr. seine Zustimmung zu geben, keine übergroße Gefahr zu befürchten stehe. Denn der Ausschuß sei den Ständen verantwortlich, und über die Verwendung des eingehenden Preises für Domanialstücke bedürfe es jederzeit einer Uebereinkunft der Regierung mit dem Ausschusse. — Der letzte Antrag kam nur in erster Section zur Abstimmung, wo er mit 27 Stimmen gegen 11 abgelehnt ward, so daß also der §. 189 in seiner ursprünglichen Fassung stehen blieb. — Darauf ward von einem der Commissarien, welche von den beiden Sectionen zur Ausgleichung der Differenz hinsichtlich der Frage: „ob den Ständen künftig bei ihrer Einberufung die landesherrlichen Propositionen mitzutheilen seien, oder nicht?“ gemeinschaftlich ernannt worden waren, Bericht erstattet.

Danach hatten sich die Commissarien über folgende Fassung vorläufig vereinigt:

„die den Ständen vorzulegenden landesherrlichen Propositionen, insofern sie Gesetzentwürfe betreffen, sind in der Regel im Allgemeinen zu bezeichnen“,

worauf einstimmig beschlossen ward, diesen Zusatz zum §. 130 bei der Landesregierung in Antrag zu bringen.

Hiernächst kam man wiederum zurück auf den §. 156^{*)}, betreffend die Verantwortlichkeit der Mitglieder des Staatsministeriums, über welchen Punkt die Debatte und Abstimmung am 31. v. Mts. auf heute hinausgesetzt worden war. Ein Mitglied schlug folgende Abänderung dieses §. vor: „dasjenige stimmführende Mitglied des Staatsministeriums, in dessen Departement die erlassene Verfügung einschlägt, ist für die Verfassungs- und Gesetzmäßigkeit derselben verantwortlich. Diese Verantwortlichkeit trifft den höchsten Staatsbeamten persönlich, und ohne Berufung auf eine vorher mündlich oder schriftlich erklärte abweichende Meinung.“ — Der Antragsteller führte für diese Motion an, daß eine Verantwortlichkeit sämmtlicher Mitglieder des Ministeriums, weil sie zu weit gehen würde, ihren Zweck verfehlen müsse. — Nur der Minister, aus dessen Departement die Verfügung hervorgegangen sei, nicht der, welcher zufällig unterzeichnet habe, oder vielleicht absichtlich von jenem zur Unterzeichnung veranlaßt worden sei, könne für deren Inhalt verantwortlich gemacht werden, und das um so weniger, wenn, wie er annehme, die Verantwortlichkeit nicht bloß in Hinsicht auf die Beobachtung der Verfassung, sondern auch hinsichtlich der Zweckmäßigkeit der ministeriellen Anordnungen bestehen müsse. Wolle oder könne ein Minister dem ihm zugetheilten Departement nicht vorstehen, so sei es an ihm, wenn auch nur für die Zeit der Behinderung, das Portefeuille abzugeben, und es trete dann die Verantwortlichkeit für den ein, welcher dasselbe übernehme. So sei auch das Verhältniß in anderen constitutionellen Staaten bestimmt.

Entgegnet ward darauf, daß die Verantwortlichkeit in der hier aufgestellten Beziehung sich auf die Verletzung der Verfassung beschränken müsse, weil für die Zweckmäßigkeit der Verfügungen der Minister nur dem Fürsten verantwortlich sei, und die Stände allein durch Anträge an den Landesherrn, nicht aber durch Anklagen den vermeinten Mangel der Zweckmäßigkeit rügen könnten.

^{*)} §. 156. Die stimmführenden Mitglieder des Staatsministeriums sind insbesondere für die Verfassungs- und Gesetzmäßigkeit der von ihnen contrasignirten oder unterzeichneten Verfügungen verantwortlich. Diese Verantwortlichkeit trifft denjenigen höchsten Staatsbeamten, welcher contrasignirt oder unterzeichnet hat, persönlich, und ohne Zulassung der Berufung auf eine vorher mündlich oder schriftlich erklärte abweichende Meinung.

Ob übrigens die Verfassung durch solche Verfügung verletzt sei, müsse jeder Minister beurtheilen können. Auch werde es eher ein Mangel, als ein Vorzug anderer Verfassungsurkunden genannt werden müssen, wenn nicht, wie hier, die Verantwortlichkeit an ein sicheres, scharf hervortretendes Factum geknüpft sei, wodurch dem Richter ein fester Anhaltspunct für die Untersuchung und Entscheidung gewährt, und somit der beabsichtigte Zweck am sichersten erreicht werde.

Von einem andern Mitgliede ward hierauf folgende Modification in Antrag gebracht:

„Die stimmführenden Mitglieder des Staatsministeriums sind insbesondere für die Verfassungs- und Gesetzmäßigkeit der von ihnen contrasignirten oder unterzeichneten Verfügungen verantwortlich. Diese Verantwortlichkeit trifft zunächst denjenigen höchsten Staatsbeamten, welcher contrasignirt oder unterzeichnet hat, und falls dieser nicht zugleich Departementschef sein sollte, auch Letztern, wenn er sich der Contrasignatur oder Unterzeichnung aus nicht zu rechtfertigenden Gründen entzogen haben sollte, und zwar Beide ohne Zulassung der Berufung auf eine vorher mündlich oder schriftlich erklärte abweichende Meinung.“

Nach Einbringung dieser zweiten Motion ward die erste zurückgenommen. Den Gründen, durch welche der letztere Antrag unterstützt ward, daß nämlich der Minister, welcher aus dem Departement eines andern erlassene Verfügungen ohne sorgfältige Prüfung ihrer Uebereinstimmung mit der Verfassung vollziehe, allerdings strafbar bleibe, dabei jedoch der Departementschef, welcher pflichtwidrig die Sache abgegeben, und zugelassen habe, daß ein ungesetzlicher Beschluß durch Andere vollzogen worden sei, nicht minder straffällig erscheine, entgegneten einige Mitglieder, daß diese Strafflosigkeit gar nicht beabsichtigt werde, was durch die Einschaltung des Wortes „zunächst“ noch deutlicher ausgedrückt werden könne. Daneben sei aber auch der Fall wohl zu berücksichtigen, daß der Departementschef ganz unschuldig sein könne, und es sei bei der Wichtigkeit der Folgen, welche schon der Anklagestand für einen Minister nach sich ziehe, bedenklich, diesen auf eine bloße Vermuthung zu begründen. — Hierauf ward die zuletzt in Vorschlag gebrachte Abänderung des §. 156. zur Abstimmung gebracht und in erster Section mit 20 gegen 16, in zweiter Section mit 18 gegen 17 Stimmen bejahet.

Nächstbem ward der Entwurf des im sechsten Capitel der proponirten neuen Landschaftsordnung erwähnten Nebenvertrages über die künftige Anordnung der finanziellen Verhältnisse des Herzogthums verlesen, die Berathung und Beschlußnahme hierüber indes hinausgesetzt, bis das Grundgesetz, die Geschäftsordnung und das Wahlgesetz durchgegangen sein würden.

In der Berathung über die Landschaftsordnung ward dann beim 7ten Capitel fortgefahren. Hinsichtlich des §. 196, über Competenz-Conflicte, erklärten mehrere Mitglieder, Anträge bis dahin sich vorbehalten zu wollen, daß man zur Berathung des Gesetzentwurfs, die Ministerial-Commission betreffend, gelangt sein werde. — Beim §. 202. ward die vorgeschlagene Aenderung, daß anstatt „zwei Mal 24 Stunden“ gesetzt werde „24 Stunden“, allgemein angenommen, nachdem auseinander gesetzt worden war, daß das hier gemeinte erste Verhör von der verhaftenden Behörde, und nicht gerade von dem zuständigen Richter selbst vorzunehmen sei, und binnen jener Zeitfüglich statt haben könne. Auch sei bei diesem Verhöre mit der Hauptzweck, Gewissheit zu erhalten, daß in der Person des Verhafteten kein Irrthum vorgefallen sei. — Am Schlusse dieser Sitzung ward der Versammlung Vortrag gemacht von dem huldvollen Schreiben, mit welchem Sr. Majestät der jetzt regierende König von England das bei Endigung der vormundschaftlichen Regierung der Landschaft zugesagte Bild des Königs Georg IV. derselben zu übersenden geruhet hätten. — Der engere Ausschuss übernahm es, für diese Gnade Sr. Majestät den unterthänigsten Dank Namens gesammter Landschaft abzustatten.

(Die Fortsetzung folgt.)

V e r h a n d l u n g e n

des

Landtages des Herzogthums Braunschweig.

(Sitzung vom 4. September.)

Nach Verlesung des Protocolls wurde zur Berathung des achten Capitels des Grundgesetzes übergegangen.

Von Seiten des Präsidii wurde bemerkt, daß die Vorsteher der hiesigen israelitischen Gemeinde in besonderer Beziehung auf dieses Capitel und einige andere Bestimmungen in den §§. 25 und 32 des Grundgesetzes zwei Vorstellungen eingereicht hätten, mit deren Inhalte die Versammlung vor dem Anfange der Berathung bekannt zu machen sei. Beide Vorstellungen wurden verlesen, und bemerkte sodann ein Mitglied der Commission: Es sei die Absicht der Landes-Regierung, einen umfassenden Gesetz-Vorschlag über die Verhältnisse der Juden im Allgemeinen den künftigen Ständen sobald als thunlich vorzulegen und sei dieselbe damit einverstanden, daß eine Bemerkung hierüber in den Landtagsabschied aufgenommen und darin zugleich ausgedrückt werde, daß den Juden die Rechte, in deren Besitze sich dieselben gegenwärtig schon befänden, ungeschmälert bleiben sollten. Unter diesen Umständen habe im Landesgrundgesetze Alles vermieden werden müssen, was einer desfallsigen künftigen Bestimmung hindernd in den Weg treten könne. Diesem Principe getreu, sei denn auch der Juden überall nicht gedacht, und so wie die in den §§. 25 und 32 erwähnten Vorbehalte in vielen Beziehungen nothwendig und keineswegs auf die Verhältnisse der Juden besonders bezogen wären, so könnte auch im Capitel 8, welches von den christlichen Kirchen handle, nichts einer zweckmäßigen Ordnung ihrer kirchlichen Verhältnisse Entgegenstehendes gefunden werden.

Es wurden hierauf von verschiedenen Mitgliedern der Stände Anträge zu Veränderungen im Capitel 8 gemacht.

Der erste Vorschlag ging dahin, in die Ueberschrift des Capitels von den Kirchen, das Wort „christlichen“ einzuschalten.

Der zweite hiervon abweichende aber dahin, im §. 211*) sowohl in der Ueberschrift

*) §. 211 I. Rechtsgleichheit der anerkannten christlichen Confessionen. Allen im Herzogthume anerkannten, oder durch ein Gesetz aufgenommenen christlichen Kirchen wird freie öffentliche Religionsübung zugesichert, sie genießen gleichen Schutz des Staats und ihre Angehörigen gleiche bürgerliche Rechte.

als in dem Contexte das Wort „christlichen“, am Schlusse des Paragraphen aber die Worte „und ihre Angehörigen gleiche bürgerliche Rechte“ zu streichen.

Für den ersten Antrag ward angeführt, daß dadurch eine unrichtige Deutung des Capitels 8 ausgeschlossen werde. Als Motiv für den letztern Antrag ward herausgehoben, das Capitel 8 müsse auf die kirchlichen Verhältnisse der Israeliten mit bezogen werden, und deshalb jede Bezeichnung wegfallen, welche diese Deutung ausschließe. Die Worte am Schlusse des §. 211 aber seien überflüssig, weil sich schon im Capitel 2 das Nöthige deshalb bemerkt finde, und es den Anschein haben könne, als sollten den Juden durch die Beifügung dieser Worte im §. 211 die bürgerlichen Rechte entzogen werden.

Hiergegen wurde erinnert, das Wort „christliche“ habe im §. 211 eine ganz besondere und nothwendige Bedeutung, weil die zu den verschiedenen christlichen Confessionen sich bekennenden Einwohner des Landes bisher einander nicht gleichgestanden hätten, sondern die Einen vor den Andern mehr oder weniger bevorzugt gewesen wären. Das Aufhören dieses Unterschiedes sei hier die nächste Rücksicht. Wollte man das Wort „christliche“ hier streichen, so werde der ganze Sinn des Satzes geändert, ohne daß den Juden ein Nutzen daraus erwachse, indem die eigenthümlichen Bestimmungen dieses Capitels, insbesondere die über das Kirchenvermögen, auf deren kirchliche Verhältnisse niemals Anwendung leiden würden. Ebenso verhalte es sich in Hinsicht auf die Schlussworte. Nach den bis zum Jahre 1806 bestandenen grundgesetzlichen Bestimmungen hätten bei uns nur Lutheraner zum Staatsdienste gelangen können, erst durch die Bundesacte wäre der Unterschied in den Rechten der drei christlichen Glaubensbekenntnisse in Deutschland förmlich aufgehoben.

Nach längeren Debatten über diesen Gegenstand ward der erste Antrag in erster Section mit 30 Stimmen gegen 8, und in zweiter mit 32 gegen eine Stimme angenommen, worauf der Antragsteller den zweiten Vorschlag fallen ließ, mithin der §. 211 unverändert blieb und in die Ueberschrift des Capitels 8 das Wort „christlichen“ aufgenommen wurde. Auf die Bemerkung, daß den Juden einstweilen an einem passenden Orte im Grundgesetze das öffentliche Bekenntniß ihrer Religion zugesichert werden möge, wurde von beiden Sectionen beschlossen, daß der Anfang des §. 29 folgendermaßen zu fassen sei:

„Jedem Einwohner wird vollkommene Freiheit des Gewissens und des religiösen Glaubens, auch das öffentliche Bekenntniß desselben in einer der im Staate jetzt gestatteten kirchlichen Gesellschaften gewährt.“

Zum §. 212 wurde von einem Mitgliede der ersten Section der Antrag gemacht, den Worten „im Zweifel entscheidet“ beizufügen:

„nach vorgängiger Anhörung des die Kirchengemeine vertretenden Vorstandes“.

Als Motiv wurde angeführt, daß, da die Regierung vollkommene Freiheit des Gewissens und des religiösen Glaubens gewähre, und nur über die äußere Religionsübung die Oberaufsicht führen wolle, hierdurch die Entscheidung der Frage, ob eine Angelegenheit rein geistlich sei, ausgeschlossen und als nur dem Kirchenvorstande zuständig erscheine.

Dagegen wurde bemerkt, daß eine zuvorige Communication der Regierung mit dem Kirchenvorstande sich von selbst verstehe, weil zwischen den verschiedenen Behörden in solchen Fällen erst Erörterungen Statt fänden, und daß nach den allgemein den Landesfürsten zuständigen Rechten auch der hiesigen Landesregierung in Ermangelung einer Uebereinkunft die Entscheidung nicht entzogen werden könnte. Bei der Abstimmung wurde der Zusatz in erster Section mit 22 Stimmen gegen 16 abgelehnt und war der Antrag in zweiter Section nicht aufgenommen. Sodann wurde der Antrag gestellt: den ganzen Nachtrag des §. 212 „im Zweifel entscheidet“ zu streichen. Der Antrag wurde darauf gestützt, daß dieser Zusatz nicht erforderlich sei, weil dadurch einer künftigen Anordnung dieser Angelegenheit vorgegriffen werde.

Hierauf wurde entgegnet, daß das angenommene Princip sicher auch einer künftigen Anordnung dieser Angelegenheit zum Grunde liegen werde.

Der Antrag wurde mit 29 gegen 9 Stimmen in erster Section abgelehnt, in zweiter Section war derselbe nicht aufgenommen.

Auf den Antrag eines Mitgliedes der zweiten Section ward zum §. 217 beschlossen, die Landesregierung darauf aufmerksam zu machen, ob nicht das Verhältniß, nach welchem die fürstlichen Patronatkirchen, sowie milde Stiftungen der Stadt Braunschweig sich einander unterstützt hätten, Berücksichtigung verdiene.

Zum §. 220 wurde von einem Mitgliede der zweiten Section eine Verwahrung zu Protocoll gegeben, daß durch die hier über den Studienfonds getroffenen Bestimmungen die Herstellung der Universität zu Helmstedt nicht ausgeschlossen werde. Dieser Verwahrung schloß sich auch ein anderes Mitglied hinsichtlich der Herstellung der Schule zu Schöningen an. Hinsichtlich des §. 222 wurde von einem Mitgliede der zweiten Section folgende Fassung vorgeschlagen:

„die auf den Kloster- und Studienfonds jetzt angewiesenen Ausgaben sollen bis auf eine anderweite Uebereinkunft mit den Ständen einstweilen daraus bestritten se.“
und damit motivirt, daß viele Ausgaben insbesondere unter der Rubrik von Unterstützungen auf den Klosterfonds angewiesen seien, welche dessen Zwecken ganz fremd wären.

Den Pensionairs könnten diese Unterstützungen zwar nicht sogleich entzogen werden, es sei aber dafür Sorge zu tragen, daß diese Ausgaben auf die Haupt-Finanz-Casse übernommen würden, sobald diese im Stande sein werde, dieselben zu bestreiten. Der Antrag wurde in beiden Sectionen einstimmig angenommen.

Auf den Antrag eines Mitgliedes der ersten Section wurden im §. 226 die Worte „rechtlich erworbenen“ vor Patronate als überflüssig gestrichen.

(Die Fortsetzung folgt.)

V e r h a n d l u n g e n

des

Landtages des Herzogthums Braunschweig.

(Sitzung vom 5. September.)

Bei der fortgesetzten Berathung über den Entwurf der neuen Landschaftsordnung ward zunächst hinsichtlich des §. 229 *) folgende Aenderung in Vorschlag gebracht:

„die Suspension der Kirchen- und Schuldiener vom Amte und den Einkünften desselben, kann im Disciplinar-Verfahren nur von den kirchlichen Behörden geschehen, und bedarf jedesmal der Bestätigung der Landes-Regierung. Die Entlassung und Absetzung derselben kann nur durch rechtskräftiges Erkenntniß des competenten Gerichts, und zwar in Straffällen, welche bloß die kirchliche Lehre betreffen, auf vorgängiges Gutachten ihrer geistlichen Oberbehörde verfügt werden.“

Diese in Vorschlag gebrachte Abänderung des §. 229 ward durch die Bemerkung motivirt, daß nach dem Staatsdienstgesetze nur durch richterliches Erkenntniß die Entlassung oder Absetzung der Civilbeamten ausgesprochen werden könne. Hinsichtlich der Kirchen- und Schuldiener nun ein solches privilegium odiosum festzusetzen, wie im §. 229 des vorliegenden Entwurfs enthalten sei, finde sich um so weniger Grund, weil schon der Art. 47 des Landtagsabschiedes von 1823 bestimme, daß der Richter, selbst bei ermangelndem vollständigen Beweise auf hinreichende Verdachtsgründe, die Prediger und Schullehrer wegen unwürdigen Betragens vom Amte removiren solle.

Obiger Antrag ward einstimmig angenommen, und zugleich beschlossen:

- 1) daß der fortdauernden Gültigkeit des angeführten Art. 47 des Landtagsabschiedes von 1823, als von der Ständeversammlung vorausgesetzt, im Protocolle erwähnt, sodann aber
- 2) die Regierung angegangen werden solle, in den nächsten Landtagsabschied die Bestimmung aufzunehmen, daß ein besonderes Gesetz über die Dienstverhältnisse der

*) §. 229. d. Disciplinargewalt über die Kirchen- und Schuldiener. Die Entlassung der Kirchen- und Schuldiener und deren Suspension vom Amte und zugleich vom Gehalte, kann nur im Disciplinarverfahren geschehen, nachdem die kirchliche Behörde darüber eine Untersuchung angestellt und den Betheiligten mit seiner Vertheidigung hinreichend vernommen hat, und bedarf jedesmal der Bestätigung der Landesregierung.

Prediger und Schullehrer erlassen, bis dahin aber die richterliche Behörde auf Gutachten des Consistorii bestimmen solle, ob und welche Pension den zu Entlassenden auszusetzen sei.

Nach Verlesung des §. 230 ward von einem Mitgliede der zweiten Section der Antrag gemacht, daß wegen Vervollständigung der landschaftlichen Bibliothek, und des künftig dem Publikum zu gestattenden Gebrauches derselben, in dem Landtags-Abschiede eine Bestimmung getroffen werden möge. Auch ward der Wunsch ausgesprochen, gedruckte Verzeichnisse dieser Bibliothek auszutheilen, um die Benützung derselben zugänglicher zu machen. Die Versammlung erklärte sich hiermit vollkommen einverstanden.

Berichtigung hinsichtlich der Mittheilungen aus der Sitzung vom 31. August d. J. ad §. 102. des Entwurfes der neuen Landschaftsordnung, betreffend die Mitwirkung der Stände beim Militair-Wesen, ward bemerkt, daß der Landesherr nach der bestehenden Kriegsverfassung des deutschen Bundes nur verpflichtet sei, bei der Bildung seines Truppencorps kein geringeres Verhältniß hinsichtlich der Regimenter, Officiere, Unterofficiere &c. anzunehmen, als vom Bunde festgesetzt worden sei. Obgleich nun der vorliegende §. 102. die Bestimmung enthalte, daß kein größeres, als das durch die Bundesgesetze vorgeschriebene Truppencorps aufgestellt werden dürfe, so sei doch damit eine besonders kostspielige Formation desselben nicht ausgeschlossen. Diese könne vielmehr der Landesherr eintreten lassen, da ihm nach §. 9. des Entwurfes die Bildung der bewaffneten Macht ausdrücklich überlassen bleibe, und falls derselbe von diesem Rechte einen willkührlichen Gebrauch mache, so könnten die Stände leicht in die ungünstige Lage kommen, selbst für eine sehr kostbare oder nicht nothwendige Zusammensetzung des Militairs alle an sie gemachten Anforderungen bewilligen zu müssen. Demnach erscheine es nothwendig, die §§. 9. und 102. der Landschaftsordnung in eine sich gegenseitig näher bestimmende Verbindung zu bringen, damit man vor dem angedeuteten, immerhin möglichen Uebelstande gesichert werde.

Dieser Antrag ward allgemein angenommen.

Nach Beendigung der Berathungen über den Entwurf der neuen Landschaftsordnung ward von Seiten des Präsidiums bestimmt, die Verhandlungen über das proponirte Wahlgesetz, dann über die Geschäftsordnung und darauf über die Anordnung der finanziellen Verhältnisse des Landes folgen zu lassen.

Berathungen über den Entwurf eines Wahlgesetzes für das Herzogthum Braunschweig.

Bei den im §. 2. sub Nro. 1. des Wahlgesetzes aufgeführten Vergehen, als Gründen der Unfähigkeit, das Wahlrecht auszuüben, ward von einem Mitgliede bemerkt, ob es nicht zu hart sei, wegen jeden Diebstahls diese Unfähigkeit eintreten zu lassen, weil dahin im weitesten Sinne des Wortes auch alle kleine Jagd- und Forstwroren gehörten, die nur

eine Polizeistrafe nach sich zögen. Vielleicht sei es angemessen, zu bestimmen, daß eine Entwendung nur dann von dem Wahlrechte ausschließen solle, wenn eine eigentlich peinliche Strafe deshalb erkannt worden sei. Gegen diesen Vorschlag ward aber erinnert, daß man zu den Wahlen durchaus nur Männer, auf denen in keiner Hinsicht ein Makel hafte, zulassen dürfe, und daß man in dieser Hinsicht nicht streng genug sein könne. Auch sei die Grenze zwischen Polizei- und Criminalstrafen nicht in jeder Hinsicht so genau zu ziehen, um danach hier einen bestimmten Unterschied machen zu können. — Der desfallsige Antrag ward gar nicht zur Abstimmung gebracht.

Ein anderes Mitglied machte darauf aufmerksam, daß es wohl zu weit gegangen sei, mit jeder Entbindung von der Instanz wegen der im §. 2. No. 1 aufgeführten Verbrechen, die Entziehung des Wahlrechts eintreten zu lassen. Es scheine ihm zweckmäßiger, daß der Richter in jedem einzelnen Falle der Art erkenne, ob der von der Instanz Entbundene das Wahlrecht ferner noch ausüben dürfe oder nicht. Hierauf ward erwiedert, daß es einer solchen Bestimmung wohl nicht bedürfe, da das Herzogliche Landesgericht die Praxis befolge, nur wegen sehr bedeutender und dringender Verdachtsgründe „die Entbindung von der Instanz“ zu erkennen, während dasselbe wegen geringer Verdachtsgründe den Ausspruch: „die Sache solle auf sich beruhen bleiben“ zu fällen pflege. Der betreffende Passus im §. 2 sei nur von Fällen der ersten Art zu verstehen.

Beim §. 15 ward von einem Deputirten der Städte der Antrag gemacht: „daß den stimmführenden Mitgliedern des Magistrats, vermöge ihres Amtes, kein Stimmrecht bei der Wahl der städtischen Abgeordneten ertheilt werde.“ Derselbe führte als Grund für diese Aenderung an, daß in einer Zulassung der Magistratsmitglieder als Wahlberechtigte leicht die Absicht einer Beschränkung der Wahlfreiheit gefunden, und daß von jenen Personen, vermöge ihrer übrigen Stellung, auch wirklich ein entscheidender Einfluß auf das ganze Wahlgeschäft ausgeübt werden könne. Dagegen ward indeß bemerkt, daß einer überwiegenden Einwirkung der Magistratsmitglieder bei den Wahlhandlungen schon dadurch vorgebauet worden sei, daß sie nach §. 56 des Wahlgesetzes nie das Präsidium in den Wahl-Collegien führen dürften. Auf der andern Seite erscheine es aber sehr zweckmäßig, in den städtischen Wahl-Collegien jeder Zeit mehrere Männer zu haben, welche, ihrer Stellung nach, die genaueste und allseitigste Kenntniß der städtischen Angelegenheiten besitzen müßten.

Der obige Antrag, welcher nur in der zweiten Section aufgenommen war, ward mit 30 gegen 5 Stimmen abgelehnt.

Beim §. 17 des Wahlgesetzes kam ein Abgeordneter der Freisassen auf den früher vorbehaltenen Antrag hinsichtlich des §. 78 *) der Landschaftsordnung zurück, „daß nämlich

*) §. 78. Besondere Erfordernisse bei den ländlichen Abgeordneten. „Als Abgeordnete dieser Standesklasse sind nur diejenigen wählbar, welche Eigenthümer oder lebenslängliche Pächter eines Freisassenhofes oder einer Reihestelle sind, in dem ländlichen

anstatt der Zahl 6 daselbst die Zahl 4 gesetzt, und dabei bestimmt werden möge, es solle, wenn die Liste der Wählbaren nicht mindestens einen in jedem Orte des Kreisamts nachweisen würde, der Besitzer des höchstbesteuerten, zum Betriebe der Landwirthschaft geeigneten Hofes einer jeden dieser Ortschaften der Liste hinzugefügt werden.“ Der Antragsteller, dem einige andere Deputirten der Freisassen beitraten, suchte diese Motion besonders dadurch zu begründen, daß bei der Annahme des Divisors 6 in sehr vielen Ortschaften kein zum Deputirten wählbarer Hofbesitzer sich finden werde, welcher Uebelstand bei der Substituierung des Divisors 4 meistens hinwegfalle. Auf der andern Seite werde durch diese Maßregel die Wählbarkeit auch nicht zu weit ausgedehnt; denn die Einsicht der deshalb angefertigten Tabellen ergebe, daß bei Annahme der Zahl 4 die Wählbarkeit nur auf die Besitzer der größern Rothhöfe sich erstrecken werde, und daß sogar in manchen Kreisämtern noch Halbspänner ausgeschlossen sein würden.

Während der Discussion über diesen Gegenstand stellte ein Mitglied der ersten Section den allgemeinem Antrag,

„daß im §. 78 der Landschaftsordnung statt „Kreisämter“ das Wort Wahlkreis“ gesetzt werden möge, welche Aenderung dem befürchteten Uebelstande zu großer Beschränkung der Wählbarkeit unter den Landbewohnern vollkommen abhelfe.

Da dieser Vorschlag umfassender war, als der vorige, so ward er zuerst zur Abstimmung gebracht, und in erster Section einstimmig, in zweiter mit 33 gegen 2 Stimmen angenommen. Darauf kam die zuerst gestellte Motion zur Abstimmung und ward in zweiter Section mit 32 Stimmen gegen 3, und in erster Section mit 23 Stimmen gegen 20 auch bejahet.

Wahlbezirke wohnen, Landwirthschaft als Erwerbszweig treiben, und nach dem Contributions-Cataster zu den Höchstbesteuerten ihres Kreisamtes gehören. Die Anzahl der Höchstbesteuerten soll in jedem Kreisamte aus so viel Personen bestehen, als die Zahl 6 in der Zahl der in dem Kreisamte belegenen Reihestellen, bei welchen Landwirthschaft betrieben wird, aufgeht, zu welchen indeß, falls mehrere den geringsten dieser höchsten Contributionssätze bezahlen, diese alle hierzu zu rechnen sind.

(Die Fortsetzung folgt.)

V e r h a n d l u n g e n

des

Landtages des Herzogthums Braunschweig.

(Sitzung vom 6. September.)

Nach eröffneter Sitzung erklärte ein Deputirter von Seiten der Städte, die zum §. 64 und 77 der Landschaftsordnung vorbehaltenen Aenderungs-Anträge jetzt dahin machen zu wollen, daß

1) zum §. 77 hinzugefügt werde:

„Eofern durch die jetzigen oder künftigen Steuer-Einrichtungen die sechs am höchsten besteuerten Handel- und Gewerbe-Treibenden hiernach die passive Wahlfähigkeit nicht erhalten sollten, werden diese jedenfalls unter die Wählbaren aufgenommen werden.“

2) Daß der §. 64 folgendermaßen abgeändert werden möge:

„Von den 12 Abgeordneten der Städte wählt Braunschweig 5, jeder der übrigen Wahlbezirke einen, der zwölfte wird von den letzten sechs Wahlbezirken abwechselnd gewählt, muß aber nothwendig dem Handels- oder Gewerbsstande angehören.“

Den ersten Antrag motivirte derselbe durch die Bemerkung, daß in mehreren Landstädten die Ackerbau treibenden Einwohner diejenigen seien, welche am höchsten besteuert wären, und welche somit nach dem proponirten Inhalt des §. 77 der neuen Landschaftsordnung fast ausschließlich die Classe der Wählbaren ausmachen würden. Die Handel- oder Gewerbetreibenden würden dagegen meistens ganz das Recht der passiven Wählbarkeit entbehren, während doch zu wünschen sei, daß hauptsächlich aus diesem Theile der Städtebewohner die Landtagsmitglieder gewählt würden, weil gerade die Vertretung deren Interessen durch die städtischen Repräsentanten bezweckt werde. — Von Seiten eines ritterschaftlichen Mitgliedes der Landtags-Commission ward gegen diese letzte Ansicht erwiedert, daß durch die Repräsentanten von Seiten der Landstädte keineswegs bloß die Vertretung der Handels- und Gewerbs-Verhältnisse, sondern auch der Interessen des Ackerbaues beabsichtigt werde. Von dieser Idee geleitet, habe sich die Commission dafür entschieden, daß den Städten eine größere Anzahl von Repräsentanten zuges billigt werde, als den großen und kleinen Grundbesitzern einzeln genommen, ungeachtet es sehr nahe liege, daß die Mehrzahl der Repräsentanten aus der s. g. Classe der Intelligenz regelmäßig auf die Seite der Städter sich hinneigen werde. Die Interessen des großen und kleinen Grundbesitzes müßten danach als höchst gefährdet betrachtet werden, wenn man nicht erwarten dürfe, daß dieselben von einem Theile der Abgeordneten aus den Landstädten mit wahrgenommen würden. Dazu komme, daß man hinsichtlich der Abgeordneten aus den Standesclassen die Grenzen der Wählbarkeit durchaus nach der Besteuerung festgesetzt habe. Die vorgeschlagene Abänderung enthalte offenbar von diesem Hauptprincipe eine bedeutende Abweichung, welche möglichst vermieden werden müsse.

In Folge dieser Einwürfe erklärte der Antragsteller, daß ihm allerdings eine Störung

dieses Hauptprinzips auch bedenklich erscheine. Da es aber doch dringend nothwendig sei, daß die Handel- und Gewerbetreibenden in den Landstädten von der Classe der Wählbaren nicht ganz ausgeschlossen würden, so möge es zweckmäßiger sein, die Anzahl dieser Wählbaren nicht durch die Zahl 10, sondern durch den geringern Divisor 6 zu bestimmen. Diese Bestimmung würde auch der, hinsichtlich der Landbewohner angenommenen, mehr gleichkommen.

Hiergegen erklärten sich aber auch mehrere Mitglieder der Versammlung. Ueberhaupt scheine es, als ob bei der Besorgniß, daß die handel- und gewerbetreibenden Einwohner der Städte nach den Bestimmungen des §. 77 der neuen Landschafts-Ordnung in zu geringer Anzahl in die Classe der Wählbaren zugelassen würden, bloß auf einige wenige Landstädte Rücksicht genommen sei, in denen die Landwirthschaft den Haupterwerbszweig ausmache.

Im Allgemeinen sei diese Besorgniß wohl nicht gegründet. Dazu komme, daß unter den Kaufleuten und Gewerbetreibenden in den Landstädten regelmäßig Mehrere wegen ihres Besizthums an Häusern, Gärten und Aeckern zu den Höchstbesteuerten, und somit auch zu der Classe der Wählbaren gehören würden. Auch dürfe bei Bestimmung der Wählbarkeit in den Städten kein so geringer Divisor angenommen werden, wie auf dem Lande, weil dort alle Feuerstellen ohne Rücksicht auf die Standesclasse ihrer Besizer, hier aber nur die Höfe der Stimmberechtigten in Betracht kämen. —

In Folge dieser gegenseitigen Erörterungen erachtete man für zweckmäßig, über diesen Gegenstand durch Einsicht der betreffenden Tabellen und Verzeichnisse sich noch näher zu instruiren, und bis dahin die Abstimmung über den fraglichen Antrag auszusetzen.

Der zweite Antrag, daß von den städtischen Deputirten Braunschweig 5 und die Landstädte die übrigen 7 abordnen solle, ward auf folgende Gründe gestützt. Die Deputirten der Stadt Braunschweig würden in näherer Berührung und Bekanntschaft unter einander stehen, und durch ein engeres Aneinanderschließen nachdrucksvoller für ihre localen Interessen wirken können, als sich dies bei den Abgeordneten der übrigen Städte annehmen lasse. Dazu komme, daß die Deputirten von Braunschweig am Sitze der Regierung und im Mittelpunkte des Landes sich befänden, und daher weit leichter im Stande wären, über die wichtigsten Angelegenheiten genaue und allseitige Kenntnisse sich zu verschaffen. Was ferner die Bevölkerung anbelange, so werde die Einwohnerzahl Braunschweigs von der aller übrigen Städten um mehrere Tausend überstiegen. Auch seien die Handels- und Gewerbs-Interessen des Landes, und der Landstädte insonderheit, mit denen von Braunschweig nicht durchaus zu vergleichen, und in mancher Hinsicht collidirten dieselben wohl geradezu mit einander. So sei z. B. für einzelne Gegenden eine Anschließung an den preussischen Zollverband höchst wünschenswerth. Endlich sei zur richtigen Beurtheilung und Wahrnehmung der gewerblichen und kaufmännischen Interessen der Landstädte eine genaue Kenntniß ihrer localen Verhältnisse durchaus erforderlich. Da aber diese Kenntniß bei den Braunschweigischen Deputirten aus dem Handels- und Gewerbsstande sich nicht voraussetzen lasse, so könne man auch nicht darauf rechnen, daß dieselben die Handels-Interessen der Landstädte in jeder Rücksicht gehörig mit vertreten würden. Alle diese Gründe stellten demnach den obigen Antrag, daß

Braunschweig 5 Landtagsmitglieder und den sämtlichen übrigen Städten 7 zugestanden würden, wohl als gerechtfertigt dar.

Ein anderer Deputirter der Landstädte, welcher diesen Gründen im Allgemeinen beipflichtete, stellte darauf einen noch weiter gehenden Antrag dahin: „Der erste Wahlbezirk der Städte (Braunschweig) sendet 4, jeder der übrigen sechs Bezirke einen Abgeordneten, die übrigen 2 Abgeordneten dieser Standesklasse werden von den laut §. 69 der Landschaftsordnung zum Wahlcollegium versammelten Wahlmännern der Städte aus dem Handels- oder Gewerbs-Stande des Landes dergestalt frei gewählt, daß einer aus der Stadt Braunschweig, einer aus den übrigen Landestheilen zu wählen ist.“

Derselbe führte zur Begründung dieses Antrags an, daß die Handels-Interessen der Hauptstadt keineswegs überwiegend, wohl aber verschieden von denen der übrigen Städte wären, in dem die Importation der erstern zwar größer, dagegen die Ausfuhr der Producte bei den letztern auch sehr bedeutend sei.

Gegen diese beiden Vorschläge auf Verringerung der Anzahl der Deputirten der Hauptstadt traten mehrere Mitglieder der Versammlung auf, deren Gründe im Ganzen folgende waren:

Von dem Flore der Hauptstadt Braunschweig hinge der in den übrigen Städten wesentlich mit ab, denn die Vortheile, die jene erlangte, gingen theilweise auch immer auf diese über. Ferner dürfe man wohl behaupten, daß die Deputirten Braunschweigs auch den Wohlstand der übrigen Städte mit im Auge haben würden, und daß daselbst die Wahl von besonders qualificirten Personen aus dem Handel und Gewerbestande, welche die allgemeinen commerciellen Verhältnisse des Landes am richtigsten zu überschauen und zu beurtheilen im Stande wären, viel leichter sei. Außerdem sei die Hauptstadt keineswegs übermäßig bevorzugt, wenn ihr eine gleiche Anzahl von Deputirten zugebilligt werde, wie den sämtlichen übrigen Städten des Landes. Denn wenn auch Braunschweig einige tausend Einwohner weniger zähle, als die letztern zusammengenommen, so dürfe man doch nicht vergessen, daß hiernach allein die Repräsentation nicht geändert werden könne, und daß ferner von dem gesammten Handel des Landes wohl zwei Drittheile in Braunschweig concentrirt wären. Die Hauptstadt sei gewissermaßen das Herz des ganzen Landes, und die Schwälerung ihres Einflusses und Interesses an dem ständischen Institute könne leicht eine Schwächung dieses letztern selbst zur Folge haben.

Bei der Verschiedenheit der beiden obigen Anträge ward dafür gehalten, daß zuvörderst über die Frage abgestimmt werden müsse, ob die Zahl der Vertreter der Stadt Braunschweig auf 5 und die der übrigen auf 7 bestimmt werden solle. Diese Vorfrage ward in zweiter Section mit 21 Stimmen gegen 14 bejahend entschieden, in erster Section aber ergab sich eine Stimmengleichheit, indem 20 Stimmen für und eben so viele gegen die fragliche Maßregel sich erklärten.

Da nun in Fällen der Art der §. 63. der Landschaftsordnung von 1820 eine nochmalige Umfrage vorschreibt, so ward dazu von Seiten des Präsidenten, Schatzraths von Plessen, die folgende Sitzung bestimmt. Zugleich ward jedoch für den Fall, daß hieraus eine Differenz zwischen den beiden Sectionen sich ergeben sollte, zur Wahl einer Ausgleichungs-Commission geschritten, welche in zweiter Section auf den Kaufmann Seeliger, Stadtrath Pockels und Doctor Gerhard, in erster Section auf den Landdrosten von Gramm, Hofrath Bruns und Assessor von Campe fiel.

Darauf kamen zwei Deputirte von Seiten der Städte auf ihren, in der Sitzung vom 30. v. Mts. zu Protocoll gegebenen Antrag zurück,

„daß nämlich in Hinsicht der Wahl eines Abgeordneten Schöningen bloß mit Schöppenstedt, Königslutter dagegen mit Helmstedt verbunden werden möge.“

Dieselben suchten diesen Vorschlag dadurch zu motiviren, daß Königslutter durch den Elm von den erstgenannten beiden Städten getrennt, in keiner Berührung mit denselben stehe, und in keiner Hinsicht mit diesen ein gleiches Interesse habe, wogegen die Stadt Königslutter im täglichen Verkehre mit Helmstedt sich befinde und in der Regel mit dieser Stadt dieselben Wünsche haben werde.

Dieser Antrag, welcher nur in der zweiten Section aufgenommen war, ward daselbst mit 25 Stimmen gegen 10 abgelehnt.

Ein ähnlicher Antrag eines Mitgliedes der zweiten Section,

„daß Blankenburg ohne alle Concurrenz von Hasselfelde demnächst einen Deputirten zum Landtage abordne,“

ward, nachdem die entgegenstehenden Schwierigkeiten und besonders die Härte, welche dies für Hasselfelde haben werde, hervorgehoben waren, gar nicht zur Abstimmung gebracht.

Zum §. 29 des Wahlgesetzes brachte ein Mitglied der ersten Section folgende Aenderung in Vorschlag: „Bei allen Wahlhandlungen, durch welche mehrere Wahlmänner, Abgeordnete oder sonst Bevollmächtigte ernannt werden sollen, gilt die Regel, daß durch eine Abstimmung nicht mehr als drei, und nicht weniger als zwei erwählt werden. Die 3 oder 2 Personen, auf welche die meisten Stimmen fallen, sind zu Abgeordneten ernannt, wenn sie mindestens ein Viertel der Stimmen für sich haben. Wer weniger als ein Viertel der Stimmen erhalten hat, ist nicht als gewählt anzusehen. — Es sind demgemäß zur Ernennung mehrerer Wahlmänner oder Abgeordneten mindestens so viel einzelne Abstimmungen vorzunehmen, als die Zahl drei in die Zahl der zu Wählenden aufgeht. Durch jede Abstimmung werden 3 Personen gewählt. Bleiben zuletzt nur 2 zu wählen übrig, so leidet das Verfahren keine Aenderung; würde aber zuletzt nur einer zu wählen übrig bleiben, so werden die letzten 4 in zwei Abstimmungen, jede für 2 Personen, gewählt. Jeder Wählende darf bei einer Abstimmung nur für Einen zu Wählenden seine Stimme abgeben.“

Den Motiven dieses Antrags, daß nämlich nichts billiger sei, als daß auch die Wünsche der Minderzahl sich verwirklichen könnten, ward entgegnet, daß überall in dem Ausspruche der Mehrzahl die bessere Ansicht gefunden werde, und daß es besonders bei den Wahlen bedenklich erscheine, die Minderzahl zur Durchsetzung ihrer Wünsche zu befähigen, indem dadurch Gelegenheit zur Bildung von Factionen gegeben werde.

Bei der Abstimmung ward der Antrag in erster Section, wo er allein aufgenommen war, mit 37 Stimmen gegen 3 verneint.

Der §. 51 gab einem Mitgliede der ersten Section Veranlassung zu dem Antrage, „daß die Geistlichen und Schuldiener die Erlaubniß zur Annahme der auf sie fallenden Landtagswahlen beim Consistorio, und nicht bei der Regierung nachzusuchen hätten.“ Bei der Debatte über die Frage, ob die Befugniß, den Geistlichen und Schuldienern jene Erlaubniß zu ertheilen, eher dem Consistorium als dem Ministerium zuzugestehen sei, ward besonders auf den Punkt aufmerksam gemacht, daß manche Geistliche zugleich Staatsdiener im engeren Sinne des Worts wären, und dann die Erlaubniß von beiden Behörden nachsuchen müßten, was leicht zu Inconvenienzen führen könne.

Der Antrag ward vor der Abstimmung zurückgenommen.

(Die Fortsetzung folgt.)

V e r h a n d l u n g e n

d e s

Landtages des Herzogthums Braunschweig.

(Sitzung vom 7. September.)

Zunächst ward über den Antrag, „daß die Zahl der Deputirten der Stadt Braunschweig auf 5 festgesetzt, und denen der übrigen Städte einer zugelegt werden möge“, die in der gestrigen Sitzung auf heute angeordnete nochmalige Abstimmung der ersten Section vorgenommen, und erklärten sich dieses Mal 24 Stimmen gegen 18 für eine solche Aenderung. Als nach dieser Entscheidung obiger Vorfrage zur Abstimmung über die von mehreren auswärtigen Städte-Deputirten gemachten Anträge, hinsichtlich der Vertheilung der 7 Repräsentanten der Landstädte, geschritten werden sollte, bat einer derselben um Aufschub, indem es wünschenswerth sei, daß die auswärtigen städtischen Landtagsmitglieder ihre entgegengesetzten Ansichten über diese Angelegenheit unter einander ausglich, und dann einen gemeinschaftlichen Antrag einbrächten. Die Versammlung war hiermit einverstanden.

Darauf erklärte dasjenige Mitglied der zweiten Section, welches gestern hinsichtlich des §. 77 des Entwurfs der Landschafts-Ordnung auf Abänderungen angetragen hatte, daß ihm, nach Einsicht der Vorarbeiten, die Ueberzeugung geworden sei, es werde allen in Beziehung auf den §. 77 von ihm früher geäußerten Besorgnissen über eine zu geringe Zulassung von Handel- und Gewerbe-Treibenden in die Classe der wählbaren Städtebewohner dadurch abgeholfen werden, wenn der früher vorgeschlagene Zusatz zu dem erwähnten § folgendermaßen gefaßt werde: „Sofern durch die jetzigen oder künftigen Steuereinrichtungen die sechs am höchsten besteuerten Handel- und Gewerbe-Treibenden des Wahlbezirks hiernach die passive Wahlfähigkeit nicht erhalten sollten, werden diese jedenfalls unter die Wählbaren aufgenommen werden.“ Bei der Abstimmung über diesen Zusatz erklärten sich in zweiter Section 33 Stimmen gegen 2, und in erster Section 33 Stimmen gegen 9, für die Annahme desselben.

Beim §. 71 des Wahlgesetzes machte ein Mitglied der Commission Vortrag über die Verhandlungen, welche dieselbe in Beziehung auf die Prälaten mit der Regierung gepflogen habe, und trug darauf an, daß nach den Worten dieses §. „zwölf Prälaten“ hinzugefügt werde: „und nur insofern diese aus gesetzlichen Gründen im Voraus erklärt haben, die Wahl ablehnen zu wollen, aus einer von dem Staats-Ministerium aufgestellten, die gesetzlich nicht entschuldigten Prälaten umfassenden, zugleich auch statt der entschuldigten Prälaten

eine gleiche Anzahl höherer Staatsbeamten benennenden Liste von 12 Personen dergestalt gewählt, daß die Uebrigbleibenden" ic.

Für diesen Antrag ward bemerkt, daß, nachdem die Regierung in Hinsicht auf die vorzuschlagenden Wahlcandidaten an die Zahl 12 festgehalten habe, und also die Wahl darauf beschränkt sei, zu bestimmen, wer von ihnen Abgeordneter oder Stellvertreter sein solle, man auch dabei stehen bleiben müsse, daß die Zahl der 12 Prälaten als lebenslänglich befähigte Wahlcandidaten erhalten werde. Denn nach den Worten „insofern diese nicht vorhanden sind" ic., erscheine es statthast, daß die Anzahl der Prälaten durch unterlassene neue Ernennungen eingeschränkt und allmählig ein Wechsel der Personen bei jeder Wahl eingeführt werden könne, was doch der Absicht entgegen sei. — Dieser Antrag ward in beiden Sectionen einstimmig angenommen.

Zum §. 71 machte ein Mitglied der Prälaten die Anfrage, ob hier unter dem Ausdrucke „die höhere Geistlichkeit" nur die Superintendenten und die über denselben stehenden Geistlichen begriffen wären, oder auch die den Superintendenten dem Range nach gleich gestellten Prediger, z. E. die in der Hauptstadt, imgleichen die Hofprediger zu Blankenburg.

Hierauf erklärte ein Mitglied der Commission, daß der Ausdruck „höhere Geistlichkeit" sich nicht auf den äußern Rang, sondern auf den größern Geschäftskreis der Geistlichen beziehe, und nur diejenigen seien darunter zu verstehen, deren Obliegenheiten nicht bloß auf die Besorgung der kirchlichen Angelegenheiten einer einzelnen Gemeinde beschränkt wären. Mithin seien darunter nur noch die Special-Superintendenten zu rechnen, und nicht diejenigen Prediger, welche diesen bloß dem Range nach gleich ständen. Diese Deutung des Wortes „höhere Geistlichkeit" fand in der Versammlung keinen Widerspruch.

Verathungen über den Entwurf zu einer Geschäftsordnung für die Landschaft.

Beim §. 6 der Geschäftsordnung ward von einem Mitgliede der zweiten Section darauf angetragen, daß die den Abgeordneten und Stellvertretern wegen ungesetzlichen Ausbleibens hier angedroheten pecuniären Nachtheile beiden solidarisch auferlegt würden. Die Versammlung erklärte sich damit einverstanden.

Ad §. 8 bemerkte ein älteres Mitglied der Ritterschaft, daß es ihm zu hart erscheine, diejenigen Ständemitglieder, welche wegen ungehorsamen Ausbleibens ausgeschlossen würden, auch durch die Anzeigen bekannt zu machen. Eine Maßregel der Art habe etwas sehr Verletzendes, und finde bisher nur wegen schwerer Verbrechen Statt, womit das ungehorsame Zurückbleiben der Abgeordneten nicht zu vergleichen sei. — Von Seiten eines Mitgliedes der Commission ward hierauf erwiedert, daß man das tief Kränkende, welches in einer solchen

öffentlichen Bekanntmachung des Namens liege, allerdings auch gefühlt habe. Man habe kein gelinderes Mittel dafür auffinden können. Nothwendig erscheine aber eine solche Bestimmung durchaus, vorzüglich in Hinsicht auf die Convocationstage, auf welchen Differenzen mit der Regierung vielleicht gar nicht zu vermeiden ständen. In Fällen der Art sei das Ausbleiben manches Abgeordneten zu fürchten, und diesem Uebelstande müsse demnächst um so mehr vorgebaut werden, da die Anzahl der Landtagsmitglieder künftig eine viel geringere sei.

Der §. 17 gab Veranlassung zu einer ausführlichen Debatte über den künftigen Wirkungskreis und die Stellung des Landsyndicus.

Ein Mitglied der ersten Section trug darauf an, „dem Landsyndicus in dem künftigen Ausschusse keine beratende Stimme zu lassen.“ Man habe sich von der Nothwendigkeit überzeugt, daß dem Landsyndicus in dem pleno der Landschaft ferner kein *votum consultativum* zugestanden werden dürfe, weil künftig nur noch gewählte Repräsentanten erschienen, über welche derselbe, als das einzige beständige Mitglied, sonst leicht ein bedeutendes Uebergewicht erlangen könne. In ganz ähnlicher Lage befinde sich auch der Ausschuß, auf den der Landsyndicus um so leichter einen zu großen Einfluß ausüben könne, als derselbe aus sehr wenigen Personen bestehe. Außerdem seien auch zwischen dem Landsyndicus und dem Präsidenten des Ausschusses Collisionen zu fürchten, sobald man Ersterem eine beratende Stimme zugestehet. Dazu komme, daß eine genaue Führung des Protocolls mit einem activen Antheile an den Debatten im Ausschusse kaum zu vereinigen sei. Ja endlich sei die Besorgniß nicht unbegründet, daß ein Landsyndicus wegen seines beständigen Wohnsitzes in der Hauptstadt in Abhängigkeit von der Regierung, oder in Verbindung mit etwaigen politischen Parteien gerathen könne, und dieses nicht ohne nachtheiligen Einfluß auf seine Ansichten bleiben werde.

Hiergegen traten indeß mehrere Mitglieder aus beiden Sectionen auf. Die Besorgniß vor einem zu großen und nachtheiligen Einflusse des Landsyndicus scheine auf der Meinung zu beruhen, als ob derselbe von Herrschsucht und Nechthaberei sich könne leiten lassen. Es sei indeß zwischen dem plenum der Landschaft und dem Ausschusse derselben ein bedeutender Unterschied zu machen. Jene sei durch die größere Anzahl ihrer Mitglieder vor dem Fehler der Einseitigkeit hinreichend gesichert. Die dem Ausschusse überwiesenen Geschäfte aber setzten sehr umfassende und gründliche juristische und insonderheit historische Kenntnisse voraus, die bei den gewählten Mitgliedern des Ausschusses gar leicht in Zukunft nicht in dem Umfange sich finden könnten, wie dies zu wünschen sei. Eben deshalb erscheine es rathsam, den Ausschußmitgliedern einen Consulenten mit beratender Stimme zur Seite zu stellen, der in Behandlung der fraglichen Geschäfte die Hauptaufgabe seines Lebens gemacht habe. Die Führung der Protocolle in den Sitzungen des Ausschusses habe bei weitem die Schwierigkeit nicht, wie in den Plenarsitzungen, und lasse sich dort sehr wohl mit einem Antheile an den Debatten vereinigen. Auch könne das gefürchtete Uebergewicht des Landsyndicus

eben so gut entstehen, wenn derselbe nur auf vorgängiges Befragen seine Ansichten im Ausschusse entwickeln dürfe.

Es sei deshalb wünschenswerth, daß derselbe berechtigt, ja auch verpflichtet sei, auch ungefragt seine Meinung im Ausschusse vorzutragen. Ein anderes Mitglied verwies auf die bisherige Erfahrung, wonach das Amt des Landsyndicus sich eben so wichtig, wie nützlich für das ganze ständische Institut bewährt habe. Ihm scheine es insonderheit in der jetzigen Uebergangsperiode höchst rathsam, dieses Amt nicht bloß beizubehalten, sondern dessen Stellung nicht so sehr zu verrücken und dadurch seine Wirksamkeit zu schmälern.

Einige andere Mitglieder endlich machten darauf aufmerksam, daß, wenn man den Posten des Landsyndicus zu einem durchaus untergeordneten herabsetze, man demnächst nicht mehr darauf rechnen könne, besonders qualificirte Personen für diese Stelle zu bekommen. Und eben so stehe zu besorgen, daß die künftigen Inhaber dieses Amtes, wenn dasselbe zu einem bloß subalternen gemacht werde, ihren Obliegenheiten nicht mit dem Eifer nachkommen würden, wie dies bisher der Fall gewesen sei.

Nach diesen Erörterungen kam der obige Antrag zur Abstimmung, und ward in erster Section mit 23 Stimmen gegen 19 abgelehnt. In zweiter Section war derselbe nicht aufgenommen worden.

(Die Fortsetzung folgt.)

V e r h a n d l u n g e n

des

Landtages des Herzogthums Braunschweig.

(Sitzung vom 7. September.)

(F o r t s e t z u n g.)

Zum §. 19 ward in Berücksichtigung des Umstandes, daß in einzelnen Fällen wohl das Staatsministerium die Anweisung nicht zu ertheilen sich veranlassen finden könne, die Aenderung beschlossen, daß auf Anweisung des Präsidenten des ständischen Ausschusses monatlich der nöthige Vorschuß zur Bestreitung der Diäten und Reisekosten der Abgeordneten etc. aus der Haupt-Finanz-Casse zu zahlen sei.

Ad §. 28 ward zur Vermeidung unnöthiger Weitläufigkeit allgemein für zweckmäßig erachtet, daß die ständischen Commissionen durch den aus ihrer Mitte gewählten Präsidenten und nicht durch den Präsidenten der Ständeversammlung, befugt sein müßten, bei der Landesregierung um die Mittheilung der betreffenden Nachrichten und Aufklärungen nachzusuchen.

Ad 52 nahm ein Mitglied der ersten Section seinen früher gemachten Antrag: „Die Verhandlungen der Ständeversammlung sollen der Regel nach öffentlich sein für Alle, welche die allgemeinen Eigenschaften der Abgeordneten-Wähler besitzen,“ wieder auf, und führte als hauptsächliche Motive an, daß ohne Oeffentlichkeit die Wahlmänner sich von der individuellen Wirksamkeit ihrer Deputirten nicht vollständig unterrichten, und mithin bei den wiederkehrenden Wahlen nicht mit voller Ueberzeugung den früheren Abgeordneten ihre Stimmen würden geben können. Auch falle ohne Oeffentlichkeit der große Nutzen hinweg, den die Ständeversammlung als Bildungsschule zu gewähren im Stande sei.

Hiergegen trat ein anderes Mitglied der Ritterschaft mit dem Antrage auf, „daß man sich auf den Abdruck der Protocolle ohne Nennung der Namen“ beschränken möge. Der Letztere bemerkte, daß in Erwägung der Vortheile und Nachtheile der Oeffentlichkeit durch Zulassung von Zuhörern und Abdruck der Protocolle mit Namen, die nachtheiligen Folgen ihm überwiegend erschienen. Männer von redlichem Willen dürften, weil sie die Gabe der Rede nicht hätten, die Ansichten zurückhalten, welche sie, im Kreise von 48 vertrauten Mitständen auf Nachsicht rechnend, dreist entwickeln würden. Die Unbefangenheit werde, zumal in einem Lande von dem Umfange des unsrigen, bedeutend leiden. Man möge erwägen, ob nicht die Anwesenheit eines Ministers bei den Berathungen schon bei Manchen eine Befangenheit veranlassen werde, wie viel mehr sei dies aber zu befürchten, wenn der

Antragsteller bei einer jeden aus inniger Ueberzeugung gemachten, dennoch aber vielleicht nicht angemessenen Aeußerung sich mannigfachen Kränkungen im Publikum aussetzen müsse. Könne auch dieser Einfluß unter manchen Umständen zum Guten führen, so sei doch zu bedenken, daß er vorzüglich von den Bewohnern der Hauptstadt ausgehen werde, und auch dahin führen könne, daß einseitige Bestrebungen einzelner Parteien durchgesetzt würden. Im Uebrigen sei nicht zu fürchten, daß die Namen derer, welche sich durch Kenntnisse und redlichen Willen in der Versammlung ausgezeichnet hätten, und derer, von welchen dies nicht gesagt werden könne, dem Publikum verschwiegen blieben, wenn auch ohne deren Nennung die Protocolle veröffentlicht würden.

Von einer andern Seite ward gegen die Zulassung von Zuhörern und den Druck der Protocolle mit Nennung der Namen besonders hervorgehoben, welche Unannehmlichkeiten mit dem Publikum und welche Reibungen, Protestationen und Zwistigkeiten unter den Ständemitgliedern selbst, in andern Ländern daraus hervorgegangen wären. Dergleichen Vorgänge wirkten nicht bloß störend auf die Zufriedenheit der zunächst dabei Betheiligten, sondern mußten auch der Achtung des ständischen Instituts im Allgemeinen sehr schaden.

Außerdem solle bei uns in Zukunft die Bestimmung in Kraft treten, daß jeder die auf ihn fallende Wahl zum Landstande annehmen müsse. Diese unter Umständen sehr drückende Bestimmung könne um so störender auf die Ruhe und das ganze Lebensglück des Einzelnen wirken, wenn zugleich vollständige Oeffentlichkeit eingeführt werde. Daneben sei nicht zu verkennen, daß durch die Zulassung von Zuhörern der Einfluß der Hauptstadt auf die ständischen Verhandlungen bedeutend vermehrt werde. Wenn gleich hiervon nicht alle die nachtheiligen Folgen, welche in größern Staaten daraus entstanden wären, bei uns zu fürchten seien, so verdiene dieser Punkt doch auch hier eine ganz besondere Berücksichtigung.

Nach diesen Erörterungen ward auf den Wunsch eines Mitgliedes der Versammlung beschlossen, die Abstimmung über die erste Motion bis dahin zu verschieben, daß die Mitwirkung der Stände bei der Steuergesetzgebung und Domanal-Verwaltung festgesetzt worden sei. Hiervon hänge unsere ganze Stellung zur Regierung ab, und danach insonderheit müsse die Frage entschieden werden, welcher Grad der Oeffentlichkeit der zweckmäßigste sei.

(Sitzung vom 8. September.)

Nach Eröffnung der Sitzung nahm ein Mitglied der 2ten Section das Wort in Beziehung auf die gestern über den §. 52 der Geschäftsordnung stattgefundene Debatte. Derselbe bemerkte, daß die Mitglieder der Landtags-Commission die Frage über die Oeffentlichkeit einer wiederholten sorgfältigen Prüfung unterworfen, und anfänglich für die Zulassung von Zuhörern sich entschieden hätten. Nachmals sei eine Meinungsverschiedenheit unter ihnen eingetreten und diese in dem Commissionsprotocolle vom 19ten Juli d. J. näher entwickelt

worden. Nachdem die betreffende Stelle aus diesem Protocolle *) verlesen worden war, erklärte derselbe ferner, daß er die Zulassung von Zuhörern und den vollständigen Druck der

*) ad §. 50. Ueber die Frage: welche Oeffentlichkeit die angemessenste sei? waren die Meinungen verschieden. Ein Mitglied erklärte:

»Als dieser Gegenstand früher zur Berathung gekommen, habe man sich nach sorgfältiger Erwägung der für und wider die Oeffentlichkeit sprechenden Gründe endlich für die Zulassung von Zuhörern bei den ständischen Verhandlungen, jedoch unter den näheren Bestimmungen und Modificationen, welche der der Landesregierung vorgelegte Entwurf angebe, entschieden. Bis jetzt wären seines Wissens keine neuen Gründe vorgekommen, welche die Commission bestimmen könnten, von ihren damaligen Erklärungen abzugehen. Er müsse also bei diesen beharren, da er noch jetzt, wie damals, der lebendigen Ueberzeugung sei, daß nur wirkliche Oeffentlichkeit eine sichere Bürgschaft gegen Servilismus, wie gegen verkehrten Liberalismus und vornehmlich gegen Egoismus gewähre, eine Bürgschaft, welche in einem kleinen Lande eben so nöthig, wie in einem großen, ja in mancher Hinsicht noch nöthiger erscheinen dürfte. Diesem gemäß stimme er dafür:

»bei Herzogl. Staatsministerium die Vorschläge, welche der Commissions-Entwurf enthalte, zu wiederholen.

»Sollte hierauf nicht eingegangen, und bloß der Abdruck der Protocolle beliebt werden, so scheine es ihm aus den Gründen, welche schon den Beifall der Plenarversammlung erhalten hätten, zweckmäßig, die Namen der Redner und Antragsteller nicht mit abzu drucken, in dem er dafür halte, daß ein Abdruck mit Nennung dieser Namen alle befürchteten Nachtheile der Oeffentlichkeit, nicht aber den Nutzen derselben hervorbringen und daher zu dem alsdann beabsichtigten beschränkten Zwecke eine sich nur an das Materielle der Verhandlungen haltende Bekanntmachung der Protocolle genügen werde.«

Ein zweites Mitglied schloß sich der obigen Erklärung an, so viel die Oeffentlichkeit durch Zulassung von Zuhörern betreffe, fand jedoch bei dem Abdrucke der Protocolle mit Nennung der Namen der Antragsteller und Redner um so weniger ein Bedenken, als der ange deutete Nutzen der vollen Oeffentlichkeit dadurch ebenfalls, wenn gleich in einem beschränkten Maße, erreicht werden dürfte. Auch scheine es ihm mit dem Geiste einer auf freier Wahl der Abgeordneten beruhenden Vertretung im Widerspruche zu stehen, wenn man den Wählenden, welche gesetzlich verpflichtet seien, bei der Wahl der Landes-Vertreter auf Fähigkeit, praktische Tauglichkeit und Redlichkeit zu sehen, gesetzlich das geeignetste Mittel entziehen wollte, von der individuellen Wirksamkeit der einzelnen Abgeordneten in der Erfüllung ihres, dem öffentlichen Wohle gewidmeten Berufs eine nähere Kenntniß zu erlangen, noch anderer Gründe, deren Anführung zu weitläufig sein werde, nicht zu gedenken.

Protocolle mit Nennung der Namen für den zweckmäßigsten Grad der Oeffentlichkeit halte, und demgemäß auf folgende Aenderung des §. 52 antrage:

„§. 52 a. Die Sitzungen der Stände-Versammlung sollen in der Regel öffentlich sein, und die über dieselben aufgenommenen Protocolle und deren Anlagen unverzüglich durch den Druck bekannt gemacht werden.

Nur ausnahmsweise finden geheime Sitzungen statt:

- 1) auf Verlangen der Landesregierung oder der landesfürstlichen Commissarien,
- 2) auf den Antrag einer ständischen Commission, bei Erstattung des von ihr ausgearbeiteten Vortrags und der darüber anzustellenden Berathung,
- 3) auf das Begehren eines Abgeordneten, welchem rücksichtlich der Nothwendigkeit oder Nützlichkeit einer geheimen Berathung nach Entfernung der Zuhörer mindestens 8 Abgeordnete beistimmen,
- 4) in den sonst durch die Geschäftsordnung vorgeschriebenen Fällen.“

Zu §. 52 b. Da der Raum des Sitzungs-Saals für jetzt nur einer beschränkten Zahl von Zuhörern den Zutritt zu gewähren gestattet, so sollen am Abende vor jedem Sitzungstage jedem Abgeordneten zwei Einlaßkarten zugestellt werden, um solche an Personen, welche den Sitzungen beizuwohnen wünschen, (mit Ausnahme von Frauenzimmern) zu vertheilen. Für die noch übrigen Plätze werden die Ratten vom Präsidenten ausgegeben.

Ein drittes Mitglied schloß sich den letzterwähnten Ansichten über den Druck der Protocolle an, stimmte dagegen wider die Eröffnung der Tribune für Zuhörer.

Die 4 übrigen Mitglieder vereinten sich zu dem votum, daß sie, nach sorgfältiger Erwägung aller dabei in Betracht kommenden Rücksichten, die Oeffentlichkeit durch Abdruck der Protocolle, ohne Namen der Redner und Antragenden für die angemessenste hielten. Dieselben glaubten die gerühmten Vortheile im Gefolge der Oeffentlichkeit vor Zuhörern deshalb nicht finden zu können, weil der Eigensucht, welche auch in der Regel den Servilismus und verkehrten Liberalismus erzeuge, eben durch die Oeffentlichkeit vor Zuhörern und durch den Abdruck der Protocolle mit Namen, erst das Feld eröffnet werde, um sich nach Umständen in der einen oder der andern Farbe zu zeigen: wogegen die Scheu vor dem öffentlichen Reden, welche bei den meisten Menschen erst durch lange Übung, bei Vielen nie, überwunden werden könne, manches gediegene Urtheil ersticken, die Rücksicht auf äußere Verhältnisse Viele abhalten würde, sich über einzelne Gegenstände so frei und unbefangen, wie sie dieses unter Kollegen thun würden, öffentlich vor dem Publicum zu äußern. Wenn aber die Namen der Redner und Antragsteller einmal durch den Druck bekannt gemacht werden sollten, so würden dieselben zugleich für die vollständige Oeffentlichkeit zu stimmen sich bewogen finden, indem die Verbreitung solcher der Natur der Sache nach nicht vollständig die Verhandlungen darstellender Protocolle, anstatt das im zweiten votum Erforderte zu gewähren, nur zu irrigen Urtheilen über die Wirksamkeit einzelner Abgeordneten führen könne.

Ohne Einlaßkarte wird Niemandem der Zutritt gestattet.

Zu §. 52 c. Den Zuhörern wird jede Aeußerung von Beifall oder Mißbilligung streng untersagt. Wer dieses Verbot übertritt, wird durch den Diener der Versammlung fortgewiesen; wer die Ruhe auf eine auffallende Weise stört oder die Berathung unterbricht, ist auf Befehl des Präsidenten in Arrest zu führen und der Behörde zur Bestrafung zu übergeben.

Sobald die Versammlung eine geheime Sitzung beschlossen hat, müssen die Zuhörer ohne Verzug den Sitzungs-Saal verlassen.

In Folge dieses Antrags schlug derselbe ferner vor:

Im 1sten Abschnitte des 3ten Titels im 4ten Capitel der Landschaftsordnung einen eigenen Paragraphen des Inhalts einzuschalten:

„Zu den Sitzungen der Ständeverversammlung wird der Regel nach unter den in der Geschäftsordnung bestimmten Bedingungen dem Publikum der Zutritt gestattet.“

Nach Einbringung dieser Motion entstand zunächst die Frage, ob dieselbe jetzt zur Erörterung und Abstimmung kommen dürfe, da ein ähnlicher Antrag hinsichtlich der Dessenlichkeit, bis nach der Berathung über die finanziellen Verhältnisse vertagt worden sei. Dem ward aber entgegnet, daß keinem Mitgliede verwehret werden könne, zu irgend einem §. einen Antrag zu stellen, zu erörtern und die Abstimmung darüber zu verlangen, weil zuvor ein anderes Mitglied die Debatte über einen ähnlichen Antrag habe hinaussetzen lassen. Dazu komme, daß der heute gestellte Antrag auf Dessenlichkeit weiter gehe, als der gestrige, und daß dieser immer wieder aufgenommen werden könne, wenn gleich jener durch einen Beschluß beseitigt werden sollte.

Bei der sodann wieder aufgenommenen Debatte über die Dessenlichkeit traten zunächst mehrere Mitglieder aus der zweiten Section, für den Antrag auf Zulassung von Zuhörern und vollständigen Druck der Protocolle, auf. Die öffentliche Stimme sei eine bedeutende Macht, ohne welche die Stände wenig auszurichten vermögten. Diese könnten sie nur dadurch dauernd für sich gewinnen, daß sie bei allen ihren Verhandlungen möglichst offen zu Werke gingen. Das lebendige Wort überzeuge klarer von redlichem Streben, als der todt Buchstabe. Auch könnten gedruckte Protocolle, und wenn sie noch so genau aufgezeichnet würden, niemals alle Verhandlungen bis ins kleinste Detail und nach ihrem eigenen Wesen wiedergeben, abgesehen von den Mißverständnissen, welche bei der Aufzeichnung des Gesagten leicht Statt haben könnten.

Außerdem entstehe durch die Gestattung des Zutritts des Publikums zu den ständischen Verhandlungen eine wechselseitige Einwirkung zwischen dem Volke und seinen Vertretern, welche nicht bloß nützlich, sondern sogar nothwendig sei, damit die Letztern allen ihren wichtigen Obliegenheiten auf das Genaueste nachkämen.

Gegen die obigen Gründe ward insonderheit von mehreren Mitgliedern der Ritterschaft erwiedert, daß die öffentliche Meinung allerdings eine bedeutende Macht sei, die man berücksichtigen müsse, auf die man aber nicht zu viel rechnen dürfe. Sie werde nur zu oft

durch einzelne Lieblings-Ideen beherrscht, und wende sich häufig auf die entgegengesetzte Seite. Insonderheit sei es nicht wahrscheinlich, daß das große Interesse, welches sich jetzt für ständische Verhandlungen zeige, in dieser Stärke lange fortbauern werde. Darum sei es für die Stände rathsamer, nicht sowohl auf die öffentliche Stimme, als vielmehr auf ihr gutes Recht zu bauen. Dies müsse immer ihre vorzüglichste und letzte Stütze sein.

Was ferner den aus der Eröffnung der Tribune hervorgehenden Vortheil der Einwirkung des Publikums betreffe, so laufe dies auf einen bloß localen Vorzug der Hauptstadt hinaus. Diese werde dadurch, wie solches sich in verschiedenen andern Ländern schon gezeigt habe, leicht einen sehr bedeutenden Einfluß auf das ganze ständische Institut erlangen, der nicht ohne die nachtheiligsten Folgen für das übrige Land bleiben könne. Man möge sich den Fall denken, daß es sich darum handele, die Bewohner der Hauptstadt zu den ordentlichen Grundabgaben, gleich den übrigen Landeseinwohnern, heranzuziehen. In Fällen dieser Art sei es von der höchsten Wichtigkeit, daß sich die Stände von dem vorherrschenden Einflusse der Hauptstadt frei erhielten. Auch könne man sich darüber nicht täuschen, daß wenn durch die Eröffnung der Tribune ein solcher Einfluß in der Stände-Versammlung einmal vorherrschend geworden sei, derselbe dadurch nicht abgeschnitten werde, daß in einzelnen Fällen geheime Sitzungen angeordnet würden. Wenn die Landtage noch, wie in der früheren Zeit, abwechselnd in den Landstädten gehalten würden, möchte gegen die vollständige Oeffentlichkeit bei weitem weniger zu erinnern sein. Die Besorgniß vor einem zu großen Uebergewichte der Hauptstadt in der Stände-Versammlung sei gewiß nicht ohne Grund. Denn nicht bloß die Anzahl der Landtagsmitglieder aus dem Lande werde nach den proposirten Verfassungs-Änderungen eine viel geringere, sondern auch die selbstständige Haltung vieler derselben leide bedeutend durch die neuen Wahleinrichtungen.

Der obige Antrag auf die Zulassung von Zuhörern und den vollständigen Druck der Protocolle kam darauf zur Abstimmung, und ward in zweiter Section mit 19 Stimmen gegen 16 angenommen, dagegen in erster Section mit 21 gegen 11 Stimmen abgelehnt.

Von beiden Sectionen ward sodann die Zusammensetzung einer Ausgleichungs-Commission beschlossen, und fielen die Wahlen in zweiter Section auf den Hofrath Hettling, Stadtrath Pockels und Bürgermeister Dr. Gerhard, in erster Section aber auf den Hofrath Bruns, Cammerrath von Weltheim auf Destedt, und Amtmann Cleve auf Scheppau.

ad §. 60. *) wurden auf die Bemerkung eines Mitgliedes der ersten Section: daß die Beschränkung auf eine einmalige Rede zu groß sei, als daß man sich daran

*) §. 60. Ueber ein und denselben, zur Berathung stehenden, Gegenstand kann jeder Abgeordnete nur einmal reden, und nur Ausnahmsweise kann ihm der Präsident das Wort anderweit gestatten.

halten könne, und daß neben der Erläuterung einer unrichtig verstandenen Aeußerung auch wohl die Berichtigung einer irrthümlich dargestellten Thatsache jeder Zeit gestattet werden müsse, die dessfalsigen Abänderungen in diesem §. einstimmig für zweckmäßig erachtet.

Beim §. 65. warf ein Mitglied der zweiten Section hinsichtlich der Worte: „auf immer“ die Frage auf, ob damit die Ausschließung für die Dauer des Landtags oder der gänzliche Verlust der Wahlfähigkeit habe ausgedrückt werden sollen. Zugleich bemerkte derselbe, daß im letzteren Falle an einer passlichen Stelle des Grundgesetzes diese Ausschließung den Gründen der Unfähigkeit, um als Abgeordneter gewählt zu werden, hinzugefügt, und darauf Bezug genommen werden müsse.

Die Versammlung erkannte das Treffende dieser Bemerkung an, und war allgemein der Ansicht, daß die zuletzt angedeutete Auslegung dieser Stelle als die richtige anzunehmen sei.

Beim §. 75. ward von einem Mitgliede der zweiten Section bemerkt, daß es nicht zweckmäßig erscheine, daß der Präsident nur dann seine Stimme abgeben solle, wenn dieselbe erforderlich sei, um bei den verschiedenen Stimmenzahlen den Ausschlag zu geben. Wünschenswerther sei es, daß derselbe jeder Zeit mitstimme, damit die Versammlung wisse, welcher Ansicht er in jedem einzelnen Falle zugethan sei.

Hiergegen ward erinnert, daß der Präsident zwischen etwa sich bildenden Parteien in der Ständeverammlung möglichst unbetheiligt dastehen müsse. Um diese unter Umständen schwierige Aufgabe soviel wie möglich zu lösen, werde für ihn die Bestimmung höchst erwünscht sein, daß er nur dann zu votiren brauche, wenn dies zur Herbeiführung einer Entscheidung nothwendig sei. — Die fragliche Bestimmung dieses §. ward beibehalten.

Der §. 79 veranlaßte ein Mitglied der ersten Section zu der Bemerkung, daß es bei der künftigen Einführung des Einkammersystems wohl rathsamer sei, regelmäßig eine zweimalige Abstimmung eintreten zu lassen. Denn Uebereilungen müßten möglichst vermieden werden, und dazu wären erschwerende Formen nicht unzweckmäßig. Ähnliche Bestimmungen seien aus diesem Grunde auch in andere Verfassungen aufgenommen worden. — Hierauf ward erwidert, daß bei einer zweimaligen Abstimmung die erste wahrscheinlich sehr leicht genommen, und zu einer leeren Form herabsinken werde. Gegen Uebereilungen sei auch durch die Bestimmungen des §. 82 der Geschäftsordnung, über die Wiederaufnahme der Verhandlungen, möglichst Vorsorge getroffen worden. — Zu einem Antrage und einer Abstimmung über diesen Punct kam es nicht.

Beim §. 97 ward von einem Mitgliede der ersten Section darauf angetragen, „daß den am Orte der Ständeverammlung wohnhaften Mitgliedern derselben gar keine Diäten verwilligt werden möchten.“ Denn Diäten hätten überall nur den Zweck, als Ersatz für baare Auslagen zu dienen, nicht aber für den Verlust an Zeit und Kräften zu entschädigen, welche man seinen häuslichen und Berufs-Geschäften entziehen müsse.

Der Verlust der letztern Art sei überhaupt zu relativ, um dafür eine allgemeine Entschädigung festsetzen zu können.

Auch erscheine es sehr unbillig, den auswärtigen Ständemitgliedern täglich nur 3 R Diäten zu verwilligen, während die Einheimischen $1\frac{1}{2}$ R erhalten sollten. Denn jene müssten sich nicht bloß bedeutenden baaren Auslagen unterziehen, die für diese gar nicht veranlaßt würden, sondern jene würden auch aus ihren gewöhnlichen Geschäftsverhältnissen durch die Theilnahme an den ständischen Verhandlungen ganz herausgerissen, während die hier Wohnhaften für die Besorgung ihrer gewöhnlichen Arbeiten und Geschäfte noch immer einige Zeit erübrigen könnten.

Der fragliche Antrag ward von einem andern Mitgliede der Ritterschaft noch durch die Bemerkung unterstützt, daß man bei der Plenarversammlung im Herbst v. J. allgemein der Ansicht gewesen sei, daß den einheimischen Ständemitgliedern keine Diäten zu verwilligen seien.

Obgleich man das Unbillige zwischen den Diätenansätzen für einheimische und auswärtige Ständemitglieder nicht gerade in Abrede nehmen mochte, so erklärten doch mehrere Mitglieder der Versammlung, daß auch den hiesigen Abgeordneten eine Entschädigung werden müsse. Bei der künftigen längern Dauer der Landtage würden die einheimischen Mitglieder genöthigt sein, ihre gewöhnlichen Geschäfte durch Stellvertreter besorgen zu lassen, und somit einen bedeutenden Verlust an ihrem Einkommen erleiden. Wollte man dafür gar keine Entschädigung gewähren, so würde wegen der zu großen Nachtheile aus manchen Classen von Personen Niemand zu wählen sein.

Der Antrag kam erst in der folgenden Sitzung zur Abstimmung in der ersten Section, wo er mit einer geringen Stimmenmehrheit abgelehnt ward. In zweiter Section war derselbe gar nicht aufgenommen worden.

NB. Ueber die Sitzungen vom 11. bis 14. September werden keine Mittheilungen erscheinen, weil die Verhandlungen derselben nach einem Beschlusse beider Sectionen geheim zu halten sind.

(Die Fortsetzung folgt.)

V e r h a n d l u n g e n

des

Landtages des Herzogthums Braunschweig.

(Sitzung vom 15. September.)

Der Präsident der ersten Section, Schagrath v. Plessen, schlug der Versammlung vor, das herzogliche Staatsministerium in einer Note von den Resultaten der bisherigen Berathungen und Beschlüsse der Stände in Kenntniß zu setzen, namentlich daß man sich im Allgemeinen für Annahme der neuen Landschaftsordnung, des Wahlgesetzes, der Geschäftsordnung und des Nebenvertrags über die künftige Ordnung der finanziellen Verhältnisse des Herzogthums erklärt habe. Zugleich werde es zweckmäßig sein, eine Commission von zwei Mitgliedern aus jeder Section zu ernennen, um über die in den fraglichen Gesetzentwürfen beantragten Abänderungen mit der Regierung zu unterhandeln, und die über verschiedene Punkte gewünschten Erklärungen bei derselben nachzusuchen. Obgleich über einzelne Gegenstände die Abstimmung und Vereinbarung der Landschaft unter sich noch rückständig sei, so würden jene Verhandlungen mit der Regierung doch schon jetzt sehr zweckmäßig zu beginnen sein. Dieser Vorschlag des Präsidenten ward einstimmig angenommen, und darauf zu Commissarien gewählt in erster Section der Hofrath Bruns und Schagrath v. Plessen, und in zweiter Section der Hofrath Hettling und Magistratsdirector Bode. Da man aber für nöthig erachtete, daß in dieser neuen Commission mehrere Männer wären, welche nicht Mitglieder derjenigen gewesen seien, welche bislang mit der Regierung über die Verfassungsänderungen berathen und unterhandelt habe, so wurden außer den eben Genannten auch der Landdrost von Gramm und Oberappellationsrath Günther zu Commissionsmitgliedern erwählt.

Darauf ging man zur Berathung über den Gesetzentwurf, die Organisation und die Geschäftsführung des herzoglichen Finanzcollegiums betreffend, über.

Beim §. I trug ein Mitglied der Ritterschaft darauf an: „daß den Ständen hier das Recht eingeräumt werden müsse, die Hälfte der Räte des Finanzcollegiums zu ernennen.“ Seit alter Zeit habe die Landschaft das Recht gehabt, durch eigens von ihr erwählte und ihr besonders verpflichtete Beamte über die richtige Verwaltung und Verwendung der Steuereinkünfte zu wachen. Erst im Jahre 1820 habe man zugelassen, daß das zu jenem Zwecke errichtete Landes-Steuercollegium zur Hälfte mit landesherrlichen Räten besetzt worden sei. Unter der Regierung des Herzogs Karl habe man es recht überzeugend gefühlt, wie wichtig es sei,

daß die Landes-Steuerkasse unter der Mitaufsicht von Männern sich befunden habe, die von der Landschaft gewählt und in besonders nahen Verhältnissen zu ihr gestanden hätten, und nichts desto weniger wollte man jetzt jenes wichtige Recht aufgeben. Der Wirkungskreis des neu einzurichtenden Finanzcollegiums werde zwar ausgedehnter, als der des bisherigen Landes-Steuercollegiums: dieser Unterschied sei aber im Ganzen nicht von Erheblichkeit, denn die wichtigeren Geschäfte des letzteren würden die Hauptfunctionen des erstern ausmachen. Von diesem Gesichtspuncte ausgehend, habe auch die Regierung in dem zuerst von ihr mitgetheilten Verfassungsentwurfe §. 173 proponirt, daß das neu zu organisirende Steuer- und Finanzcollegium eine vom Landesherren und den Ständen gemeinschaftlich zu besetzende und abhängige Behörde sein solle.

Hiergegen erklärten sich insonderheit die Mitglieder der ständischen Commission. Der dem neu einzurichtenden Finanzcollegium nach der vorliegenden Verordnung bestimmte Wirkungskreis sei bedeutend verschieden von dem des bisherigen Landes-Steuercollegiums, und auch der in der ersten Proposition in Vorschlag gebrachten Behörde. Das Finanzcollegium erhalte künftig die Beaufsichtigung und Controlle über viele Verwaltungsgegenstände, auf welche den Ständen niemals eine bestimmte Einwirkung zugestanden habe. Der Geschäftskreis dieser Behörde werde ein sehr umfangreicher und verschiedenartiger, indem dieselbe auch den ganzen Staatshaushalt, namentlich die Verwaltung des Kammergutes, und des Kloster- und Studienfonds zu controlliren habe. Damit dieser Zweck wirklich erfüllt werde, müsse dasselbe nicht bloß mit gewandten Geschäftsmännern von allgemeinen administrativen Kenntnissen, sondern auch mit ausgezeichneten Technikern besetzt werden. Diese Besetzung richtig anzuordnen, könne man aber der Ständerversammlung wohl nicht zuvertrauen, und selbst die Regierung würde dabei auf große Schwierigkeiten stoßen, ungeachtet sie sämtliche Beamte des Landes unter ihrer Aufsicht habe, und von deren Brauchbarkeit die genaueste Kenntniß besitzen müsse. Auch sei die den Ständen zustehende Wahl zweier Mitglieder des Landesgerichts mit dem Rechte, bei der Besetzung einer solchen Verwaltungsbehörde zu concurriren, wie das künftige Finanzcollegium sei, nicht zu vergleichen. Denn die Candidaten zu jenen Richterstellen müßten bestimmte Examina bestanden haben. Eine ähnliche Einrichtung, die Tauglichkeit der Verwaltungsbeamten, insonderheit zu den höheren und wichtigeren Stellen, zu constatiren, möchte kaum ausführbar sein. Wenigstens habe die bisherige Erfahrung bewiesen, daß Prüfungen bei Administrativbeamten ihrem Zwecke nur unvollständig entsprochen hätten. Endlich scheine auch die Mitwirkung bei der Besetzung der fraglichen Behörde für die künftigen Stände gar nicht zu passen, da diese nur aus gewählten Mitgliedern bestehen würden.

Der Antragsteller gab von diesen Einwendungen zwar zu, daß die Wahl der Mitglieder des künftigen Finanzcollegiums von Seiten der Ständerversammlung nicht ohne Schwierigkeiten sein werde. Diese würden indeß wohl zu beseitigen sein, indem man festsetzen könne, daß die zu den fraglichen Posten vorzuschlagenden Candidaten gewisse Examina bestanden und

zugleich eine bestimmte Zeit in Verwaltungscollegien gebient haben müßten. Außerdem könne man vielleicht noch die Anordnung treffen, daß die Landschaft zu jeder von ihr zu vergebenden Stelle der Art dem Landesherrn drei Candidaten präsentire. Welchen richtigen Gebrauch übrigens die Ständeverammlung von dergleichen Präsentationsrechten zu machen wisse, habe sie insonderheit in den Fällen bewiesen, wo sie Stellen im Landesgerichte zu vergeben gehabt habe. Jedenfalls sei aber das Recht, bei Besetzung derjenigen Behörde mitzuwirken, welcher die Verwaltung der Steuereinkünfte überwiesen werde, ein viel zu wichtiges, als daß man sich durch die angedeuteten Schwierigkeiten zu einer Verzichtleistung darauf bestimmen lassen dürfe. Was ferner den künftigen ausgedehnten Wirkungskreis dieses Collegiums anbelange, insonderheit die demselben überwiesene Beaufsichtigung der Domonialverwaltung, so sei dies gerade ein Grund mehr, warum den Ständen daran gelegen sein müsse, zum Theil die Mitglieder dieser Behörde zu wählen. Denn die bessere oder schlechtere Verwaltung des Kammerguts könne den Landesherrn nach dem neuen Finanzvertrage nicht mehr in der Art interessiren, wie früher. Dieser sei in Zukunft wegen der von ihm vorbehaltenen Summe durchaus sicher gestellt, die Stände dagegen erhielten die jedesmaligen Ueberschüsse aus den Einkünften des Domaniums. Werde dieß demnächst schlecht verwaltet und dadurch ein Ausfall in den Revenuen desselben herbeigeführt, so würden die Stände genöthigt sein, um so viel mehr an Steuern zur Bestreitung der Staatsbedürfnisse zu verwilligen. Da man nun ferner der Landschaft keine eigentliche Mitwirkung bei der für sie so höchst wichtigen, und in Zukunft fast lediglich auf ihre Gefahr stattfindenden Verwaltung des Domaniums einräumen wolle, so erscheine es um so wünschenswerther, daß sie theilweise die Mitglieder desjenigen Collegiums zu ernennen berechtigt würde, welchem die Controlle über die Administration des Kammerguts überwiesen werde. — Nach diesen Erörterungen kam es zur Abstimmung über den obigen Antrag, welcher in erster Section mit 20 gegen 17 und in zweiter mit 24 gegen 12 abgelehnt ward.

Bei dieser Gelegenheit wurden auch von Seiten eines Mitgliedes der Ritterschaft Zweifel rege gemacht, ob das neu einzurichtende Finanzcollegium überhaupt den beabsichtigten Zweck erfüllen werde. Es sei sehr zu fürchten, daß die demselben überwiesene Controlle des ganzen Cassen- und Finanzwesens des Landes in einem bloßen Hin- und Hersenden der Acten, einem cursorischen Durchgehen derselben und der Entwerfung unbedeutender Monita bestehen werde. Andererseits ward dagegen bemerkt, daß eine Controlle des gesammten Staatshaushalts durchaus nothwendig sei. Bislang sei dieselbe von den Mitgliedern des Staatsministeriums besorgt worden. Diese Controlle von den übrigen Functionen dieser höchsten Staatsbehörde zu trennen, erscheine nach dem Vorgange und den Erfahrungen in anderen Ländern höchst wünschenswerth, und zugleich sei es gewiß sehr zweckmäßig, diese Beaufsichtigung demjenigen Collegium zu übertragen, welches mit der eigentlichen Verwaltung nichts zu thun habe. Daß der beabsichtigte Zweck vollständig durch das neue Finanzcollegium erreicht werde, lasse sich durch Gesetze allein nicht bewerkstelligen. Dieß hänge wesentlich mit von der zweck-

mäßigen Besetzung und Beaufsichtigung dieser Behörde durch die Regierung ab, worauf man, wie bei allen übrigen Behörden, so auch hier, rechnen müsse.

Die übrigen Erörterungen über das vorliegende Protocoll waren von geringerer Erheblichkeit. Beim §. 23 ward bemerkt, daß es wohl nicht zweckmäßig sei, dem Finanzcollegium auch die Controlle über das Technische bei der Verwaltung der übrigen Landesbehörden zu übertragen. Ein Antrag auf eine dcsfallige Abänderung ward nicht gestellt.

Ad §. 38 ward darauf aufmerksam gemacht, daß hier, wahrscheinlich durch einen Redactionsfehler, dasselbe bestimmt worden sei, was der §. 18 Nro. 4 schon enthalte.

Bei der darauf folgenden Berathung über den Gesetzentwurf, die Organisation und den Geschäftskreis der Herzoglichen Cammer betreffend, wurden zunächst die Entwürfe zu den Etats, Anlage D. G. des Finanz-Nebenvertrages durchgegangen und geprüft. Bei dem unter lit. E. mitgetheilten Entwurfe eines Staatshaushalts-Etats ward der Unterschied zwischen Capitel und Positionen dahin näher aus einander gesetzt, daß die letzteren die einzelnen Theile des erstern ausmachten. Zugleich erachtete man eine schärfere Trennung der darin aufgeführten Ausgabe-Posten für nothwendig, namentlich

1) daß die ad 1. in dem Ansätze „allgemeine Landesverpflichtungen“ begriffenen Ausgaben für durchmarschirende Truppen und für Bundesleistungen gesondert aufgeführt würden;

2) daß die Kosten der Justizverwaltung (unter Nro. 6.) eingetheilt würden in die

- a) für das Oberappellationsgericht,
- b) für das Landesgericht,
- c) für die Districtsgerichte,
- d) für die Kreisämter und Stadtgerichte, und
- e) in allgemeine Verwaltungskosten;

3) daß die Kosten der Militärverwaltung (unter Nro. 8.) in folgende Positionen

- a) Generaladjutantur Sr. Durchlaucht und des activen Corps,
- b) Dragoner und Fußjäger, detachirt zum Polizeidienst,
- c) Garnisondienst,
- d) Kriegsverwaltungsdepartement,
- e) in active Branchen,
- f) generalia

gebracht werden müßten;

4) und daß die Polizeiverwaltungskosten (sub Nro. 9.) in die

- a) für die Kreisdirectionen,
- b) für die Medicinal-Polizei,
- c) für die Landes-Deconomie-Commission

einzutheilen sein würden.

Gegen die Bestimmung des §. 10*) des Gesetzentwurfs, die Herzogliche Cammer betreffend, wurden von einigen Mitgliedern der Ritterschaft mehrere Bedenken vorgebracht, denn es scheine, als ob danach die Disposition der Privatpersonen über ihre Forsten ebenso der Forstbehörde unterworfen werden solle, wie dies bei den Gemeindeforsten der Fall sei. Von Seiten eines Mitgliedes der ständischen Commission ward bemerkt, daß dies durch den vorliegenden §. gar nicht beabsichtigt werde. Man müsse unterscheiden, die Forsthoheit und die specielle Aufsicht über den Betrieb und die Benutzung der Waldungen. Jene stehe dem Staate überall in den in seinem Gebiete belegenen Forsten zu, diese dagegen werde von ihm nur über die Gemeindeforsten ausgeübt, und würden dafür die Forstbeitragsgelder entrichtet.

Indem man diesen Grundsätzen beipflichtete, kam man über folgende Fassung überein:

„Die Direction der Forsten und Jagden führt daneben die Mitaufsicht über den Betrieb und die Benutzung der Gemeindeforsten und fertigt die Rollen über die Forstbeitragsgelder. Sie übt auch die Forsthoheit über die Privatforsten.“

Ad §. 11. ward auf die Bemerkung eines Mitgliedes zweiter Section, daß zu den hier aufgeführten Ziegelhütten wohl nicht die im Privateigenthum befindlichen gehören könnten, von einem Mitgliede der Commission entgegnet, daß durch den Titel und die Einleitung dieser Verordnung, wo bloß vom Cammergute, dem Kloster- und Studienfonds die Rede sei, obiger Zweifel sich erledige.

Beim §. 14. ward der Antrag, daß statt „Cammercasse“ gesetzt werde „Cammer- und Kloster-Casse“ einstimmig angenommen, weil die Einkünfte aus dem Cammer- und Klosterfonds zu verschiedenen Zwecken zu verwenden seien, demgemäß auch im §. 16. die Führung gesonderter Rechnungen über die Verwaltung dieser verschiedenen Fonds vorgeschrieben worden sei.

ad §. 15. ward die Frage aufgeworfen, ob unter den sub litt. b. aufgeführten Kosten der Cammer-Administration auch die Gehalte begriffen seien. Indem von Seiten der Commissarien dies bejaht ward, erklärten dieselben zugleich, daß sie der Regierung wiederholt den Wunsch ausgedrückt hätten, daß die sämtlichen Ausgabeposten, deren dieser §. erwähne, mit Ausnahme des sub No. 1 a. aufgeführten, nicht aus der Cammercasse, sondern aus der Haupt-Finanz-Casse in Gemäßheit von desfalligen Anweisungen gezahlt würden. Das Staatsministerium habe darauf aber nicht eingehen wollen. Das plenum der Landschaft beschloß, diese Anordnung bei der Landesregierung

*) §. 10. Dieselbe führt daneben die Mitaufsicht über den Betrieb und die Benutzung der Gemeindeforsten und Privatforsten und fertigt die Rollen über die Forstbeitragsgelder.

nochmals in Antrag zu bringen, weil dadurch eine bedeutende Vereinfachung des ganzen Cassenwesens erreicht werde.

Sigung vom 17. September 1832.

Berathungen über den Gesetzentwurf, die Organisation und den Geschäftskreis der Steuerdirection betreffend.

Beim §. 3. ward die Anfrage gestellt, inwiefern die hier erwähnte Handelscommission verschieden sei von dem Handelsgerichte, dessen Errichtung auch beabsichtigt werde.

Von einem Mitgliede der Commission ward darauf erwiedert, daß die zu bildende Handelscommission bloß mit der Prüfung und Begutachtung der Angelegenheiten des Handels und Verkehrs sich beschäftigen solle, wie dieses der §. 3. besage. Das künftige Handelsgericht werde ein davon gänzlich verschiedenes Institut. Man beabsichtige nämlich, unter diesem Namen das bisherige Kaufgericht, welches bloß die Meßstreitigkeiten zu schlichten habe, in einen permanenten Gerichtshof umzuschaffen, von welchem alle den Handel und die Gewerbe betreffenden Rechtshandel in der Stadt Braunschweig zu entscheiden seien.

Beim §. 8. ward bemerkt, daß die bisherige Packhaus-Commission, insofern ihr theils die Erhebung der Zoll-Einnahmen, theils die Controlle der Accise obgelegen habe, sowohl der Cammer als dem Landes-Steuer-Collegium untergeordnet gewesen sei. Dies falle durch die neuen Einrichtungen hinweg. Die Packhaus-Commission werde demnächst einen Theil der Steuerdirection ausmachen.

Von einem Deputirten der Stadt Braunschweig ward hier bemerkt, daß die Geschäfte auf dem hiesigen Packhose meistens sehr dringend und eilig seien, und daß die dabei vorkommenden Streitigkeiten einer schleunigen Entscheidung bedürften, wenn nicht große Störungen in dem dasigen Handelsverkehre eintreten sollten. Zu diesem Ende sei es erforderlich, daß stets ein stimmführendes Mitglied der künftigen Steuerdirection auf dem Packhose anwesend sei. Ein Antrag zur Aufnahme einer desfalligen Bestimmung in das vorliegende Gesetz ward nicht gestellt. Man erachtete für zweckmäßig, die Regierung zu ersuchen, daß eine solche Anordnung in die Instruction für die künftige Steuerdirection aufgenommen werde. Nebenbei ward auch die Frage aufgeworfen, ob diese Behörde in einem Director und zwei Räthen ein hinreichendes Personal haben werde? — Hierauf ward erwiedert, daß auf den Grund der bisherigen Erfahrung

sich bestimmt behaupten lasse, daß die directen Steuern nur die Thätigkeit einer Person in Anspruch nehmen würden und daß also die beiden andern Rätthe sich den, mit der indirecten Steuerverwaltung zusammenhängenden Pockhofs-Geschäften sehr wohl unterziehen könnten, übrigens werde es ohne Nachtheil sein, die Anzahl der Rätthe dieses Collegiums unbestimmt zu lassen, welche Aenderung im §. 1. einstimmig angenommen ward.

(Die Fortsetzung folgt.)

Verhandlungen

des

Landtages des Herzogthums Braunschweig.

(Sitzung vom 17. September.)

Berathungen über den Gesetzentwurf, die Organisation und den Geschäftskreis der Baudirection betreffend.

Zunächst ward darauf hingewiesen, daß mit der bislang getrennten Finanz-Verwaltung von Seiten der Cammer und des Landessteuer-Collegiums auch eine ganz getrennte Bauverwaltung bestanden habe. Jedes dieser Collegien habe für die Ausführung der von ihm zu beschaffenden Bauten ein besonderes technisches Hülfspersonal gehabt.

Damit seien die Nachtheile verbunden gewesen, daß es bei den vorzunehmenden öffentlichen Bauten an Uebersicht und Einheit gefehlt, und daß an der Spitze dieser Geschäfte immer nur ein Einzelner gestanden habe, während durch das vorliegende Gesetz die obere Leitung über das gesammte Bauwesen des Landes einem Collegium übertragen werden solle.

Beim §. 5 ward von einem Mitgliede der zweiten Section darauf aufmerksam gemacht, daß es wohl nicht zweckmäßig sei, der Baudirection die Controle über die Erhebung aller ständigen und unständigen Intradon, welche für die dem Publikum gestattete Benugung öffentlicher Bau-Anlagen entrichtet würden, zu überweisen. Denn den Bauofficianten mangle im Allgemeinen die nöthige Kenntniß von Cassengeschäften, und so drohe durch diese Einrichtung dem Rechnungswesen eine gänzliche Unordnung. Dieser Ansicht traten mehrere Mitglieder der Versammlung bei.

Andererseits ward dagegen erinnert, daß die Einnehmer der Chaussee-, Brücken- Wege- u. Gelder durchaus streng beaufsichtigt werden müßten. Diese Controle könne entweder durch Zettel geschehen, welches Mittel seinem Zwecke immer nur sehr unvollständig entsprechen werde, oder durch das Nachzählen der Wagen wenigstens an gewissen Tagen. Dies letztere sei bisher meistens von den Accise-Inspectoren geschehen. Noch besser könne dies den subalternen Bauofficianten, den Wegbau-Conducteuren und Wegeauf-

sehern überwiesen werden. Wenigstens ließen sich diese Personen zu der in Frage stehenden Controle mit benutzen, wenn es auch unzweckmäßig sei, der Steuerdirection die Aufsicht und Recherche über diese Intraden zu entziehen. — Hiermit war man im Allgemeinen einverstanden, indem man für nöthig erachtete, daß eine desfallsige nähere Bestimmung dem §. 9 oder 11 der Verordnung über die Steuer-Direction hinzuzufügen sei.

Der §. 9 gab mehreren Mitgliedern der zweiten Section, namentlich den städtischen Abgeordneten, Veranlassung, über das Verfahren der Bauofficianten bei Bauten der Kirchen, Gemeinden und sonstigen Corporationen sich beschwerend zu äußern.

Die Oberaufsicht und Leitung solcher Bauwerke von Seiten jener Personen veranlasse häufig Verzögerungen und vermehrte Kosten, ohne daß auf der andern Seite eine um so viel bessere Ausführung jener Bauten bewirkt werde. Im Gegentheil pflegten Privatpersonen mit geringerem Kostenaufwande zweckmäßiger und dauerhafter zu bauen, wovon ein Grund darin zu liegen scheine, daß diese in der Wahl der zu Rathe zu ziehenden Bauverständigen keinen Beschränkungen unterworfen seien.

Demnach trugen einige Mitglieder der zweiten Section darauf an, daß der Bau-Direction die Oberaufsicht und technische Leitung über die Gemeinde-Bauten ganz genommen und ihr etwa nur eine Revision der Bauanschläge eingeräumt werde, um sich darüber gutachtlich zu äußern. An einen Mißbrauch von Seiten der städtischen Magistrate und der ihnen gleichstehenden Beamten sei nicht zu denken, weil dieselben auch in dieser Hinsicht unter der Oberaufsicht ihrer vorgesetzten Verwaltungsbehörden ständen. Ein anderes Mitglied der zweiten Section hielt den letzten Passus des §. 9 für unbedeutlich gefaßt, so daß derselbe leicht Veranlassung zu Streitigkeiten geben könne. Ihm scheine folgende Bestimmung in jeder Hinsicht genügend: „Die Baudirection hat sich in Gemeinde- und Kirchenbauten nur dann zu mischen und die Leitung derselben zu übernehmen, wenn sie dazu von den sonstigen Verwaltungsbehörden requirirt ist.“ Von einer andern Seite ward dagegen erinnert, daß sich nach §. 9. die Mitwirkung der Baudirection bei Gemeinden, Kirchen und Stiftungen allein auf eine Vorbereitung und allgemeine Beaufsichtigung der neuen und wichtigeren Bauten beschränke, und daß im Uebrigen den Verwaltungsbehörden völlig freie Hand gelassen sei. Jedenfalls bedürfe es wohl einer nähern Prüfung, ob jene Mitwirkung und Aufsicht der Oberbaubehörde völlig auszuschließen, zweckmäßig und zulässig sei. Es ward darauf der Beschluß gefaßt, den Entwurf dieser Verordnung, welcher erst kurz vor eröffneter Ständeversammlung der Commission mitgetheilt sei, der Prüfung einer neu zu wählenden Commission zu unterwerfen, zu deren Mitgliedern in erster Section der Cammerpräsident von Bülow und Cammerrath von Beltheim, in zweiter Section aber der Stadtrath Pockels, Bürgermeister Dr. Gerhard und Bürgermeister Cunné gewählt wurden.

Sitzung vom 18. September 1832.

Verathungen über den Gesetzentwurf, die Organisation und den Wirkungskreis der Kreisdirectionen und der durch dieselben zu bildenden Landes-Direction betreffend.

Zunächst ward von einem Rittergutsbesitzer unter Zustimmung einiger anderer Mitglieder der ersten Section bemerkt, daß er mit dem Entwurfe im Wesentlichen nicht einverstanden sei. Er halte für zweckmäßiger, daß den Kreisämtern die Local-Polizei gänzlich entzogen, und lediglich den Kreisdirectoren übertragen werde, indem als Mittelbehörde über diese die Landesdirection gestellt werden könne. Zugleich müsse er den Wunsch ausdrücken, daß durch eine neu zu wählende Commission der vorliegende Gesetzentwurf, namentlich in der angedeuteten Beziehung, einer wiederholten Prüfung unterworfen werde. Gegen diesen Antrag erhoben sich mehrere Stimmen. Obgleich die bisher bestellte Commission den fraglichen Gegenstand einer sorgfältigen Erörterung unterzogen habe, so könne diese zwar nichts dagegen haben, daß durch einen Beschluß der Plenarversammlung zu demselben Zwecke eine neue Commission niedergesetzt werde. Dadurch aber, daß man auf die vorgeschlagenen Änderungen einzugehen sich bereit erkläre, werde zugleich ausgesprochen, daß man von den wesentlichen Bestimmungen der vorliegenden landesherrlichen Proposition abgehen wolle, und somit müsse dann die Verathung über die letztere ganz sistirt werden.

Was das Materielle des Vorschlages anbelange, so gehe derselbe auf eine gänzliche Trennung der Polizei und Administration von der Justizverwaltung in unterer Instanz hinaus. Daß damit manche Vortheile verbunden seien, solle nicht in Abrede gestellt werden. Ein Hauptnachtheil werde jedoch darin bestehen, daß der Landmann in allen Polizei- und Verwaltungssachen unmittelbar an die Kreisdirectionen, bei den Handlungen der streitigen und freiwilligen Gerichtsbarkeit bald an die Kreisämter, bald an die Districtsgerichte sich wenden müsse. Schon jetzt werde von den Landleuten Klage darüber geführt, daß sie nicht mehr wie früher in allen diesen Angelegenheiten mit einer und derselben Behörde zu thun hätten. Dieser Uebelstand werde offenbar noch vermehrt, wenn man den Kreisdirectionen die Polizeiverwaltung in unterster Instanz übertrage. Auch sei wohl zu berücksichtigen, daß die Landbewohner viel leichter zu den Localbeamten kommen könnten, als zu den künftigen Kreis-Directoren, deren Anzahl sich nur auf 6 belaufen werde. Wenn ferner über die Kreis-Directoren ein ganzes Collegium (die Landesdirection) als Mittelbehörde gestellt werde, so habe man wieder den Nachtheil, daß diese auf alle eingehenden Reclamationen und Beschwerden nicht nach Selbsteinsicht und genauer Localkenntniß, sondern lediglich nach dem Inhalte der einzufordernden Berichte seine Entscheidung abgeben werde.

Der Antragsteller setzte in Folge dieser Erwiederungen die Mängel unserer jetzigen Polizei-Verwaltung auseinander, mit der Bemerkung, daß diesen Uebelständen wohl nur durch ähnliche Einrichtungen, wie die im Preussischen bestehenden wären, abzuhelpen sei. — Der Antrag auf nochmalige Prüfung dieser Angelegenheit durch eine neu zu wählende Commission kam darauf in erster Section zur Abstimmung, wo er mit 19 Stimmen gegen 9 abgelehnt ward. Der Antragsteller bemerkte sodann, seine Motion genau und vollständig gefaßt, am gehörigen Orte zur anderweiten Discussion bringen zu wollen.

Beim §. 3. stellte ein Mitglied zweiter Section den Antrag, daß die Anzahl der Kreis-Directionen auf 3 beschränkt werden möge, conformirte sich jedoch dem gleichzeitigen Antrage eines Mitgliedes der ersten Section, welches die Beschränkung auf die Zahl 4 für angemessen hielt. Die Gründe für diese Aenderung waren folgende:

Nach der Stellung und dem Wirkungskreise, welche man den Directoren und den übrigen bei den Kreis-Directionen anzustellenden Beamten geben wolle, werde jede Kreis-Direction wahrscheinlich etwas über 3000 R kosten, folglich die proponirten sechs Directionen 18 bis 19,000 R . Jetzt dagegen veranlaßten die Cammer, insoweit sie obere Polizei-Behörde sey, und die Oberhauptmannschaften nur einen Kostenaufwand von 14,900 R . Würde die Anzahl der Kreis-Directionen auf 4 bestimmt, und das Personal dieser vielleicht etwas vermehrt, so ließe sich dadurch die künftig entstehende Mehrausgabe für die obere Polizeiverwaltung von jährlich 4000 bis 5000 R vermeiden. Daneben sei zu berücksichtigen, daß die Kreis-Directionen wohl nur in den nächsten 3 oder 4 Jahren mit Arbeiten überhäuft sein würden, bis sie die jetzt bei den unteren Gerichts- Polizei- und Verwaltungs-Behörden herrschenden Mängel und Ordnungswirksamkeiten beseitigt hätten. Sobald dies einmal bewirkt sei, würde das bei ihnen angestellte Personal keine hinreichende Beschäftigung mehr haben. Auch schienen mehrere der im §. 3. gebildeten Kreis-Directionen von zu geringem Umfange zu sein, z. B. die erste, bestehend aus der Stadt Braunschweig und den Aemtern Riddagshausen und Bechelde. Denn es sei höchst wahrscheinlich, daß der diesem Kreise vorzulegende Director in die Angelegenheiten der Hauptstadt, wegen der eigenthümlichen Verhältnisse derselben, sich wenig mischen, und somit eigentlich nur die Oberaufsicht über die Aemter Riddagshausen und Bechelde führen werde. Eben so scheine auch die sechste Kreis-Direction, welche nur die Aemter Blankenburg, Hasselfelde und Walkenried umschließe, zu klein. Aus allen diesen Gründen sei es nicht unzweckmäßig, überhaupt nur 4 Kreis-Directionen zu errichten, etwa in der Art, daß aus der ersten, zweiten und dritten Direction zwei, aus der vierten und fünften eine gebildet werde, und daß die sechste, unter Hinzulegung des Amtes Harzburg, bestehen bleibe.

Gegen diesen Vorschlag ward zunächst erinnert, daß die Kosten für die Kreisbi-

rectionen sich nicht so hoch belaufen würden, wie die Antragsteller voraussetzten.

Im Allgemeinen werde beabsichtigt, eine gleiche Anzahl von Gerichts- und Polizeibehörden in gleichen localen Grenzen nebeneinander zu stellen. Außerdem werde wegen der unzusammenhängenden Lage des Landes, bei einer Herabsetzung der Anzahl der Kreisdirectionen von 6 auf 4 dem Hauptzwecke bedeutend geschadet werden, daß diese Behörde überall, wo es erforderlich sei, an Ort und Stelle selbst untersuchen und prüfen, und den Eingefessenen des Kreises möglichst zugänglich sein solle. — Der obige Antrag ward in erster Section mit 27 Stimmen gegen eine, und in zweiter Section mit 24 Stimmen gegen 10 abgelehnt.

Darauf erhob sich eine Discussion über den Sitz der Kreisdirectionen, namentlich ward von einigen Mitgliedern aus beiden Sectionen die des Weserdistricts für die mehr in der Mitte desselben liegende Stadt Stadtdendorf in Anspruch genommen, und von Anderen dagegen behauptet, daß, wenn nicht Holzminden als Sitz eines Districtsgerichts und eines Gymnasiums, und überhaupt als der bedeutendste Ort des Weser-Districts gewählt werden sollte, die Kreisdirection wegen des Straßenzuges und in Betracht sonstiger Umstände, weit besser nach Eschershausen zu verlegen sein werde.

Außerdem stellte ein Mitglied der zweiten Section, weil Gandersheim der Sitz eines Districtsgerichts sei, den Antrag, daß die Kreisdirection für den Harzdistrict nicht nach Seesen, sondern in die erstgenannte Stadt gelegt werden möge.

Es ward hierauf eine Abstimmung über:

- 1) die Verlegung der Kreisdirection Holzminden nach Stadtdendorf,
- 2) deren Verlegung nach Eschershausen,
- 3) die Verlegung der Kreisdirection von Seesen nach Gandersheim,

veranlaßt, und die erste Frage in erster Section mit 23 Stimmen gegen 7, und in zweiter Section mit 25 Stimmen gegen 9, imgleichen die zweite Frage in erster Section mit 19 gegen 11 Stimmen, und in zweiter mit 23 gegen 11 Stimmen verneint, dagegen aber die dritte Frage in erster Section mit 20 gegen 10, und in zweiter Section mit 25 Stimmen gegen 9 Stimmen bejaht.

Beim §. 7 trug ein Mitglied erster Section auf folgende, schon oben angedeutete Aenderung des ganzen Gesetzes an:

„den Kreisämtern wird die localpolizeiliche Aufsicht und Gewalt genommen, dieselbe dagegen den Kreisdirectionen übergeben, welchen die Magistrate in den Städten, und die Local-Polizeibeamten auf dem Lande, wie bisher den Oberhauptleuten, untergeordnet bleiben. Den Kreisdirectionen ist die Landesdirection in Braunschweig vorgesetzt, welche aus dem Landesdirector und einer angemessenen Zahl stimmführender Räte besteht. Diese Landesdirection ist dem Herzoglichen Staatsministerium unmittelbar untergeordnet.

Derselbe bemerkte dabei, daß, weil diese Motion von dem vorliegenden Gesetze

bedeutend abweiche, und daher einer umständlicheren Erwägung bedürfe, welche so unvorbereitet von den Mitgliedern nicht erwartet werden könne, er damit den Antrag verbinde: „daß die Abstimmung bis zum nächsten Freitage ausgesetzt werde“, welcher letztere Antrag nach den Bestimmungen des §. 56 der Landschafts-Ordnung von 1820 zulässig sei.

Nach einer längeren Debatte; ob der allegirte §. 56 der Landschafts-Ordnung von Anträgen der obigen Art, oder von selbstständigen Gesetzesvorschlägen zu verstehen sei, ward über die Frage: „ob die Abstimmung ausgesetzt werden solle“, in erster Section abgestimmt, und dieselbe mit 21 gegen 9 Stimmen verneint.

Darauf ward der Hauptantrag erwogen, für welchen der Antragsteller besonders geltend machte, daß die Verwaltung der Local-Polizei in unserm Lande eine sehr mangelhafte sei, der nur dadurch gründlich geholfen werden könne, daß dieselbe von der Justizverwaltung gänzlich getrennt werde, was die Haupttendenz seines Vorschlags sei. Eine ähnliche Einrichtung bestehe im Preussischen, und bewähre sich dort im Allgemeinen sehr gut.

Von der andern Seite ward, unter Bezugnahme der schon früher hierüber zur Sprache gebrachten Bedenken, besonders darauf aufmerksam gemacht, daß durch die in Vorschlag gebrachte Absonderung der Polizeiverwaltung, auch für die unteren Justizbehörden, die Districtsgerichte und Kreisämter, eine gänzliche Umformung nothwendig werde, welcher Maßregel mannigfache Schwierigkeiten entgegen ständen. Auch scheine zu solchen durchgreifenden Umänderungen kein genügender Grund vorhanden zu sein, da die bisher gefühlten Mängel bei der Localpolizei-Verwaltung wohl mehr dem Dienstpersonale, als der Behördeneinrichtung zur Last fallen möchten. — Der obige Antrag, welcher nur in erster Section zur Abstimmung kam, ward mit 24 Stimmen gegen 6 abgelehnt.

Zum §. 7, welcher von dem Geschäftskreise der künftigen Kreisdirectionen handelt, ward sub N^o 7 statt der Worte: „Erhaltung der Ordnung in Unterrichts-, Religions- und Kirchenwesen“ die in Vorschlag gebrachte Aenderung: „Erhaltung der äußern Ordnung im Kirchen- und Schulwesen“ einstimmig angenommen.

Zu demselben §. ward ferner von einem Mitgliede der ersten Section auf die Streichung der Worte sub N^o 4 „so wie die Erhaltung und festere Begründung der Gränzen zwischen ländlicher und städtischer Betriebsamkeit“ angetragen. Denn diesem Passus scheine die Tendenz unterzuliegen, daß die in neuerer Zeit den Landbewohnern gestatteten Handels- und Gewerbsberechtigungen wieder entzogen werden sollten.

Wenigstens könne diese Stelle von der Behörde leicht dahin ausgelegt werden. — Diese Auslegung der fraglichen Worte ward indeß nicht zugestanden. Die Kreis-Directionen seien danach nur gehalten, die schon geltenden Bestimmungen über die Gränzen zwischen ländlicher und städtischer Betriebsamkeit zur Anwendung zu bringen, nicht

aber Neuerungen hierin zuzulassen, oder selbst einzuführen. — Der Antrag ward in erster Section mit 19 Stimmen gegen 11, und in zweiter Section mit 24 Stimmen gegen 10 verneint.

Beim §. 8 ward der Vorschlag eines Mitgliedes der zweiten Section, „daß den Kreis-Directionen auch die Aufsicht über die gerichtlichen Depositen übertragen werde“, einstimmig angenommen. Zugleich ward auf dessen Antrag der Beschluß zu Protocoll genommen, daß die den Kreis-Directionen überwiesene Beaufsichtigung der Rechtspflege in erster Instanz, nicht dahin auszudehnen sei, daß sie Eingriffe in die richterlichen Functionen sich erlauben dürften.

Auf den Antrag eines Mitgliedes erster Section ward zum §. 9 der Zusatz: „Was die Kirchen- und Schulangelegenheiten betrifft, so haben die Kreis-Directionen auf die bemerkten Mängel das Herzogl. Consistorium aufmerksam zu machen“, einstimmig beschlossen.

Beim §. 14 *) erklärte ein Mitglied erster Section, daß es etwas ganz Außerordentliches sei, eine Administrativ-Behörde zur Androhung und Vollziehung von Strafen zu ermächtigen. Diese Functionen müßten lediglich den Richterbehörden überlassen bleiben. Er schlage daher folgende Abänderung dieses §. vor: „Die Kreis-Directionen sind ermächtigt, den in dieser Beziehung getroffenen Anordnungen durch Anwendung von Zwangsmitteln den erforderlichen Nachdruck zu geben.“ Einige Mitglieder zweiter Section unterstützten diesen Antrag. Insonderheit erklärte einer derselben, daß die persönliche Freiheit sehr gefährdet werde, wenn man die Kreis-Directionen zu der Erkennung von Gefängnißstrafen ermächtige, ohne zugleich Bestimmungen über eine genaue Untersuchung, die Zulassung einer Vertheidigung und Berufung auf den Ausspruch einer höhern Behörde zu treffen. —

Dagegen ward erinnert, daß die Zulassung von Zwangsmitteln, ohne deren nähere Bestimmung, zu weit führen könne, und daß die Entziehung der Befugniß, Strafen anzudrohen und vollziehen zu lassen, die Wirksamkeit der Kreis-Directionen fast gänzlich lähmen werde. — Der obige Antrag ward in erster Section mit 24 Stimmen gegen 6, und in zweiter Section mit 25 gegen 9 abgelehnt, worauf mehrere Mitglieder der Versammlung erklärten, daß sie sich anderweite Anträge in Beziehung auf den vorliegenden §. für die folgende Sitzung vorbehielten.

*) §. 14. Die Kreisdirectionen sind ermächtigt, den in dieser Beziehung getroffenen Anordnungen durch Strafandrohung bis zu drei Tagen Gefängniß, oder einer entsprechenden Geldsumme, den erforderlichen Nachdruck zu ertheilen.

V e r h a n d l u n g e n

des

Landtages des Herzogthums Braunschweig.

(Sitzung vom 19. September.)

Nach eröffneter Sitzung ward ein höchstes Rescript vom 16. d. Mts., mittelst dessen eine Proposition, einige Modificationen in der Competenz der Gerichte betreffend, den Ständen vorgelegt war, publicirt und zur Wahl einer Begutachtungs-Commission aus 3 Mitgliedern der ersten und 2 Mitgliedern der zweiten Section geschritten. Die Stimmenmehrheit entschied in jener für den Hofrath Bruns, Assessor von Campe auf Deensen und Assessor von Beltheim auf Beltheim, in dieser für den Oberappellationsrath Günther und Hofrath Hettling. Sodann ward mit der Berathung über den Gesetzentwurf, die Kreisdirectionen betreffend, fortgeföhren.

Ein Mitglied zweiter Section erwähnte, daß im §. 7 der Functionen, welche die Herzogliche Cammer bei Veräußerungen einzelner Hofszubehörungen und bei Beschwerden über die von den Localbeamten verweigerte Confirmation der Contracte bisher gehabt habe, als auf die Kreisdirectionen übergehend, wohl ausdrücklich zu erwähnen sei. Die Versammlung erklärte sich damit einverstanden.

Darauf kam man auf den §. 14 zurück. Ein Mitglied der zweiten Section trug auf folgende Aenderung desselben an: „die Kreisdirectionen sind ermächtigt, den in dieser Beziehung getroffenen Anordnungen durch Strafandrohung bis zu 5 Thaler, oder im Falle des Unvermögens bis zu 3 Tagen Gefängniß, den erforderlichen Nachdruck zu ertheilen, auch die verwirkten Strafen vollziehen zu lassen, es muß jedoch die Androhung mit Angabe der Veranlassung mittelst einer schriftlichen, öffentlichen oder dem Anfolgsamen besonders zugefertigten Verfügung geschehen und der Vollziehung der Strafe wenigstens 24 Stunden vorangehen.“ Dieser Antrag ward durch folgende Gründe motivirt. Bisher habe, Disciplinarsachen ausgenommen, keine Verwaltungsbehörde die Befugniß zu strafen gehabt, vielmehr sei in der Verordnung vom 26sten März 1823 (Pro. 8) der Grundsatz ausgesprochen, daß die Zuerkennung von Strafen nur den gerichtlichen Behörden zustehe. Bloß als Ausnahme wären nach dieser Verordnung die Polizei-Beamten befugt gewesen, eine Geldstrafe bis zu 1 Thaler anzudrohen, und solche, um ihren Anordnungen für den Augenblick den nöthigen Nachdruck zu geben, erforder-

lichen Falls sogleich beizutreiben. Auch gegen die Zuerkennung der geringsten Geld- und Gefängnißstrafe habe ein Rechtsmittel bei demselben oder einem höheren Gerichte stattgefunden. Nach der in der Proposition enthaltenen Fassung dieses §. werde dagegen der unbedingten, selbst mündlichen Androhung einer Gefängnißstrafe die Vollziehung derselben augenblicklich folgen können, ohne daß es, bei der Ausschließung aller Untersuchung und Vertheidigung, auch für den Unschuldigen jedes Standes und Geschlechts irgend ein Rettungsmittel gegen eine so harte Verletzung der persönlichen Freiheit gebe. Diese sei vielmehr dem einzelnen Kreisdirector, und unter Umständen sogar dessen Secretair, ohne alle Form stets preisgegeben. Hiergegen gewähre die Verantwortlichkeit, besonders des Letztern, keinen hinreichenden Schutz. Auf der andern Seite aber sei durch die vorgeschlagene Abänderung des §. 14. und durch die übrigen Bestimmungen dieses Gesetzes, insbesondere die des §. 20, die Autorität der Kreisdirection hinreichend gesichert.

Auf die von mehreren Mitgliedern der Versammlung gemachte Bemerkung, daß die Kreisdirection häufig in die Lage kommen könne, auf augenblickliche Befolgung ihrer Anordnungen dringen und Widerseßlichkeiten sofort ahnden zu müssen, ward erwidert, daß die Befugniß dazu schon im §. 20 enthalten zu sein scheine. Die Kreisdirection könne gegen diejenigen, welche ihren Befehlen und Anordnungen sich gewaltsam widersetzen, wie gegen Störer der öffentlichen Ruhe und Sicherheit, nöthigenfalls zur Verhaftung schreiten, und sie zur Bestrafung nach der Verordnung vom 1. Novbr. 1830 den Gerichten übergeben.

Um jedoch hierüber jeden Zweifel zu entfernen, ward vorgeschlagen, in einem besondern §. noch folgende Bestimmung zu treffen:

„Im Falle der Widerseßlichkeit bleibt dem Kreisdirector unbenommen, die erforderlichen Zwangsmaßregeln sofort zu treffen.“

Nach einigen weiteren Erörterungen ward einstimmig dafür gehalten, daß es angemessen sein werde, beide Anträge aufzunehmen, und den §. 14 in seiner neuen Fassung, den §. 20, so wie er laute, und einen eigenen Paragraphen mit der zuletzt erwähnten Bestimmung, unmittelbar auf einander folgen zu lassen.

Im §. 16 ward auf den Vorschlag eines Mitgliedes zweiter Section die Bestimmung geändert, wonach der Beamte, wenn er auf den Inspectionsreisen den Kreisdirector begleite, zur Führung des Protocolls verpflichtet sein soll.

Beim §. 17 ward für nöthig erachtet, daß unter den Gegenständen, welche die Kreisdirectoren zu beaufsichtigen hätten, insonderheit auch die Depositenbücher und die damit correspondirenden Scheine über die eingesandten Depositengelder namhaft zu machen seien. Imgleichen hielt man nach einigen Erörterungen dafür, daß eine Recherche des Depositenwesens auch bei den Districtsgerichten den Kreisdirectoren ausdrücklich zu übertragen sei. Denn diese Anordnung sei an sich sehr zweckmäßig, bedürfe aber einer

ausdrücklichen Festsetzung, weil die Kreisdirectionen kein eigentliches Aufsichtsrecht über die Districtgerichte auszuüben hätten, sondern nur gehalten wären, die ihnen bekannt gewordenen Mängel bei der Geschäftsführung der letzteren, dem Landesgerichte anzuzeigen.

Beim §. 21 erinnerte ein Mitglied der zweiten Section: Es könne zu weit führen, wenn die Kreisdirectionen ermächtigt würden, über die Verpflichtung zu gewissen Leistungen, wenn auch nur provisorisch, zu entscheiden. Nur dem Richter könne dies eingeräumt werden, und erscheine es ihm nöthig, zu dem Worte „Beitragsverbindlichkeit“ hinzuzufügen „rechtlich bestehenden“. Dagegen ward bemerkt, daß da, wo die Erreichung der Verwaltungszwecke durch gewisse Leistungen der Einwohner bedingt sei, als namentlich bei der Herstellung zerstörter Wege, Brücken, Stege ic., das Bestehen einer rechtlichen Verpflichtung zur Leistung des Erforderlichen an sich niemals zweifelhaft sein, dagegen aber leicht der Fall eintreten könne, daß die Privaten und Verwaltungsbehörden, deren Leistung für solche Zwecke in Anspruch genommen werde, nicht sowohl über das Maaß ihrer Beiträge, sondern vielmehr über die rechtliche Verpflichtung selbst einen Streit erheben.

Sollte die Kreisdirection in diesem Falle keine interimistische Anordnung treffen können, so werde ein solcher dem öffentlichen Wohle nachtheiliger Zustand bis zur Beendigung eines weitläufigen Rechtsstreits zwischen der Direction und den von ihr für verpflichtet Erachteten fort dauern müssen. —

Die Frage, ob der in Antrag gebrachte Zusatz aufzunehmen sei? ward in zweiter Section mit 20 Stimmen gegen 14 bejahet, dagegen in erster mit 32 Stimmen gegen 9 verneint. Es ward hierauf zur Wahl einer Ausgleichungs-Commission geschritten, und fiel dieselbe in erster Section auf den Cammerath von Beltheim, Hofrath Bruns und Assessor von Campe, in zweiter auf den Oberappellationsrath Günther, Bürgermeister Dr. Gerhard und Hofrath Hettling.

Nach beendigten Verhandlungen über den Gesetzentwurf, die Kreisdirectionen betreffend, ward über das Resultat der Berathungen derjenigen Commission, welche zur Ausgleichung der Differenz über den bei den Ständeverhandlungen zu gestattenden Grad der Oeffentlichkeit niedergesetzt worden war, nachfolgender Bericht erstattet.

Sämmtliche Mitglieder dieser Commission wären der Ansicht gewesen, daß die Oeffentlichkeit der Verhandlungen im Allgemeinen festzuhalten sei. Die Entscheidung über den Grad der Oeffentlichkeit möge dagegen der künftigen Ständeversammlung überlassen bleiben. Denn da man über den Ausfall der künftigen Wahlen, und somit über die Zusammensetzung der nächsten Ständeversammlung keine vollständige Gewißheit habe, so könne man jetzt auch kein bestimmtes Urtheil darüber fällen, welcher Grad der Oeffentlichkeit demnächst der geeignetste sei. Außerdem lasse sich erwarten, daß die künftigen Stände, wenn sie die Zulassung von Zuhörern für angemessen erachteten, dazu

die Einwilligung der Regierung eben so wohl erlangen könnten, wie die gegenwärtige Versammlung.

Sollten die Mitglieder der beiden Sectionen dieser Ansicht beitreten, so werde die eventuelle Frage: „ob einstweilen der Abdruck der Protocolle mit oder ohne Namensnennung erfolgen solle,“ auf einen desfallsigen Antrag zur Sprache kommen können.

Es ward hierauf über die erste Frage: „ob der künftigen Ständeversammlung „ausdrücklich vorzubehalten sei, über die Zulassung von Zuhörern sich zu bestimmen, und „im Falle des Dafürhaltens diese Maßregel bei der Regierung zum Antrage zu bringen?“ zur Abstimmung geschritten, und dieselbe in zweiter Section mit 33 Stimmen gegen eine, in erster Section mit 24 Stimmen gegen 17 bejahet.

Sodann ward der fernere Antrag gestellt, „daß bis auf ein anderweites Uebereinkommen der Abdruck der Protocolle ohne Nennung der Namen der Antragsteller und Redner festgesetzt werde,“ für welche Bestimmung in erster Section 33 Stimmen gegen 8, und in zweiter 22 gegen 12 sich entschieden.

Endlich ward der Antrag eines Mitgliedes der zweiten Section, daß der §. 91. der Geschäftsordnung gestrichen werde, weil schon nach §. 52. daselbst, die Geheimhaltung der Verhandlungen in den erforderlichen Fällen eben sowohl von der Regierung, als auch von den Ständen veranlaßt werden könne, einstimmig angenommen.

(Die Fortsetzung folgt.)

V e r h a n d l u n g e n

des

Landtages des Herzogthums Braunschweig.

(Sigung vom 20. September.)

Nach Eröffnung der Sigung und Verlesung des Protocolls vom gestrigen Tage, machte ein Mitglied der zweiten Section im Einverständnisse mit der Mehrzahl der auswärtigen Ständedeputirten, den vorbehaltenen Antrag wegen des einen der Stadt Braunschweig nach einer früheren Beschlusnahme zu entziehenden Abgeordneten, dahin, daß zu dem §. 63 der neuen Landschafts-Ordnung folgender Zusatz gemacht werde:

„Die städtischen Wahlbezirke, mit Ausnahme der Stadt Braunschweig, senden gemeinschaftlich einen s i e b e n t e n Abgeordneten, welcher die Eigenschaften eines städtischen Abgeordneten haben muß, und aus dem Handels- oder Gewerbsstande im Umfange des Herzogthums von den zum gemeinschaftlichen Wahlcollegium (§. 69) gesandten Wahlmännern obiger Städte frei gewählt wird.“

„Zu dem für das ganze Land gebildeten Wahl-Collegium sendet, mit Ausnahme der Stadt Braunschweig, jeder städtische Wahlbezirk einen Wahlmann und alternirend zwei, so daß nach der im §. 63 festgesetzten Reihenfolge der zweite Bezirk zum ersten Wahlcollegium zwei, der dritte Bezirk zum zweiten Wahlcollegium zwei Wahlmänner ic. sendet.“

Ein anderes Mitglied der zweiten Section erklärte jedoch, mit diesem Antrage nicht einverstanden zu sein, und seine frühere Motion dahin wieder aufnehmen zu wollen: „daß der der Stadt Braunschweig entzogene Abgeordnete der Stadt Blankenburg gegeben werde.“ Dieser zweite Antrag ward zuerst zur Abstimmung gebracht, und in zweiter Section, wo er allein aufgenommen war, mit 27 Stimmen gegen 6 verneint.

Gegen den ersten Antrag ward von einigen Mitgliedern der ersten Section erinnert, daß derselbe ein zu complicirter sei, und in mehrfacher Hinsicht störend in das Princip eingreife, welches bei der Wahl der Deputirten aus den Standesclassen überall zum Grunde gelegt worden sei. Nach einigen Erörterungen, in welchen mehrere der städtischen Abgeordneten den obigen Vorschlag gegen diese Angriffe vertheidigten, ward zur Abstimmung über denselben geschritten, welche in zweiter Section mit 21 Stimmen gegen 12 bejahend, in erster Section aber mit 31 Stimmen gegen 8 verneinend ausfiel. Zu Mitgliedern der über diese Differenz sodann niedergesetzten Ausgleichungs-Commission wurden der Assessor von Campe, Cammerath von Beltheim, Hofrath Bruns, Kaufmann Seeliger, Stadtrath Pockels und Bürgermeister Dr. Gerhardt gewählt.

Verathungen über den Gesetzentwurf, die Ministerial-Commission betreffend.

Zu dem §. 19, das Verfahren bei der Entscheidung von Competenzstreitigkeiten betreffend, trug ein Mitglied der zweiten Section vor:

Bei den §§. 159 und 196 der Landschafts-Ordnung sei von mehrern Mitgliedern der Versammlung die Verathung und der Antrag über jenen Gegenstand bis hierher vorbehalten

worden. In Beziehung hierauf, und wegen der besondern Wichtigkeit des Gegenstandes werde nun gewünscht, daß die Commissarien zuvörderst über die deshalb stattgehabten Verhandlungen Bericht erstatteten, und ihre eigenen Ansichten über die Proposition mittheilten.

In Folge dieser Aufforderung machte ein Mitglied der Commission Vortrag über die Motive, von welchen man bei den im vorliegenden Gesetze enthaltenen Bestimmungen über die Entscheidung der Competenz-Conflicte zwischen Justiz- und Verwaltungs-Behörden, ausgegangen sei. Im Allgemeinen sei die Commission der Ansicht gewesen, daß diese Entscheidung den Gerichten nicht allein übertragen werden könne, weil diese sonst zugleich die Befugniß erlangen würden, die Grenzen zu bestimmen, innerhalb welcher die Verwaltungsbehörden für das Staatswohl thätig sein dürften, eine Befugniß, durch welche die ordnende, leitende und schützende Oberaufsicht des Staats auf eine mit dem Staatszwecke unvereinbare Weise gehemmt werden, und die Justizbehörden selbstständige Staatsgewalten bilden würden. Dagegen sei die Commission über die Frage getheilter Meinung gewesen, ob die Entscheidung der fraglichen Competenz-Streitigkeiten einer eigenen Behörde, unter dem Vor- sitze eines Mitgliedes des Staatsministeriums, oder aber dieser höchsten Staatsbehörde selbst, zu überweisen sei. Einige Mitglieder der Commission hätten sich für das Letzte entschieden, und deshalb folgende geschliche Bestimmung vorgeschlagen:

„Erklärt ein Gericht sich competent, während eine Verwaltungsbehörde dessen Zuständigkeit in Zweifel zieht, so darf die letztere durch einen dem Gerichte zu eröffnenden, die Gründe anführenden Einspruch die weitere gerichtliche Verhandlung hemmen. Das Gericht übersendet den Einspruch mit seinem gutachtlichen Berichte dem Oberappellationsgerichte, welches seine beratende Stimme darüber der Staatsregierung eröffnet. Von dieser erfolgt, unter verfassungsmäßiger Verantwortlichkeit, der Ausspruch über den erhobenen Competenz-Conflict.“

Nach diesem Vorschlage würden sowohl die von der Justiz- als der Verwaltungsbehörde angeführten Gründe in dem einfachsten Verfahren, und ohne Kosten, zur Entscheidung gelangen, statt daß die in dem vorliegenden Gesetzentwurfe vorgeschriebene Erledigung der Competenz-Conflicte oft einen unverhältnißmäßigen Aufwand an Zeit und Kosten verursachen werde. Auch entspreche es der Stellung der höchsten Staatsbehörde, daß sie vermöge der obersten Leitung der ganzen Staatsverwaltung die zwischen verschiedenen Zweigen derselben sich erhebenden Collisionen durch ihren Ausspruch entferne. Dafür aber, daß dieser Ausspruch die verfassungsmäßigen Rechte der Einzelnen nicht verletzen werde, gebe das von dem Oberappellationsgerichte zu ertheilende Gutachten eine um so wichtigere Gewähr, als gerade ein Theil von dessen Mitgliedern denjenigen Gerichtshof mit bilde, welcher über Anklagen wegen verletzter Verfassung zu urtheilen habe. Dagegen habe die Majorität der Commission die Entscheidung der Competenz-Conflicte durch die Ministerial-Commission für zweckmäßiger erachtet, weil es von besonderem Werthe sei, daß die von den collidirenden Behörden angeführten Gründe einer aus Verwaltungs- und Justiz-Beamten zusammengesetzten Behörde zur Prüfung vorgelegt würden, gegen welchen Vortheil die damit verknüpften Umstände, so wie auch der vom Staate zu übernehmende Kostenaufwand nicht in Betrag kommen könnten.

Die Landesregierung sei nun auf den Wunsch der Majorität der Commission eingegangen, und habe demgemäß über das Verfahren bei Competenz-Conflicten in dem vorliegenden Gesetze die näheren Bestimmungen entworfen.

Hierauf stellte dasjenige Mitglied der Versammlung, welches jene Berichterstattung veranlaßt hatte, folgende Anträge:

1stens zu bestimmen,

„daß in den einzelnen bei einem Gerichte in processualischer Form angebrachten

Fällen, diesem selbst das Urtheil über seine Competenz zustehen, nach Maßgabe der Verordnung vom 19ten Febr. 1814. §. 15., jedoch mit der nähern Bestimmung, daß über die Einrede der Incompetenz als Präjudicialpunkt, ohne Rücksicht auf Appellabilität der Sache, zuvörderst allein, die Berufung von der Entscheidung der Districtsgerichte an das Landesgericht, und von diesem an das Oberappellationsgericht, und deren Entscheidung im summarischen Verfahren und in kurzen Fristen von längstens 14 Tagen stattfinden solle;“

eventuell 2ten,

„daß die Entscheidung über die Competenz der Gerichte erster Instanz in einzelnen Fällen in der kürzesten Frist allein dem gemeinschaftlichen Oberappellationsgerichte zustehen solle;“

eventuell 3ten,

„daß dieselbe einem aus den beiden Präsidenten der höchsten Gerichte, und zwei durch das Loos aus den übrigen Mitgliedern dieser Gerichte bestimmten Richtern, unter Vorsitz des Justizministers gebildeten Gerichtshofe zustehen solle;“

jedenfalls aber 4ten die Bestimmung zu treffen,

„daß von dem zur Entscheidung über einen Competenz=Conflict zu bildenden Gerichte, sowohl der Vorsitzende des Districtsgerichts, wo der Conflict entstanden, als die Mitglieder der Verwaltungsbehörden, deren Handlung Gegenstand des Streites sei, ausgeschlossen blieben.“

Der erste Antrag ward dadurch motivirt, daß es für die Rechtssicherheit nothwendig erscheine, auf die Entscheidung eines einzelnen Rechtsstreits weder einer Verwaltungsbehörde, noch der Staatsgewalt selbst, eine unmittelbare Einwirkung zu gestatten. Die Entscheidung der Vorfrage, ob eine in processualischer Form angebrachte Sache Justizsache sei, gebühre allein den Gerichten, wegen ihrer Selbstständigkeit und Unabhängigkeit. Gerade deshalb, weil diese gesetzlichen Attribute keine andere Behörde im Staate genieße, sei auch sonst keine zu jener Entscheidung geeignet. Die Verwaltungsbehörde sei nicht selbstständig und unabhängig, sie sei sogar in einer Differenz mit einem Staatsbürger Partei. Von ihr sei also weder eine freie, noch eine unparteiische Entscheidung mit Sicherheit zu erwarten. Das Urtheil über jene Vorfrage, wie überhaupt die Entscheidung über die Einrede der Incompetenz, gehöre in den Wirkungskreis der Gerichte, nicht einer Verwaltungsbehörde, und es könne keinen rechtlichen Unterschied machen, ob diese Einrede von einer Privatperson oder einer Administrationsbehörde vorgeschützt werde.

So wenig wie jene an der Entscheidung über ihre Einrede Theil nehmen dürfe, eben so wenig dürfe dieser solches gestattet werden, ohne das Recht des Gegentheils zu verletzen. Daneben sei wohl zu berücksichtigen, daß es sich hierbei immer nur um die Entscheidung einer einzelnen Sache handle, über welche hinaus die Kraft der Entscheidung sich nicht erstrecke, keinesweges aber um die Bestimmung der Grenze zwischen Verwaltung und Justiz überhaupt. So wie jene stets den Gerichten gebühre, so stehe diese ausschließlich der Staatsgewalt zu, und gerade hierin liege die vollkommenste Garantie gegen die besorgte Ausdehnung der Gewalt=Gerichte. Die Staatsgewalt habe nur diese Grenze hinreichend zu bestimmen, um jeder Ueberschreitung derselben durch die Gerichte vorzubeugen. In unbestimmten und dunkeln Fällen sei eine irrthümliche Beurtheilung weniger von der Justizbehörde, als von der in der Regel nicht unbefangenen Verwaltungsbehörde zu fürchten; eine absichtliche Ueberschreitung jener Grenze dürfe aber von einer Justizbehörde am wenigsten besorgt werden, weil diese dadurch ihre erste und heiligste Pflicht verletzen würde. —

Die übrigen eventuellen Anträge seien nur gemacht, um wenigstens zu hindern, daß die Verwaltungsbehörden in eigener Sache entschieden.

Nach einer längeren Debatte, in welcher mehrere Mitglieder diesen Grundsätzen beipflichteten, andere dagegen der Ansicht, daß die Verwaltungsbehörden bei Entscheidung der fraglichen Competenz-Conflicte befangener zu Werke gehen würden, als die Gerichte, widersprachen, und die nachtheiligen Folgen einer Lähmung der Verwaltung durch processualische Anfechtungen ihrer Maßregeln hervorhoben, und endlich Andere die Verhandlung der Sache durch alle Instanzen für zu kostspielig und zeitraubend hielten, ward zur Abstimmung über die einzelnen Anträge geschritten, und der erste derselben in zweiter Section mit 21 Stimmen gegen 12, in erster mit 23 gegen 16 Stimmen verworfen, dagegen der zweite in erster mit 30 gegen 3 und in dieser mit 34 gegen 5 Stimmen angenommen.

Verathungen über den Gesetzentwurf, den Civilstaatsdienst betreffend.

Beim §. 8. ward für erforderlich erachtet, die Bestimmung über die Berechnung der Dienstzeit dahin näher festzustellen, daß dieselbe von der Ertheilung des ersten Patents zu beginnen sei.

Außerdem ward bei diesem §. darauf aufmerksam gemacht, daß ein geistliches Mitglied des Consistoriums, welches aus dem Predigerstande dahin befördert werde, sein erstes Patent mit dieser Anstellung erhalte, und bei den damit verknüpften Folgen, gegen andere fortwährend im Staatsdienste gewesene Beamte sehr benachtheiligt werden würde. Von Andern ward erinnert, daß dieser Uebelstand auch bei mehreren der im §. 1. aufgeführten Personen, wenn sie in den Beamtenstand übergängen, eintreten könne, worauf beschlossen wurde, daß dieser Punkt in den demnächstigen Conferenzen mit dem Herzogl. Staatsministerium auch zur Sprache zu bringen sei.

ad §. 10. ward statt der Bestimmung, „die Aemter sind, insofern nicht gleich bei der Ernennung selbst ein Anderes ausdrücklich verfügt ist, als auf Lebenszeit verliehen zu betrachten etc.“ die Abänderung „Jedes Amt ist, insofern es nicht seiner Natur nach ein einstweiliges ist etc.“ in Vorschlag gebracht, und einstimmig angenommen.

Beim §. 12. wünschte ein Mitglied zweiter Section die ausdrückliche Bestimmung, daß die Normalgehälter unter Mitwirkung der Stände festzusetzen seien. Der desfallsige Antrag ward jedoch in Folge der Bemerkung zurückgenommen, daß nach den Worten dieses §. die Bestimmung der Normalgehälter durch ein Gesetz geschehen solle, hierzu aber, wie zu allen Gesetzen, demnächst die Einwilligung der Landschaft erforderlich sei.

ad §. 13. ward der Vorschlag eines Mitgliedes, daß in der ersten Zeile des zweiten Abschnitts das Wort „solche“ zu streichen sei, einstimmig angenommen. Der Grund war der, daß Einkünfte, welche, obgleich sie nicht einen Theil des festen Gehalts ausmachten, doch auch nicht bloß zufällig, sondern wesentlich mit dem Amte verbunden wären, bei Bestimmung des Normalgehaltes in Betracht kommen mußten.

ad §. 25. war man auf die Bemerkung Einiger, daß es zu hart sein werde, den Beamten Geschäftsführungen überhaupt, auch für Freunde, zu untersagen, nach einigen Erörterungen allgemein der Ansicht, daß unter dem Worte „Geschäftsführung“ nicht zu verstehen seien einzelne Dienstleistungen.

Beim §. 27. bemerkte ein Mitglied zweiter Section, daß die hier für Beamte festgesetzten Beschränkungen beim Erwerbe von Grundstücken und bei Vornahme anderer Rechtsgeschäfte, aus dem kurhessischen Staatsdienstgesetze entlehnt worden wären. Diese Bestimmungen seien indeß viel zu hart und zu beschränkend, als daß man auf eine genaue Beobachtung derselben rechnen könne. Die Nichtbeachtung oder Umgehung derselben sei aber jedenfalls nachtheiliger, als die Nichtexistenz. Dazu komme, daß wegen der den hiesigen Beamten gewährten Stellung, und des unter ihnen herrschenden Geistes, die Nachtheile gar nicht zu besorgen ständen, welche man durch die obigen Beschränkungen fern zu halten suche.

Was aber zweitens den in diesem §. den Beamten untersagten Erwerb von Streitobjecten anbelange, so genügten die darüber geltenden gemeinrechtlichen Grundsätze, und bedürfe es dieserhalb keiner neuen ausdrücklichen Bestimmung. Der hierdurch begründete Antrag auf gänzliche Streichung des §. 27. ward allgemein angenommen.

(Die Fortsetzung folgt.)

V e r h a n d l u n g e n

d e s

Landtages des Herzogthums Braunschweig.

(Sitzung vom 21. September.)

Zuvörderst referirte ein Mitglied der gestern niedergesetzten Commission über das Resultat ihrer Berathungen hinsichtlich der Vertheilung des einen den Landstädten zuzulegenden Repräsentanten. Derselbe schlug Namens dieser Commission vor, aus den Städten Wolfenbüttel und Königslutter einen Wahlbezirk zu bilden, und diesem das Recht auf die Abordnung von zwei Deputirten zu ertheilen. Hierdurch werde nicht nur den Wünschen der Abgeordneten von Schöningen und Schöppenstedt, daß diese beiden Städte allein den vierten städtischen Wahlbezirk ausmachten, genügt, sondern auch die für die Stadt Wolfenbüttel in der Proposition enthaltene Unbilligkeit entfernt.

Von Seiten einiger Mitglieder der zweiten Section ward dagegen erinnert, daß es nach einer früheren Abstimmung feststehe, daß Wolfenbüttel keine zwei Deputirte abordnen solle. Der jetzt gemachte Vorschlag laufe aber in seinen practischen Ergebnissen gerade hierauf hinaus, indem Königslutter bei einer Vereinigung mit Wolfenbüttel wahrscheinlich nie einen Abgeordneten aus seiner Mitte senden werde. Von einigen Andern ward bemerkt, daß man der Stadt Braunschweig von der Anzahl seiner Deputirten deshalb einen zu entziehen wünsche, um den sämmtlichen übrigen Städten einen Vortheil zuzuwenden. Durch die in Vorschlag gebrachte Maßregel werde dies aber nicht erreicht. — Nach einigen Erörterungen, welche die Widerlegung dieser Einwürfe zum Gegenstande hatten, und worin die Unmöglichkeit nachgewiesen wurde, allen hier collidirenden Ansprüchen zu genügen, ward über den obigen Vorschlag abgestimmt, und derselbe in erster Section mit 35 Stimmen gegen 5, und in zweiter Section mit 26 Stimmen gegen 8 angenommen. Hierauf ward mit der Berathung über den Entwurf des Staatsdienstgesetzes fortgefahren.

Die Bestimmungen der §§. 28 — 31, über den Urlaub, gaben zu einer längeren Discussion Veranlassung. Zunächst ward hinsichtlich der Disposition, daß jeder Staatsdiener ohne eigentliche Beurlaubung 24 Stunden von seinem Wohnorte sich entfernen dürfe, erinnert, daß dieselbe auf der einen Seite zu viel einräume, auf der andern aber zu beschränkend sei. Denn danach könne ein Staatsdiener 23 Stunden abwesend sein, während welcher Zeit ihm gerade die wichtigsten Geschäfte oblägen. Andererseits würden die einzeln stehenden Beamten und die vorsitzenden Mitglieder der Districtsgerichte, welche in größerer Entfernung von ihren vorgesetzten Behörden wohnten, es nicht möglich machen können, daß die Anzeige von ihrer Abwesenheit vor ihrer Rückkehr zur Kenntniß der vorgesetzten Behörde komme. Veranlaßten die Umstände eine plötzliche Entfernung über die Dauer jener Zeit, so werde die Erbitung des Urlaubs unmöglich sein, und wenn die Dienstgeschäfte darunter nicht litten, werde man leicht dahin kommen, es mit der Beachtung einer solchen Vorschrift nicht streng zu nehmen, was jedenfalls nachtheiliger sei, als wenn das Gesetz in dieser Hinsicht größere Freiheit gestatte. Aus diesen Gründen erscheine es zweckmäßig, den §. 28. ganz zu streichen, und die im §. 29. bestimmte Frist von 24 Stunden auf 3 Tage zu erweitern.

Die Erheblichkeit dieser Bemerkungen ward allgemein anerkannt, zugleich aber für nöthig erachtet, daß den subalternen Officianten, deren Dienstverrichtungen jederzeit in Anspruch zu nehmen die Nothwendigkeit erheische, in dieser Hinsicht engere Grenzen gesetzt würden, so wie denn auch hinsichtlich der höheren Beamten Bestimmungen nicht fehlen dürften, durch welche dem Mißbrauche einer solchen ausgedehnteren Gestattung vorgebeugt werde. — Ein Mitglied der ersten Section übernahm es, in der nächsten Sitzung eine Fassung der genannten §§. vorzuschlagen, welche diesen verschiedenen Rücksichten entsprechen werde.

Beim §. 32. ward von mehreren Mitgliedern die Bemerkung gemacht, daß eine Versetzung unter Umständen höchst drückend für die Beamten werden könne. Einige wünschten, daß eine Versetzung nicht ohne Begutachtung der vorgesetzten Behörde Statt finden möge, Andere, daß die Gründe in dem die Versetzung verfügenden Rescripte ausdrücklich angeführt würden. Diese Vorschläge fanden jedoch in der Versammlung keinen Anklang, und man erachtete für zweckmäßiger, daß bloß in dem Gesetze ausgedrückt werde:

„jede Versetzung der Staatsdiener soll nur aus erheblichen Gründen verfügt werden.“

Auf die fernere Bemerkung, daß eine Gehaltsverbesserung von jährlich 50 R den Einnahmen für den Umzug entschädigen, für den Anderen aber nach seinem Stande und in Betracht der Entfernung völlig ungenügend sein werde, erachtete man es allgemein für zweckmäßiger, wenn auf eine ähnliche Weise, wie im Baierschen Staatsdienstgesetze (für Verheirathete 1 $\frac{1}{2}$ pCt., für Unverheirathete 1 pCt. des Gehalts auf jede Meile) die Vergütung für die Umzugskosten nach dem Gehalte und der Meilenzahl bestimmt, und daneben festgesetzt werde, daß wenn der Betrag der einjährigen Gehaltsvermehrung nicht der nach jenem Principe zu ermittelnden Entschädigungssumme der Umzugskosten gleichkomme, dem Beamten der Mehrbetrag der letztern ersetzt werden solle.

ad §. 33. ward zu der Bestimmung:

„daß die Regierung diejenigen Beamten, welche den Obliegenheiten des ihnen übertragenen Amtes nicht entsprächen, und bei denen Besserungsmaßregeln fruchtlos blieben, aus dem Dienste zu entfernen habe;“

der Zusatz beschlossen, „daß eine solche Entfernung nach Maßgabe der nachfolgenden Bestimmungen zu verfügen sei.“

Beim §. 34. machte ein Mitglied der zweiten Section den Antrag auf den Zusatz: „nur bei gleicher Qualifikation giebt das Dienstalter den Vorzug.“ — Hiergegen ward indeß erinnert, daß eine solche Bestimmung, weil der Regierung jedenfalls das Urtheil über eine gleiche oder bessere Qualifikation der Staatsdiener zustehen müsse, nutzlos sei, dagegen aber die unrichtige Ansicht befördern könne, daß der Ältere im Dienste ein Recht auf Beförderung habe.

Der obige Antrag kam nur in zweiter Section zur Abstimmung, wo er mit 30 Stimmen gegen 4 abgelehnt ward.

Ein anderes Mitglied der zweiten Section trug ad §. 35 auf den Zusatz an:

„Auch ist derselbe (der Vorgesetzte einer Behörde) verpflichtet, über die Förderungen der Arbeiten der ihm untergeordneten Beamten eine genaue Controle zu führen, und die Säumigen mit Geldstrafen zu belegen, welche indeß ic.“

Der Antragsteller bemerkte dabei, daß er sich besonders durch die Verschleppung der Rechtsachen bei einigen Gerichten, welcher Uebelstand Klagen im Publicum erzeugt, und seiner Ansicht nach in einer mangelhaften Aufsicht über die Thätigkeit der einzelnen Mitglieder der Gerichte hauptsächlich seinen Grund habe, zu dieser Motion veranlaßt finde. —

Von einigen Andern ward dagegen bemerkt, daß die allgemeine Controle und die Sorge für die rasche Förderung der Geschäfte zu den wesentlichen Obliegenheiten der Vorgesetzten gehöre, und daß in dieser Hinsicht der §. 22 schon die nöthigen Bestimmungen

enthalte. Der Antragsteller war indeß der Ansicht, daß jene Verpflichtung der Vorsitzenden der Collegien nicht scharf und bestimmt genug hervorgehoben werden könne, und verlangte die Abstimmung über seinen Antrag, welcher auch in zweiter Section mit 30 gegen 4 und in erster mit 36 Stimmen gegen 7 angenommen ward.

Bei demselben Paragraphen ward erinnert, daß es entweder den Vorsitzenden in Verlegenheit bringen, oder die unangenehmsten Collisionen und Reibungen zwischen ihm und den übrigen Mitgliedern eines Collegiums herbeiführen werde, wenn, wie nach der Wortstellung anzunehmen sei, von demselben allein die Androhung einer Geldstrafe ausgehen solle. Es erscheine zweckmäßiger, daß dies der competenten Disciplinarbehörde überlassen werde. Die Versammlung erklärte sich mit diesem Vorschlage einverstanden.

Am Schlusse des §. 41 ward statt des Wortes »angemeldet«, »gerechtfertigt« zu setzen für erforderlich erachtet.

Beim §. 43 trug ein Mitglied der Commission darauf an, daß die Worte »welche keine Dienstvergehen sind«, imgleichen die Bestimmung: »Eine Civilklage wegen Amtsvergehen hat nur Statt nach beendigtem Untersuchungsverfahren« weggelassen würden.

Derselbe setzte die Zweckmäßigkeit dieser Abänderung durch dieselben Gründe auseinander, welche bereits in der Sitzung der ständischen Commission vom 12. Juli d. J. zur Sprache gekommen waren*), worauf sich die Versammlung mit dem obigen Antrage einverstanden erklärte.

Beim §. 46 äußerten einige Mitglieder der ersten Section die Ansicht, daß es zu hart erscheine, dem auf sein Gesuch verabschiedeten Beamten Titel und Rang zu nehmen. — Von einigen Andern ward dagegen bemerkt, daß der Titel und Rang nur Folgen des Amtes wären, die consequenter Weise aufhören müßten, wenn das letztere aufgegeben werde. Uebrigens sei durch den vorliegenden §. dem kein Hinderniß entgegengestellt,

*) ad §. 41. Die Zweckmäßigkeit der Beschränkung des amtlichen Einschreitens der Gerichte bei Vergehen der Beamten unterlag einer ausführlichen Erörterung.

Die Mehrzahl der Commissionsmitglieder hielt dafür, daß den obern Verwaltungsbehörden, welche die Beamten zu ihren Dienstverrichtungen anzuweisen, und sie bei Ausübung derselben fortwährend zu beaufsichtigen hätten, auch wohl das Urtheil über das Vorhandensein eines Dienstvergehens überlassen bleiben müsse, und daß denselben, ohne nachtheiligen Störungen Raum zu geben, hierin von den Gerichten nicht vorgegriffen werden dürfe. Eine übertriebene Nachsicht sei von Seiten jener Behörden wohl um so weniger zu befürchten, da die Erforschung solcher Vergehen, und die Verfolgung der Schuldigen, einen wesentlichen Theil der Amtspflichten ausmachten, für deren Erfüllung sie verantwortlich wären, und den einzelnen, sich durch das Verfahren der Beamten verletzt wahnenden Privaten, mehr als ein Weg zur Erlangung eines kräftigen Schutzes eröffnet sei. Auch scheine einer mißbräuchlichen Ausdehnung jener Befugniß dadurch hinreichend entgegengewirkt zu sein, daß die Gerichte in den Fällen, wo sie ein, nicht nach besondern, die Dienstverhältnisse betreffenden, Gesetzen zu beurtheilendes, sondern vielmehr ein gemeines Vergehen begangen glaubten, zum sofortigen Einschreiten ermächtigt, und nur bei Anfechtung ihrer Zuständigkeit bis zur Entscheidung durch die competente Behörde das Verfahren einzustellen gehalten wären. — Ein Mitglied der Commission verlangte jedoch die ausdrückliche Erwähnung seiner dahin gehenden Ansicht:

„daß bei gemeinen, von Staatsdienern begangenen Verbrechen, gleichviel, ob selbige bei Gelegenheit einer Amtsverrichtung (in officio,) oder außerdem verübt, und gleichviel, ob sie mit einem Dienstvergehen verbunden seien oder nicht, immer das amtliche Einschreiten der untersuchenden und strafenden Gerichtsbehörde zuzulassen sei, weil nur auf diese Weise die Strafanwendung gesichert, im entgegengesetzten Falle aber den Staatsbeamten ein dem Geiste der Verfassung geradezu widerstrebendes Privilegium beigelegt werden würde.“

Dieserhalb scheine es unerlässlich, die Worte: »welche keine Dienstvergehen sind« zu streichen. Die am Schlusse des vorerwähnten Paragraphen befindliche Bestimmung, daß eine Civilklage wegen Amtsvergehen nur nach beendigtem Untersuchungsverfahren stattfinden solle, ward nach einstimmiger Ansicht deshalb für unangemessen erachtet, weil die Klage in dem Augenblicke, wo sie begründet sei, auch müsse angebracht werden können.

daß der aus eigenem Antriebe austretende Staatsdiener um Beibehaltung des Titels nachsuche, und daß der Landesherr ihm die fernere Führung desselben erlaube.

Nur ein Recht könne man jenem darauf nicht zugestehen, sobald die Auflösung des Dienstverbandes von seiner Seite herbeigeführt werde. — Ein Antrag über diesen Punct ward nicht gestellt.

Die §§. 47 und 48, betreffend die Verabschiedung der Beamten durch freien Beschluß der Regierung, gaben zu einer lebhaften Discussion Veranlassung. Von mehreren Mitgliedern der Versammlung ward bemerkt, daß nach den hier proponirten Bestimmungen alle selbstständige Haltung der Beamten künftig hinwegfalle. Der Fürst werde nur noch Diener, der Staat aber keine Beamte mehr haben. Die Untergebenen würden jeglichen Anforderungen ihrer zunächst Vorgesetzten willenlos nachgeben müssen, weil es von den Letzteren gewöhnlich abhängen werde, wie lange jene noch im Amte bleiben sollten. Um die Gunst der Oberen zu erlangen, werde das Streben nach Verdienst und Ehre unter den Beamten immer seltener werden. Bei der bisherigen festen Stellung der Staatsdiener sei es nicht selten gewesen, daß diese in ihrem Geschäftskreise für die Aufrechthaltung der Verfassung mitgewirkt hätten. Hierauf könne man in Zukunft nicht mehr rechnen. Vor allem aber sei zu berücksichtigen, welcher Druck aus den hier aufgestellten Grundsätzen, unter Umständen, wie sie bereits statt gefunden hätten, hervorgehen könne. Endlich könne auch durch das Ueberhandnehmen willkürlicher Verabschiedungen die Staatscasse sehr belästigt werden, weil mit diesen Entlassungen Pensionen verbunden seien.

Von der andern Seite ward zwar zugegeben, daß der §. 47 in seiner jetzigen Fassung etwas schroff dastehe. Dagegen sei nicht zu verkennen, daß es die größten Nachtheile für den Staatsdienst habe, wenn man den Verwaltungsbeamten ein unwiderrufliches Recht auf die ihnen ertheilten Posten einräume, und somit die Untauglichen nicht entfernen könne. Stelle man diesen Grundsatz fest, so würden manche Beamten ihre Stellen nur als Versorgungsposten betrachten, und nicht mehr leisten, als gerade erforderlich sei, um gegen Entfernung durch richterlichen Anspruch gesichert zu sein. Der Ansicht, daß die Staatsstellen der Beamten wegen da seien, dürfe man durchaus nicht Raum geben. Vom Staate könne nicht mehr verlangt werden, als daß er für den Unterhalt der einmal angestellten und nachher wieder entlassenen Beamten Sorge trage. Der Grundsatz, daß die Regierung die Verwaltungs-Beamten entlassen könne, sei in allen constitutionellen Ländern anerkannt worden, und es könne sich hier wohl nur darum handeln, durch welche Formen und Beschränkungen einem Mißbrauche dieses Rechts vorzubeugen sei.

Nachdem mehrere Vorschläge in dieser Beziehung gemacht worden waren, kam man über folgende Fassung des §. 47 überein:

»Die Verabschiedung kann auch ohne Gesuch der Beamten erfolgen, wenn die oberste Verwaltungsbehörde nach angehörtem Gutachten der betreffenden Section der Ministerial-Commission sie zum Besten des Dienstes für erforderlich hält. Das Vorhandensein dieser Voraussetzung wird durch die Unterzeichnung oder Contrasignatur mit ausgedrückt.«

Auch die Bestimmung des §. 48, daß ein Beamter binnen den ersten drei Jahren seiner Dienstzeit, ohne irgend einen Anspruch auf Gehalt oder Pension zu haben, verabschiedet werden könne, ward als zu hart von mehreren Mitgliedern angefochten, zumal da die in den vorbereitenden Stellen Dienenden unter die eigentlichen Beamten gar nicht zu rechnen wären. Nach einigen Erörterungen über diesen Punct war man allgemein der Ansicht, daß auch auf diese Art der Verabschiedung diejenigen Bestimmungen Anwendung finden müßten, welche man im §. 47 für nothwendig erachtet habe.

(Die Fortsetzung folgt.)

Verhandlungen

des

Landtages des Herzogthums Braunschweig.

(Sitzung vom 22. September.)

Nach Eröffnung der Sitzung referirte ein Mitglied über die Ergebnisse der Verhandlungen derjenigen Commission, welche zur Ausgleichung der Meinungsverschiedenheit beider Sectionen, betreffend den Antrag zum §. 21 des Gesetzentwurfs über die Kreisdirectionen, in der Sitzung vom 19. d. Mts. ernannt worden war. Der Antragsteller, welcher früher der Ansicht gewesen sei, daß die Eingeseffenen eines Kreises von den Kreisdirectionen zu keinerlei Art von Leistungen herangezogen werden dürften, zu welchen die Beitragsverbindlichkeit nicht in jeder Hinsicht rechtlich feststehe, habe als Mitglied der Commission sich von der Nothwendigkeit einer Modification seines Vorschlags überzeugt. Die Commission sei einstimmig der Ansicht, daß in dem §. 21 des fraglichen Gesetzentwurfs die Worte: „insofern die Sache dazu geeignet ist“ zu streichen und dafür zu setzen sei: „und eventuell über die Entschädigung.“ — Dieser Vorschlag ward von beiden Sectionen angenommen, und darauf mit der Berathung über das Staatsdienstgesetz fortgefahren.

Ein Mitglied der ersten Section legte den in der gestrigen Sitzung vorbehaltenen Entwurf einer neuen Fassung der §§. 29 und 30 vor, welcher nach einigen durch die Discussion veranlassenen Abänderungen folgendergestalt angenommen ward:

§. 29.

Beurlaubung.

Auf länger als drei Tage darf kein Beamter von dem ihm angewiesenen Wohnorte, außer bei erforderlichen Dienstreisen, sich ohne Urlaub entfernen, und überhaupt auch auf kürzere Zeit seinen Wohnsitz nur verlassen, wenn und insofern es ohne Nachtheil für den Dienst, nach Maßgabe der ihm ertheilten Dienst-Instruction geschehen kann. Die Landes-Collegien, die nicht collegialisch eingerichteten Directionen und die Districtsgerichte können den ihnen untergeordneten Beamten, und die Präsidenten und Directoren der Landes-Collegien, so wie die Vorsitzenden der Districtsgerichte, den Mitgliedern und den unteren Officianten einen 14tägigen Urlaub ertheilen. — Urlaubsgesuche ic.

§. 30.

Besorgung der Dienstgeschäfte der Beamten.

Wegen der interimistischen Besorgung der Dienstgeschäfte des Beamten trifft der

Vorstand des Collegii, bei welchem er angestellt ist, oder die ihm vorgesetzte Behörde angemessene Verfügung, dafern nicht unter deren Zustimmung der Beurlaubte selbst dafür gesorgt hat. Die durch die interimistische Geschäftsverwaltung etwa veranlasseten Kosten sind von dem Beurlaubten zu tragen.

Ein Mitglied der zweiten Section bemerkte, daß es zweifelhaft sei, ob die Localbeamten bei den Districtsgerichten oder bei den Kreisdirectionen ihre Gesuche um Urlaub anzubringen hätten, weil sie unter beiden Behörden ständen. Eine ausdrückliche Bestimmung dürfe hierüber wohl nicht fehlen, und schlage er vor, daß die Localbeamten in dieser Hinsicht den Kreisdirectionen untergeordnet würden, weil die ihnen überwiesenen Verwaltungs-Gegenstände, im Vergleich zu ihren richterlichen Functionen, den größern Theil ihrer Geschäfte ausmachten. — Die Versammlung erklärte sich mit diesem Vorschlage einverstanden.

Ad §. 50 — 53. Die Versetzung der Beamten in den Ruhestand betreffend, war man allerdings der Ansicht, daß dieselbe lediglich ein Gegenstand administrativer Verfügungen sei, worüber den Gerichten keine Untersuchung und Entscheidung gestattet werden könne. Indes hielt man allgemein für nöthig, daß eine Versetzung in den Ruhestand, gleich wie Verabschiedungen, nur nach vorgängigem Gutachten der betreffenden Section der Ministerial-Commission, von der Regierung verfügt werden dürfe. Man beschloß, daß diese Anordnung in einem Zusätze zum §. 53 ausdrücklich festgesetzt werde.

Beim §. 55 äußerte ein Mitglied der zweiten Section den Wunsch, daß das Steigen des Normalruhegehalts nicht nach einzelnen Dienstjahren, sondern nach größeren Zeiträumen, etwa von 5 zu 5 Jahren, bestimmt werden möge. Auf die dagegen von mehreren Seiten gemachte Bemerkung, daß eine solche Aenderung leicht bedeutende Härten mit sich führen könne, kam es zu keinem Antrage über diesen Punkt, und man behielt den §. 55 in seiner ursprünglichen Fassung bei.

Bei demselben §. ward die Bemerkung gemacht, daß die Normalruhegehälter nach den hier getroffenen Bestimmungen sehr gering ausfallen würden, was besonders darin seinen Grund habe, daß in die Dienstzeit eines Beamten diejenigen Jahre, welche er in vorbereitenden Stellen zugebracht habe, nicht mit eingerechnet würden. — Indem die Richtigkeit dieser Bemerkung von mehreren Seiten eingeräumt ward, verwies man jedoch zugleich darauf, daß der Normalruhegehalt nur das Minimum sei, worauf ein Staatsdiener bei Pensionirung Anspruch habe. Wolle man für denselben im Allgemeinen höhere Ansätze bestimmen, als im §. 55 geschehen sei, so laufe man Gefahr, die Staatscasse zu sehr zu beschweren. Falle indes unter besonderen Umständen der Normalruhegehalt für einen verdienten Beamten zu gering aus, so sei der Landesherr im Stande, dergleichen Härten durch die Ertheilung einer höhern Pension bis zum Betrage des Gnadenruhegehalts zu mildern. Bei den Bestimmungen der §§. 56 und 57 über den Gnadenruhegehalt habe man gerade Fälle dieser Art im Auge gehabt, so wie man

dabei auch nicht unberücksichtigt gelassen habe, daß die ganze Stellung des Landesherrn es erfordere, daß er in dieser Beziehung freiere Disposition behalte.

Beim §. 58 ward darauf aufmerksam gemacht, daß den Officiern auch die in den niederen Militärgraden zugebrachten Dienstjahre bei der Pensionirung angerechnet würden. Trete ein solcher in den Civil-Staatsdienst, wo nur vom Datum des Offizier-Patents die Dienstjahre berechnet werden sollten, so könne derselbe dadurch leicht in eine nachtheiligere Lage hinsichtlich seiner Pensionsansprüche versetzt werden. Folgender Zusatz zum §. 58 erscheine daher wohl angemessen:

„Die Pensions-Ansprüche, welche ein Beamter durch seine früheren Dienstjahre im Militär begründen kann, bleiben ihm ungeschmälert.“

Dieser Vorschlag ward von der Versammlung angenommen. — Nachträglich ward noch hinsichtlich des §. 8, wonach die Berechnung der Dienstzeit stets vom Datum des ertheilten ersten Patents geschehen soll, daran erinnert, daß mehrere Beamte erster Classe bislang keine Anstellungs-Patente erhalten hätten. In Beziehung auf diese dürfe wohl die Bestimmung zu treffen sein, daß deren Dienstzeit vom Datum derjenigen Verfügung, welche bisher die Stelle eines Patents vertreten habe, gerechnet werde. Die Versammlung erklärte sich hiermit einverstanden.

Beim §. 69, die Pensionen der unteren Officianten betreffend, ward der Antrag auf die nachfolgenden Zusätze einstimmig angenommen:

- 1) die Nebeneinkünfte der subalternen Officianten, welche ihnen als Diensteinkommen angewiesen sind, werden bei der Pensionirung in Betracht gezogen;
- 2) Die Pensions-Ansprüche, welche ein Officiant zweiter Classe nach seinen Dienstjahren bereits erworben hat, bleiben ihm ungeschmälert, wenn er beim Uebertritte in die erste Classe durch die Berechnung der Dienstjahre vom Tage des erhaltenen Patents weniger zu erwarten hätte.

Zum §. 71 ward die Frage aufgeworfen, ob die hier gemachten transitorischen Bestimmungen bloß von den Beamten zweiter Classe gelten sollten? Die Anreihung dieses §. an den zweiten Titel, welcher bloß von den unteren Officianten handle, scheine für die Bejahung dieser Frage zu sprechen. Ähnliche Bestimmungen dürften aber auch in Beziehung auf die Beamten erster Classe nicht fehlen. — Nach einigen Erörterungen pflichtete man allgemein dem Vorschlage bei, daß der §. 71 als ein besonderer Abschnitt des Gesetzes mit der Ueberschrift: „transitorische Bestimmungen wegen der jetzt angestellten Officianten beider Classen“ aufzuführen sei, und folgenden Inhalts sein müsse:

„Auf die vor Publication dieses Gesetzes angestellten Officianten sind die Bestimmungen der §. §. 48 und 66 nicht anwendbar, dagegen leiden alle die in diesem Gesetze wegen Verabschiedung, Pensionirung, Entlassung und Absetzung der Officianten enthaltenen Bestimmungen auch auf sie Anwendung. Den Officianten, welche nach

der bisherigen Einrichtung nicht durch Patente angestellt sind, nach diesem Gesetze aber zur ersten Classe gehören, soll ein solches Patent mit Bemerkung der Zeit, wo sie den zur ersten Classe zu rechnenden Posten erhalten haben, ausgefertigt werden, wie denn auch von dieser Zeit an ihre Dienstjahre zu berechnen sind.

Endlich ward eine sorgfältige Prüfung des dem Gesetze angehängten Verzeichnisses über die zur ersten Classe zu zählenden Beamten gewünscht, und dabei bemerkt, daß die Oberhauptleute zu streichen, die Kreiseinnehmer und Directoren höherer Lehranstalten hinzuzufügen seien, und daß für „Districtsgerichts-Assessoren besser stimmführende Mitglieder der Districtsgerichte“ gesetzt werde.

Nach beendigter Berathung über das Staatsdienstgesetz machte der Präsident, Schagrath von Plessen, Vortrag über eine Vereinbarung, welche in Beziehung auf die Ausübung des Präsentationsrechts zu der jedesmaligen 2ten Vacanz im adelig-freiweltlichen Stifte zu Steterburg unter den adeligen Mitgliedern der Ritterschaft Statt gefunden habe.

Bisher sei nämlich dieses Präsentationsrecht nach Art. 32 des Landtags-Abschiedes vom 5ten Septbr. 1823 von den im engern und größern Ausschusse der Landschaft befindlichen adeligen Mitgliedern der Ritterschaft ausgeübt worden. Da in Folge der proponirten Verfassungsänderungen eine ganz andere Zusammensetzung der Ausschüsse bevorstehe, so sei man übereingekommen, zum Behuf der Ausübung jenes Präsentationsrechts einen besondern Ausschuß von 5 adeligen Mitgliedern der Ritterschaft, und zwar immer auf die Zeit von 3 Jahren, zu wählen. Er ersuche hiermit die Versammlung, diese Bestimmung zur Aufnahme in den künftigen Landtags-Abschied der Landes-Regierung zu empfehlen. — Der Vorschlag ward von den Mitgliedern beider Sectionen einstimmig angenommen.

Am Schlusse der Sitzung kam man überein, bis zum 27sten d. Mts. die ferneren Berathungen auszusetzen, damit inzwischen mit dem Herzogl. Staatsministerium die Verhandlungen über die in Antrag gebrachten Abänderungen der Propositionen Statt finden könnten.

(Die Fortsetzung folgt.)

Verhandlungen

des Landtages des Herzogthums Braunschweig.

(Sitzung vom 27. September.)

Verathungen über den Gesetzentwurf, Modificationen des Canton-Reglements.

Von Seiten eines Mitgliedes der zur Begutachtung des genannten Gesetzentwurfs erwählten Commission ward zuvörderst folgender Bericht erstattet:

„Es sei nicht zu verkennen, daß die Verlegung der Militairpflichtigkeit in ein reiferes Alter Vortheile gewähre, welche die daraus entstehenden Nachtheile sehr überwiegen. Die Soldaten würden im Allgemeinen kräftiger sein, es würden nicht so viele junge Leute den Strapazen unterliegen, welche bei den jetzigen Waffenübungen, z. B. beim Bajonettfechten, nicht vermieden werden könnten; — es würden die Jünglinge in ihrer Vorbildung zu einem selbstständigen Leben weniger gestört werden, indem sie bis zum Eintritte in das Militair ihre Studien auf den Hochschulen, ihre Lehr- und Wanderjahre vollendet haben könnten. Daneben sei es kaum für einen Nachtheil zu halten, wenn die jungen Leute demnächst ein oder zwei Jahre später zur Selbstständigkeit gelangten.“

Die der Landesherrlichen Proposition beigelegten Motive wiesen auch die Nothwendigkeit nach, daß auf die Stellung einer ausgebildeten Reserve Bedacht zu nehmen sei. Auch dieser Punkt sei von der Commission umständlich erwogen worden, aber dennoch halte dieselbe es bedenklich, der gegenwärtigen Ständerversammlung die Annahme der Proposition zu empfehlen, weil

- 1) zu besorgen stehe, daß dadurch die dienstthuende Mannschaft nicht unbedeutend vermehrt werde;
- 2) weil die Annahme der fraglichen Bestimmungen ohne gleichzeitige Regulirung mancher anderer Verhältnisse viele Inconvenienzen zur Folge haben werde, z. B. das Recht des Unerben eines interimweise verwalteten Bauerhofs auf den Besitz nach erreichter Volljährigkeit werde dadurch verletzt.

Da es nun ohnehin mehr in der Absicht der Regierung zu liegen scheine, das seit 2 Jahren beobachtete Verfahren bei Herstellung einer eingetübten Reserve beizubehalten, als die Proposition schon jetzt ins Leben zu rufen, so schlage die Commission der Ständerversammlung vor, daß sie die Landesregierung ersuche:

„die Proposition zurückzunehmen, und sich mit der Erklärung der Ständeverversammlung zu begnügen, daß das bisherige Verfahren zur Formirung einer ausgeübten Reserve durchaus zweckmäßig erscheine, und daß es gewünscht werde, hierin zu beharren, also den *statum quo* beizubehalten, bis mit der nächsten Ständeverversammlung ein Anderes vereinbart werde.“

„Die Commission sei auch bereits benachrichtigt worden, daß die Regierung nicht abgeneigt sein werde, nach einer solchen Erklärung die Proposition zurückzunehmen.“

Mehrere Mitglieder der Versammlung unterstützten diesen Antrag der Commission. Die proponirten Bestimmungen seien an sich gewiß sehr zweckmäßig. Dieselben griffen indeß in mannichfache und wichtige Verhältnisse, namentlich der Landbewohner, ein, die vorher auch eine genaue Berücksichtigung verdienten. Die vorgelegte Proposition enthalte überhaupt nur einen Theil der Abänderungen, welche in unserm bisherigen Canton-Reglement sich als nothwendig darstellten, und lasse sich so außer dem Zusammenhange nicht in allen ihren Folgen übersehen.

Von einem Mitgliede der Versammlung ward insonderheit der Unterschied zwischen den früher von der Regierung und den Ständen festgesetzten Normen über die Bildung der Reserve, und den seit den letzten Jahren hierbei befolgten Grundsätzen entwickelt. Die letzteren gründeten sich auf die neueren Bundesbeschlüsse über die Militärverfassung des deutschen Bundes und empföhlen sich durch größere Zweckmäßigkeit in vielfacher Hinsicht. Dieselben grundgesetzlich festzustellen, liege daher eben so sehr im Interesse der Stände, als der Landesregierung. — Nach einigen fernern Erörterungen über diesen Gegenstand einigte sich die Versammlung zu dem Antrage:

„daß die Landesregierung für jezt jene Proposition zurücknehmen, jedoch die von den Bestimmungen des Canton-Reglements abweichende, unter der vorigen Regierung eingeführte Art der Aufstellung der Reserve, bis zu einer mit den demnächstigen Ständen vereinbarten Modification des Canton-Reglements, fortsetzen, und diese Verabredung in den Landtagsabschied aufnehmen möge.“

Berathungen über den Entwurf einer allgemeinen Feuerordnung für die Landgemeinden des Herzogthums Braunschweig.

Der von der Commission in Antrag gebrachte Zusatz:

„daß die Entschädigung für das zur Erweiterung der Baupläze zu erwerbende Terrain von der Cassé der Brandversicherungsgesellschaft zu übernehmen sei,“

ward bedenklich gefunden. —

Man bemerkte, daß, da nach den Statuten der Brandversicherungsgesellschaft sämtliche Theilnehmer außer den Reichthofs-Besitzern mit jedem Jahre austreten könn-

ten, und sich nur für die im Laufe eines Jahrs stattfindenden Feuerschäden nach Maßgabe der versicherten Summen, verpflichteten, auch schon viele Hausbesitzer es angemessen gefunden hätten, andern damit concurrirenden Privat-Gesellschaften beizutreten es von höchst nachtheiligen Folgen für jenes Institut sein könne, wenn den Theilnehmern Ausgaben aufgebürdet würden, welche als dem eigentlichen Zwecke fremd betrachtet werden müßten, und nicht auf gleiche Weise von den Theilnehmern an Privatversicherungsanstalten zu leisten wären.

Bei dieser Gelegenheit sprachen zugleich einige Mitglieder der zweiten Section den Wunsch aus, daß die Statuten der Brandversicherungsgesellschaft einer Revision und Abänderung nach den in neueren Zeiten als bewährt gefundenen Principien, unterzogen werden mögten, wobei denn auch die Frage über die Zulassung der Versicherung von Gebäuden in fremden Assurancesanstalten in Berücksichtigung kommen könne. Auf den Antrag der Commission hielt man für angemessen, den §. 13 zu streichen, weil derselbe keine feuerpolizeiliche Bestimmung enthalte, dagegen erachtete man die Einrichtung für nöthig, daß regelmäßig, etwa um das 10te Jahr, eine Revision sämmtlicher Gebäude vorgenommen werde, um zu constatiren, ob dieselben nach ihrem Werthe angemessen gegen Brandschäden versichert seien.

Beim §. 26 ward das Verbot der Bearbeitung des rohen Flachses beim Lichte, besonders für das Gesinde, welches dazu nur den Abend wählen könne, zu hart gefunden, und statt der Worte „bei Lichte“ „bei freiem Lichte“ zu setzen beschlossen.

Beim §. 31 ward bemerkt, daß „das Verbot des Schießens in der Nähe eines Orts“ zu unbestimmt sei, und wenn man nicht ein gewisses Maß der Entfernung angebe, die Worte „in der Nähe“ besser ganz zu streichen seien. Dieser Vorschlag ward in beiden Sectionen angenommen, und außerdem folgender Zusatz beschlossen: „sollte es nöthig sein, im Orte oder dessen Nähe zu schießen, so muß das Feuerge- wehr mit einem Pfropf von Wolle oder Haaren geladen sein.“

Beim §. 32 ward der Antrag gestellt, daß zu den Orten, wo das Rauchen unbedingt zu verbieten sei, auch die Wirthschaftshöfe gerechnet werden müßten.

Dieser Antrag fand indeß einigen Widerspruch, weil damit in der Regel keine Gefahr verbunden sei, und weil das Verstecken der brennenden Pfeifen bei Wahrnehmung eines Polizeiofficianten erst die Feuersbrünste veranlasse. Dennoch ward der Antrag in beiden Sectionen angenommen, indem man sich zugleich über folgende Fassung des §. 32 einigte:

„das Rauchen ist außerhalb des Zimmers aus Pfeifen ohne Kapsel und mit einer Cigarre, dagegen aber auf Wirthschaftshöfen, in Scheuren, Ställen und auf Böden, so wie überall beim Ausladen und Fortschaffen von Früchten und Stroh gänzlich verboten.“

Beim §. 45 trug ein Mitglied zweiter Section darauf an, daß das Amt der

Feuergeschworenen nicht, wie der Commission vorgeschlagen sei, mit dem der Ortsgeschworenen verbunden werde, weil die Letzteren doch schon sehr belästigt seien, und erscheine es zweckmäßiger, daß für beide Aemter besondere Wahlen in den Gemeinden stattfänden. Bei dem von mehreren Seiten dagegen erhobenen Widerspruche ward zur Abstimmung geschritten, und der Antrag in zweiter Section mit 23 gegen 9 Stimmen angenommen, in erster Section aber mit 27 Stimmen gegen 3 abgelehnt. Als Ausgleichungsmittel ward sodann vorgeschlagen, daß die Frage, ob eigene Feuergeschworene zu bestellen, zweckmäßig sei? den Berathungen über die Gemeindeordnung vorbehalten werde, womit die Mitglieder beider Sectionen einverstanden waren.

Beim §. 47 ward einstimmig dafür gehalten, daß eine Gebühr für die Visitation von den Hausbesitzern zahlen zu lassen, viel Gehässiges habe, und daß die Zuziehung vereideter Werkmeister nicht bei jeder Visitation nothwendig sein werde. Demnach ward beschlossen, diesen §. ganz zu streichen, und die Entscheidung der Frage: wie oft Visitationen vorzunehmen, und ob Werkmeister dabei zuzuziehen seien? zum Ermessen der Kreisämter zu verstellen.

(Die Fortsetzung folgt.)

V e r h a n d l u n g e n

des

Landtages des Herzogthums Braunschweig.

(Sitzung vom 28. September.)

Bei der fortgesetzten Berathung über die proponirte Feuerordnung ward ad §. 56 der Ansicht der Commission darin beigepplichtet, daß die Kosten für Anschaffung und Instandhaltung der Feuerlöschgeräthe nicht nach dem Fuße der Contribution mit zu repartiren seien. Die Vertheilung dieser Kosten müsse lediglich nach den Brandversicherungssummen geschehen. Damit aber die freiwilligen Theilnehmer nicht durch unangemessene Versicherungssummen, oder durch gänzlichen Austritt aus der hiesigen Gesellschaft sich jener Last entziehen könnten, ward der Zusatz beschlossen:

„Hinsichtlich der in der hiesigen Brandasscurationsgesellschaft nicht versicherten, oder nach dem Willen ihres Besitzers zu gering versicherten Gebäude bestimmt der durch Schätzung ermittelte Werth die Größe der Beitragspflicht.“

Abweichend von den Ansichten der Commission waren die Meinungen vieler Mitglieder in Ansehung der von den Kirchen und geistlichen Gebäuden zu entrichtenden Beiträge. Es ward bemerkt, daß die Heranziehung des für Kirchen und Schulen bestimmten Gutes zu den Staats- und Gemeindelasten, wie die Westphälische Periode bewiesen habe, dem religiösen Gefühle des Landmanns widerstrebe, und daß man Anstand nehmen müsse, dem entgegen zu handeln. Andere meinten dagegen, daß die Kirchen, wenn sie Vermögen hätten, den Beitrag wohl leisten könnten, während derselbe im entgegengesetzten Falle, selbst wenn man ihre Verpflichtung annehme, immer der Gemeinde zur Last fallen werde. Da außerdem von Einigen zwar eine Beitragsverpflichtung, nicht in Ansehung des Kirchengebäudes, wohl aber in Hinsicht auf die übrigen geistlichen Gebäude anzunehmen, proponirt wurde, so mußte zuerst über die Frage: „ob den Kirchen eine Beitragspflicht aufzuerlegen sei?“ abgestimmt werden, welche in erster Section mit 17 gegen 13 Stimmen verneint, dagegen in zweiter Section mit 20 gegen 14 Stimmen bejahet ward. Die zweite Frage: über Heranziehung der übrigen geistlichen Gebäude, ward ebenfalls in erster Section mit 17 gegen 13 Stimmen verneint, und in zweiter mit 25 Stimmen gegen 9 bejahet.

Ferner ward die Bezugnahme auf eine bestehende Observanz in der Hinsicht für unzumässig erachtet, weil dadurch die Anwendbarkeit des am angemessensten gefundenen Repartitionsfußes, überall zweifelhaft und streitig gemacht werden könne.

Der Vorschlag der Commission ad §. 57, daß den Gemeinden zur Anschaffung der Feuerlöschgeräthe ein Credit eröffnet, und zur Rückzahlung der erborgten Geldsumme von jedem Hausbesitzer 4 Pf. von 25 Thlen der versicherten Summe alljährlich erhoben werde, ward zumässig befunden, und man beschloß, dieserhalb einen Antrag an die Regierung gelangen zu lassen. Dagegen glaubte man wegen der bereits Statt gehabten und in Zukunft vielleicht noch mehr vorkommenden Dispositionen über die Leihhauscasse nicht schon jetzt auf Vorschüsse aus dieser antragen zu dürfen. Zu

§. 58. ward der Antrag gemacht, für jede Gemeinde die Verpflichtung auszusprechen, binnen zwei Jahren eine Feuersprünge anzuschaffen. Von Andern ward dagegen bemerkt, daß dieser Zeitraum zu kurz sei, weil in vielen der kleineren Landgemeinden die Anschaffung der Geldmittel für dergleichen Einrichtungen zu große Schwierigkeiten habe. Es werde schon viel erreicht sein, wenn diese Maßregel innerhalb 5 Jahren in den meisten Gemeinden zur Ausführung komme. — Der obige Antrag ward darauf zur Abstimmung gebracht, und in zweiter Section mit 28 Stimmen gegen 2 angenommen, in erster dagegen mit 24 Stimmen gegen 9 abgelehnt.

Beim §. 63 trug ein Mitglied erster Section auf die Bestimmung an: „daß das Probiren der Feuerlöschgeräthschaften nur an einem Wochentage statthast sein solle.“ Von Mehreren ward, damit die Sonntagsfeier nicht gestört werde, dieser Antrag unterstützt, während Andere der Ansicht waren, daß es wegen der Dringlichkeit der ländlichen Arbeiten oft große Schwierigkeiten haben werde, die Gemeindemitglieder an einem Wochentage zum obigen Zwecke zu versammeln. Der Antrag ward zur Abstimmung gebracht, und in erster Section mit 20 Stimmen gegen 12 abgelehnt, während in zweiter Section 17 Stimmen dafür und eben so viele dagegen sich erklärten. Bei der in der folgenden Sitzung nochmals Statt findenden Umfrage entschied sich auch die Majorität dieser Section gegen den Antrag. Zu §. 107 ward einstimmig der Zusatz beschlossen: „Jedem Schullehrer soll ein Exemplar dieser Verordnung gegeben werden, um davon zweckmäßigen Gebrauch beim Unterrichte zu machen. Beim §. 111 war man der Meinung, daß der Vorschlag der Commission, diesen Paragraphen ganz zu streichen, in Hinsicht auf den letzten Theil desselben nicht zweckmäßig sei.

Die §§. 112 — 116 veranlaßten ein Mitglied zweiter Section zu der Bemerkung, daß in den hier aufgestellten Strafbestimmungen dem richterlichen Ermessen ein zu großer Spielraum gelassen sei, und daß für manche der Vergehungen selbst der geringste dieser Strafansätze noch zu hoch erscheine. Man möge daher Herzogliches Staatsministerium ersuchen, diese Paragraphen einer nochmaligen Prüfung zu unterziehen, und durch mehrfache Abstufungen in den Strafansätzen, diese den einzelnen Vergehungen angemessener zu bestimmen. Die Versammlung schloß sich diesem Antrage an.

Beim §. 115 hielt man für erforderlich, daß der Dirigent der Feuerlöschung zu den nöthigen Zwangsmaßregeln, um seinen Anordnungen den gehörigen Nachdruck zu verschaffen, ermächtigt werde.

Beim §. 119 ward der Antrag der Commission, die daselbst bestimmten Prämien auf die Interessenten der hiesigen Feuerversicherungs-Gesellschaft neben den Feuerschäden mit auszuschreiben, aus den früher erwähnten Gründen für unzulässig erachtet. Man war vielmehr der Ansicht, daß aus der Amtsfeuerkasse, in welche auch die sämmtlichen, wegen Verletzung dieser Feuerordnung verurtheilten Geldstrafen fließen möchten, jene Prämien zu bezahlen seien. Die sämmtlichen übrigen Abänderungen dieses Gesetzentwurfs, welche von der Commission auf dem Grunde ihrer vorläufigen Unterhandlungen mit dem Herzoglichen Staatsministerium in Antrag gebracht wurden, und meistens die Redaction betrafen, wurden von der Plenarversammlung zweckmäßig gefunden und angenommen.

Zur Vereinbarung über die Anträge zu diesem Gesetzentwurfe, hinsichtlich deren

die Mitglieder der beiden Sectionen verschiedener Ansicht gewesen waren, ward eine Commission niedergesetzt, und fielen die Wahlen zu derselben in erster Section auf den Abt R ä g e n e r, Assessor von Campe und Cammerrath von Beltheim, in zweiter Section auf den Stadtrath P o c k e l s, Rittmeister v. U n g e r u. Steuerrath L a n g e r f e l d t.

Sitzung vom 29. September 1832.

Berathungen über den Gesetzentwurf, die Gesindeordnung betr.

Ein Mitglied der zur Prüfung dieses Gesetzentwurfs erwählten Commission machte Vortrag über die in demselben für erforderlich erachteten, und bei den Verhandlungen mit Herzoglichem Staatsministerium von diesem zugestandenen Abänderungen. Ueber die Fassung des §. 1 wurden von einigen Mitgliedern der ersten Section mehrere Bedenken geäußert. Auf größeren Deconomien sei es von wesentlichem Nutzen, Handwerker als Gesinde in Lohn und Kost für solche Arbeiten anzunehmen, deren Verrichtung zur Führung der Wirthschaft fortdauernd nöthig sei. Hierher gehörten namentlich Schmiede. Dies scheine in Zukunft durch die hier getroffene Bestimmung ausgeschlossen zu werden, daß das Gesinde nur zur Verrichtung gemeiner häuslicher und wirthschaftlicher Dienste anzunehmen sei. Eine solche Beschränkung einzuführen, liege aber wohl nicht im Zwecke dieser Verordnung, und so möchte die Einschaltung der Worte „technische Dienste“ an dieser Stelle ganz passend sein.

Dagegen ward erinnert, daß jene Befugniß der Inhaber größerer Deconomien durch den Inhalt dieses §. keineswegs beschränkt werden solle, indem unter dem Ausdrucke „wirthschaftliche Dienste“ auch solche verstanden würden, welche sich zur Führung einer Wirthschaft als fortdauernd nothwendig darstellten. Gestatte man aber, technische Dienste schlechthin durch Gesinde verrichten zu lassen, so werde alle polizeiliche Aufsicht über die Betreibung von Handwerken vergeblich sein, und die Puscherei im höchsten Grade überhand nehmen. — Indem man die obige Bedeutung des Ausdruckes „wirthschaftliche Dienste“ für die richtige annahm, erachtete man für zweckmäßig, den Zusatz „technische“ nicht zu machen.

Beim §. 4 stellte ein Mitglied erster Section den Antrag: „daß der Dienstherrschaft zur Pflicht gemacht werde, alljährlich, oder beim jedesmaligen Ablaufe der vertragmäßigen Dienstzeit, ein Zeugniß über das Verhalten des Gesindes in dessen Dienstbuche einzutragen.“ Als Grund einer solchen Bestimmung ward angeführt, daß das Gesinde bemüht sein werde, die geringen, im Dienstbuche bemerkten Fehler während der ferneren Dienstzeit abzulegen. Dagegen ward bemerkt, daß die Dienstbücher den Zweck hätten, der Polizei die Controlle über das Gesinde zu erleichtern, und einer jeden Dienstherrschaft, bei welcher sich das Gesinde später einmal vermiete, über dessen früheres Betragen Auskunft zu verschaffen. Wolle eine Herrschaft auf das Wohlverhalten ihrer Dienerschaft besonders einwirken, so mögten dazu manche andere Mittel zweckmäßiger sein, als die wiederholte Ausstellung von Zeugnissen in dem Dienstbuche. Bei der Abstimmung ward der Antrag in erster Section mit 22 Stimmen gegen 7 abgelehnt; in zweiter Section war derselbe nicht aufgenommen worden.

Beim §. 7 stellte ein Mitglied erster Section den Antrag, daß der gesetzliche Antrittstag für die Schäfer nicht, wie bei dem übrigen Landgesinde, auf Martini, sondern auf den 1. Mai bestimmt werde. Dies sei für die Landwirthe von nicht geringer Bedeutung. Denn die Folgen des unvorsichtigen Hütens zeigten sich erst im Winter, und die Eigenthümer von Schafheerden würden somit die Mittel zum Ersatz des ihnen zugefügten Schadens verlieren, wenn sie um Martini die Schäfer entlassen und denselben die Caution zurückzahlen müßten. — Dagegen ward bemerkt, daß hier nur von dem gesetzlichen Termine des Dienstantritts die Rede sei, und es Jedem überlassen bleibe, sich durch besondere Contractbestimmungen vor dergleichen Nachtheilen zu sichern. — Der Antrag ward in beiden Sectionen mit bedeutender Stimmenmehrheit angenommen.

Zu §. 11 ward den Gründen, aus welchen die Herrschaft das Gesinde nicht anzunehmen brauche, noch sechsstens hinzugefügt: »Wenn das Gesinde sich nach abgeschlossnem Mietcontracte verhehlicht hat.«

Beim §. 16 stellte ein Mitglied zweiter Section den Antrag, daß der letzte Absatz *) gestrichen werden möge, weil eine Herrschaft überhaupt nie zu Thätlichkeiten gegen das Gesinde schreiten dürfe, und ein bedeutender Mißbrauch zu erwarten stehe, wenn diese Erlaubniß gesetzlich ausgesprochen werde. — Entgegnet ward, daß das Gesinde gegen Mißhandlungen von Seiten der Herrschaft durch den Inhalt des §. 20 geschützt sei, daß aber, zumal auf dem Lande, die Herrschaft alles Ansehen verlieren würde, wenn sie wegen einer jeden, durch Böswilligkeit hervorgerufenen, geringen Züchtigung solle auf Genugthuung belangt werden können. — Der Antrag ward in zweiter Section mit 27 Stimmen gegen 9 abgelehnt, in erster war derselbe nicht aufgenommen worden.

Ein anderes Mitglied zweiter Section trug sodann auf den Zusatz an, »daß der Stock bei solchen geringen Thätlichkeiten nicht adhibirt werden dürfe«, welcher Antrag indeß abgelehnt ward.

Beim §. 19 wurde die Hinweglassung des Wortes »geringes« vor »Fahrlässigkeit« für nöthig erachtet, um die Mißdeutung abzuwenden, daß auch der geringste Grad der Nachlässigkeit die Verpflichtung zum Ersatz nach sich ziehen solle.

Beim §. 22 ward die Bemerkung für richtig erkannt, daß die Kosten für die Kur des erkrankten Gesindes zunächst aus seinem Vermögen oder dem seiner gesetzlich dazu verpflichteten Angehörigen zu leisten, und daß dieselben nur eventuell von den Armenanstalten nach den bestehenden allgemeinen Vorschriften zu tragen seien.

Zu §. 30 Art. 5 war man allgemein der Ansicht, daß wegen jeder Veruntreuung, welche das Gesinde auch gegen dritte Personen begehe, die Herrschaft zu dessen sofortiger Entlassung berechtigt sein müsse.

Schließlich trug der Berichterstatter noch vor: »in der Conferenz mit dem Herzogl. Staatsministerium sei noch die Beschränkung der Verjährungsfrist wegen des Liedlohns auf den Zeitraum von 3 Jahren zur Sprache gekommen, und wünsche die Commission hierüber die Ansicht der Versammlung zu vernehmen.«

Mehrere Mitglieder erklärten sich dahin, daß die Festsetzung kürzerer Verjährungsfristen zu Begründung größerer Rechtssicherheit sehr wünschenswerth sei. Bevor aber über diesen Gegenstand ein umfassendes Gesetz erlassen werde, scheine es nicht zweckmäßig, hinsichtlich der Liedlohnforderung eine solche Beschränkung einzuführen. — Die Versammlung pflichtete dieser Ansicht bei.

Die übrigen bei dem Herzogl. Staatsministerium in Antrag gebrachten und von demselben zugestandenen Abänderungen und Zusätze wurden von der Versammlung angenommen, und gab der Berichterstatter das Commissionsgutachten zu den Acten.

*) »Eben so wenig können geringe Thätlichkeiten der Herrschaft gegen das Gesinde, wenn dieses die Erstere durch ungebührliches Befragen zum gerechten Unwillen gereizt hat, Gegenstand einer Klage auf Privatgenugthuung werden.«

Verhandlungen

des Landtages des Herzogthums Braunschweig.

(Sitzung vom 1. October.)

Zunächst publicirte der Präsident, Schagrath von Plessen, ein höchstes Rescript vom 28. v. Mts., mittelst dessen die Entschliessungen Sr. Hochfürstl. Durchlaucht, des Herzogs, auf die ständischer Seits in Antrag gebrachten Abänderungen zu den Entwürfen der Landschaftsordnung, des Wahlgesetzes, der Geschäftsordnung und des Finanz-Nebenvertrages, der Landschaft mitgetheilt worden waren. Derselbe bestimmte zugleich zur Verlesung dieser landesherrlichen Entschliessungen die Sitzungen vom 3ten d. Mts. und der folgenden Tage.

Berathungen über die Proposition, die Erhöhung des Chausseegeldes für leichtes Fuhrwerk betreffend.

Von Seiten eines Mitgliedes der zur Prüfung und Begutachtung dieser Proposition niedergesetzten Commission ward folgender Bericht erstattet. „Die Kosten für die Instandhaltung unserer Chausseen überstiegen bei weitem den Ertrag des Chausseegeldes. Jene beliefen sich im Durchschnitte alle Jahr

1) für Reparaturen auf	= 54000 Thlr.
2) für Besoldungen der dabei angestellten Officianten auf . . .	8760 Thlr.
3) für Extraordinarien	500 Thlr.

folglich in Summa auf 63260 Thlr.

während die Einnahme nur etwa 34000 Thlr. alljährlich betrage. Dazu komme, daß dieses Deficit in den Einnahmen von den Chausseen um so größer werden müsse, je mehr Neubauten und Erweiterungen derselben vorgenommen würden. In mehreren anderen Ländern, wo sich das Verhältniß ähnlich gestellt habe, habe man daher das Princip nach und nach durchzuführen gesucht, daß die Einnahmen von den Chausseen die Kosten ihrer Erhaltung decken müßten. Diesem an sich sehr billigen Principe näher zu kommen, sei der Zweck der vorliegenden landesherrlichen Proposition, deren Annahme die Commission der Plenarversammlung hiermit empfehle. Die vorgeschlagene Erhöhung um ein Drittheil bei dem bisherigen Tariffaße für leichtes Fuhrwerk werde nach einer Wahrscheinlichkeitsberechnung einen jährlichen Mehrertrag von etwa 5000 Thlr. in den Chaussee-

einnahmen liefern. Dabei sei insonderheit zu berücksichtigen, daß dieser höhere Tariffatz auf den benachbarten Hannoverschen Chaussees durchgängig erhoben werde, und daß derselbe nicht bloß von Landeseinwohnern, sondern auch von fremden Durchreisenden zu erlegen sei. Die fragliche Erhöhung des Chausseegeldes sei schon im Jahre 1822 von der Landschaft in Antrag gebracht worden. Damals habe die Landesregierung hierauf aber nicht eingehen wollen, weil unsere Chaussees sich zu jener Zeit in einem schlechten Zustande befunden hätten. Dieser Grund falle jetzt hinweg.

Ein Mitglied zweiter Section erklärte, dem Antrage der Commission auf die Annahme der landesherrlichen Proposition in allen ihren Bestimmungen nicht beitreten zu können. Der an sich ganz billige Grundsatz, daß die Tariffätze für jedes Fuhrwerk nach Maßgabe der durch dasselbe bewirkten Abnutzung der Chaussees bestimmt würden, lasse sich nicht streng durchführen, ohne bedeutende Störungen im Handel und Verkehr zu bewirken. Dies stehe namentlich für unser Land zu fürchten, da dasselbe durch Parallelstraßen in den Nachbarstaaten vielfach umgangen werden könne. Die proponirte Erhöhung des Chausseegeldes von leichtem Fuhrwerke werde nun zwar in die allgemeinen commerciellen Verhältnisse des Landes nicht störend einwirken, dieselbe enthalte aber eine Unbilligkeit für die Besitzer ländlicher Grundstücke. Diese trügen verhältnißmäßig zu den Staatsausgaben, und somit auch zu den Kosten für die Erhaltung der Chaussees, bei weitem am meisten bei. Indem nun unter dem leichten Fuhrwerke auch das mit ländlichen Producten beladene ein höheres Chausseegeld tragen solle, werde dem Landmanne offenbar eine neue Last aufgebürdet. Aus diesem Grunde trage er darauf an, die landesherrliche Proposition nur insoweit anzunehmen, als sie eine Erhöhung des Chausseegeldes für Reisefuhrwerk enthalte.

Von Seiten eines Mitgliedes erster Section ward darauf bemerkt, daß wenn eine Ungleichheit zwischen Kutschen und Landfuhrwerk in Frage gestellt werden solle, ihm die gänzliche Ablehnung der vorliegenden Proposition zweckmäßiger erscheine. Denn eine Ungleichheit in den Tariffätzen, für welche nicht in der Art der Benutzung der Chaussees ein Grund vorhanden sei, enthalte eine offenbare Entfernung von dem Principe der gleichmäßigen Belastung.

Einige andere Mitglieder der Versammlung traten dieser Ansicht bei, indem sie erklärten, daß sie nur für eine Erhöhung des Chausseegeldes stimmen würden, welche sich auf jede Art von Fuhrwerk erstreckte. — Nebenbei ward auch darauf aufmerksam gemacht, daß, wenn man bloß für Reisefuhrwerk den bisherigen Tariffatz um $\frac{1}{3}$ steigere — der dadurch bewirkte jährliche Mehrertrag in den Chaussee-Einnahmen im Ganzen unbedeutend sein werde, indem er sich nach einem ungefähren Anschlage auf 1200 oder höchstens 1500 Thlr. belaufen könne. Auch werde es Schwierigkeiten haben, den Unterschied zwischen Reise- und Landfuhrwerk, besonders wenn letzteres nach dem Transporte ländlicher Producte auf dem Rückwege begriffen sei, stets genau zu erkennen.

Hierauf ward zuerst über die Frage: „ob die Proposition, so wie sie vorliege, anzunehmen sei?“ abgestimmt, und dieselbe in erster Section mit 26

Stimmen gegen 15 und in zweiter mit 28 gegen 7 verneint. Die sodann zur Abstimmung gebrachte Frage; „ob die von der Regierung proponirte Erhöhung des Chausseegeldes, insoweit sie das Reisefuhrwerk betreffe, angenommen werden solle?“ ward in erster Section gleichfalls verneint mit 23 Stimmen gegen 18, in zweiter Section dagegen mit 22 Stimmen gegen 13 angenommen.

Da man der Ansicht war, daß über diesen Differenzpunkt unter den Sectionen durch eine Ausgleichungs-Commission keine Vereinigung zu Stande kommen werde, so ward beschlossen, daß man über die verschiedenen Abstimmungen an die Regierung zu berichten und dieser die Entscheidung in der fraglichen Angelegenheit überlassen wolle.

Verathungen über den Gesetzentwurf, die Heranziehung ausländischer reisender Kaufleute zur Gewerbesteuer betreffend.

Ein Mitglied der zweiten Section referirte Namens der zur Begutachtung dieses Gesetzentwurfs erwählten Commission, indem es bei Verlesung der einzelnen Paragraphen die von dieser für erforderlich erachteten und in den vorläufigen Verhandlungen mit dem Herzogl. Staatsministerium von Letzterm zugestandenen Abänderungen vortrug.

Beim §. 1 Nro. 1. ward von einem Mitgliede zweiter Section darauf angetragen, daß auswärtige reisende Kaufleute ic. nicht bloß bei inländischen Kaufleuten, sondern auch bei inländischen Fabrikanten diejenigen Waaren zum Verkaufe ausbieten dürften, welche die letztern in ihren Fabriken verarbeiteten. — Von Einigen ward die Zweckmäßigkeit dieser Disposition bestritten, besonders aus dem Grunde, weil die Grenze zwischen Fabrikanten und Handwerkern sehr schwierig zu ziehen sei. Gegen diesen Einwurf ward bemerkt, daß jener Unterschied nach der Theilnahme am Gildeverbande und der Verpflichtung zur Gewerbesteuer sich ganz genau feststellen lasse. — Der Antrag ward in zweiter Section mit 32 Stimmen gegen 3 und in erster mit 37 Stimmen gegen 4 angenommen.

Bei diesem §. ward außerdem hinsichtlich der Bestimmungen sub Nro. 2 und 3 eine andere Stellung beliebt, imgleichen für zweckmäßig befunden, daß nicht bloß das Ausbleiben von Wein bei den Consumenten gestattet bleiben müsse, sondern auch das von Weinessig, Rum und Arrac.

Beim §. 2 ward die Aenderung getroffen, daß fremde reisende Viehhändler zum Verkaufe des Viehes, außer in den Messen und auf Jahrmärkten, nur drei Tage an jedem Orte sich aufhalten dürften.

Beim §. 4 ward der Zusatz beschlossen, „daß von reisenden Viehhändlern, welche Vieh verkauften, mit Rücksicht auf die Gattung und Stückzahl desselben, nach einer von der Steuer-Direction anzuordnenden Classification, an Gewerbesteuer 4 bis 20 fl zu erlegen seien.“

Die Vorschrift des §. 6 ward nicht für zweckmäßig gefunden, und der Antrag auf dessen Streichung ohne Abstimmung angenommen.

Beim §. 7 ward auf den Vorschlag eines Mitgliedes 2ter Section folgende Änderung beschlossen: „von der Polizeibehörde werden den auswärtigen reisenden Kaufleuten, welche im Lande Geschäfte treiben, die Pässe nur dann zurückgegeben, wenn sie „durch Vorzeigung der Gewerbescheine die geschehene Bezahlung der Gewerbesteuer dar- „gethan haben.“ — Außerdem war man der Ansicht, daß die im Eingange dieses §. enthaltene Vorschrift über die Ablieferung der Pässe lediglich auf diejenigen Kauf- und Handelsleute zu beschränken sei, welche an dem fragl. Orte Handelsgeschäfte zu machen beabsichtigen.

Beim §. 8 ward von einem Mitgliede 2ter Section der Antrag gemacht, daß unter den Gegenständen, deren Aufkauf den Ausländern zu verbieten sei, die rohen Häute nicht mit aufgeführt würden. Denn in manchen Gegenden des Landes würden die Landbewohner die Schaffelle entweder gar nicht, oder nur für einen unverhältnißmäßig geringen Preis zu Gelde machen können, wenn man den fremden Aufkäufern die Abnahme dieses Gegenstandes untersage.

Von Andern ward dagegen geltend gemacht, daß in den benachbarten Staaten den Auswärtigen der Aufkauf der rohen Häute verboten, und sogar die Exportation derselben sehr erschwert sei. Würden hier nicht gleiche Maßregeln durchgeführt, so müßten die inländischen Gerbereien sehr herunterkommen, oder wohl ganz eingehen.

Mehrere Mitglieder der 1sten Section traten indeß dem obigen Antrage ausdrücklich bei, weil durch das fragliche Verbot der Vortheil einzelner Gewerbetreibender auf Kosten einer großen Anzahl von Landwirthen erzeugt werden solle. Der Ackerbau treibenden Classe dürfe auf keine Weise die Gelegenheit abgeschnitten werden, angemessene Preise für ihre Erzeugnisse zu erhalten. Auch würden die inländischen Gerber nichts zu fürchten haben, wenn sie gleiche Preise, wie die auswärtigen zahlten. — Der Antrag ward in 2ter Section mit 21 gegen 14, und in 1ster Section mit 35 gegen 2 Stimmen angenommen.

Ein Mitglied 2ter Section machte den Antrag, daß das in §. 8. No. 1 untersagte Ausbieten von Waaren lediglich auf ausländische reisende Kaufleute und Fabrikanten beschränkt werde. — Von Mehreren ward dagegen erinnert, daß es große Nachtheile haben werde, durch eine solche Bestimmung den Hausirhandel frei zu geben. — Der Antrag ward in 2ter Section, wo er allein gemacht war, mit 32 Stimmen gegen 3 abgelehnt.

Ein Deputirter der Stadt Braunschweig machte schließlich noch die Motion: „Es möge die Regierung ersucht werden, mit der Königl. Hannoverschen Regierung eine Einigung dahin zu treffen, daß gegenseitig die Steuer von den Unterthanen beider Länder nicht genommen werde.“ Wegen der zwischen beiden Ländern bestehenden politischen und geographischen Verbindungen ward dieser Antrag allgemein für angemessen erachtet.

(Die Fortsetzung folgt.)

Verhandlungen

des

Landtages des Herzogthums Braunschweig.

(Sitzung vom 2. October.)

Verathungen in Betreff des Gesetzentwurfes über die Modification der Verordnung vom 26. März 1823, die Einrichtung des Justizwesens betreffend.

Einer der Commissarien, welche zur Prüfung und Begutachtung dieser Proposition gewählt worden waren, referirte Namens derselben über die Bemerkungen und Vorschläge, zu denen sie sich in ihren Verathungen über diesen Gesetzentwurf veranlaßt gefunden hätten.

Die Commission sei einstimmig der Ansicht gewesen, daß die vorgeschlagenen Abänderungen in unserer jetzigen Justizverfassung die in der Einleitung der Proposition erwähnten Vortheile für die Unterthanen, insonderheit für die Landbewohner, haben würden, sobald man die Aemter und Gerichte, deren Geschäfte in Zukunft einen bedeutenden Zuwachs erhielten, mit tüchtigen Beamten und Gehülfen in erforderlicher Anzahl besetze, daß aber ohne dieses auf jene Vortheile nicht zu rechnen sei.

Einige Mitglieder waren der Meinung, daß die Besetzung der Aemter durch besonders qualificirte Personen als Bedingung an die Annahme der ganzen Proposition geknüpft werden müsse. Man dürfe sich nicht damit begnügen, dieß bloß als Wunsch der Regierung auszu-
brücken. Von mehreren Seiten ward gegen diesen Vorschlag erinnert, daß die zweckmäßige Besetzung der Aemter eine Verwaltungssache sei, die man hinsichtlich aller Behörden von der Regierung erwarten müsse. Mache man von einer solchen Bedingung die Rechtsbeständigkeit einer neuen Behördeeinrichtung abhängig, so erhalte diese dadurch einen provisorischen unsichern Character, was die mannigfaltigsten Nachtheile haben müsse. Angemessen sei es aber gewiß, der Regierung zu erklären, daß man bei Annahme der Proposition von der Erwartung ausgegangen sei, daß die Localämter mit einem besonders tüchtigen Personal besetzt werden würden, weil hierauf bei keiner Behörde mehr ankomme, als bei denen, welche in den mannigfachsten unmittelbaren Berührungen mit den Landeseinwohnern ständen. Die Versammlung pflichtete dieser Ansicht bei.

Ein Mitglied erster Section wünschte die Bestimmung, daß alle Localämter oder doch wenigstens die größeren, mit zwei stimmführenden Mitgliedern besetzt würden. Schon jetzt sei bei vielen Aemtern über eine mangelhafte Administration, und insonderheit über die Polizeiverwaltung, Klage geführt worden. Dieser Uebelstand müsse künftig noch fühlbarer wer-

den, da die Geschäfte der Aemter nicht bloß durch eine erweiterte Competenz in Civilsachen, sondern auch durch Ueberweisung des Vormundschafts- und Hypotheken-Wesens bedeutend vermehrt würden, wofür denselben nicht durch die in Antrag gebrachte Vermehrung des Personals Hülfe geschafft werde.

Mehrere Mitglieder der Versammlung, insonderheit auch einige der Commissarien, waren gegen die vorgeschlagene Bestimmung, daß bei sämtlichen Kreisämtern zwei Beamten anzustellen seien. Auch die Kreisgerichte, welche bis zum Jahre 1825 bestanden hätten, wären nicht sämtlich mit zwei Beamten besetzt gewesen, ungeachtet dieselben einen viel bedeutendern Geschäftskreis, namentlich in Beziehung auf Civil- und Criminalsachen, gehabt hätten, und einzelne derselben auch von einem viel größern localen Umfang gewesen wären, als unsere jetzigen Aemter. — Andere bemerkten, daß sich von der Seelenzahl eines Amtes kein sicheres Maaß der bei demselben vorhandenen Geschäfte hernehmen lasse, daß mithin auch die Zahl der Beamten danach nicht bestimmt werden dürfe. Namentlich verursachten die ärmeren Amtsbezirke ungleich mehr Geschäfte als die wohlhabendern. Bei der Besetzung der Aemter müßten überhaupt mannigfache und sehr verschiedenartige Localverhältnisse berücksichtigt werden, so daß es in der That wünschenswerth sei, der Regierung in dieser Hinsicht freiere Verfügung zu lassen. Wenn aber auch einzelne Localämter mit zwei stimmführenden Mitgliedern besetzt werden sollten, so müsse doch dabei der collegialische Geschäftsgang ausgeschlossen bleiben. Die rasche Förderung der Geschäfte verlange bei Behörden dieser Art, daß jeder der dabei angestellten wirklichen Beamten selbstständig zu handeln berechtigt sei.

Vielleicht sei es auch nicht unzwedmäßig, nach dem Vorbilde der Kreis-Directionen, bei den Aemtern die Einrichtung zu treffen, daß den Actuarien, in Behinderungsfällen des Beamten, eine entscheidende Stimme beigelegt werde. — Nach diesen Erörterungen war man allgemein der Ansicht, daß über die Anzahl der Beamten bei jedem Amte keine Bestimmung in diesem Gesetze zu treffen sei.

Beim §. 1. stellte ein Mitglied zweiter Section den Antrag: „daß das Amt Harzburg bei dem künftigen Kreisgerichte Blankenburg gelassen werde.“ Für Blankenburg sei es ein nicht unbedeutender Verlust, wenn jenes Amt in Beziehung auf die Rechtspflege davon getrennt werde, weil dadurch viele andere nähere Verbindungen mit aufgehoben würden. — Gegen diesen Antrag erhoben sich mehrere Stimmen, welche besonders geltend machten, daß das Amt Harzburg in viel größerem Verkehre mit dem Wolfenbüttelschen Landestheile stehe, als mit Blankenburg; daß die bauerrechtlichen Verhältnisse in jenem Amte durchaus verschieden wären von den im Blankenburgschen, und daß die Harzburger wiederholt den Wunsch zu erkennen gegeben hätten, dem Districte Wolfenbüttel beigelegt zu werden. Aus diesen Gründen habe die Regierung sich bewogen gefunden, jenes Amt sowohl mit der Kreis-Direction, als auch mit dem Kreisgerichte Wolfenbüttel zu vereinigen. — Der obige Antrag kam nur in zweiter Section zur Abstimmung, wo er mit 26 Stimmen gegen 10 abgelehnt ward.

Zum §. 2. ward auf den Vorschlag der Commission der Zusatz für zweckmäßig befunden, daß die Mitglieder der Kreisgerichte „Kreisrichter und Kreisgerichts-Assessoren ic.“, die Localbeamten aber „Justizamtmänner“ heißen sollten.

Beim §. 3 hielt man für angemessen, daß die Aemter nicht in Besitzstreitigkeiten jeder Art, sondern nur in den über den jüngsten Besitz schlechthin für competent zu erklären seien, und daß die Competenz in Streitigkeiten über den ordentlichen Besitz, wie in allen übrigen Sachen, von der Größe des Objects abhängen müsse.

Ueber die Zweckmäßigkeit der in diesem §. ausgesprochenen Aufhebung der Ästimatorischen Injurienklage war man allgemein einverstanden; indeß ward es für passender gehalten, daß darüber ein besonderes Gesetz gegeben werde, und man beschloß, einen desfallsigen Antrag an die Regierung gelangen zu lassen.

Zu §. 2 dieses §. ward auf den Antrag der Commissarien der Zusatz angenommen: „welchem zu allen diesen Handlungen nach seiner Competenz gleichmäßige Befugniß zusteht.“ Als Motiv für diese Bestimmung ward angeführt, daß zu den hier aufgezählten Handlungen auch die Kreisgerichte nach ihrer Competenz mit den Aemtern und Stadtgerichten concurrirten. Am Schlusse des §. 3 ward der Zusatz für nöthig erachtet: „In Ansehung der drei Stadtgerichte zu Braunschweig hat es bei der bisherigen Bestimmung, nach welcher denselben das Erkenntniß in bürgerlichen Streitsachen bis zum Betrage von 100 Rthlr , und über Klagen in puncto stupri et alimentorum zusteht, sein Bewenden.“

Von einem Mitgliede 2ter Section ward die unter Nr. 3 dieses §. getroffene Verfügung, daß die Aufnahme von Klageprotocollen, auch wenn der Gegenstand des Streits die Competenz der Stadtgerichte und Aemter übersteige, bei diesen geschehen könne, als bedenklich in Frage gestellt. Mehrere Mitglieder der Versammlung erklärten sich jedoch für die Zweckmäßigkeit dieser Bestimmung, indem sie sich auf ihre Erfahrung als ehemalige Localbeamte bezogen, worauf man sich für die Beibehaltung der fraglichen Einrichtung entschied.

Beim §. 4 hielt man für nöthig, daß die Aemter und Stadtgerichte demnächst über alle, bei ihnen anhängige Strafsachen, jedoch mit Ausnahme der Forst- und Jagd-Wegen, der Steuer-Contraventionen und derjenigen Straffälle, in welchen nur 3 Tage Gefängniß oder 5 Rthlr Geldbuße zu erkennen seien, in jedem Monate ein Verzeichniß nach Vorschrift des §. 59 der Verordnung vom 3ten Februar 1814 aufzustellen und an die Kreisgerichte einzusenden hätten. Denn ohne diese Verzeichnisse könnten die Kreisgerichte die ihnen überwiesene Controlle über die Strafrechtspflege bei den Aemtern und Stadtgerichten nicht wohl führen. Zu demselben Zwecke hätten auch die bisherigen Districtsgerichte dem Herzoglichen Landesgerichte solche Tabellen einreichen müssen.

Beim §. 5, wonach den Aemtern und Stadtgerichten die Verwaltung aller Vormundschafts- und Curatel-Sachen übertragen sein soll, fand man die Weglassung des Wortes „Verwaltung“ für nöthig. Dieses sage hier wohl zu viel. Denn die Verwaltung stehe den

Vormündern und Curatoren zu, deren Handlungen die Gerichte nur zu beaufsichtigen und theilweise auch zu autorisiren hätten.

Der §. 6, betreffend das den Aemtern überwiesene Hypothekenwesen, gab zu dem Antrage an die Regierung Veranlassung, daß eine Hypothekenordnung baldigst erlassen werden möge, und daß eine desfallsige Zusicherung in den künftigen Landtagsabschied aufzunehmen sei.

Beim §. 8 ward hinter „künftig“ die Einschaltung der Worte: „innerhalb ihres Geschäftskreises“ für nöthig gehalten, damit nicht der Ansicht Raum gegeben werde, daß die Aemter und Stadtgerichte die unbeschränkte Verpflichtung zur Aufbewahrung und Verwaltung aller gerichtlich niedergelegten Depositen hätten.

Für den zweiten Abschnitt des §. 9 ward folgende Fassung gewünscht: „Bei dem diesen Bestimmungen zufolge competenten Gerichte sollen auch die, von den Beamten, Actuarien und deren Familien an den ihnen gehörigen, innerhalb ihres Gerichtsbezirks belegenen Grundstücken, imgleichen die diesen Personen bestellten Hypotheken confirmirt, eingetragen und gelöscht werden.“

Am Schlusse des §. 11 ward der Zusatz nöthig befunden: „Es darf jedoch dasjenige Mitglied des Gerichts, welches die Sache untersucht hat, nie auch dieselbe zum Erkenntnisse vortragen, und letzteres abfassen.“

Beim §. 12 ward die Weglassung des ersten Abschnitts für zweckmäßig befunden, weil die darin enthaltene Vorschrift schon durch die Bestimmungen des §. 2. Nr. 1 ausgedrückt sei, und weil dieselbe zu der Ueberschrift des §. nicht zu passen scheine.

Am Ende des §. 12 ward noch der Zusatz beschlossen, „daß die vorgeschriebenen Vormundschaftstabellen jährlich in den ersten 8 Tagen des Monats Julius an die Kreisgerichte einzusenden seien.“

Hinsichtlich des §. 13 ward nachfolgende von der Commission vorgeschlagene Fassung: „Ueberhaupt liegt den Kreisgerichten ob, über Beschwerden gegen die Stadtgerichte und Aemter in Justizsachen, zu entscheiden und zu verfügen,“ für zweckdienlicher erachtet, weil somit auch die Beschwerden wegen Unterlassungen der Gerichte nicht ausgeschlossen würden.

Im §. 14 ward vor dem Worte: „Rechtsmittel“ der von der Commission vorgeschlagene Zusatz: „devolutives“ angenommen.

Beim §. 19 wurden folgende Änderungen: ad Nr. 1 statt der Worte: „und wo es zweifelhaft ist“ bis zum Schlusse des Abschnitts: „und falls die Competenz rücksichtlich der Summe zweifelhaft ist, muß dieser Präjudicialpunkt zuvörderst in Gewißheit gesetzt werden;“ — ad Nr. 2 die Streichung des Wortes „Gefühlen;“ — ad Nr. 4 der Zusatz „ersten, wenn auch nur interlocutorischen“ vor dem Worte „Erkenntnisse;“ — imgleichen ad Nr. 4 am Schlusse hinter „abzugeben“ die Hinzufügung der Worte: „welches sodann sowohl in der Klage, als Widerklage verfährt und entscheidet;“ für zweckmäßig gehalten.

Zum §. 20 ward von Seiten der Commission die Weglassung des zweiten Abschnitts *) von Nro. 1. in Antrag gebracht, weil die hier getroffene Verfügung theils ungenügend scheine, theils das Herzogliche Landesgericht zu einem Acte der Strafgesetzgebung autorisire. Auch dürfe man von den Mitgliedern der bisherigen Districtsgerichte erwarten, daß sie sich mit den dem Herzoglichen Landesgerichte zum Spruch eingesandten und zur Publication an sie zurückgegangenen Criminalacten insoweit bekannt gemacht hätten, daß sie von dem hier in Frage kommenden Gerichtsgebrauch unterrichtet wären. — Die Versammlung erklärte sich für den Antrag der Commission, so wie sie sich dann für nachfolgende Fassung der unter Nro. 3 und 4 dieses §. enthaltenen Bestimmungen, als den Sinn deutlicher ausdrückend, entschied: „Wenn dieselbe Person mehrere gleichartige oder verschiedene Verbrechen in mehreren Gerichtsbezirken begangen hat, oder wenn die Untersuchung gegen mehrere Genossen gerichtet ist, so ist rücksichtlich aller das prävenirende Gericht competent, dafern nicht zur Abkürzung des Verfahrens, oder aus sonstigen Gründen der Zweckmäßigkeit, worüber im Zweifel das höhere Gericht zu entscheiden hat, ein Anderes erforderlich wird. Unter mehreren einander untergeordneten Gerichten hat dasjenige zu erkennen, welches competent ist, wenn die wegen der einzelnen Verbrechen derselben Personen zu erkennenden Strafen zusammengerechnet werden.“

Zu §. 21 ward der Zusatz gewünscht: „Im Zweifel hat das requirirte Gericht ohne Weiteres die Sache zu erledigen.“

Wegen der aus der Schlussbestimmung des §. 22 leicht entstehenden Härten, ward hinter dem Worte „bedienen“ folgende Aenderung für zweckmäßig gehalten: „ob jedoch die durch dessen Bestellung veranlasseten Mehrkosten zu ersetzen seien, bleibt in dem einzelnen Falle, nach dessen Beschaffenheit, dem richterlichen Ermessen überlassen.“

Beim §. 23 ward anstatt des unter Nro. 2 gebrauchten und nachher zwei Mal wiederholten Worts „Vorstellung“ der Ausdruck „Appellation“ für passender gefunden, damit für gleichartige Rechtsmittel verschiedene Namen vermieden würden.

Bei dem vorletzten Abschnitte dieses §. ward die Weglassung der Worte: „die Rechtsfertigungsfrist wird bei allen diesen Rechtsmitteln auf 14 Tage beschränkt,“ für nöthig gehalten, weil diese Frist zu kurz sei. Ebenso erachtete man die Streichung der Schlussbestimmung: „daß die Parteien von den Gerichten bei Publication der Erkenntnisse von ihren Rechtszuständigkeiten, hinsichtlich der Rechtsmittel, zu belehren seien,“ für erforderlich, weil sonst die Insinuation der Erkenntnisse in Kraft der Publication, welche häufig zur Ver-

*) Da nun aber in den künftig zur Competenz der Kreisgerichte gehörenden Criminalsachen diesen der bisher befolgte Gerichtsgebrauch nicht vollständig bekannt sein kann, und damit aus einer solchen Ungewissheit nicht erhebliche Nachtheile entspringen, wird Unser Herzogliches Landesgericht nach zuvor eingeholter höchster Genehmigung, den Kreisgerichten durch ein Circular-Rescript diejenigen Verbrechen bezeichnen, in welchen eine höhere, als eine einjährige Zuchthausstrafe nicht erkannt wird.

meidung größerer Kosten und beschwerlicher Wege sehr zweckmäßig sei, künftig ganz wegfallen müsse.

Bei der Bestimmung des §. 24: „Ändert das Herzogl. Landesgericht auf die eingebrachte Appellation das Erkenntniß erster Instanz ab, so ist die Supplication, oder, wenn der Gegenstand der Beschwerde 300 Thaler beträgt, die Appellation *re. zulässig*,“ trug ein Mitglied zweiter Section auf die Aenderung an, daß statt 300 Thaler 100 gesetzt werden möge. Der Antragsteller bemerkte, daß bekanntlich jetzt in den Fällen, wo über Gegenstände von diesem Werthe die Entscheidungen der Districtsgerichte durch Erkenntnisse des Landesgerichts abgeändert worden seien, den Parteien das Rechtsmittel der Appellation an das gemeinschaftliche Oberappellationsgericht zugestanden habe. Es sei überhaupt sehr wünschenswerth, daß in einem Falle, wo jene Gerichte entgegengesetzte Urtheile gefällt hätten, ein drittes höher stehendes den endlichen Ausspruch thue. — Dagegen ward erinnert, daß mit einem Streitobjecte von hundert und einigen Thalern die Kosten, welche die Verfolgung der Appellation bei dem gemeinschaftlichen Oberappellationsgerichte verursache, nicht im Verhältnisse ständen, und daß überhaupt in der Annahme einer größeren und einer geringeren Appellationssumme eine bedeutende Abweichung von den gemein geltenden Principien liege. Auch sei nicht unberücksichtigt zu lassen, daß in Fällen der fraglichen Art die Supplication bei dem Landesgerichte zulässig sei, und daß die Entscheidung über dieses Rechtsmittel stets an eine andere Section dieses Gerichts komme. — Gegen diese Einwürfe ward erwidert, daß zwischen den Kosten, welche die Appellation beim Oberappellationsgerichte, und die Supplication beim Landesgerichte verursachten, kein sehr erheblicher Unterschied sei. Was ferner die Entscheidung der Supplication in den fraglichen Sachen durch eine andere Section des Landesgerichts anbelange, so sei bei der Zusammensetzung dieser Sectionen, deren Mitglieder von Zeit zu Zeit wechselten, der Fall nicht ausgeschlossen, daß einzelne der Richter, welche früher in der Sache erkannt hätten, wiederum in derselben ihr Votum abgäben. Endlich sei nicht zu übersehen, daß bei Streitobjecten über 100 Thaler in Fällen der fraglichen Art stets die Wahl zwischen der Appellation an das gemeinschaftliche Oberappellationsgericht, und der Supplication bei dem Landesgerichte freigelassen sei. — Bei der Abstimmung ward der Antrag in zweiter Section mit 30 Stimmen gegen 6, und in erster Section mit 34 gegen 9 Stimmen angenommen.

Statt der Bestimmung des dritten Abschnitts im §. 25 ward die nachfolgende gewünscht: „Im Falle der Rechtfertigung eines devolutiven Rechtsmittels ist davon gleichzeitig bei dem Gerichte, gegen dessen Erkenntniß das Rechtsmittel gerichtet ist, Anzeige zu machen, worauf das Gericht binnen 8 Tagen die Acten an das obere Gericht bei 5 Thaler Strafe einsendet. Ist die Rechtfertigungsfrist ohne Eingang der Anzeige abgelaufen, so ist jenes Gericht befugt, das Rechtsmittel für desert zu erklären, und das Weitere in der Sache zu verfügen. Unterbleibt die Anzeige bei Rechtfertigung des Rechtsmittels, so ist der Sachwalt schuldig, die Kosten des Mandats zur Einsendung der Acten und des Bescheides

darüber aus eigenen Mitteln zu tragen, und die mit einem Sachwalt nicht versehene Partei ist nicht befugt, den Ersatz dieser Kosten von dem Gegner zu verlangen. Geht die Anzeige erst nach Ablauf der Rechtsfertigungsfrist ein, so sind auch in diesem Falle die Acten binnen 8 Tagen an das obere Gericht einzusenden."

Zu §. 26 ward statt der Schlussworte: „wenn auf eine härtere, als eine fünfjährige Freiheitsstrafe ic.“ die allgemeinere Bestimmung: „wenn auf eine die Competenz des Kreisgerichts übersteigende Strafe zu erkennen ist,“ für zweckmäßiger gehalten.

Zu §. 27 ward für nöthig erachtet, daß Jedem, der in einer Untersuchungssache auch nur von der Instanz entbunden sei, gegen diesen Ausspruch das Rechtsmittel der weiteren Vertheidigung gestattet werde.

Beim §. 28 ward hinter den Worten des dritten Abschnitts „bekannt gemacht, und ihm“ die Einschaltung der Bestimmung „falls er nicht bloß auf die Acten submittiren will“ für zweckmäßig befunden.

Beim §. 29 wurden die nachfolgenden Veränderungen in Antrag gebracht, und angenommen:

- a) zu No. 1. am Schlusse statt der Worte „oder dem Gerichte überlassen, ihm einen Sachwalt zu bestellen“ die Bestimmung: „widrigenfalls das Gericht den Vertheidiger von Amtswegen ernennt“;
- b) zu Nr. 2 statt „14 Tage“ die Frist von 4 Wochen;
- c) bei Nr. 3 die Weglassung der Worte „und nie zu entlassende,“ imgleichen der Schlussbestimmung: „welche aber nicht erneuert oder erstreckt werden darf,“ weil durch den gänzlichen Ausschluß der Vertheidigung nur der Angeklagte leiden würde.

Beim §. 30 ward bemerkt, daß die Worte „nur soll die erste Frist zur Rechtsfertigung des Rechtsmittels eine vierwöchige sein“ nach dem Obigen hinwegfallen müßten.

Beim §. 31 ward die Frist für die daselbst erwähnte Einsendung der Acten, auf drei Tage nach Publication des fraglichen Erkenntnisses zu bestimmen, für nöthig gehalten.

Im §. 32 ward die Weglassung des Wortes „disciplinarische“ vor Aufsicht, und die Abänderung des Ausdrucks „Directore der Kreisgerichte“ in „Vorsitzende der Kreisgerichte“ zum Antrage gebracht, und einstimmig angenommen.

Endlich hielt man beim §. 33 für erforderlich, daß nach den Worten „die obere Aufsicht“ noch hinzugefügt werde: „und Disciplinargewalt,“ welcher Zusatz den Bestimmungen des Staatsdienstgesetzes entsprechender sei.



V e r h a n d l u n g e n

des

Landtages des Herzogthums Braunschweig.

Sitzung vom 3. October 1832.

Nach eröffneter Sitzung und verlesenem Protocolle vom 2. d. M. zeigten die Mitglieder der einzelnen Commissionen an, daß von ihnen, in Gemäßheit eines früheren Beschlusses, zu den Unterhandlungen mit Herzoglichem Staats-Ministerium über die, in der Ständeversammlung hinsichtlich der nachbenannten Propositionen gemachten Anträge, beauftragt worden seien:

- a) für den Gesetzentwurf, die Abänderungen in der Justizverwaltung betreffend, des Oberappellationsrath Günther und Hofrath Bruns;
- b) für die beiden Propositionen, die Feuer- und Gesinde-Ordnung, des Assessor von Campe und Stadtrath Pockels;
- c) für die Proposition, Modificationen des Canton-Reglements betr., der Stadtrath Pockels und Rittmeister von Unger;
- d) für die Propositionen, Erhöhung des Chausseegelbes, und Besteuerung der fremden reisenden Kaufleute betreffend, der Bürgermeister Dr. Gerhard und v. Gramm auf Volkersheim.

Es ward die Anzeige hiervon dem Herzogl. Staats-Ministerium von Seiten der Präsidenten gemacht.

Als hierauf zur Verlesung der landesherrlichen Entschließungen auf die ständischer Seits gemachten Anträge zu den Propositionen übergegangen werden sollte, erhob sich eine längere Discussion über die Frage: ob hinsichtlich der abschlägigen Erklärungen der Regierung, die Aufstellung neuer Anträge und die Wiederanknüpfung der Verhandlungen zulässig sei? Von mehreren Mitgliedern der Versammlung ward die Ansicht ausgesprochen, daß weitere Erörterungen und Anträge über die landesherrlichen Entschließungen nicht mehr Statt finden könnten. Unsere Verhandlungen müßten endlich zum Schlusse kommen. Wir hätten uns über die Annahme der neuen Landschafts-Ordnung und der damit zusammenhängenden Gesetze, nach Eingang der schließlichen Erklärungen der Regierung, nunmehr mit Ja oder Nein zu entscheiden. Bedingungen an diese Annahme nachträglich zu knüpfen, wäre unzulässig, auch dürften wir nicht hoffen, daß sich die Regierung in neue Unterhandlungen einlassen werde, da sie ausdrücklich in dem letzten Rescripte erklärt habe, daß sie jetzt unsere schließliche Abstimmung gewärtige. Aber selbst wenn die Regierung neue Verhandlungen nicht zurückweise, so stehe davon doch kein be-

sonderes Resultat zu erwarten, weil über alle Gegenstände, welche die Landschafts-Ordnung und die übrigen organischen Gesetze enthielten, seit länger als einem Jahre im Ministerium, in der Ständeverammlung und in den Ausschüssen, die mannigfachsten Erörterungen und Negotiationen Statt gefunden hätten.

Von einem Mitgliede der ersten Section ward hierauf erwiedert, daß, wenn die Verlesung der landesherrlichen Entschließungen keine leere Form seyn solle, darüber eine Discussion gestattet werden müsse. So lange noch kein definitiver Abschluß erfolgt sei, dürfe wohl keiner der contrahirenden Theile die Zulässigkeit fernerer Unterhandlungen untersagen, sobald der andere Theil nähere Erläuterungen und Feststellungen wünsche. In der Landschafts-Ordnung von 1820 sei nicht ausgesprochen, daß wir uns über die Annahme der landesherrlichen Entschließungen nur mit Ja oder Nein zu erklären, und daran keine Bedingungen zu knüpfen hätten. Auch die Regierung habe nicht ein Gleiches beobachtet, indem sie auf manche Anträge der Stände nur theilweise eingegangen sei, und durch andere, von den letztern gewünschte Abänderungen sich veranlaßt gefunden habe, neue Bestimmungen, welche noch keiner Berathung unterzogen worden wären, einzuschalten. Hauptsächlich wegen des letzten Umstandes müsse es uns unbenommen sein, die Unterhandlungen wieder anzuknüpfen, sofern wir dies wegen einzelner Punkte im Laufe der Erörterungen für nothwendig erachteten. — Dieser letztern Ansicht pflichtete die Versammlung bei.

Es wurden hierauf die Anträge mit den darauf bezüglichen Erklärungen in der nachstehenden Ordnung durchgegangen.

Anträge,
über welche beide Sectionen übereingekommen sind.

A. In Beziehung auf die Landschafts-Ordnung.

Zum §. 9. Weglassung der Worte „und deren Bildung“, weil darunter die Bestimmung der Stärke des Truppcorps verstanden werden könnte, für welche nach §. 102 die Bundesgesetzgebung so lange normirt, als nicht wegen ihrer Mehrung eine Uebereinkunft stattgefunden hat.

Entschließungen
Sr. Durchlaucht auf die Anträge löblicher Landschaft.

A. In Beziehung auf die Landschafts-Ordnung.

§. 9.

Der Antrag, aus diesem Paragraphen die Worte: „und deren Bildung“ wegzulassen, wird dadurch motivirt, daß dieselben mit §. 102 nicht im Einklange zu stehen schienen, nach welchem, wenn die Größe des Truppcorps die bundesgesetzliche Stärke übersteigen soll, eine Uebereinkunft zwischen der Regierung und den Ständen erforderlich ist, während im §. 9 die Verfügung über die Bildung der bewaffneten Macht dem Landesfürsten ausschließlich vorbehalten ist.

Unter dem Ausdrucke: Bildung der bewaffneten Macht, kann indeß gerade im Vergleiche mit §. 102 nichts anderes verstanden werden, und es ist auch darunter nur verstanden:

- 1) die Formation und Organisation des Corps, d. h. die Eintheilung der einzelnen Waffengattungen desselben, in Regimenter, Bataillone, Compagnien, die Bestimmung der Officierstellen, die ganze innere Organisation, über Besoldung, Verpflegung &c.;
- 2) dessen Ausbildung, das Exercierreglement und
- 3) die militairische Disciplin.

Es bezieht sich daher dieser Ausdruck nicht auf die Stärke des Corps, sondern auf dessen innere Einrichtung, und bei dieser ist eine ständische Mitwirkung noch weniger, wie bei den übrigen Zweigen der Landesverwaltung zulässig, es muß vielmehr das Recht, das Militairwesen zu ordnen, als ein wesentlicher Ausfluß der Militairhoheit, dem Landesfürsten ausschließlich verbleiben. Um allen Zweifeln über diesen an sich unbestreitbaren Punkt vorzubeugen, ist es auch erforderlich, daß derselbe ausdrücklich festgestellt werde, und insbesondere würde jetzt die Weglassung der §. 9. aufgenommenen Worte leicht Veranlassung zu Mißdeutungen geben.

Die Interessen des Landes sind in Beziehung auf das Militairwesen vollkommen gewahrt, wenn hinsichtlich der von dem Lande aufzubringenden Menschen und Geldmittel eine ständische Mitwirkung eintritt. Insofern nun aber in der einen oder andern Beziehung mehr geleistet werden soll, als grundgesetzlich feststeht, ist eine Uebereinkunft zwischen der Regierung und den Ständen erforderlich, und jede Gefährdung der Interessen des Landes also ausgeschlossen, wenn auch die Bildung der bewaffneten Macht in dem oben angegebenen Sinne dem Landesherrn ausschließlich überlassen bleibt.

Die stillschweigende Uebergabeung dieses nothwendigen landesfürstlichen Rechtes kann daher von Sr. Durchlaucht nicht genehmigt

werden, Höchstdieselben wollen indeß zur Beruhigung der getreuen Stände gern geschehen lassen, damit jede unrichtige Deutung vermieden werde, daß den Worten: und deren Bildung, die Worte:

deren Formation, Organisation, Ausbildung und Disciplin substituirt werden.

§. 26.

Der Antrag, daß, um Zweifeln vorzubeugen, statt der Worte: „nach erreichter Volljährigkeit“ gesetzt werde: „nach zurückgelegtem ein und zwanzigsten Lebensjahre“ wird genehmigt.

§. 29.

Der vorgeschlagene Zusatz:

auch das öffentliche Bekenntniß desselben in einer der im Staate jetzt gestatteten kirchlichen Gesellschaften, wird zugestanden.

§. 32.

Die unterm 13ten August d. J. erlassene Postordnung enthält §. 9 — 13 genaue und strenge Bestimmungen über die Bewahrung des Briefgeheimnisses. Eine noch dazu unvollständige Wiederholung dieser Vorschriften ist an sich nutzlos; auch scheint eine solche ganz specielle Vorschrift nicht dazu geeignet, in ein Landesgrundgesetz aufgenommen zu werden.

Der Antrag, daß der Inhalt dieses Paragraphen auch auf die rechtlich bestehenden Corporationen ausgedehnt werde, wird dagegen genehmigt.

§. 38.

Die Regierung theilt zwar regelmäßig allen Bittstellern, die abschläglich beschieden werden, die Beweggründe mit. Denselben aber grundgesetzlich das Recht zu ertheilen, die Mittheilung der Beweggründe zu verlangen, muß sie gerechtes Bedenken tragen. Denn gestützt auf ein solches Recht, würden unbedeutende und böswillige Supplikanten die Regierung zu endlosen Verhandlungen nöthigen, und die Behörden würden, ohne

Zu §. 26. Zur Vermeidung der Zweifel, welche nach den bestehenden Gesetzen über die Zeit des Eintritts der Volljährigkeit entstehen könnten, Veränderung der Worte »nach erreichter Volljährigkeit« in »nach zurückgelegtem 21sten Lebensjahre«.

Zum §. 29. Zusatz nach den Worten »und des religiösen Glaubens« — »auch das öffentliche Bekenntniß desselben in einer der im Staate jetzt gestatteten kirchlichen Gesellschaften«.

Zu §. 32. Aufnahme der Bestimmung: die Bewahrung des Briefgeheimnisses soll in den Dienstzeit der Postbeamten aufgenommen, und dessen Verletzung peinlich bestraft werden.

Zu §. 32 hinter den Worten »jedem Einwohner« Zusatz: »und jeder geduldeten Corporation Sicherheit der Person, des Eigenthums und der übrigen Rechte«.

Zu §. 38. Zusatz »im Falle einer abschlägigen Bescheidung sind ihm die Beweggründe unmittelbar mitzutheilen«.

wesentlichen Nutzen, noch mehr mit Geschäften überladen sein.

Es steht daher auf diesen Antrag nicht einzugehen; dagegen wird zugestanden, daß diejenigen, welche bei der höchsten Behörde auf Beschwerden über Unterbehörden beschieden werden, eine unmittelbare Bescheidung erhalten.

§. 53 — 56.

Zu §. 53 — 56. Streichung der Worte im §. 53 Nro. 1. »welche alle drei Jahre zur Hälfte ausscheiden und erneuert werden«, auch der im §. 55 »welche alle 6 Jahre neu gewählt werden müssen« und Verheißung einer Ordnung für die Landgemeinden (vielleicht in dem an's Ende des Capitels zu setzenden §. 54) mit Bemerkung, daß über die Wahl der Ortsvertreter, Ortsgeschworenen und Vorsteher, auch die Erneuerung solcher Wahlen, das Nähere in diesen Ordnungen bestimmt werden solle.

Es wird genehmigt:

- 1) daß §. 53. Nro. 1. die Worte: „welche alle drei Jahre zur Hälfte ausscheiden,“ so wie
- 2) §. 55 die Worte: „welche alle 6 Jahre neu gewählt werden müssen,“ wegfallen, und daß dagegen
- 3) der §. 55 den Zusatz erhält:
Auf den Grund dieser Bestimmungen sollen die Rechtsverhältnisse der Landgemeinden durch eine Gemeindeordnung festgestellt, und in dieser über die Wahl des Ortsvorstehers und der Ortsgeschworenen, so wie über die Erneuerung dieser Wahlen das Nähere bestimmt werden.

§. 63 und 64.

Bei den §§. 63 und 64 auf folgende Aenderung:

§. 63.

Zweiter Wahlbezirk: Wolfenbüttel und Königslutter, vierter Wahlbezirk: Schöningen und Schöppenstedt.

§. 64.

Der erste dieser Wahlbezirke sendet fünf, der zweite zwei Abgeordnete, jeder der übrigen einen Abgeordneten.

Die zu diesen Paragraphen in Antrag gebrachten Abänderungen werden dadurch motivirt, daß die Stadt Braunschweig verhältnißmäßig zu viele Vertreter stelle, insbesondere Wolfenbüttel, wenn dasselbe nur einen Abgeordneten sende, nicht hinlänglich berücksichtigt werde, weshalb Braunschweig ein Abgeordneter weniger gegeben, Wolfenbüttel mit Königslutter zu einem Wahlbezirke vereinigt, und diesen beiden Städten zwei Abgeordnete zugetheilt werden sollen, wodurch die Städte Schöningen und Schöppenstedt, welche nach der Proposition zugleich mit Königslutter einen Abgeordneten erhalten, zugleich gewinnen würden.

Bei Vertheilung der städtischen Deputirten auf die einzelnen Städte kann jedoch weniger auf die Einwohner- und Häuserzahl, als auf die Wichtigkeit der Städte in Beziehung auf die eigentlich städtischen Interessen, den Handel und die Gewerbe, gesehen werden.

In dieser Beziehung nun aber verdient Braunschweig, das seit den ältesten Zeiten zu den ersten Handelsplätzen Norddeutschlands gehört hat, fortwährend die ausgedehntesten und lebhaftesten Handelsverbindungen unterhält, und dessen Gewerbsthätigkeit die mannichfaltigsten Geschäfte umfaßt, eine ganz vorzügliche Berücksichtigung; denn es ist keine Stadt des Landes im Stande, verhältnißmäßig so viele zur Vertretung der Interessen des Handels und der Gewerbe geeignete Personen zu stellen. Hierzu kommt noch folgende, sehr erhebliche Erwägung. Die Hauptstadt des Landes ist im Verhältniß zu dessen Umfang außerordentlich groß; denn sie enthält den siebenten Theil der ganzen Bevölkerung des Landes. Welche Rückwirkungen daher das Aufblühen oder Verarmen der Hauptstadt für das ganze Land haben muß, und wie wichtig es auch für dieses ist, daß die Interessen derselben hinlänglich vertreten werden, leuchtet ein.

Wollte man aber einen Maßstab aus der Bevölkerung der Städte hernehmen, so würde man die Stadt Braunschweig nicht mit einer einzelnen der anderen Städte, sondern nur mit allen übrigen zusammen genommen, vergleichen können, da es begreiflicherweise nicht möglich ist, solche numerische Verhältnisse genau durchzuführen, wo bestimmt bestehende Corporationen, die nicht willkürlich verändert werden können, in Betracht kommen. Vergleicht man nun aber die Hauptstadt mit allen übrigen Städten des Landes, so zeigt sich, daß, diese alle zusammen genommen, nur wenige hundert Einwohner mehr haben, als jene.

Ueberdies würde die Vereinigung von Wolfenbüttel und Königslutter nicht zweckmäßig sein, theils weil diese Städte wenig oder gar keine gleichartige Interessen haben, theils weil Königslutter in dieser Vereinigung wenig Wahrscheinlichkeit für sich haben würde, je aus seinen Einwohnern einen Abgeordneten gewählt zu sehen.

Es ist daher kein genügender Grund vorhanden, von den Bestimmungen der Proposition abzugehen.

Zum §. 73. Zusatz hinter den Worten
»die Erlaubniß der Regierung erhalten haben«
— »welche nur aus Gründen, die aus dem
Wesen des Dienstes entlehnt und der Landschaft
mitzutheilen sind, versagt werden können«.

§. 73.

Es wird darauf angetragen, daß die erforderliche Erlaubniß der Regierung, einem Beamten, welcher als Abgeordneter gewählt ist, nicht, wenn, wie die Proposition sagt, das Beste des Dienstes dieses nothwendig macht, sondern

nur aus Gründen, die aus dem Wesen des Dienstes entlehnt sind, versagt werden könne, und daß diese Gründe der Landschaft mitgetheilt werden.

Der Ausdruck: Wesen des Dienstes, leidet indessen mancherlei Auslegungen, und kann sogar so gedeutet werden, als solle nur da, wo die Functionen des Amtes an sich mit der Eigenschaft eines Abgeordneten unverträglich sind, die Erlaubniß der Regierung versagt werden können, woraus folgen würde, daß diese stets ertheilt werden müsse, weil diejenigen Beamten, deren Dienstfunctionen mit den Obliegenheiten eines Abgeordneten unverträglich erachtet sind, nämlich die Mitglieder des Staats-Ministeriums, nicht wählbar sind.

Der Zweck der fraglichen Vorschrift kann allein der sein, daß die Landesregierung bei der Erwägung: ob sie einem Staatsbeamten die Erlaubniß zur Annahme der Wahl ertheilen wolle? — nicht von persönlichen Rücksichten, sondern von Gründen, welche aus dem Dienstverhältnisse des Nachsuchenden entnommen sind, ausgehe. Dieses wird aber dadurch vollständig erreicht, daß die Erlaubniß nicht versagt werden soll, als wo die Nothwendigkeit der Versagung in dem Besten des Dienstes liegt. Es kommt hinzu, daß es mehr im Interesse der Landesregierung, als in dem der Stände liegen dürfte, daß Staatsbeamten Mitglieder der Ständerversammlung sind.

Aus diesem Grunde haben die Stände auch nur ein geringes Interesse dabei, die Gründe kennen zu lernen, aus denen eine solche Erlaubniß versagt wird. Die Mittheilung dieser Gründe an die Landschaft würde überdies nicht nur in manchen Fällen für die Nachsukungen selbst höchst unangenehm sein, son-

Zum §. 77. Zusatz am Schlusse:

»Sofern durch die jetzigen oder künftigen Steuer-Einrichtungen die sechs am höchsten besteuerten Handel- und Gewerbetreibenden des Wahlbezirks hiernach die passive Wahlfähigkeit nicht erhalten sollten, werden diese jedenfalls unter die Wählbaren aufgenommen werden«
motivirt durch die Besorgniß, daß in den Städten, wo Ackerbau getrieben wird, die Zahl der Höchstbesteuerten bei den Landbauern enden könnte.

Zum §. 78. Veränderung der Worte »die Anzahl der Höchstbesteuerten soll in jedem Krei s a m t e aus so viel Personen bestehen, als die Zahl 6 i c.« dahin — »die Anzahl der Höchstbesteuerten soll in jedem W a h l k r e i s e i c. als die Zahl 4 i c.«, weil eine angestellte Berechnung ergeben hat, daß ohne diese Aenderung in einzelnen Wahlkreisen zur Wahl Befähigte nicht vorhanden sein würden.

Zum §. 100. Aenderung des Wortes »erforderten« in »angehörten Gutachtens«, als dem Sinne entsprechend, welcher bei der Bestimmung zum Grunde gelegen hat, und der Missdeutung wehrend, daß durch das Erfordern eines Gutachtens auch die Erörterung der Frage: ob nach dem Zwecke des Gesetzes es der ständischen Zustimmung bedürfe? abgeschnitten werden könne.

bern auch die Landesregierung, die sich über eine Entschließung, die rein administrativer Natur ist, und hinsichtlich welcher sie in directer Verbindung mit der Ständeversammlung nicht steht, gegen diese gewissermaßen zu rechtfertigen haben würde, in eine ungehörige Stellung bringen.

Es kann daher diesen Anträgen nicht gewillfahrt werden.

§. 77.

Da es allerdings wünschenswerth ist, daß auch in den Ackerbau treibenden Städten mindestens eine gewisse Anzahl Handel- und Gewerbetreibender wählbar sei, so wird folgender Zusatz zu diesem Paragraphen genehmigt:
Sofern unter den Höchstbesteuerten jedes Wahlbezirks sich nicht mindestens die sechs höchstbesteuerten Handel- oder Gewerbetreibenden des Wahlbezirks befinden sollten, sind diese jedenfalls unter die Zahl der Wählbaren aufzunehmen.

§. 78.

Da es allerdings wünschenswerth ist, daß in jeder Landgemeinde Wählbare seien, dieser Zweck aber durch den gemachten Vorschlag nicht vollständig erreicht wird, auf der andern Seite aber es angemessener erscheint, bei der Berechnung der Zahl der Höchstbesteuerten nicht den Wahlkreis, sondern das Kreisamt zum Grunde zu legen, so wird genehmigt, daß statt des Divisors 6, der Divisor 4 genommen und diesem Paragraphen der Zusatz gegeben werde:

Aus den Gemeinden, welche nach diesen Grundsätzen nicht mindestens drei wählbare Grundbesitzer haben werden, sollen die drei Höchstbesteuerten unter die Wählbaren aufgenommen werden.

§. 100.

Die Aenderung des Wortes »erforderten« in »angehörten Gutachtens« wird zugestanden.

Zum §. 104. Weglassung der Worte: „welche durch die höheren Justizcollegien der Landschaft bezeichnet sind“, weil ein solches im Voraus zu ertheilendes Zeugniß der Fähigkeit, in Hinsicht auf das der Anstellung vorangehende Examen überflüssig sein und nur die höheren Justizcollegien in Verlegenheit setzen würde.

Zu den §§. 108 und 110. Streichung des Beiworts »unzweifelhaft« vor »Bestimmungen«, indem der Richter bei Beurtheilung der Frage: ob eine Verletzung der Verfassung anzunehmen sei? nur von seiner Ueberzeugung ausgehen kann, und die Zweifel, welche gegen diese Annahme sich ihm aufdringen, schon nach seinen Richterplichten berücksichtigen muß.

Zum §. 111. Zusatz:
»und der Verurtheilte kann im Staatsdienste nicht wieder angestellt werden.«

Zum §. 115. Einschaltung einer Bestimmung für den Fall, daß die absolute Mehrheit für keinen zur Wahl gebrachten Candidaten sich entscheiden sollte (vielleicht durch Bezugnahme auf §. 30 des Wahlgesetzes).

§. 104.

Die Weglassung des Schlusses, „welche durch die höheren Justiz-Collegien der Landschaft als fähig bezeichnet sind“, wird genehmigt; es wird aber statt dessen zu setzen sein:

und in den beiden letzten Fällen die vorschriftsmäßige Prüfung zur Erlangung des Richteramtes bestanden hat.

§. 108 und 110.

Nach den richtigen Grundsätzen des Strafrechts wird allerdings eine Verletzung des Landesgrundgesetzes nur alsdann angenommen werden können, wenn den klaren und unzweifelhaften Bestimmungen desselben entgegen gehandelt ist. Damit nun aber dieser Grundsatz bei Discussionen über die Frage: ob eine Anklage erhoben werden könne? — nicht übersehen werde, und überhaupt zur Beseitigung doch immer möglicher Zweifel ist es nothwendig, daß derselbe deutlich ausgesprochen werde.

Es kann daher die in Antrag gebrachte Abänderung nicht Statt finden; dagegen wird genehmigt, daß zu größerer Deutlichkeit statt der Worte: „in der Anwendung unzweifelhafte“ gesetzt werde: „auf den vorliegenden Fall unzweifelhaft anwendbare“ Bestimmungen.

§. 109.

Da allerdings hinsichtlich der hier dem gemeinschaftlichen Oberappellationsgerichte gegebenen Functionen eine Einwilligung der übrigen, bei demselben betheiligten Regierungen erforderlich ist, so soll nunmehr die deshalb nöthige Communication eingeleitet werden.

§. 111.

Der in Antrag gebrachte Zusatz, der schon in dem Staatsdienstgesetze begründet ist, wird genehmigt.

§. 115.

Es wird diesem Paragraphen nach den Worten: Stimmenmehrheit, der Satz:

wobei auf die für die Wahl der Abgeordneten vorgeschriebene Weise verfahren wird

einzuschalten sein.

Zum §. 121. Zusatz, »daß auch diese Gesetze der Ständeversammlung zur Genehmigung vorgelegt werden, und im Falle ihrer Versagung außer Wirksamkeit treten sollen.«

§. 121.

Die Bewilligung des Antrages, daß die mit Zustimmung des Ausschusses erlassenen, das bürgerliche und Strafrecht betreffenden Gesetze der Ständeversammlung zur Genehmigung vorgelegt werden sollen, würde zu einer, gerade in diesen Rechtstheilen höchst schädlichen Unsicherheit führen.

Bei der Erheblichkeit dieses Grundes ist von den ständischen Commissarien in den mit dem Herzoglichen Staats-Ministerium gehaltenen Conferenzen der Vorschlag gemacht, dem Ausschusse die Befugniß zu solchem Gesetze die Zustimmung zu ertheilen, nur dann zu geben: wenn das Staatswohl dringende Eile gebietet, oder der vorübergehende Zweck des Gesetzes durch Verzögerung vereitelt würde.

Dieser, so wie der erste Vorschlag, wird dadurch motivirt, daß es bedenklich gehalten wird, ein so wichtiges Recht in die Hände des Ausschusses zu legen. Allein wenn erwogen wird

- 1) daß dadurch, daß alle das Landesgrundgesetz und die mit demselben publicirten Gesetze, so wie organische Einrichtungen weder abgeändert noch ergänzt, ferner daß nur einzelne Civil- und Strafgesetze mit Zustimmung des Ausschusses erlassen werden können, daß also der Umfang dieser Gesetze schon sehr beschränkt ist;
- 2) daß künftig alle Gesetzentwürfe zuvor von der Ministerial-Commission begutachtet werden;
- 3) daß der Ausschuss aus den Männern besteht, die das besondere Vertrauen der Ständeversammlung haben, daß die Ausschussmitglieder nicht lebenslänglich fungiren und der Ständeversammlung verantwortlich sind;
- 4) daß es bei dem jetzigen Zustande der Gesetzgebung ganz unvermeidlich ist und noch lange unvermeidlich bleiben wird, entstandene Zweifel oder aufgefundene Lücken durch legislatorische Maßregeln zu beseitigen, daß aber eine Ungewißheit in dem Rechtszustande immer zu großen

Zum §. 130. Zusatz hinter dem Worte »bestimmt« und in der Regel —

die den Ständen vorzulegenden Propositionen, insofern sie Gesetzentwürfe betreffen, im Allgemeinen bezeichnet.

Zum §. 156. In Berücksichtigung der nicht anzunehmenden Straßlosigkeit des Departementschefs, welcher die Unterzeichnung von sich abgewandt hat, folgende Abänderung des Nachsatzes

»Diese Verantwortlichkeit trifft zunächst denjenigen höchsten Staatsbeamten, welcher contrasignirt oder unterzeichnet hat, und falls dieser nicht Departementschef sein sollte, auch Letztern, wenn er sich der Contrasignatur oder Unterzeichnung aus nicht zu rechtfertigenden Gründen entzogen haben sollte, und zwar Beide ohne Zulassung &c.

Zum §. 168 hinter den Worten »auch werden dieselben mit ihren gutachtlichen Anträgen und Bemerkungen darüber gehört« — Zusatz — »und falls diese unberücksichtigt bleiben sollten, sind die Gründe den Ständen bekannt zu machen.«

Beim §. 173 wird um die Erklärung ersucht, daß, wie bisher, es der Beurtheilung

Inconvenienzen führet und endlich dem Lande dadurch sehr bedeutende Kosten erwachsen müßten, wenn jedesmal die Ständeversammlung in einem solchen Falle zu berufen nothwendig wäre, so zeigt sich, daß kein zureichender Grund vorhanden ist, von der Proposition abzugehen, und zwar um so weniger, als durch dieselbe den Ständen bereits in dieser Beziehung ein größeres Recht eingeräumt ist, als sie bisher besaßen.

§. 130.

Der Zusatz:

und in der Regel die den Ständen vorzulegenden Propositionen, insofern sie Gesetzentwürfe betreffen, im Allgemeinen bezeichnet,

wird genehmigt.

§. 156.

Da die zu diesem Paragraphen in Antrag gebrachte Abänderung nicht nur nicht geeignet ist, den beabsichtigten Zweck zu erreichen, sondern im Gegentheil die jetzt ganz klaren Bestimmungen verdunkeln würde, die Vorschrift aber, daß in dem Ministerium verschiedene Departements bestehen sollen, in der Landtschafts-Ordnung bereits enthalten ist, so kann auf diesen Antrag nicht eingegangen werden.

§. 168.

Da zufolge der Bestimmungen dieses Paragraphen die Stände mit ihren gutachtlichen Anträgen und Bemerkungen gehört werden sollen, so versteht es sich um so mehr ganz von selbst, daß hierauf Erwiderungen der Landesregierung erfolgen werden, als selbst in dem Falle des §. 105 denselben landesfürstliche Entschlüsse verheißen sind.

Einen ausdrücklichen Zusatz dieserhalb zu machen, ist nach dieser Erklärung nicht erforderlich.

§. 173.

Es wird um die Erklärung der Landesregierung nachgesucht:

der Stände überlassen bleibe, was zur Erreichung der Staatszwecke erforderlich sei.

daß, wie bisher, es der Beurtheilung der Stände überlassen bleiben solle, was zur Erreichung der Staatszwecke erforderlich sei.

Da durch die Cassen-Vereinigung die Stellung der Regierung und der Stände in Beziehung auf das Finanzwesen sich insofern ändert, daß ein Streit darüber: ob die landesherrlichen oder die Landescassen eine Ausgabe zu übernehmen haben, nicht mehr möglich ist, so läßt sich eine solche Erklärung in dieser Allgemeinheit nicht geben.

Wenn dagegen der Wunsch, diese Erklärung zu erhalten, auf der Besorgniß beruht, es könne der §. 173 so gedeutet werden, als solle der Landesregierung zustehen, einseitig zu beurtheilen, was zur Erreichung des Staatszweckes erforderlich sei? — so ergiebt eine Vergleichung der übrigen Bestimmungen dieses Capitels, insbesondere des §. 185, daß diese Besorgniß unbegründet ist. Denn wenn einerseits die Stände die Verpflichtung haben, nicht nur diejenigen Ausgaben, deren Nothwendigkeit und Größe verfassungsmäßig feststeht, zu bewilligen, sondern auch diejenigen, welche zur Führung der Regierung, oder für die Wohlfahrt des Landes erforderlich sind, und sie daher Ausgaben dieser Art weder verweigern, noch deren Bewilligung an fremdartige Bedingungen knüpfen können; so haben sie andererseits auch das Recht, daß solche Ausgaben, deren Nothwendigkeit und Größe nicht feststeht, erst nach vorangegangener Uebereinkunft in den Staatshaushalts-Stat aufgenommen werden, so wie, daß über die Art und Weise der Aufbringung der nothwendigsten Mittel mit ihnen eine Vereinbarung getroffen werde.

§. 177.

Zum §. 177. Abänderung der Worte »noch für ein Jahr« in »noch für 6 Monate.«

Es würde zu einer gänzlichen Verwirrung des Finanzwesens, mithin zu einem dem Lande selbst sehr schädlichen Zustande führen, wenn die Fortzahlung der bewilligten Steuern, im Falle einer mangelnden Vereinigung zwischen Regierung und Ständen auf 6 Monat beschränkt würde, es kann daher von der Proposition nicht abgegangen werden.

Zum §. 190. Dem Ausschusse die ad 2 und 3 erwähnten Befugnisse nicht zu gestatten und die betreffenden Bestimmungen zu streichen.

§. 190.

Die Landesregierung, welche zu ihrer Disposition keinen Reservefonds hat, muß für die in Eingang des Paragraphen erwähnten Fälle nothwendig die Möglichkeit haben, schnell Geldmittel herbeizuschaffen. Es kann daher wohl die dem Ausschusse unter 3 gegebene Befugniß gestrichen, dagegen aber nicht aufgegeben werden, daß unter solchen Umständen mit dessen Bewilligung ein Anlehn contrahirt werden kann. Um indeß die Besorgniß, daß auf solche Weise dem Lande große Nachtheile zugefügt werden könnten, zu heben, und da es nur darauf ankommt, für solche Fälle eine augenblickliche Aushülfe zu haben, so wird genehmigt, daß ad 2 gesetzt werde:

Staatsanleihen bis zu dem Betrage von 100,000 Rthlr. geschlossen werden.

dagegen wird No. 3 und das, was im 4ten Absätze von Verpfändungen gesagt ist, wegfällen und dagegen gesagt werden:

Staatsanleihen dieser Art sind dagegen gültig, jedoch kann, wenn eine Bewilligung bis zu dem angegebenen Betrage erfolgt ist, ein neues Anlehn, bevor die Ständeverammlung zusammenberufen worden, nicht gemacht werden.

§. 202.

Der Antrag wird zugestanden.

Zum §. 202. Streichung der Worte »zwei Mal«, indem das erste von der verhaftenden Behörde und nicht gerade vom zuständigen Richter selbst vorzunehmende Verhör füglich binnen der ersten 24 Stunden nach der Verhaftung erfolgen könne.

ad Cap. 8. Ueberschrift, Einschaltung des Wortes »christlichen« in die Worte: »Von den — Kirchen.«

Ad Cap. 8

wird in der Unterschrift die Einschaltung des Wortes: „christlichen“ vor Kirchen genehmigt.

§. 217.

ad §. 217. Bemerkung: ob das Verhältniß, nach welchem einzelne Stiftungen, auch die Kirchen auf Bestimmung des Consistorii sich einander bisher unterstützt haben, nicht eine Berücksichtigung verdiene.

Es ist allerdings die Absicht, daß das Verhältniß, nach welchem Stiftungen und Kirchen auf Bestimmung des Consistorii sich bisher unterstützt haben, bestehen bleibe, und damit hierüber kein Zweifel entstehe, soll das Erforderliche dieserhalb in den Landtags- Abschied aufgenommen werden.

§. 222.

ad §. 222. Statt der Worte »Die auf

Es wird genehmigt, daß die in diesem Pa-

den Kloster- und Studienfonds angewiesenen Ausgaben sollen ferner daraus bestritten« zu setzen: »jezt angewiesenen Ausgaben sollen bis auf eine anderweite Uebereinkunft mit den Ständen einstweilen daraus bestritten werden.«

ad §. 226 im Nachsage, Streichung der Worte »rechtlich erworbene« vor »Patronate.«

ad §. 229 folgende Abänderung:

d. Deren Suspension, Entlassung und Absetzung.

Die Suspension der Kirchen- und Schuldiener vom Amte und den Einkünften desselben kann im Disciplinarverfahren nur von den kirchlichen Behörden geschehen, und bedarf jedesmal der Bestätigung der Landesregierung.

Die Entlassung oder Absetzung kann nur durch rechtskräftiges Erkenntniß des competenten Gerichts und zwar in Straffällen, welche bloß die kirchliche Lehre betreffen, auf vorgängiges Gutachten ihrer geistlichen Oberbehörde verfügt werden.“

ragraphen enthaltene transitorische Bestimmung aus demselben entfernt und in dem Landtags-Abschiede gesagt werde:

die auf den Kloster- und Studienfonds jezt angewiesenen Ausgaben sollen bis auf eine anderweite Uebereinkunft mit den Ständen ferner daraus bestritten werden.

§. 226 und 229

werden die in Antrag gebrachten Abänderungen, so wie auch sämtliche, auf die Resolution sich beziehenden Anträge, genehmigt.

V e r h a n d l u n g e n .

Hinsichtlich der Landesherrlichen Entschliessung auf den Antrag zum §. 9 der Landschafts-Ordnung bemerkte ein Mitglied erster Section, daß dadurch seine früheren Bedenken keineswegs erledigt seien. Nach dem Inhalte des §. 9 stehe dem Landesherrn, als Ausfluß der Militairhoheit, auch die Bildung oder Formation des Truppencorps zu. Dieses Recht des Landesherrn, welches allerdings wesentlich zu seinen Prärogativen gehöre, könne sehr leicht mit dem Rechte der Stände, die Steuern und somit auch die zur Erhaltung des Militairs erforderlichen Summen zu verwilligen, in Collision kommen. Es finde sich aber keine Bestimmung, ob jene Befugniß des Regenten, oder diese der Stände, den Vorzug haben solle. Mindestens erscheine es höchst zweifelhaft, ob bei einer künftigen Vorlegung des Militairstats, falls aus demselben eine besonders kostspielige Einrichtung des Truppencorps z. B. die Anstellung einer übergroßen Anzahl von Officieren und Unterofficieren, hervorleuchte, die Stände das Recht hätten, dies zu moniren und davon einen Grund herzunehmen, nicht alle, gerade hierzu erforderlichen Summen zu verwilligen. Auch nach der neuerdings proponirten Fassung des §. 9 scheine es der Regierung in einem solchen Falle un-

benommen zu sein, zu erklären, daß die Bildung des Militärs ihr allein zustehe, daß die Stände sich darin nicht zu mischen hätten, sondern ohne sich ein Urtheil darüber zu erlauben, alle dazu nöthigen Geldmittel verwilligen müßten. Daß hierdurch das wesentlichste Recht der Stände, das der Steuerverwilligung, bedeutend beeinträchtigt werden könne, leuchte ein. Es erscheine demnach erforderlich, auf neue Unterhandlungen mit der Regierung, zum Zweck einer nähern Bestimmung über diesen immerhin möglichen Collisionssfall, anzutragen.

Es wurde darauf erwiedert, daß nach dem §. 183 der proponirten Landschafts-Ordnung, den Ständen das Recht der Einwilligung bei Feststellung sämtlicher Abtheilungen des Staatshaushalts-Etats zugesichert werde. Darin liege ohne Zweifel auch das Recht, auf Verminderung der etwa im Militäretat zu hoch formirten Ansätze zu dringen, und nöthigenfalls die durch eine zu kostbare Einrichtung des Truppencorps veranlassenen Mehrkosten zu verweigern. Was das der Regierung zustehende Recht der Formation des Militärs anbelange, so leide es danach wohl keinen Zweifel, daß dieselbe bei Ausübung dieses Rechts sich innerhalb der, gemeinschaftlich mit den Ständen festgesetzten Etats, zu halten verpflichtet sei. Diese Ansicht über das fragliche Verhältniß sei auch die der Regierung. Denn in ihrer Erklärung zum §. 9 sage dieselbe ausdrücklich, daß hinsichtlich der Militäreinrichtungen die Stände bei Feststellung sowohl der Anzahl der auszuhebenden Mannschaft, als der Größe der erforderlichen Geldmittel, mitzuwirken hätten; und daß das Recht in dieser doppelten Hinsicht die Interessen des Landes zu wahren, den Ständen fernerweit verbleiben solle. Von Seiten eines andern Mitgliedes der Versammlung ward geäußert, daß die Sache allerdings wohl Zweifeln unterliegen könne, und daß es wünschenswerth sei, um hier eine sichere Norm zu haben, den §. 9 folgendergestalt zu fassen: „Dem Landesfürsten steht die Verfügung über die bewaffnete Macht und deren bundesbeschlußmäßige Bildung, ausschließend zu.“ Der erste Antragsteller conformirte sich diesem Vorschlage, und machte die Motion, daß auf Annahme dieser Fassung eine Unterhandlung mit der Regierung angeknüpft werde. Der Antrag ging in erster Section mit 20 gegen 16 Stimmen durch, in zweiter Section erklärten sich aber 17 Stimmen für und eben so viele wider denselben, weshalb für die folgende Sitzung eine nochmalige Umfrage über diesen Gegenstand bestimmt ward.

Die Entschließung auf den Antrag zu §. 63 und 64 veranlaßte ein Mitglied zweiter Section an die zur Verhandlung mit der Regierung beauftragten Commissarien die Anfrage zu richten, ob von ihrer Seite in den Conferenzen mit dem Herzoglichen Staatsministerium der Hauptgrund zur Sprache gebracht worden sei, weshalb eine Verringerung der Anzahl der Deputirten der Hauptstadt besonders gewünscht werde. Als solcher sei in den früheren ständischen Berathungen stets geltend gemacht, daß zu besorgen stehe, Braunschweig werde demnächst in mehrfacher Hinsicht, namentlich in den mercantilischen Verhältnissen vor den übrigen Städten des Landes ein zu entscheidendes Uebergewicht erlangen. Nach den der abschlägigen landesherrlichen Entschließung beigefügten Motiven scheine es nicht, als ob dieses Hauptmo-

ment für eine vermehrte Repräsentation der Landstädte in den Conferenzen mit Herzoglichem Staatsministerio hervorgehoben worden sei.

Mehrere der Commissarien erklärten, daß sie diesen Punkt allerdings zur Sprache gebracht hätten. — Ein neuer Antrag dieserhalb ward nicht gestellt.

Hinsichtlich der landesherrlichen Erklärung auf den Antrag zu §. 78 ward erinnert, daß hier die Regierung weiter gegangen sei, als die Stände gewünscht hätten. Durch die Bestimmung, daß in jeder Dorfgemeinde die drei Höchstbesteuerten unter allen Umständen zu den Wählbaren gehören sollten, würden nicht unbedeutende Inconvenienzen herbeigeführt werden. In manchen der kleineren und ärmeren Gemeinden würden dadurch ganz unbemittelte Brinkfischer zu dieser Classe gehören, während vielleicht in andern benachbarten Ortschaften Großkothsassen und Halbspänner ausgeschlossen wären. Solche Ungleichheiten würden wahrscheinlich zu Reibungen und Unzufriedenheit Veranlassung geben. — Andererseits ward bemerkt, daß der angedeutete Nachtheil aus der fraglichen Bestimmung nicht eben gefühlt werden würde, weil die Anzahl der kleineren Gemeinden, welche dadurch begünstigt würden, eine sehr geringe sei. Jedenfalls stelle es sich aber als höchst wünschenswerth dar, daß einige Mitglieder jeder Gemeinde wählbar seien. — Weitere Unterhandlungen über diesen Gegenstand anzuknüpfen, ward nicht für erforderlich gehalten.

Bei der Entschließung auf den Antrag der Stände zum §. 168 bemerkte ein Mitglied erster Section, daß wenn hier auch das gewährt worden sei, was man ständischer Seits zu erreichen bezweckt habe, doch noch der Wunsch übrig bleibe, es möge jene Zusage entweder in dem §. 168 ausgedrückt, oder dem §. 165 die Fassung gegeben werden, nach welcher die Bemerkungen, auf welche keine Anträge gestützt seien, als inbegriffen dargestellt und die Zusage einer schriftlichen Antwort darauf mit bezogen werden können. Denn Bestimmungen, welche im Landesgrundgesetze ständen, seien von größerem Einflusse und Werthe, als wenn sie nur in den landschaftlichen Acten aufgezeichnet wären. Der Antrag, daß auch dieser Punkt Gegenstand einer nochmaligen Unterhandlung werden möge, ward von mehreren Mitgliedern ausdrücklich unterstützt, und ohne Abstimmung angenommen.

Die ständischen Anträge zu dem Finanznebenvertrage und dessen Anlagen, die darauf erfolgten landesherrlichen Entschließungen, so wie endlich die hierüber Statt gefundenen Verhandlungen, werden in Gemäßheit eines Beschlusses der Ständeversammlung nicht mitgetheilt.

Anträge beider Sectionen der Landschaft.

B. In Beziehung auf das Wahlgesetz.

Beim §. 71 auf folgende Aenderung nach den Worten »12 Prälaten« —

»und insofern diese aus gesetzlichen Gründen im Voraus erklärt haben, die Wahl ablehnen zu wollen, aus einer von dem Staatsministerium aufgestellten, die gesetzlich nicht entschuldigten Prälaten umfassenden, zugleich auch, statt der entschuldigten Prälaten, eine gleiche Anzahl höherer Staatsbeamten benennenden Liste von 12 Personen dergestalt gewählt, daß ic.«

C. In Beziehung auf die Geschäftsordnung.

Zum §. 6. Zusatz zu den Worten »sondern auch die Kosten dieser Wahl« — »solitarisch« — zu tragen.

Zum §. 17. Weglassung der Worte »besonders über Rechtsverhältnisse.«

Zum §. 19. Statt der Worte »wird demselben monatlich ein Vorschuß aus der Haupt-Finanz-Casse auf Anweisung des Staatsministeriums« zu setzen »wird demselben monatlich ein Vorschuß auf Requisition des Präsidenten des Ausschusses durch das Finanz-Collegium auf die Haupt-Finanz-Casse angewiesen.«

Zum §. 28. Statt der Worte »sondern auch durch den Präsidenten der Ständeversammlung ic.« zu setzen »sondern auch durch ihre Präsidenten, insoweit die Stände-Versammlung dazu befugt sein würde.

Entschließungen

Er. Hochfürstlichen Durchlaucht
auf die Anträge der getreuen
Landschaft.

B. In Beziehung auf das Wahlgesetz.

§. 71.

Die vorgeschlagene Aenderung wird genehmigt.

C. In Beziehung auf die Geschäftsordnung.

§. 6

wird der gemachte Zusatz, so wie

§. 17

die Weglassung der bemerklich gemachten Worte genehmigt.

§. 19.

Es verträgt sich nicht mit dem einzuführenden Geschäftsgange, daß Requisitionen des Präsidenten des Ausschusses an das Finanz-Collegium gelangen, es wird indeß genehmigt, daß der Schluß dieses Paragraphen in der Weise verändert werde:

wird demselben ein Credit auf die Haupt-Finanz-Casse bis zu dem Betrage der für diese Ausgaben in dem Staatshaushaltsetat ausgesetzten Summe, eröffnet.

§. 28.

Die vorgeschlagene Aenderung wird genehmigt, so wie zu

Zum §. 48 hinter den Worten »Beschluss gefasst ist«, »Bezugnahme auf §. 82«, um den scheinbaren Widerspruch beider Bestimmungen abzuwenden.

Zum §. 52 der Geschäftsordnung auf Bestimmung: daß die Bekanntmachung der Protocolle, ohne Nennung der Namen der Antragsteller und Redner, durch den Druck erfolgen solle.

Die Versammlung ist dabei von der Ansicht ansgegangen, daß die Bekanntmachung der Protocolle mit Namen, ohne Gefahr zu laufen, daß das Publicum über den Werth oder Unwerth der Deputirten irre geleitet werde, von einer vollständigen Oeffentlichkeit nicht getrennt werden dürfe.

Auf diese, die Zulassung von Zuhörern, anzutragen, hat man jedoch besonders deshalb bedenklich gefunden, weil zur öffentlichen Rede eine formelle Ausbildung vorausgesetzt wird, über deren Vorhandensein nur die künftige Ständerversammlung urtheilen können.

Zum §. 60. Statt »einmal reden« »zweimal reden«, und den Worten »eine unrichtig verstandene Aeußerung kurz zu erläutern« hinzuzufügen: »eine Thatsache zu berichtigen.«

Beim §. 65. In der Voraussetzung, daß die am Schlusse erwähnte Ausschließung auf immer den Verlust der Wählbarkeit nach sich ziehen solle, eine desfallsige Bestimmung im Grundgesetze bei den Gründen der Unfähigkeit als Abgeordneter gewählt zu werden, und hier eine Bezugnahme auf jene Bestimmung.

Zum §. 91 auf dessen Streichung, weil die auf Convocationstagen zu verhandelnden Gegenstände nicht immer die Geheimhaltung nöthig machten, letztere aber, so oft es erforderlich sei, sowohl durch die Regierung, als durch die Ständerversammlung selbst veranlaßt werden könne.

§. 48.
die Bezugnahme zu §. 82.

§. 52.
Es wird genehmigt, daß hinter dem Worte »Anlagen« ausdrücklich zugesetzt werde:
»jedoch ohne die Nennung der Namen der Antragsteller und Redner.«

§. 60.
Die vorgeschlagene Aenderung wird genehmigt.

§. 65.
Es ist allerdings die Absicht, daß eine Ausschließung auf immer den Verlust der Wählbarkeit nach sich ziehe, eine Bestimmung dieferhalb wird aber zweckmäßiger in dem Wahlgesetze §. 2 Nro. 2 am Schluß, als in der Landschafts-Ordnung aufgenommen werden können, mit folgenden Worten:
»so wie diejenigen, welche auf den Grund der Geschäftsordnung von der Ständerversammlung auf immer ausgeschlossen sind.«

§. 91.
Es können zwar die allgemeinen Grundsätze über die Oeffentlichkeit und die Geheimhaltung der Sitzungen auch auf die Convocationstage angewendet werden, damit aber durch die Weglassung dieses Paragraphen ein Zweifel über den eigentlichen Sinn derselben

nicht entstehe, scheint es angemessen, diesen Paragraphen so zu fassen:

5. Oeffentliche und geheime
Sitzungen.

Die Vorschriften der §§. 52 und 53 sind auf die Verhandlungen der Convocationstage gleichfalls anwendbar.

V e r h a n d l u n g e n des Landtages des Herzogthums Braunschweig.

Sitzung vom 4. October 1832.

Nach eröffneter Sitzung ward über den gestern zum §. 9 der Landschafts-Ordnung gemachten Antrag, eine nochmalige Abstimmung in zweiter Section vorgenommen, und da dieselbe mit 21 Stimmen gegen 14 verneinend ausfiel, über diesen Differenzpunct eine Ausgleichungs-Commission niedergesetzt, zu deren Mitgliedern in erster Section der Hofrath Bruns, Landdrost von Gramm und Cammerrath von Beltheim, in zweiter Section der Hofrath Hettling, Cammerrath von dem Brinken und Rittmeister von Unger erwählt wurden. Es ward hierauf mit der Verlesung der höchsten Entschliessungen auf die ständischer Seits gemachten Anträge zu den nachbenannten Geszentwürfen in folgender Ordnung fortgefahen.

A n t r ä g e

beider Sectionen der Landschaft,
in Beziehung auf den Ge-
sezentwurf

D. Die Herzogliche Cammer betreffend.

Beim §. 10 auf folgende den bestehenden Rechtsverhältnissen entsprechende Aenderung der Schlussworte:

und die Benutzung der Gemeinde-Forsten, und fertigt die Rollen über die Forstbeitragselder. Sie übt auch die Forsthoheit über die Privatforsten aus.

E n t s c h l i e ß u n g e n

Er. Hochfürstlichen Durchlaucht
auf die Anträge löblicher Land-
schaft, hinsichtlich des Gesetz-
entwurfs

D. Die Herzogliche Cammer betreffend.

§. 10.

Die Aenderung der Schlussworte:

und die Benutzung der Gemeindeforsten, und fertigt die Rollen über die Forstbeitragselder. Sie übt auch die Forsthoheit über die Privat-Forsten.

wird zugestanden.

Beim §. 11 No. 1 auf Einschaltung der Worte »zum Staatsgute gehörigen« zwischen »die sämmtlichen Berg- und Hüttenwerke.«

Beim §. 14 statt »Cammer-Casse« auf die Aenderung »Cammer- und Kloster-Casse.«

Beim §. 15 auf Ueberweisung der sämmtlichen, daselbst aufgeführten Ausgaben, mit alleiniger Ausnahme der ad 1 a. erwähnten, auf die Haupt-Finanz-Casse.

E. Die Herzogliche Steuer-Direction betreffend.

Zum §. 1 auf Aenderung der Worte »und zwei stimmführenden Mitgliedern« in — »und einer angemessenen Zahl stimmführender Mitglieder.«

Es ist dafür gehalten, daß die Thätigkeit eines Mitgliedes durch die Pachtgeschäfte völlig in Anspruch genommen werde, und daß, wenn auch in der Regel die sämmtlichen der Direction obliegenden Geschäfte durch drei stimmführende Mitglieder zu besorgen

§. 11.

Die Einschaltung der Worte »zum Staatsgute gehörigen« scheint überflüssig zu sein, da, wie der Eingang des Gesetzes ergiebt, überhaupt nur von der Verwaltung des Cammergutes und des Kloster- und Studienfonds die Rede ist, und da, wo von der Einwirkung der Cammer auf Privat-Eigenthum gehandelt wird, wie §. 10, solches besonders ausgedrückt ist.

§. 14.

Der Eingang dieses §. wird dahin abzuändern sein:

der Herzoglichen Cammer ist die Cammer-Casse und die Kloster-Casse untergeordnet.

§. 15.

Auf die Ueberweisung der sämmtlichen daselbst aufgeführten Ausgaben, mit alleiniger Ausnahme der ad 1 a. erwähnten, auf die Haupt-Finanz-Casse, kann, weil dadurch das angenommene Princip, daß alle auf dem Cammergute haftenden und Behuf der Administration und Erhaltung desselben zu bestreitenden Ausgaben aus den Cammer-Revenüen bezahlt, und nur die Ueberschüsse zur Bestreitung der Staatsbedürfnisse an die Haupt-Finanz-Casse abgeliefert werden sollen, gänzlich alterirt werden würde, nicht eingegangen werden.

§. 16.

Im Eingange wird statt Cammer-Casse, Cammer gesetzt werden müssen.

E. Die Herzogliche Steuer-Direction betreffend.

§. 1.

Die Veränderung dieses §. ist dahin für zweckmäßig erachtet:

Die Herzogliche Steuer-Direction ist eine dem Herzogl. Ministerium unmittelbar untergeordnete, selbstständige Behörde, welche aus einem Director und den erforderlichen Mitgliedern zusammengesetzt und mit dem nöthigen Gehülfs- und Unter-Personal versehen ist.

ständen, dennoch Umstände eintreten könnten, welche eine Abweichung von dieser Regel nöthig machten.

F. Das Herzogliche Finanz-Collegium betreffend.

Beim §. 18 Nro. 4. Diese Bestimmung scheint mit der des §. 38 zu coincidiren, und dürfte eine derselben, wenn nicht eine Verschiedenheit dabei vorgeschwebt haben sollte, welche durch Uenderung der Worte bemerkbar gemacht werden könnte, an einer der beiden Stellen zu streichen sein.

G. Die Kreisdirectionen betreffend.

Zum §. 3 auf Verlegung der 4ten Kreisdirection von Seesen nach Gandersheim, als dem Sitze des Districtsgerichts.

Zum §. 7 Nro. 7 auf Veränderung des Worte: »auf Erhaltung der Ordnung im Unterrichts-, Religions- und Kirchenwesen« in die »auf Erhaltung der äußern Ordnung im Kirchen- und Schulwesen«, imgleichen auf namentliche Erwähnung der Functionen, welche die Herzogliche Cammer bei Veräußerungen einzelner Hofszubehörungen und hinsichtlich der Beschwerden über die von den Localbeamten verweigerte Confirmation der Contracte, bisher gehabt hat.

Zum §. 8 auf den Zusatz: »auch die gerichtlichen deposita, sowohl bei den Kreisämtern, als bei den Districtsgerichten zu beaufsichtigen.«

Zum §. 9 auf folgende in einem besondern §. einzuschaltende Bestimmung:

»Was die Kirchen- und Schulangelegenheiten betrifft, so haben die Kreisdirectionen auf die bemerkten Mängel

F. Das Herzogliche Finanz-Collegium betreffend.

§. 18, Nro. 4. und §. 38.

Der Unterschied zwischen §. 18, Nro. 4. und §. 38. besteht darin, daß im erstern §. nur von der Rechnungs-Revision und Abnahme, im letztern aber von der Oberaufsicht über die Vermögensverwaltung die Rede, und dabei die Bestimmung der dem Finanz-Collegio besonders beizulegenden Wirksamkeit noch vorbehalten ist.

Da indeß der Inhalt des §. 38. vor Erlassung dieser besonderen Bestimmung ohne weitem Erfolg sein würde, so ist es für angemessen erachtet, denselben ganz zu streichen.

G. Die Kreisdirectionen betreffend.

§. 3.

Die Verlegung der 4ten Kreisdirection nach Gandersheim wird angenommen.

§. 7. Nro. 7.

Die Veränderung der Worte »auf Erhaltung der Ordnung im Unterrichts-, Religions- und Kirchenwesen« in die »auf Erhaltung der äußern Ordnung im Kirchen- und Schulwesen« wird zugestanden. Auch ist, um die Functionen, welche Herzogliche Cammer bei Veräußerungen einzelner Hofsparcelen u. bisher hatte, näher zu bezeichnen, für angemessen erachtet, nach den Worten »Handel und Gewerbe« einzuschalten »auf bauerrechtliche Verhältnisse.«

§. 8.

Der Zusatz wegen Beaufsichtigung der Deposita bei den Aemtern und Kreisgerichten ist für angemessen erachtet.

§. 9.

Die Einschaltung eines besondern §. nach §. 9. des Inhalts:

Auch haben dieselben, falls sie Mängel oder Mißbräuche in Kirchen- und Schulangelegenheiten bemerken sollten, die be-

das Herzogliche Consistorium aufmerksam zu machen.«

Zum §. 14 auf folgende Abänderung derselben:

Die Kreisdirectionen sind ermächtigt, den in dieser Beziehung getroffenen Anordnungen durch Strafandrohung bis zu 5 Thlr., oder im Falle des Unvermögens bis zu 3 Tage Gefängniß, den erforderlichen Nachdruck zu ertheilen, auch die verwirkten Strafen vollziehen zu lassen; es muß jedoch die Androhung mit Angabe der Veranlassung mittelst einer schriftlichen öffentlichen, oder dem Unfolgsamen besonders gefertigten Verfügung geschehen, und der Vollziehung der Strafe wenigstens 24 Stunden vorangehen.

ferner darauf, daß der eine gleichartige Bestimmung enthaltende §. 20, diesem nachgesetzt, und in einem besondern darauf folgenden Paragraphen hinzugefügt werde:

»Im Falle der Widerseßlichkeit bleibt dem Kreis-Director unbenommen, die erforderlichen Zwangsmaßregeln sofort zu treffen.«

treffende Oberbehörde darauf aufmerksam zu machen.

wird zugestanden. Es ist jedoch statt der in Vorschlag gebrachten Worte „Herzogliches Consistorium“ die Bezeichnung „betreffende Oberbehörde“ gewählt, weil wenigstens die Möglichkeit gedacht werden kann, daß die Bemerkungen der Kreis-Direction gegen die Anordnungen des Herzoglichen Consistoriums selbst gerichtet wären.

§. 14.

Da die Maßregeln, wozu die Kreis-Directionen, um ihren Anordnungen den nöthigen Nachdruck zu geben, ermächtigt sein sollen, nicht die Natur der eigentlichen Strafen besitzen, sondern als Zwangsmittel zu betrachten sind, so ist es für angemessen erachtet, diesen §. mit Berücksichtigung der vorgeschlagenen Abänderung folgendermaßen zu fassen:

„Die Kreisdirectionen sind ermächtigt, den in dieser Beziehung getroffenen Anordnungen durch Androhung von Zwangsmitteln, welche auf die Beitreibung einer Geldsumme bis zu 5 Thlr. oder im Falle des Unvermögens auf Gefängniß bis zu drei Tagen, bestimmt werden können, den erforderlichen Nachdruck zu ertheilen, auch diese Zwangsmittel, falls die Anordnung nicht befolgt ist, in Anwendung bringen zu lassen. Es muß jedoch die Androhung mit Angabe der Veranlassung, mittelst einer schriftlichen öffentlichen oder dem Betheiligten besonders gefertigten Verfügung geschehen, und der Anwendung des Zwangsmittels wenigstens 24 Stunden vorangehen.“

Die Versetzung des §. 20 unmittelbar nach §. 14 kann aus dem Grunde nicht für angemessen erachtet werden, weil §. 14 eine generelle Bestimmung enthält, §. 20 aber in Verbindung mit §. 19 die Unterordnung anderer Officianten unter die Kreis-Directionen für gewisse Fälle festsetzt, und durch eine Trennung dieser Bestimmungen die systematische Anordnung gestört werden würde.

Da jedoch die vorgeschlagene Bestimmung, daß die Kreis-Directionen im Falle der Widerseßlichkeit sofort die erforderlichen Zwangsmaßregeln treffen können, bei der nunmehrigen

Beim §. 16 auf Veränderung der Worte »welche beide verpflichtet sind« in »welcher letztere (Actuarius) ic. verpflichtet ist.«

Beim §. 17 auf namentliche Erwähnung der Depositenbücher und der damit correspondirenden Scheine über die Ablieferung der Depositen-Gelder.

Beim §. 19 auf Aenderung der Worte: »unmittelbar von den Localbeamten ic.« in die »unmittelbar von den einer andern Oberbehörde untergeordneten Beamten einzuziehen ic.« und der Worte: »der den Localbeamten vorgesetzten Oberbehörde« in »der diesen Beamten vorgesetzten Oberbehörde zugleich ic.«

Beim §. 21 auf Weglassung der Worte: »insofern die Sache überhaupt dazu geeignet ist« und Aufnahme der Worte hinter »Vertragsverbindlichkeit — »und eventuell« über die Entschädigung.«

Fassung des §. 14 sehr nothwendig zu sein scheint, so wird dieselbe dem §. 14 folgendermaßen anzuhängen sein:

„Bei eintretender Widerseßlichkeit und wenn Gefahr im Verzuge vorhanden ist, bleibt es den Kreis-Directionen unbenommen, die erforderlichen Zwangsmaßregeln sofort zu treffen.“

§. 16.

Die Beschränkung der Verbindlichkeit zum Protocollführen auf den Actuarius wird zugestanden.

§. 17.

Die namentliche Erwähnung der Depositenbücher und der darauf sich beziehenden Scheine über die Ablieferung der Depositengelder ist für zweckmäßig erachtet.

§. 19.

Die Veränderung der Worte „den Localbeamten“ in „den einer andern Oberbehörde untergeordneten Beamten,“ und der Worte „den Localbeamten“ in „diesen Beamten“ wird angenommen.

§. 21.

Der Zusatz „und eventuell über die Entschädigung“ wird für angemessen gehalten, da gegen würde die Hinweglassung der Worte „insofern die Sache überhaupt dazu geeignet ist“ leicht zu der Voraussetzung führen können, daß gegen alle interimistische Anordnungen der Kreis-Directionen der Weg Rechts zulässig sein solle, eine Voraussetzung, die in einzelnen Fällen zu den unangenehmsten Mißverständnissen Veranlassung geben könnte. Da nun in diesen, so wie in andern allen Fällen nur dann eine gerichtliche Entscheidung erwirkt werden darf, wenn eine Justizsache vorliegt, und die Frage: ob eine solche vorhanden sei oder nicht, nur auf gesetzlichem Wege erörtert und entschieden werden kann, so wird statt des bemerkten Satzes der Deutlichkeit wegen wenigstens der Zusatz „insofern überhaupt eine Justizsache vorliegt“ eingeschaltet werden müssen, ein Zusatz, welcher nicht nur den Rechten der Betheiligten

völlig unpräjudicial, sondern auch zur Aufrechterhaltung des bestehenden Grundsatzes nothwendig ist.

H. Die Ministerial-Commission betr.

Auf Streichung der Bestimmungen, welche die Entscheidung der Kompetenzstreitigkeiten durch die Ministerialcommission betreffen. Es hat die Ansicht vorgewaltet, daß den Gerichten über ihre Kompetenz zu entscheiden, allein überlassen bleiben müsse, jedoch hat man, um solche Entscheidungen in möglichst kurzer Frist herbeiführen zu können, eine Bestimmung dahin gewünscht:

»daß die Entscheidung über die Kompetenz der Gerichte erster Instanz in einzelnen Fällen in der kürzesten Frist allein dem gemeinschaftlichen Oberappellationsgerichte zustehen solle.«

H. Die Ministerial-Commission betr.

Es ist zwar nicht angemessen erachtet, den Gerichten die Entscheidung über ihre Kompetenz allein zu überlassen, dagegen wird, um alle Bedenken, welche aus der Composition der mit der Entscheidung der Kompetenzstreitigkeiten beauftragten Section der Ministerial-Commission hervorgehen, zu heben, genehmigt:

1) daß in der Landschafts-Ordnung §. 159 statt der Worte:

welche zur Hälfte aus höheren Justizbeamten und zur Hälfte aus höheren Verwaltungsbeamten besteht,

gesetzt werde:

welche aus höheren Justizbeamten und höheren rechtskundigen Verwaltungsbeamten besteht,

2) daß der §. 7. des Gesetzes, die Ministerial-Commission betreffend, am Ende den Zusatz erhalte;

deren Mehrzahl jedoch Justizbeamte sein müssen: und

3) daß §. 25 desselben Gesetzes hinzugefügt werde:

Ein Mitglied der Ministerial-Commission, welches in Beziehung auf den Gegenstand des Kompetenzstreites, vermöge seines Amtes, bereits eine Verfügung erlassen, oder bei deren Erlassung mitgewirkt hat, ist als behindert anzusehen.

I. Das Staatsdienst-Gesetz betreffend.

Zum §. 8. Einschaltung des Wortes »ersten« vor Patents.

Zum §. 10. Veränderung der Worte »insofern nicht gleich bei der Ernennung selbst ein Anderes ausdrücklich verfügt ist« in die: »insofern nicht diese ihrer Beschaffenheit nach selbst nur einstweilige sind.«

I. Das Staatsdienst-Gesetz betreffend.

§. 8.

Der Zusatz wird genehmigt.

§. 10.

Die vorgeschlagene Veränderung ist zwar als zu beschränkend nicht zulässig, es soll dagegen hinter »nicht« das Wort »ausnahmsweise« eingeschaltet werden.

Zum §. 13 zweiten Abschnitts, Weglassung des Worts »solche«, weil hier andere als die früher erwähnten Neben-Einkünfte, namentlich die einen Theil des Gehalts bildenden, gemeint sind.

Zum §. 27 auf Hinweglassung der ganzen Bestimmung, weil für die im ersten Abschnitt enthaltene Beschränkung in dem Wirkungskreise unserer Beamten kein zureichender Grund vorhanden, die im zweiten Abschnitte erwähnte aber gemeinrechtlich ist.

Zu den §§. 28—30, weil die Vorschriften zu beschränkend sind, als daß man nicht besorgen dürfte, sie würden in dem Maße nicht beachtet werden, folgende Aenderungen:

§. 28 (gestrichen).

§. 29. *Beurlaubung.* Auf länger als drei Tage darf kein Beamter von dem ihm angewiesenen Wohnorte, außer bei erforderlichen Dienstreisen, sich ohne Urlaub entfernen, und überhaupt auch auf kürzere Zeit seinen Wohnort nur verlassen, wenn und insofern es ohne Nachtheil für den Dienst nach Maßgabe der ihm ertheilten Dienst-Instruction geschehen kann. Die Landes-Collegien, die nicht collegialisch eingerichteten Directionen und die Districtsgerichte können den ihnen untergeordneten Beamten und die Präsidenten und Directoren der Landes-Collegien, so wie die Vorsitzenden der Districtsgerichte, den Mitgliedern und den unteren Officianten einen vierzehntägigen Urlaub ertheilen.

Urlaubsgesuche ic.

§. 30. *Besorgung der Dienstgeschäfte der Beurlaubten.* Wegen der interimistischen Besorgung der Dienstgeschäfte der Beurlaubten trifft der Vorstand des Collegii, bei welchem er angestellt ist, oder die ihm vorgesetzte Behörde angemessene Verfügung, dafern nicht unter deren Zustimmung der Beurlaubte selbst dafür gesorgt hat. Die durch die interimistische Geschäftsverwaltung etwa veranlassten Kosten sind von den Beurlaubten zu tragen.

Zugleich ist dafür gehalten, daß die Beurlaubung der Kreisbeamten zweckmäßiger den Kreisdirectoren, als den Districtsgerichten zu überlassen sein dürfte, weil der Wirkungs-

§. 13.

Dieser Antrag, so wie der zu

§. 27.

werden genehmigt.

§. 28—30.

Da es nicht wohl thunlich ist, eine allgemeine Bestimmung, welche weder zu beschränkend wäre, noch auch zu viel Spielraum ließe, für alle Beamte, wenn sie sich nur auf kurze Zeit von ihrem Posten entfernen wollen, zu treffen; wie diese Angelegenheit bei den einzelnen Behörden am zweckmäßigsten zu ordnen sei, auch lediglich Sache der Administration, und daher am füglichsten besonderen Instructionen zu überlassen ist, so wird zwar genehmigt, daß der jetzige Inhalt des §. 28 wegfalle; es wird dagegen in diesem §. unter der Unterschrift a. Abwesenheit ohne Urlaub zu setzen sein:

„Inwiefern und unter welchen Voraussetzungen sich ein Beamter auf kurze Zeit von dem ihm angewiesenen Wohnorte ohne Urlaub entfernen könne, wird die Landesregierung durch besondere Instructionen für die einzelnen Behörden bestimmen.“

Im §. 29 fällt sodann der erste Zusatz weg.

Der §. 30 wird in der vorgeschlagenen Fassung genehmigt, auch ist es zweckmäßig gefunden, daß die Justizbeamten bei den Aemtern durch die Kreisdirectoren beurlaubt werden.

kreis der erstern in administrativer Hinsicht der wichtigere und größere ist.

Zum §. 32. Wunsch, daß ein allgemeines Princip wegen der Umzugskosten nach Meilenzahl und Gehalt, ähnlich dem im Baierschen Staatsdienstgesetze (für Verheirathete zu $1\frac{1}{2}$, für Unverheirathete zu 1 pCt. des Gehalts auf jede Meile) angenommen und bestimmt werden möge, daß, wenn der Betrag der einjährigen Gehaltsvermehrung nicht der danach zu ermittelnden Summe der Umzugskosten gleichkommen würde, der Mehrbetrag der letzteren vergütet werden solle.

Zum §. 33 Zusatz zu den Worten: »wenn Beförderungsmassregeln fruchtlos sind« — »nach Maßgabe der nachfolgenden Bestimmungen aus dem Dienste entfernen.«

Zum §. 35 Zusatz hinter den Worten »Berechtigungen zu ertheilen« —

»Auch ist derselbe verpflichtet, über die Förderung der Arbeiten der ihm untergeordneten Beamten eine genaue Controlle zu führen und die Säumigen mit Geldstrafen zu belegen«, welche zc.

und nach den Worten »oder durch eine vorhergehende Verfügung« — »der competenten Disciplinarbehörde.«

Zum §. 41 am Schlusse statt »angemeldet« »gerechtfertigt.«

Beim §. 43. Hinweglassung der Worte »welche keine Dienstvergehen sind« imgleichen des Nach-

§. 32.

Es ist zwar nicht thunlich, die Umzugskosten für alle Fälle nach feststehenden Procenten vom Gehalte zu bestimmen, da aus einem solchen Grundsatz in einzelnen Fällen unfehlbar Härten entstehen würden. Soll daher ein Grundsatz aufgestellt werden, so muß ein Minimum und Maximum angenommen werden, innerhalb dessen die Regierung nach Maßgabe der Verhältnisse die Vergütung bestimmt, und es ist dann allerdings nothwendig, daß ein Unterschied zwischen verheiratheten und unverheiratheten Beamten gemacht werde.

Statt des zweiten Absatzes wird daher folgende Bestimmung genehmigt:

»Hat der Versetzte nicht selbst um Versetzung nachgesucht, so werden ihm die Umzugskosten vergütet. Diese Vergütung bestimmt das Staatsministerium mit billiger Berücksichtigung des den Umständen nach vorhandenen Bedürfnisses, und zwar bei Verheiratheten im Betrage von einem Zehntel bis zu einem Fünftel, bei Unverheiratheten im Betrage von einem Fünfzehntel bis zu einem Zehntel des bisherigen Jahrgehalts. Ist mit der Versetzung eine Gehaltsvermehrung verbunden, so ist deren einjähriger Betrag von dieser Vergütung abzusetzen.«

§. 33.

Der gewünschte Zusatz zu diesem Paragraphen, so wie zu

§. 35.

wird genehmigt, jedoch wird hinter »Verfügung« nicht zu setzen sein, »der competenten Disciplinarbehörde,« weil dieses bei den Ordnungsstrafen, von denen hier die Rede ist, nicht zutreffen würde, sondern

»welche jedoch bei den collegialisch besetzten Behörden mit deren Zustimmung zu erlassen ist.«

§. 41.

Es wird genehmigt, daß in diesem Paragraphen statt »angemeldet« »gerechtfertigt« gesetzt und

§. 43.

Die Worte »welche keine Dienstvergehen sind« weggelassen werden.

satzes »Eine Civilklage wegen Amtsvergehen hat nur Statt nach beendigtem Untersuchungsverfahren.«

Beim §. 47 auf nachfolgende Aenderung:

Die Verabschiedung kann auch ohne Gesuch der Beamten erfolgen, wenn die oberste Verwaltungsbehörde nach angehörtem Gutachten der betreffenden Section der Ministerial-Commission, sie zum Besten des Dienstes für erforderlich hält. Das Vorhandensein dieser Voraussetzung wird durch die Unterzeichnung oder Contrasignatur der Verabschiedung mit ausgedrückt.

Zu den §§. 51 und 53 Bestimmung: daß bei den von der Landesregierung ausgehenden Pensionirungen das Gutachten der betreffenden Section der Ministerial-Commission zu erfordern sei; imgleichen zum §. 53 hinter den Worten: „wieder in den Dienst eintreten kann“ Zusatz — oder ob wegen veränderter Staats-Einrichtungen, oder durch bleibende Verringerung der Geschäfte, dessen Dienste nicht mehr erforderlich seien?

Zum §. 58 Zusatz, nach welchem

- 1) den in Civildienste übertretenden Officieren und Militärbeamten mindestens der Betrag der Pension, auf welche sie in ihren früheren

Dagegen kann auf die Weglassung des letzten Absatzes dieses Paragraphen nicht eingegangen werden; es wird jedoch dieser Satz auch auf das Disciplinarverfahren auszudehnen und hinzuzufügen sein;

daß Sicherungs-Maßregeln durch diese Bestimmung nicht ausgeschlossen sind.

§. 47.

Da die Landesregierung von dem Rechte, Staatsbeamte zu verabschieden, allein wo das Beste des Dienstes es erfordert, Gebrauch machen wird, so wird genehmigt, daß dieser §. folgendergestalt gefasst werde:

Eben so, wie es von der Willkühr der Beamten abhängt, aus dem Dienste zu scheiden, so ist es auch der Landesregierung überlassen, ob sie ihnen, wenn sie dieses zum Besten des Dienstes für erforderlich hält, nach angehörtem Gutachten der betreffenden Section der Ministerial-Commission, auch ohne ihr Gesuch den Abschied ertheilen wolle:

der fernere Zusatz

daß das Vorhandensein dieser Voraussetzung durch die Contrasignatur mit ausgedrückt werden solle,

ist dagegen überflüssig, da bei der allgemeinen Verantwortlichkeit für die Gesetzmäßigkeit der Regierungsverfügungen dieser Satz sich schon von selbst versteht.

Damit jedoch dieser Paragraph nicht mit §. 158 der Landschaftsordnung im Widerspruche stehe, und weil überhaupt bei den Mitgliedern des Staatsministeriums eigenthümliche Rücksichten eintreten, wird der Zusatz zu machen sein:

Bei Verabschiedungen der Mitglieder des Staatsministeriums ist ein solches Gutachten nicht erforderlich.

§. 51 und 53.

Diese Anträge werden genehmigt, so wie die zu

§. 58

und der Zusatz zu

Dienstverhältnissen Anspruch machen konnten, gesichert bleibt;

- 2) den in Staatsdienste übertretenden sub 3, 4 und 5 im §. 1 bezeichneten Beamten, gleich den Officieren, ihre früheren Dienstjahre angerechnet werden.

Zum §. 69 Zusatz, daß den Officianten zweiter Klasse, wenn sie zur ersten Klasse übergehen, wenigstens die durch ihre Dienstjahre bereits erworbenen Pensionsansprüche ungeschmälert erhalten, und die rechtlich bezogenen Emolumente dabei in Betracht gezogen werden sollen.

Trennung des §. 71 von dem vorhergehenden durch Absatz und Ueberschrift „transitorische Bestimmungen“ und folgende Ausdehnung derselben. — „Auf die vor der Publication dieses Gesetzes unwiderruflich angestellten Officianten sind nicht anwendbar die Bestimmungen der §§. 48 und 66; anwendbar auf dieselben sind dagegen alle wegen Verabschiedung, Pensionirung, Entlassung und Absetzung der Beamten darin enthaltenen Vorschriften. Den Officianten, welche nach der bisherigen Einrichtung nicht durch Patente angestellt worden sind, und nach diesem Gesetze zur ersten Klasse gehören, wird ein solches mit Bemerkung der Zeit, wo sie diesen Posten erlangt haben, ausgefertigt, und danach ihre Dienstzeit berechnet werden.“

§. 69,

welcher indeß, seinem Inhalte nach, im §. 58 besser aufgenommen wird, und dessen Schluß, daß nämlich bei der Pensionirung die bezogenen Emolumente in Betracht kommen sollen, ist nicht nothwendig, da die Berücksichtigung der Emolumente, insoweit sie zum Normalgehalte gehören, durch das Gesetz bestimmt ist, die nicht dahin gehörigen aber nicht berücksichtigt werden können.

§. 71.

Die vorgeschlagene Abfassung dieses Paragraphen, welche den Absichten der Landesregierung vollkommen entspricht, wird genehmigt.

Da es nicht die Absicht sein kann, den ganzen Inhalt der Paragraphen 48 und 66 auf die unwiderruflich angestellten Beamten für unanwendbar zu erklären, so wird hinter die Worte „die Bestimmungen der §§. 48 u. 66“ einzuschalten sein:

„insofern sie sich auf die Verabschiedung innerhalb der ersten drei oder fünf Dienstjahre beziehe.“

V e r h a n d l u n g e n .

Hinsichtlich des Staatsdienstgesetzes ward erinnert, daß der Antrag zum §. 32 auf Einschaltung der Worte: „aus erheblichen Gründen,“ übersehen, und um die Erklärung darauf das Herzogliche Staats-Ministerium zu ersuchen sei.

Nachdem der Vortrag beendet und in den landesfürstlichen Entschlüssen kein Punkt, außer den vorerwähnten, als Gegenstand einer fernern Unterhandlung herausgehoben worden war, machten die Präsidenten den, zu den Unterhandlungen hinsichtlich der übrigen Gesetzesentwürfe beauftragten Commissions-Mitgliedern bekannt, daß sie zu den Conferenzen mit dem Herzoglichen Staatsministerium von diesem auf heute Abend eingeladen worden seien.

Am Schlusse der Sitzung referirte ein Mitglied derjenigen Commission, welche zur Vermittlung über die hinsichtlich der §§. 56 und 58 der Feuerordnung zwischen beiden Sectionen hervorgetretenen Differenzen erwählt worden war, über das Ergebniß ihrer Berathungen. Die Commission habe sich dahin geeinigt, die Beitragsverbindlichkeit der Kirchen zu den Kosten für die Anschaffung der Feuerlöschungs-Geräthe zum Ermessen des Herzoglichen Staatsministeriums zu verstellen. Hinsichtlich der Frist aber, binnen welcher in jeder Landgemeinde eine Feuerspritze angeschafft werden müsse, trugen sie auf folgende Bestimmung zum §. 58 an: „In einer jeden Gemeinde muß sobald als thunlich, spätestens aber binnen 3 Jahren, eine Feuerspritze angeschafft werden.“ — Mit beiden Vorschlägen erklärte sich die Versammlung einverstanden.

V e r h a n d l u n g e n

des

Landtages des Herzogthums Braunschweig.

Sitzung vom 5. October 1832.

Ein Mitglied der zur nochmaligen Prüfung des Gesetzentwurfs, die Herzogliche Baudirection betreffend, ernannten Commission stättete Namens derselben über das Ergebniß sowohl ihrer Berathungen, als auch den über diesen Gegenstand mit Herzoglichem Staatsministerium gepflogenen Verhandlungen nachfolgenden Bericht ab.

„Obgleich die Commission es für wünschenswerth halte, daß die verschiedenen Zweige des öffentlichen Bauwesens vereinigt würden, damit keine Nachtheile daraus entstünden, wenn die Oberleitung sehr bedeutender Staatsbauten in die Hand einzelner Männer gelegt werde, denen keine scharfe Controle gesetzt sei; so habe die Commission jenen Zweck doch schon für erreicht angesehen, wenn auch die Baudirection einem anderen Landescollegium untergeordnet würde. Die Commission habe nämlich einiges Bedenken gehegt, die Baudirection als ein selbstständiges, dem Staatsministerium unmittelbar untergeordnetes Landescollegium organisiert zu sehen, indem

- 1) eine zu hoch gestellte Behörde auch höhere Kosten verursache,
- 2) eine solche Stellung für reine Techniker ohnehin nicht ganz angemessen sein möchte,
- 3) und zu besorgen sei, daß ein gleichsam emancipirtes Baupersonal diese freie Stellung benutzen könnte, Lieblingsideen auszuführen, welche am Ende doch nicht als practisch erscheinen dürften.“

„Da nun nach der Proposition die Bauten der Gemeinden, Kirchen, Corporationen &c. einer Oberleitung der Baudirection unterworfen sein sollten, und zwar über die Grenzen der polizeilichen Rücksichten hinaus, hierdurch aber eine höchst lästige Beschränkung der Privatrechte entstehen und fortwähren müßte; — da ferner nach der Proposition der Baudirection eine besondere Baucasse untergeordnet sein sollte, welche Einrichtung dem Principe der Cassen-Centralisirung entgegenlaufe; — endlich aber, da es der Commission nothwendig erschienen sei, rücksichtlich der Bauten auf den Domainen einen Baurath der Cammer beizuordnen, (wie auch z. B. ein ökonomischer Rath, ein juristischer Rath der Cammer beigegeben sei) indem eine strenge Absonderung solcher Techniker von der Cammer manche Unbequemlichkeiten und einen erschwerten Geschäftsgang zur Folge haben werde; — so seien die Mitglieder der Commission der Meinung gewesen, daß es zweckmäßig sei, die fragliche Proposition ganz zu verlassen und beim Herzogl. Staatsministerium darauf anzutragen, daß der Cammer eine vierte Direction untergeordnet werden möge, welche die technische Leitung des gesammten Staatsbauwesens erhalte, und ihre Wirksamkeit in zwei neben einander stehenden Departemens übe,

- a) in der der Cammerbauten, und
- b) der Chaussee- und Wegebauten.“

„Hätte die Regierung hierauf eingehen wollen, so würde das Gesetz, die Organisation und den Geschäftskreis der Herzogl. Cammer betreffend, mit wenigen Zusätzen danach zu vervollständigen gewesen sein. Ein hiernach entworfener Plan sei dem Herzogl. Staatsministerium vorgelegt, von demselben aber nicht gebilligt worden. Die Regierung habe vielmehr der Commission eröffnet, daß sie von der proponirten Organisation einer Baudirection nicht abgehen könne, indem die Selbstständigkeit einer solchen Behörde unerlässlich sei, um für die Folge wahren Nutzen von der freieren Wirksamkeit derselben erwarten zu können. Dabei habe die Regierung zugleich die Absicht zu erkennen gegeben, die Direction der Baubehörde dem Director eines andern Landesverwaltungs-Collegiums zu übertragen, wodurch die Besorgniß vermehrter Kosten gehoben, auch das Bedenken beseitigt werde, daß die höhere Stellung dieser Behörde unangemessen erscheine, wie denn auch dadurch die Ansicht wegfallen werde, daß die Bauofficianten zum Nachtheil des Landes Lieblingsideen verfolgen würden. Ferner habe die Regierung die Commission davon in Kenntniß gesetzt, daß sie darauf nicht eingehen werde, die Bauten der Gemeinden, Kirchen &c. von der Oberaufsicht der Baudirection auszunehmen, daß ihr dagegen das Bestehen einer besondern Baukasse wesentlich erscheine.“

„Dieses Resultat der Unterhandlung mit der Regierung habe die Commissarien genöthigt, das proponirte Gesetz über die Baudirection in seinen einzelnen Theilen genau zu prüfen, in Folge dessen sie gegen die einzelnen Paragraphen dieser Proposition verschiedene Bemerkungen und Bedenken aufgestellt und darüber mit dem Herzogl. Staatsministerium unterhandelt hätten, wovon das Ergebniß bei Verlesung der betreffenden Stellen werde bemerkt werden.“

Zweite Verlesung des Gesetzentwurfs, die Herzogl. Baudirection betreffend.

Beim §. 1 war man mit der Ansicht der Commission einverstanden, daß es angemessen sein werde, dem Director einer andern Verwaltungsbehörde den Vorsitz und die Directorialgeschäfte in der Baudirection zu übertragen. Man hielt jedoch dafür, daß der Vorsitzende des Finanzcollegiums auszunehmen sei, weil diesem Collegium die Controle über die Baudirection zustehe. Sollte diese Controle wirksam sein, so dürfe der Präsident der controlirenden Behörde nicht zugleich an den Verhandlungen der zu Beaussichtigenden Theil nehmen. Man beschloß, der Regierung diese Ansicht der Ständerversammlung zur Berücksichtigung bei Besetzung der fraglichen Stelle zu empfehlen.

Beim §. 2 erregte die Schlußbestimmung, nach welcher die Herzogl. Kreisämter den Requisitionen der Baudirection genügen sollen, Bedenken. Man erwog, daß, wenn auch einiger Aufenthalt daraus entstehen könne, daß die Baudirection sich an die betreffenden Kreisdirectionen behuf der Einziehung von Nachrichten, z. B. bei Ausmittelung der für abgetretene Grundstücke der Privaten zu leistenden Entschädigungen und in einigen ähnlichen Fällen, wenden müsse, dergleichen Mittheilungen doch immer Verwaltungsgegenstände betreffen würden, über welche die Kreisdirectionen eine Oberaufsicht zu führen hätten, und welche daher mindestens zu deren Kenntniß gelangen müßten. Man entschied sich demnach für den Antrag, daß die fragliche Bestimmung gestrichen, und an deren Stelle „die Communication mit der betreffenden

Kreisdirection" vorgeschrieben werden möge. — Auch ward die Weglassung der Bestimmung für nöthig erachtet, daß die Baudirection den übrigen Landescollegien zur Seite stehen solle.

Der Berichterstatter bemerkte, „daß die Commission die Streichung des §. 3 in Antrag gebracht habe, da es höchst bedenklich sei, die etatmäßigen Bausummen sofort zur Disposition des Baudirectoriums zu stellen. Namentlich könne die Finanzcasse dadurch in große Verlegenheit gerathen. — Das Herzogliche Staatsministerium habe darauf erklärt: die Baukasse müsse bestehen, jedoch werde §. 19 das Bedenken heben, zumal wenn solcher noch bestimmter gefaßt werde. Eine eigentliche Casse solle nicht bestehen, aber ein besonderer Cassenrendant müsse die Rechnung führen.“

„Ferner habe die Commission gewünscht, daß im §. 4 die Berg- und Hüttenbauten, sofern sie auf den eigentlichen Betrieb sich bezögen, von der technischen Leitung und Beaufsichtigung der Baudirection auszunehmen seien, worauf Herzogliches Staatsministerium entgegen habe, daß dies auch beabsichtigt worden sei, wie der §. 10 des Nebenvertrags ergebe. Es solle aber auch hier ausdrücklich bestimmt werden.“

„Ferner habe die Commission zu diesem §. in Antrag gebracht, daß die Bestimmung unter No. 2 gestrichen und dafür gesetzt werde: die Leistungen der Baudirection und der untergeordneten Bauofficianten bei Gemeinde- und Kirchenbauten hängen von der Requisition der einschlagenden Verwaltungsbehörden ab. Dies sei von der Regierung zugestanden worden, unter Hinzufügung der Bestimmung, daß dergleichen Requisitionen stets an die Baudirection gerichtet werden müßten.“

Die vorstehenden, zwischen dem Herzoglichen Staatsministerium und der ständischen Commission getroffenen Vereinbarungen wurden von der Versammlung angenommen.

Beim §. 5 ward dafür gehalten, daß, wenn auch die Controle über die Erhebungen der Chausseegelder u. s. w. zweckmäßig von den Bauofficianten bewerkstelligt werden könne, der Auftrag dazu immer von dem Finanz-Collegium als derjenigen Behörde ausgehen müsse, welche im Allgemeinen mit dem Cassenwesen beauftragt sei, daß ferner eine Rechnungsabnahme, welche auch bis jetzt bei jenen Recepturen nicht Statt gefunden habe, der Baudirection nicht zugestanden werden dürfe. — Es ward demnach folgende Fassung einstimmig angenommen: „Die Herzogliche Baudirection wird nach den Instructionen des Herzoglichen Finanzcollegiums die ihr untergeordneten Bauofficianten und deren Gehülften anweisen, bei Controlirung der Erhebung aller Intraden, welche für die dem Publicum einzuräumende Benützung öffentlicher Bauanlagen entrichtet werden, mit wirksam zu sein, und sie verpflichten, die Ergebnisse der angestellten Revisionen an das Herzogliche Finanzcollegium auf die von diesem zu bestimmende Weise gelangen zu lassen.“

Die Commissarien erklärten, „daß sie im Allgemeinen für dieselbe Ansicht über die Regulirung dieses Verhältnisses in den Conferenzen mit dem Herzoglichen Staatsministerium sich ausgesprochen hätten. Dieses habe jedoch für die Beibehaltung des §. 5 in seiner jetzigen Fassung sich entschieden, denn die vorläufige Rechnungsabnahme, welche den Bauofficianten

überwiesen werden solle, sei nur eine Revision der Chausseezettel. Eine gleiche Einrichtung bestehe im Preussischen, wo sich dieselbe bewährt habe."

Beim §. 8 ward von Seiten der Commission darauf angetragen, daß das Finanzcollegium die Anstellung und Entlassung der Chaussee- und Weggelderheber, weil dieselben Cassebeamte seien, in Vorschlag zu bringen habe. Die Regierung habe dagegen erklärt, daß dies Geschäft den Bauofficianten zu überweisen sei, weil diese genauere Local- und Personalkenntnisse besäßen, und überdies jene Befugniß mit dem Bau-Resort in zu naher Verbindung stehe. — Die Versammlung entschied sich für den Antrag der Commission.

Beim §. 11 und den folgenden trug ein Mitglied erster Section darauf an, daß von den verschiedenen Directionen der Herzoglichen Cammer, imgleichen von den übrigen Landescollegien, in welchen die Vorfrage über neue Bauten und Veränderungen in der innern Einrichtung schon vorhandener Baugesenstände zu erörtern sei, ein Mitglied der Baudirection mit beratthender Stimme zu den Sitzungen zugezogen werden dürfe. Denn hierdurch werde für die Förderung des Geschäftsganges ein wesentlicher Vorthail erreicht, wie ihm aus langjähriger Erfahrung bekannt sei. — Von den Commissarien ward bemerkt, daß die Regierung sich über diesen Punct folgendergestalt erklärt habe: »Inwiefern es nöthig erachtet würde, daß ein Bau-rath an den Sitzungen der Cammer Theil nehmen solle, oder inwiefern die Geschäftsverbindung zwischen der Cammer und der Baudirection möglichst zu erleichtern sei, darüber werde die Instruction das Nähere besagen. — Die Versammlung war mit dem obigen Antrage einverstanden.

Beim §. 15 ward dafür gehalten, daß, weil rein technisch nur die Erhaltung vorhandener Anlagen zu betrachten sei, und weil bei deren Herstellung durch Neubau regelmäßig auch Verbesserungen in Frage kämen, im ersten Abschnitte Zeile 4 und 5 die Worte: »noch nicht vorhandener«, Zeile 9 und 10: »sei es durch Neubau oder Reparatur«, und Zeile 12: »vorzugsweise« zu streichen seien.

Ferner trug die Commission auf Weglassung des §. 19 an, da keine eigentliche Baucasse bestehe, welchem Vorschlage die Versammlung beipflichtete. Der Berichterstatter erklärte hierbei, daß die Regierung sich für die Beibehaltung dieses §. entschieden habe, jedoch in folgender veränderter Fassung: »Da die vollständige Einzahlung der in den Etats festgesetzten Bausummen gleich im Anfange des Jahres nicht erforderlich ist, so soll nur eine terminliche Zahlung, je nachdem die Bedürfnisse der Baucasse sie erfordern, aus der Finanzcasse erfolgen.«

Beim §. 23 machte ein Deputirter der Städte auf den bisher vorgekommenen Uebelstand aufmerksam, daß die Handwerker, Lieferanten u. s. w. für ihre Leistungen bei öffentlichen Bauten mitunter erst nach mehreren Jahren Zahlung erhalten hätten. Dies habe darin seinen Grund gehabt, daß die Bauofficianten in der Aufstellung der Baurechnungen so lange säumig geblieben seien. Er sehe sich demnach zu dem Antrage veranlaßt, daß für die Aufstellung und Einreichung der Baurechnungen den Bauofficianten ein bestimmter Termin gesetzt werde. Die Versammlung pflichtete diesem Antrage bei, und erklärte, nachdem über die kürzere oder längere Dauer einer solchen Frist einige Erörterungen statt gehabt hatten, sich einstimmig dahin: »daß zur Ablegung der Hauptrechnung ein Termin von spätestens 6 Monaten nach Vollendung der für jedes Jahr bewilligten Bauten bestimmt, und damit dieses möglich gemacht werden könne, das Erforderliche in den besondern Instructionen vorgeschrieben werden möge.«

Bei den §§. 27 und 28 ward nach den obigen Abänderungen auch eine veränderte Fassung für nöthig, und der §. 29 für überflüssig erachtet.

Einige andere Bemerkungen und Anträge, welche von der Commission gemacht wurden, und von geringerem Belange waren, erhielten gleichfalls die Zustimmung der Versammlung.

Verhandlungen

des

Landtages des Herzogthums Braunschweig.

Sitzung vom 6. October 1832.

Auf Veranlassung der gestrigen Debatte ward zuvörderst von einem Mitgliede zweiter Section eine andere Fassung der §. §. 5 und 6 des Gesetzentwurfs, die Herzogliche Baudirection betreffend, in Vorschlag gebracht und von der Versammlung angenommen.

Sodann ward zum Zweck der Ausgleichung der Meinungsverschiedenheit beider Sectionen über die in dem §. 9 der Landschaftsordnung aufzunehmende Bestimmung, die Militairhoheit des Landesherrn betreffend, von den hierzu ernannten Commissarien nachfolgender Bericht erstattet: Sie hätten in ihren wiederholt über diesen Gegenstand gepflogenen Berathungen den Inhalt der §. §. 9, 102 und 185 der Landschaftsordnung unter einander und mit den landesherrlichen Entschlüssen auf die ständischen Anträge zu diesen Paragraphen, auf das genaueste verglichen, und seien zu der Ueberzeugung gekommen, daß man sich bei den letztern wohl beruhigen könne. Nach dem Zusammenhange zwischen den betreffenden Stellen sei im §. 9 keine mittelbare Beschränkung unsers bisherigen Steuerverwilligungsrechts enthalten. Damit aber die einmal hierüber angeregten Zweifel gänzlich beseitigt, und anderer Seits auch keine weitläufige Verhandlungen deßhalb veranlaßt würden, schlugen sie vor, an die Regierung die Erklärung gelangen zu lassen, daß man bei der Annahme der Landschaftsordnung, falls diese erfolge, jene Deutung des §. 9 als die richtige vorausgesetzt habe.

Hiernächst ward von einem Mitgliede erster Section der Antrag gemacht, daß den jetzigen Ständen und deren Ausschüssen die Fortdauer ihrer Wirksamkeit und ihrer Rechte bis zu dem Augenblicke erhalten werde, wo die künftige Ständeverammlung in Wirksamkeit trete. Mehrere Mitglieder unterstützten diesen Antrag, weil das Land keinen Augenblick ohne Stände sein dürfe, und unvorhergesehene Fälle eintreten könnten, welche eine Selbstberufung nothwendig machten. Neben einer Erklärung über die bis dahin fortdauernde Wirksamkeit der bisherigen Stände, welche am zweckmäßigsten in den Landtagsabschied aufzunehmen sei, dürfe aber auch wohl eine Bestimmung über den Zeitpunkt der Einberufung der künftigen Abgeordneten nicht fehlen. Es sei sehr zu wünschen, daß dies sobald geschehe wie möglich, weil nach der Bundesgesetzgebung viel darauf ankomme, daß eine Verfassung in volle Wirksamkeit übergegangen sei. — Nachdem in Erwägung gezogen war, daß wegen der neuen Behördeneinrichtungen und wegen der Schwierigkeiten, welche mit der Veranstaltung der ersten Wahlen nothwendig verknüpft seien, die Einberufung der künftigen Stände nicht sehr schnell thynlich sei, entschied sich die Versammlung dahin, daß für die Eröffnung des nächsten Landtags ein Zeitraum von sechs Monaten festzusetzen sein werde. Auch der zuerst erwähnte Antrag ward von der Versammlung angenommen.

Nach Erledigung dieser Puncte ward von Seiten des Präsidiums erklärt, daß wir nun so weit gekommen seien, um über die landesherrlichen Propositionen, enthaltend die neue Landschaftsordnung, das Wahlgesetz, die Geschäftsordnung für die Ständeversammlung, und den Finanz-Nebenvertrag, imgleichen über die Gesetzentwürfe, betreffend die Cammer, die Steuerdirection, das Finanzcollegium, die Ministerial-Commission, die Kreisdirectionen und den Staatsdienst, — zu der Schlußabstimmung zu schreiten.

Von einigen Mitgliedern ward die Frage an das Präsidium gerichtet, ob über jeden der genannten Gesetzentwürfe besonders, oder über alle zusammen die Abstimmung erfolgen solle? Im Falle der letztere Weg eingeschlagen werde, könne es wegen des großen Umfanges und der Verschiedenartigkeit der vorliegenden Gesetzentwürfe scheinen, als ob man leichtfertig bei dieser wichtigen Handlung zu Werke gegangen sei. Auch sei der mögliche Fall zu berücksichtigen, daß ein Mitglied mehrere jener Gesetze für sehr heilsam erachte, während ihm der Inhalt anderer bedenklich erscheine, und daß bei einem solchen bedeutende Zweifel entstehen könnten, ob es sich über die Annahme Aller mit Ja oder Nein zu entscheiden habe.

Hiergegen ward von Seiten der Präsidenten und einiger anderer Mitglieder erwiedert, daß das Wahlgesetz und die Geschäftsordnung eigentlich nur Theile der neuen Landschaftsordnung seien, und daß mit dieser auch der Finanz-Nebenvertrag, so wie die Gesetze über die neuen Behördeneinrichtungen, in der engsten Beziehung ständen. Wegen dieses genauen Zusammenhanges scheine es unmöglich, daß ein Mitglied, welches sich für die Annahme der neuen Landschaftsordnung erkläre, ohne mit sich selbst in Widerspruch zu gerathen, für die Verwerfung der übrigen Gesetze und des Finanz-Nebenvertrags stimmen könne; denn durch eine Ablehnung dieser würden der vollständigen Ausführbarkeit der erstern die mannichfachen Hindernisse in den Weg gelegt. Es sei demnach der Sache durchaus angemessen, über sämtliche genannte Propositionen nur eine Abstimmung vorzunehmen. In Folge dieser Erwiederungen traten die Mitglieder, welche anfangs anderer Ansicht gewesen waren, hiervon zurück, und auch die übrige Versammlung erklärte sich mit der Ansicht des Präsidiums einverstanden. — Nachdem hierauf eine Zählung der Stimmen der anwesenden Mitglieder und deren Vollmachten ergeben hatte, daß die Versammlung zur Fassung vollgültiger Beschlüsse, nach den Bestimmungen der Landschaftsordnung von 1820, in hinreichender Anzahl sich eingefunden habe, ward über die Annahme der sämtlichen vorgenannten landesherrlichen Propositionen und der darin von der Regierung und den Ständen gemeinsam getroffenen Abänderungen zur Abstimmung geschritten, welche, wie bisher immer, laut geschah, und in beiden Sectionen einstimmig mit Ja erfolgte. — Der darauf gemachte Vorschlag des Präsidiums, daß sämtliche anwesende Mitglieder das über diese Sitzung aufzunehmende Protocoll unterschreiben möchten, ward, obgleich von dem bisherigen Gebrauche abweichend, der Wichtigkeit der Verhandlung wegen für angemessen erachtet und angenommen.

Berathschlagungen über die landesherrliche Proposition, die verfassungswidrig
geschehenen Veräußerungen von Domanial-, Stifts- und Klostergütern
betreffend.

Ein Mitglied erster Section stattete Namens der Commission, welche mit der Begutachtung der vorbenannten Proposition beauftragt worden war, nachstehenden Bericht ab:

„Es seien die verschiedenen Gegenstände der Veräußerung nach ihrer besondern Qualität in besondere Betrachtung zu ziehen, und werde hiernach auf den Antrag der Regierung die Erklärung in folgender Weise abzugeben sein, und zwar mit Ausschluß der Ablösungs-Verträge über Dienste, Zehnten, Meiergesälle und Zinsen in Gemäßheit des Eingangs der Proposition.

I. In Ansehung der in dem mitgetheilten Verzeichnisse sub A N^o 3, auch 5 bis 13, incl. aufgeführten Häuser.“

„Da nach dem landesherrlichen Edicte vom 1. Mai 1794 §. 14 dem Landesfürsten die Veräußerung unnützer oder überflüssiger Gebäude ohne Zustimmung der Stände freigestanden, so werde der Verkauf der obengedachten Häuser als gültig zu betrachten sein, insofern nur dabei nach der, im §. 32 der Landschaftsordnung vom 25. April 1820 vorgeschriebenen Form, verfahren worden, und werde dieser Umstand vor einer bestimmten Erklärung über die Gültigkeit in Gewissheit zu setzen und nachzuweisen sein. Hiernach die Gültigkeit der Veräußerung vorausgesetzt, werde auch die nützliche Verwendung der aufgetommenen Kaufgelber, als worauf Herzogliches Staatsministerium nebst dem engern Ausschusse der Landschaft zu achten, ausdrücklich angewiesen worden, darzuthun, oder deshalb ein Anspruch an das Privatvermögen des Herzogs Carl Durchlaucht begründet, und von den gedachten Behörden dessen Realisirung zu bewirken sein, da es nicht scheine, als sei von der Nachweisung solcher Verwendung die Gültigkeit der Veräußerung in Hinsicht auf den Acquirenten abhängig, und als liege daher dem letztern diese Nachweisung ob.

II. In Ansehung aller übrigen in dem obengedachten Verzeichnisse aufgeführten Domanial- und Stiftsgüter.

Diese Stiftsgüter wären den Domanialgütern insofern gleich zu achten, daß dieselben gleich diesen sowohl nach allgemeinen staatsrechtlichen Grundsätzen, als insbesondere nach dem Edicte vom 1. Mai 1794 §. 13, wie auch nach der Landschaftsordnung von 1820 §. 25, als unveräußerlich ohne Einwilligung der Stände zu betrachten; wie denn auch der Eingang der Verordnung vom 19. September 1831 auf die Ungültigkeit der unter der vorigen Regierung geschehenen Veräußerung solcher Stücke, deutlich hinweise.

Gleichwohl sei dabei in Erwägung zu ziehen, ob nicht aus staatswirthschaftlichen Gründen die Veräußerung dieser Grundstücke it. für nützlich zu erachten, und daher dieselbe unter Umständen zu genehmigen sei, welches im Allgemeinen, zufolge der darüber eingegangenen Berichte der Behörden, wohl anzunehmen sein möchte, wobei jedoch folgende beschränkende Rücksicht zu nehmen sein werde.

A. Hinsichtlich der sub № 87, 88 und 89 aufgeführten Forsten.

Da der Bericht der Forstbehörde nur darauf beschränkt sei, daß die Zurücknahme aus landespolizeilichen Gründen nicht nothwendig, so würde dieselbe zuvor noch darüber, mit Anführung der Gründe, sich gutachtlich zu äußern haben, ob die Veräußerung forst- und staatswirthschaftlich nützlich und zweckmäßig sei.

Falle nun das Gutachten für die Nützlichkeit und Zweckmäßigkeit der Veräußerung aus, so möchte dieselbe unter der Voraussetzung zu genehmigen sein, daß die Käufer zur Erlegung resp. Nachzahlung des, durch Abschätzung sowohl des Grundes und Bodens, als des Holzes, ausgemittelten Werthes sich verstehen.

B. Hinsichtlich der Spiegelhütte zu Grünenplan nebst Zubehör. (№ 2 des Verzeichnisses.)

Der Verkaufs-Contract, wie er vorliege, und der darüber von der Berg- und Hütten-Direction erstattete gutachtliche Bericht, genügten zur Abgabe einer bestimmten Erklärung darüber, inwiefern jener Contract zu genehmigen sei, nicht. Vielmehr erscheine erforderlich, daß zuvor noch ausgemittelt und nachgewiesen werde:

- a. der Werth sämmtlicher Grundstücke — an Gebäuden, Aedern, Wiesen, Gärten etc., imgleichen sämmtlicher Holzdeputate, so wie der Berechtigung zur Glasfabrikation, und zwar sowohl eines jeden dieser Gegenstände für sich betrachtet, als der erstgedachten im Verhältnisse zu dem der Glasfabrikation;
- b. wie der Staat hinreichend sicher zu stellen sei, daß demselben durch Eingang der Fabrik die davon abhängigen zahlreichen Arbeiter nicht über kurz oder lang zur Last fielen, indem der Contract hierüber augenscheinlich keine genügende Sicherheit gebe.

C. In Betreff des Schlosses zu Langelieben. (№ 1 des Verzeichnisses.)

Aus dem in der Proposition selbst angeführten Grunde könne die Zustimmung zur Veräußerung des Grundes und Bodens und der Pertinenzien desselben nicht ertheilt werden, vielmehr werde auf die Zurücknahme dieser Gegenstände anzutragen sein.

D. Hinsichtlich des Schriftsassenhofs Uefingen sammt Zubehör. (№ 14 des Verzeichnisses.)

Wenn auch die Ausmittelung des Werthes dieses Stiftshofes als eines geschlossenen Landwesens gegründeten Erinnerungen nicht unterworfen sein sollte, wie indeß nach der Abschätzung des Zehntens nicht außer Zweifel beruhe; so ergebe doch selbst das Weidnersche Gutachten, daß durch Verschlagung dieses Landwesens, sogar nur in 3 Theile, aus demselben ein viel höherer Preis, als das jetzige Kaufgeld, zu lösen sein werde; daher denn bei einer Parcellirung in kleinere Theile der Erlös aus demselben aller Wahrscheinlichkeit nach die jetzige Kaufsumme um ein Bedeutendes übersteigen möchte. Denn es sei wohl sicher darauf zu rechnen, daß die wohlhabenden Einwohner nicht nur zu Uefingen selbst, sondern auch der benachbarten Dörfer Blekenstedt, Beddingen, Sauingen und Broistedt um so mehr Kauflustige seien, und ein ansehnliches Kaufgeld geben würden, als sie zugekaufte Grundstücke ohne Erweiterung ihrer Wirthschaft cultiviren könnten, und wenn ihnen gestattet

werde, diejenigen ihrer jetzigen Grundstücke, welche ihnen unbequem gelegen, wieder zu veräußern. Wenn auch der Ackerbesitz dieser Gemeinden schon bedeutend sei, so würde aus dem angeführten Grunde sie dieses bei ihrer Wohlhabenheit von dem Ankaufe nicht zurückhalten; jener Grund werde sie vielmehr dazu veranlassen. Die auf dem Stiftshofe vorhandenen Gebäude schienen aber um so weniger der Parcellirung entgegen zu stehen, da es dann ihrer kostspieligen Erhaltung nicht weiter bedürfe, sondern sie auf den Abbruch oder sonst besonders verkauft werden könnten, und das Interesse ihrer Erhaltung zu gering erscheine, als daß deshalb jener sicher zu hoffende große Vortheil außer Acht zu lassen sei. Da nun außerdem bei der Conservation des Stiftshofes als eines geschlossenen Landwesens, welches ohnehin seinen gegenwärtigen Bestand erst in neuerer Zeit erhalten, der Staat, so viel sich ergebe, überall kein besonderes Interesse habe, so erachte man die Zurücknahme desselben bezuhuf jener Parcellirung für nützlich und angemessen, indem auch der Acquirent zur Erhöhung des Kaufpreises bis zu der Summe, welche durch Parcellirung herauszubringen sei, sich wohl nicht verstehen könne und werde.

E. Antheil des Amtes Campen am Lehrer = Wohlde, wegen der Schäferet zu Essehof. (N^o 4.)

Da die Größe und Grenze des verkauften Weideantheiles, als das Object des Verkaufs selbst, ungewiß und daher auch der Werth desselben unbestimmt sei, überdies dieser Verkauf der Benutzung des dem Amte Campen bei der Theilung des Lehrer = Wohldes zufallenden Theils leicht hinderlich sein könne, so finde die Commission es bedenklich, daß vor Erörterung dieser Punkte eine Erklärung abgegeben werde.

F. In Betreff der Kruggebäude und Kruggerechtigkeiten zu Walle nebst Zubehörungen. (N^o 15 des Verzeichnisses.)

Da die Gegenstände dieser Veräußerung ihrem Umfange und ihrer Beschaffenheit nach ungenügend bezeichnet worden, und der bisherige Pachtpreis der Bestimmung des Werthes nicht zur Grundlage dienen könne, da der Kaufpreis so sehr verschieden davon sei, so würde zuvor eine genauere Ausmittlung der Gegenstände und ihres Werthes erforderlich sein, bevor über die Zustimmung zur Veräußerung eine Erklärung werde erfolgen können.

G. Hinsichtlich der Kruggerechtigkeit zu Ballstedt. (N^o 86.)

Da auch hier die Gegenstände einer genauern Bezeichnung hinsichtlich ihres Umfanges um so mehr bedürften, als das bisherige Pachtgeld mit dem Kaufpreise in keinem Verhältnisse stehe, so mögte für jetzt über die Zustimmung zur Veräußerung eine Erklärung noch nicht erfolgen können.

H. In Ansehung aller übrigen im Verzeichnisse aufgeführten Gegenstände, namentlich auch des Zehntens zu Diddersfeld N^o 59 — auf welchen, da er im Hannoverschen belegen, die besondere Bestimmung über die Ablösungsverträge, wie auch die im §. 4 der Verordnung vom 19. Sept. 1831, Anwendung nicht finden dürfte, sondern welcher nach den übrigen vorgedachten Gegenständen zu behandeln sein werde, bedürfe es einer

genauen Ausmittlung ihres Werths durch Abschätzung um so mehr, als die Werthsangabe, gegründet auf den Betrag des bisherigen Pachtgeldes, besonders in Ansehung der gewöhnlich niedrig verpachteten Stiftsgüter, zu unsicher erscheine; und erst hiernächst werde über die Zustimmung zur Veräußerung für den solchergestalt ausgemittelten Werth die Erklärung abgegeben werden können.

III. Was nun den Kaufpreis betreffe, so werde bei Ertheilung der Zustimmung zur Veräußerung vorauszusetzen sein, daß derselbe zum Besten des Staats verwandt sei, oder noch in die Staats-Casse fließe.

Insofern nun solcher an des Herzogs Carl Durchlaucht bezahlt, und auf jene Weise nicht verwandt worden, würden die Käufer und zwar zunächst und vorzüglich mit den erkauften Grundstücken, dafür dem Staate haften müssen, und vor der Zahlung das Eigenthum nicht erlangen können, mit Verweisung ihres Anspruchs an das Herzogliche Privatvermögen. Es dürfte jedoch ihnen dabei billig nachzulassen sein, einstweilen und bis zur Erledigung jenes Anspruches das, als dem Werthe angemessen ausgemittelte Kaufgeld, von der Zeit der Benützung der Kaufobjecte an, nur landüblich an die Staats-Casse zu verzinsen, und würden sie sich überdies der besondern Unterstützung der Regierung zur Erlangung ihrer Entschädigung aus dem Herzoglichen Privatvermögen wol erfreuen dürfen.

Diejenigen Käufer aber, rückfichtlich welcher die Kaufcontracte nicht zu genehmigen ständen, würden die Kaufobjecte mit den Nutzungen zurückgeben müssen, und mit ihren Entschädigungsansprüchen ebenmäßig an des Herzogs Carl Durchlaucht Privatvermögen zu verweisen sein.

Endlich verstehe es sich von selbst, daß nach Maßgabe des Landtagsabschiedes vom 11. Julius 1823 Art. 20 *Nº* 2, die Acquirenten der veräußerten Domanial- auch geistlichen Güter und Pertinenzien davon alle öffentlichen Lasten tragen müßten.

Da nun dem Obigen zufolge die bestimmte Erklärung über die Zustimmung zu der Veräußerung in den Fällen, wo dieselbe übrigens zulässig erscheine, erst von den bemerkten weiteren Erörterungen und Nachweisungen abhängig sei, die weiteren Verhandlungen hierüber aber bei der nahe bevorstehenden Verabschiedung der jetzigen Ständerversammlung, nicht weiter mit dieser würden geschehen können, so dürfte denselben anheim zu geben sein, zu diesen Verhandlungen, falls dieselben nicht etwa bis zum künftigen Landtage ausgesetzt bleiben sollten, eventuell den größern Ausschuss zu instruiren und zu autorisiren.“

Der Berichterstatter verlas zugleich das Verzeichniß der veräußerten Grundstücke und Gerechtigkeiten, worauf in dem Berichte Bezug genommen ist.

Ein Mitglied erster Section äußerte die Ansicht, daß, wenn diese Angelegenheit zu verwickelt sei, um während der Dauer des jetzigen Landtags vollständig regulirt zu werden, es zweckmäßiger sein werde, die fernern Verhandlungen darüber der künftigen Ständerversammlung zu überlassen, als die Ausschüsse damit zu beauftragen. Von einem der Commissarien ward dagegen erinnert, daß es sich hier zunächst darum handle, die Hauptprincipien

auszusprechen, nach welchen in dieser Sache zu verfahren sei. Die Ausführung dieser Grundsätze auf die einzelnen Fälle den Ausschüssen aufzutragen, erscheine dringend nothwendig, und liege eben so sehr im Interesse der Acquirenten der fraglichen Grundstücke und Berechtigungen, als des Publikums, weil nichts nachtheiliger für den Verkehr sei, als Ungewißheit über Eigenthum und ähnliche Rechte. Die Erstattung der gezogenen Rukungen und die Auseinandersetzungen wegen etwa gemachter Verwendungen würden mit der Zeit immer schwieriger. Auch hätten über die veräußerten Güter schon anderweite Rechtsgeschäfte, Hypothekbestellungen, Verlassungen u. s. w. Statt gefunden, weshalb es auch dritten Personen, außer den ersten Acquirenten, um die bald möglichste Regulirung dieser Angelegenheit zu thun sein müsse.

Von einem Mitgliede zweiter Section ward es bedenklich gefunden, dem Antrage der Commission darin beizutreten, daß hinsichtlich der in Frage stehenden Veräußerungen die Grundsätze des strengen Rechts zur Anwendung zu bringen seien. Dieses Verfahren enthalte für Viele eine bedeutende Härte, insonderheit für alle Käufer, welche in gutem Glauben gehandelt hätten, und um so weniger an die Möglichkeit einer Zurücknahme der fraglichen Güter von Seiten des Staats hätten denken können, als von mehreren Staatsbehörden bei Vollziehung der von ihnen geschlossenen Kaufcontracte mitgewirkt worden sei. Es sei wohl zu berücksichtigen, daß das Vertrauen zu den Behörden sehr geschwächt werden müsse, wenn die unter ihrer Mitwirkung zur Ausführung gebrachten Rechtsgeschäfte hinterher als nichtig angefochten würden. Die Käufer würden aus dem Vermögen des Herzogs Carl wohl nur auf einen theilweisen Ersatz der eingezahlten Gelder, und auch auf diesen nicht ohne Kosten und processualische Weitläufigkeiten rechnen können. Diese nicht unwichtigen Gründe sprächen dafür, im vorliegenden Falle den Grundsätzen der Billigkeit, vor denen des strengen Rechts, wo möglich den Vorzug zu ertheilen. Auch habe die Landesregierung in der von ihr vorgelegten Proposition sich zu den ersteren bekannt.

Hinsichtlich der erwähnten Mitwirkung der Behörden bei den fraglichen Veräußerungen, ward von einem Mitgliede erster Section bemerkt, daß, soweit sich dies etwa auf die Cammer beziehen könne, erinnert werden müsse, daß dieses Collegium in einem Berichte an den damaligen Landesfürsten gegen jene Veräußerungen protestirt habe, und in Folge dessen aufgelöst und anders zusammengesetzt worden sei.

Mehre andere Mitglieder, insonderheit der ersten Section, erklärten, daß ihrer Ansicht nach der dringendste Grund vorhanden sei, in der fraglichen Angelegenheit die Billigkeit nicht vorwalten zu lassen; denn sonst müsse man alle nichtige und rechtswidrige Geschäfte hinterher anerkennen, und es werde sich Niemand ferner an die Gesetze halten, sobald der Eigennuß ins Spiel komme. Nur von wenigen der Käufer lasse sich behaupten, daß sie in gutem Glauben gehandelt hätten. Die Meisten hätten dabei gewinnen wollen. Einige seien zuvor bestimmt unterrichtet gewesen von der Ungünstigkeit der Erwerbungen, und die Uebrigen hätten dies dringend vermuthen müssen, sowohl nach den darüber im Publikum

ausgesprochenen Ansichten, als auch wegen der Heimlichkeit und der ganzen Verfahrungsweise, womit dabei zu Werke gegangen sei.

Von einer andern Seite wurden als Ausgleichungsmittel vorgeschlagen, daß der Staat sich die Ansprüche der Käufer an des Herzogs Carl Durchlaucht Privatvermögen möge cediren lassen; oder aber daß der Staat hinsichtlich seiner übrigen Forderungen an das letztere, den Käufern ein Vorzugsrecht einräume, und daß man Se. Hochfürstliche Durchlaucht, den regierenden Herzog, zu veranlassen suche, hinsichtlich Seiner Privatansprüche ein Gleiches zu thun.

Gegen diese Vorschläge erhoben sich indeß mehr Stimmen. Denn der Staat müsse wegen des, aus den fraglichen Veräußerungen für ihn erwachsenen Nachtheils durchaus schadlos gehalten werden, was durch die von der Commission proponirten Maßregeln am kürzesten und sichersten erreicht werde. Durch das Eingehen in die so eben vorgeschlagenen Auskunftsmittel würden wir auf den Staat die Nachtheile übertragen, welche sich einzelne Privatpersonen durch ihre eigenen, nicht rechtmäßigen Handlungen selbst zugezogen hätten. Was den zuletzt berührten Punkt anbelange, so wüßten wir nicht einmal, ob Se. Hochfürstliche Durchlaucht der Herzog, an seinen Bruder Privatansprüche habe, jedenfalls sei es aber kein Gegenstand irgend einer ständischen Einwirkung, Höchstdenselben zu einem Zurücktreten gegen die Forderungen der Privatkäufer zu veranlassen. Wenn diese auf eine solche Gnade Anspruch machen zu können glaubten, so sei es ihre Sache, die geziemenden Schritte dieserhalb zu thun.

Nachdem auf den Wunsch einiger Mitglieder das Commissionsgutachten nochmals verlesen worden war, ward zur Abstimmung über die Annahme desselben geschritten, und entschieden sich in beiden Sectionen sämmtliche Mitglieder dafür, jedoch mit Ausnahme zweier, welche als Betheiligte sich ihres Botums enthielten.

V e r h a n d l u n g e n

d e s

Landtages des Herzogthums Braunschweig.

Sitzung vom 8. October 1832.

Präsidium eröffnete der Versammlung, daß nach einer Privatmittheilung Herzogliches Staatsministerium einer Deputation der Stände entgegen sehe, um mit derselben den Landtagsabschied zu fassen, und schlug hierzu die Herren Landdrost von Cramm und Hofrath Bruns aus erster und die Herren Oberappellationsrath Günther und Hofrath Hettling aus zweiter Section vor.

Die Mitglieder waren mit dem Vorschlage einverstanden, wünschten jedoch den Beistritt der Präsidenten, welche sich anschließen zu wollen erklärten.

Auf die von einem Mitgliede aufgeworfene Frage: ob es für zulässig zu halten sei, daß die neue Finanz-Verwaltung vor Eröffnung des künftigen Landtages ins Leben trete? entspann sich eine Discussion, bei welcher einer Seits die Bedenken einer Umgestaltung der mit der dormaligen Ständeverfassung so eng verbundenen Finanz-Verwaltung für den Fall eintretender Hindernisse der Eröffnung des neuen Landtags, anderer Seits aber die Schwierigkeiten hervorgehoben wurden, welche einer mitten im Jahre vorzunehmenden neuen Organisation der Finanz-Verwaltung im Wege ständen.

Den Deputirten wurde anempfohlen, möglichst dafür zu sorgen, daß in den Landtagsabschied eine Bestimmung aufgenommen werde, welche den verschiedenen in dieser Hinsicht zu nehmenden Rücksichten zusage.

Bei der hiernächst vorbereiteten Wahl der Ausschußmitglieder kam die Vacanz eines der aus zweiter Section zum engern Ausschusse gewählten Mitglieder zur Sprache. Sämmtliche Mitglieder beider Sectionen waren einverstanden, daß ein Steuerrath nicht gewählt werden dürfe; da jedoch nichts desto weniger die verfassungsmäßige Zahl der Ausschußmitglieder zu vervollständigen gewünscht ward, so kam man überein, daß die zweite Section bloß in Hinsicht auf landschaftliche Angelegenheiten ein Mitglied des engern Ausschusses wählen möge.

Die Bedenken, welche einige Mitglieder in Beziehung auf den §. 34 der Landschaftsordnung vom 25. April 1820 gegen die Zulässigkeit dieser Maßregel äußerten, wurden durch die Bemerkung beseitigt, daß sie nur unter Vorbehalt der höchsten Zustimmung in Ausführung zu bringen sei, mit dieser aber als eine vertragmäßige Abweichung von der bisherigen Verfassung sich darstellen werde.

Es ward mit dieser Wahl in zweiter Section der Anfang gemacht und ergaben die eröffneten Wahlzettel eine Mehrheit von 26 Stimmen für Herrn Magistratsdirector Bode.

Hierauf ging man zur Wahl des großen Ausschusses über, zu welchem nach dem Turnus dieses Mal die erste Section 4, die zweite Section 5 Mitglieder zu wählen hatte.

Die Zahl der Stimmen belief sich heute in jener auf 41, in dieser auf 34, und waren nach den eröffneten Wahlzetteln in erster Section die Herren

Landdrost von Gramm mit 37 Stimmen,
 Cammerath von Beltheim mit 36 Stimmen,
 Graf von Dberg mit 34 Stimmen und
 Hofrath Bruns mit 26 Stimmen;

in zweiter Section aber die Herren:

Oberappellationsrath Günther mit 31 Stimmen,
 Hofrath Hettling mit 31 Stimmen,
 Rittmeister von Unger mit 31 Stimmen,
 Stadtrath Pockels mit 22 Stimmen,
 Kaufmann Grassau mit 22 Stimmen

gewählt.

Vom Präsidio wurde den Mitgliedern das höchste Rescript vom 6. dieses, betreffend den Vorschlag einer Ermächtigung des engern und größern Ausschusses, die Vertragsbestimmungen, welche in Beziehung auf die unterm 7. October v. J. mit der Krone Hannover abgeschlossene Präliminarconvention bis zum nächsten Landtage noch ferner getroffen werden sollten, zu berathen und in die Ausführung der danach zu treffenden Anordnungen zu willigen, imgleichen die höchsten Entschlüsse bekannt gemacht, welche auf die Anträge zu den Gesetzentwürfen, die Besteuerung fremder Kaufleute und Modification der Justizverwaltung betreffend, dahin erfolgt waren:

Entschlüsse Sr. Herzoglichen Durchlaucht auf die Anträge löblicher Landschaft.

A. Zu dem Gesetzentwurfe über die Modification der Verordnung vom 26. März 1823, die Einrichtung des Justizwesens betreffend.

Die Anträge zu §. 1. §. 3. §. 4. §. 5. §. 6. §. 8. §. 9. §. 11. §. 13. §. 14. §. 19. §. 20. §. 21. §. 25. §. 26. §. 27. §. 28. §. 29. §. 30. §. 32. und §. 33. werden genehmigt.

§. 2. Es ist allerdings die Absicht der Landesregierung, den Beamten bei den Kreisgerichten und Aemtern ihren Functionen entsprechende Titel zu ertheilen; dieser Gegenstand eignet sich indeß nicht zur Aufnahme in ein Gesetz und der Zusatz kann daher nicht Statt finden.

§. 12. Der erste Abschnitt dieses §. ist nothwendig, weil sonst, zufolge der allgemeinen Bestimmung des §. 5. auch die Bestellung des Curator bonorum und dessen Beaufsich-

tigung den Aemtern übertragen sein würde, was aber nicht zweckmäßig erscheint, obgleich in manchen Ländern auch diese Curatelen zur Competenz der Pupillen-Collegien gehören.

Es wird daher dieser Abschnitt, jedoch mit der Aenderung, daß nicht die Größe der Masse, sondern der Betrag der Liquidationen, die Competenz bestimmt, stehen bleiben müssen.

Der Zusatz am Schluß wird genehmigt.

§. 22. Der in Antrag gebrachte Zusatz wird in folgender Fassung genehmigt, daß hinter: „von dem Gegner nicht ersetzt verlangen“ — hinzugefügt wird:

„es wäre denn, daß nach der besondern Beschaffenheit des Falles, die Bestellung eines Rechtsbeistandes nothwendig gewesen wäre.“

§. 23. Ad a. daß statt „Vorstellung das Wort „Appellation“ gebraucht werde, wird zugestanden.

Ad b. Da mit der zehntägigen Einlegungsfrist 24 Tage zur Verfolgung des Rechtsmittels vorhanden sind, diese aber vollkommen genügen und längere Fristen in diesen kleinen Sachen nur nachtheilig sind, so kann auf den Antrag nicht eingegangen werden.

Ad c. wird der Antrag genehmigt.

§. 24. Es ist eine Singularität des hiesigen Particularrechts, daß die Appellabilität der Sache sich danach richtet, ob in zweiter Instanz confirmirt oder abgeändert ist; auch ist dieser singuläre Grundsatz nicht in allen Instanzen durchgeführt, sondern allein bei den Erkenntnissen des Herzoglichen Landesgerichtes angenommen. Da es bei näherer Betrachtung überhaupt kein ganz zureichendes Fundament hat; da ferner die Summe der Civilsachen, welche nach dem Gesetzentwurfe noch an das Herzogliche Landesgericht gelangen können, erhöht ist, so war wenigstens hinreichender Grund vorhanden, die Appellabilität der Sache nach geänderter Entscheidung erster Instanz an eine höhere Summe zu binden.

Es ist daher kein hinreichender Grund vorhanden, von der Proposition abzugehen; um indeß den Wünschen löblicher Landschaft entgegen zu kommen, wollen Se. Durchlaucht genehmigen, daß statt 300 Rthlr. 200 Rthlr. gesetzt werde.

Der Schlusssatz bezieht sich auf die Entscheidungen über alle unter b. aufgeführten Rechtsmittel und wird demnach deutlicher zu fassen sein.

B. Zu der Proposition über die Heranziehung reisender Kaufleute zur Gewerbesteuer betreffend.

Die zu diesem Gesetzentwurfe gemachten Anträge werden genehmigt, mit Ausnahme des zum §. 8. nach welchem der Aufkauf von rohen Häuten ohne Unterschied den Ausländern gestattet werden soll.

Wenngleich es nicht zu verkennen ist, daß das jetzt bestehende Verbot der Ausfuhr roher Häute den Landwirthen nachtheilig ist, und überhaupt unter den gegebenen Verhältnissen den richtigen Grundsätzen nicht entspricht, und wenn es daher auch unzweifelhaft ist, daß es nicht angemessen sein würde, ein solches Verbot jetzt zu erlassen, so stellt sich doch

die Sache unter einem ganz andern Gesichtspuncte dar, wenn erwogen wird, daß jetzt eine gesetzliche Vorschrift, unter deren Schutze die Gärbereien des Landes seit 1744 gestanden, und auf welchen diejenigen, welche dieses Gewerbe ergriffen haben, rechnen konnten, plötzlich dieses Vortheils beraubt werden sollen, und noch dazu, ohne daß zugleich andere schützende Maßregeln für dieses Gewerbe ergriffen werden.

Die Berücksichtigung, welche hiernach die Gärbereien billig erwarten können, zugleich aber die Hebung der hauptsächlichsten Beschwerde der Landwirth, wird sich nun dadurch erreichen lassen, daß von dem Verbote des Auskaufes durch Ausländer die Schaffelle ausgenommen werden. Es wird daher proponirt: die Worte

„und rohen Häuten“

stehen zu lassen und ihnen den Zusatz zu geben:

„mit Ausnahme der Schaffelle.“

Man schritt hiernächst zur Abstimmung über diese Gesekentwürfe, und zwar einen jeden derselben besonders, und wurden dieselben in beiden Sectionen einstimmig angenommen.

Hinsichtlich der in dem vorerwähnten Rescripte angetragenen Ermächtigung der Ausschüsse, behielt man sich die Erklärung bis nach dem auf morgen von der Commission erwarteten Vortrage über den mit der Krone Hannover unterm 7. October v. J. abgeschlossenen Vertrag vor. — Die nachfolgenden Anträge, als:

- 1) den Ausschuß zu autorisiren und zu beauftragen, auf Abänderung der in der Postordnung vom 3. Aug. d. J. enthaltenen, für das Publikum, besonders für den Handels- und Gewerbestand, höchst drückenden Bestimmungen, namentlich der §. 2, 22, 23, 26, 35 — 39, 41, 43, 54, 142, 268, bei der Landesregierung anzutragen;
 - 2) die Regierung zu ersuchen, bei der hohen Bundesversammlung die geeigneten Schritte zu thun, daß die schon seit 1815 im Art. 19. der Bundesacte verheißene Regulirung des Handels und Verkehrs zwischen den verschiedenen Bundesstaaten endlich ins Leben trete;
 - 3) daß zur Einrichtung eines Handelsgerichts in der Stadt Braunschweig, behuf Entscheidung der eigentlichen Handelsstreitigkeiten und Leitung der Concurse von Kaufleuten, ein Gesekentwurf vorbereitet und der künftigen Ständerversammlung vorgelegt werde, imgleichen
 - 4) zur Steuer des Unfugs der s. g. wilden Ehen, welcher, zumal auf dem Lande, immer mehr überhand nehme, die Kreisdirectionen insbesondere instruiert werden möchten,
- wurden in beiden Sectionen aufgenommen.

Der Antrag:

„es möge die Regierung ersucht werden, wegen Aufhebung der Privilegien der Weinhändler und Freigebung des Weinhandels eine Proposition der künftigen Ständerversammlung vorzulegen“,

sahen den Mitgliedern in den Voraussetzungen, unter welchen darauf einzugehen sein würde, und in den Folgen, welche mit der Ausführung verknüpft sein dürften, einer umständlicheren Erwägung, als welche bei dem bevorstehenden Schlusse der Verhandlungen statthast sei, zu bedürfen.

(Die Fortsetzung folgt.)

V e r h a n d l u n g e n

d e s

Landtages des Herzogthums Braunschweig.

Sitzung vom 9. October 1832.

Vom Präsidium der Stände wurden die nachfolgenden höchsten Entschliefungen auf die Anträge in Betreff der Feuerordnung der Versammlung mitgetheilt:

Entschliefungen Sr. Herzogl. Durchlaucht auf die Anträge löblicher Landschaft, die Feuerordnung betreffend.

§. 3. Die Bedenken, welche gegen die Zahlung der Entschädigungs-Summe aus der Brandversicherungs-Casse eintreten, sind gegründet und wird daher die Entschädigung von der Gemeinde übernommen werden müssen.

§. 23. Die Bestimmung, daß den Hausgenossen das Recht und die Pflicht zustehe, sich einander zur Beobachtung der Vorsicht anzuhalten, ist für zweckmäßig gehalten, sie kann jedoch erst am Schlusse des §. aufgenommen werden, da diese gegenseitige Befugniß und Verpflichtung mit dem einseitigen Rechte und der Pflicht des Familienhauptes nicht zusammen zu fassen ist.

§. 26. Der Zusatz bei freiem Lichte ist angenommen.

§. 31. Die Worte in dessen Nähe sind gestrichen, und es ist hinzugefügt:

„Wenn aber die Noth erfordert, daß im Orte oder in dessen Nähe ein Feuergewehr abgeschossen werde, so muß dasselbe mit einem Pfcopfen von Wolle oder Haaren geladen werden.“

§. 32. Der §. ist folgendermaßen gefaßt:

„Außerhalb des Zimmers ist das Rauchen aus Pfeifen ohne Kapsel und mit Cigarren untersagt. Gänzlich verboten ist dasselbe auf Wirthschaftshöfen, in Scheunen, Ställen und auf Böden, so wie überhaupt beim Ausladen und Fortschleppen von Früchten und Stroh.“

§. 33. Die Worte: in der Nähe, sind hier ebenfalls gestrichen.

§. 45. Die von der Commission dafür angeführten Gründe, daß das Amt der Feuer- geschwornen zugleich den Ortsgeschwornen übertragen werden solle, sind zu überwiegend, als daß davon wieder abgegangen werden kann.

§. 47. Die Hinweglassung dieser Bestimmung ist genehmigt.

§. 48. 1) Der Zusatz, hinsichtlich der nicht versicherten oder zu gering versicherten Gebäude;
2) die Streichung der Worte: „in Ermangelung einer darüber bereits bestehenden Ob- servanz;“ und

3) die Verwandlung der Worte: „Rittergüter“ in „Privat-Besitzungen“ ist zugestanden.

§. 57. Die Autorisation zur Aufnahme eines Anlehns, Behuf Anschaffung der Feuer- geräthe, so wie die Herbeischaffung der Mittel zu Wiederbezahlung dieses Anlehns, scheint zu einer Bestimmung in der Feuerordnung sich nicht zu eignen, und wird demnächst durch besondere Verfügungen angeordnet werden können. Dagegen ist

§. 58. Der Zusatz: „innerhalb der nächsten drei Jahre“ aufgenommen.

§. 68. Die Veränderung des Wortes: „Rittergüter“ in „Privatbesitzungen“ ist zugestanden.

§. 78. Das Wort: „Späten“ ist in „Hacke“ verändert.

§. 107. Der Zusatz: „daß jedem Schullehrer von der Gemeinde ein Exemplar gegeben werde, damit er davon zweckmäßigen Gebrauch beim Unterrichte machen könne,“ ist angenommen.

§. 108. Dieser §. ist, da der Inhalt nicht mehr realisiert werden kann, gestrichen.

§. 111. Der erste Theil dieses §. ist gestrichen.

§. 112 — 116. Der ausgedrückte Wunsch, daß dem richterlichen Ermessen nicht ein so großer Spielraum in der Anwendung der Geldstrafen auf die verschiedenartigen Vergehungen gelassen werden möge, würde durch eine speciellere Beziehung auf diese Vergehungen nicht erreicht werden können, weil die Abstufung der Strafen immer nur nach der Verschiedenheit der Willensbestimmung des Contravenienten und nach dem geringeren oder höheren Grade der Gefahr, welche durch die Contravention für die allgemeine Sicherheit entsteht, abgemessen werden kann, dieser Maßstab aber für jeden einzelnen Fall besonders normirt, und daher nicht sowohl von dem Gesetzgeber, als vielmehr von dem Richter berücksichtigt werden muß.

Es genügt daher, wenn ein Maximum und Minimum der Strafen bestimmt, die Ermäßigung derselben aber dem richterlichen Ermessen überlassen wird, und es kann wohl nicht behauptet werden, daß das Minimum von 1 \mathfrak{C} in den angegebenen Fällen zu hoch bestimmt sei, seitdem §. 32 das Rauchen im Allgemeinen erlaubt und nur an besonders gefährlichen Orten verboten ist. — Unter diesen Umständen wird die proponirte Festsetzung der Strafen beibehalten werden müssen.

§. 115. Der Zusatz: daß der Dirigent zu den nöthigen Zwangsmitteln ermächtigt werde, wird als zweckmäßig zugestanden, da hierin aber keine eigentliche Strafbestimmung, sondern nur eine Executionsmaßregel enthalten ist, so wird dieser Zusatz besser im §. 90 seinen Platz finden.

§. 117. Die Beschränkung der Strafe auf den Fall des Nichtbesitzes der Feuer-Ordnung wird zugestanden.

§. 119. Bei diesem §. wird die erste Fassung beibehalten werden, mit dem über die Vertheilung der Prämien von der Commission in Vorschlag gebrachten Zusätze.

Der Gesekentwurf ward hierauf in erster Section, wo 39 Stimmen geführt wurden, einstimmig, in zweiter Section, wo die Zahl der Stimmen sich auf 32 belief, mit 31 bejahenden gegen eine verneinende Stimme angenommen.

Präsidium machte darauf Vortrag von dem Inhalte des Schreibens Herzogl. Staatsministerii vom heutigen Tage, betreffend die in den Landtagsabschied aufzunehmenden transitischen Bestimmungen. — Die wegen Feststellung des nächstjährigen Etats gemachten alternativen Vorschläge: daß entweder

- 1) die Landesregierung denselben, so weit dieses bisher von ihr geschehen, für sich allein feststelle, oder
 - 2) sie zu dem Ende löbliche Landschaft nochmals vor dem Schlusse des Jahrs convocire, oder
 - 3) mit den Ausschüssen diese Angelegenheit berathe und verhandle,
- veranlassen eine umständliche Erörterung. Der Vorschlag ad 3, welchen die Regierung selbst für den angemessensten erklärt hatte, ward auch von vielen Mitgliedern der Versammlung für den den Verhältnissen am meisten entsprechenden gehalten. Von Anderen wurde dagegen bemerkt, daß, wenn auch jener Vorschlag dem Principe am meisten zusage, das Eingehen auf denselben dennoch höchst bedenklich sei: es dürfe nämlich, weil der künftigen Ständeversammlung die gründliche Prüfung der Ausgabepositionen überlassen bleiben müsse und in den mannigfachen Beziehungen, wo die erste Feststellung derselben einen Anhalts-

punkt für die Zukunft abgebe, derselben nicht vorgegriffen werden dürfe, der nächstjährige Etat nur als ein Interimisticum betrachtet werden, und könne eine Mitwirkung der gegenwärtigen Ständeversammlung und ihrer Ausschüsse bei Aufstellung desselben, diese Eigenschaft nur gefährden, ohne einen reellen Nutzen zu stiften, weil in der vorerwähnten Rücksicht man sich doch möglichst an das Bestehende würde halten müssen. Es wurde auf diese Erörterung der Antrag gestützt:

daß der Regierung die Staatshaushaltsausgaben mit möglichster Berücksichtigung der bisherigen Etats und der mit den Ständen abgeschlossenen Verträge für das nächstfolgende Jahr zu bestimmen überlassen und dabei erklärt werden möge, daß die dormalen erhobenen Steuern ohne Erhöhung noch für das nächste Jahr bewilligt sein sollten.

Nachdem von mehreren Mitgliedern für und gegen diesen Antrag geredet war, ward zur Abstimmung darüber geschritten, und derselbe in erster Section einstimmig, in zweiter Section aber mit 25 gegen 7 Stimmen angenommen. — Die in dem gedachten Schreiben ad 1 dahin vorgeschlagene Bestimmung: „es sollen die in der neuen Landschaftsordnung der Ständeversammlung und dem Ausschusse verliehenen Rechte bis zur Eröffnung der neu gewählten Ständeversammlung von den jetzigen beiden Sectionen löblicher Landschaft und den jetzigen Ausschüssen ausgeübt werden,“ wurde für angemessen erachtet und mit dem Zusatze am Schlusse: „mit Beibehaltung der bisherigen Zusammensetzung und Formen“ ausgeübt — angenommen. Hinsichtlich des zweiten Vorschlags:

„es sollen die bestehenden und bewilligten Steuern und Abgaben für das nächste Jahr forterhoben werden und der Staatshaushaltsetat für dieses Jahr nach vorgängiger Berathung und Verhandlung mit den Ausschüssen festgestellt werden,“

ward eine dem vorerwähnten Entschlusse entsprechende Aenderung zur Verhandlung mit Herzöglichem Staatsministerium verstellt.

Ein Mitglied der ständischen Commission machte hierauf Vortrag über die Gründe, aus welchen diese sich für die Annahme des unterm 7ten October mit der Krone Hannover vorläufig abgeschlossenen Vertrags erklärt habe, und ward hierauf die Frage näher erörtert: ob die Ermächtigung des Ausschusses in der Art, wie sie im Ministerialschreiben vom 6ten dieses vorgeschlagen worden, für angemessen zu halten sei oder nicht? Es wurden einzelne Fälle, namentlich die, in welchen es sich um die Erleichterung des Verkehrs mit Landesproducten und einzelnen Fabrikaten handele, ausgehoben, und ward ziemlich allgemein dafür gehalten, daß es höchst bedauerlich sein werde, wenn der Ausführung solcher offenbar zweckmäßiger Vertragsbestimmungen Hindernisse in den Weg gelegt werden sollten; dagegen wurde es von Vielen bedenklich gefunden, die Beurtheilung solcher, das Zoll- und Accise-System ändernder eigentlicher Handelsverträge einzelnen Ständemitgliedern zu überlassen, und das Temperament in Antrag gebracht, daß der Ausschuss Gutachten von Sachverständigen einzuziehen und darauf bei seiner Entschließung mit Rücksicht zu nehmen angewiesen werden möge. — Mit dieser Nebenbestimmung wurde über den Vorschlag der Regierung abgestimmt, und derselbe in erster Section mit 23 gegen 12, in zweiter Section aber mit 19 gegen 13 Stimmen angenommen.

S i t z u n g v o m 10. O c t o b e r.

Vom Präsidium ward über die höchsten Entschließungen Vortrag gemacht, welche auf die ständischen Anträge zu der landesfürstlichen Proposition einer Gesindeordnung dahin erfolgt waren.

Entschließungen Sr. Herzogl. Durchlaucht auf die Anträge löblicher Landschaft in Beziehung auf die proponirte Gesinde-Ordnung.

§. 1. Der vorgeschlagene Zusatz der vor wirthschaftlichen Dienste, würde zur Folge

haben, daß der in der dritten Zeile enthaltene Ausdruck gemeinen nun nicht mehr auf die wirthschaftlichen Dienste bezogen werden könnte, so daß auch die nicht gemeinen wirthschaftlichen Dienste, namentlich die der Verwalter und Administratoren zum Gesindedienste gerechnet werden müßten. Da jedoch auf diese Weise der Begriff des Dienstverhältnisses zu weit ausgedehnt werden würde, und das Wesen des Dienstvertrages auf der Verpflichtung zu gemeinen Dienstleistungen beruht; so ist die Beibehaltung der ersten Fassung für nothwendig erachtet.

§. 7. Die Bestimmung des Dienstantrittes der Schäferknechte auf den 1sten Mai ist angenommen.

§. 11. Der Zusatz: „wenn das Gesinde sich nach abgeschlossenem Mietcontracte verhehlicht hat,“ ist zugestanden. Eben so zweckmäßig scheint aber auch der fernere Zusatz: „wenn verhehlichtes Gesinde beim Abschlusse des Mietcontractes sich für unverheirathet ausgegeben hat.“

§. 19. Die Hinweglassung des Wortes „geringe“ ist zugestanden.

§. 22. Die Schlußworte im ersten Absätze sind dahin berichtigt: „entweder durch dessen Angehörige oder aus dem Vermögen desselben, und wenn dieses nicht zureicht, nach den in Ansehung 1c.“ Außerdem ist zu §. 15 der Zusatz nach dem ersten Absätze gemacht: „Auch ist das gemeinschaftliche Gesinde einer Herrschaft auf deren Anordnung zu gegenseitiger Verpflegung in Krankheitsfällen verpflichtet.“

§. 30. Nr. 5. Die Hinweglassung der Worte: „gegen die Herrschaft“ ist zugestanden.

Hiernächst ward zur Abstimmung über den Gesekentwurf geschritten, und wurde derselbe in erster Section einstimmig, in zweiter durch 29 bejahende gegen eine verneinende Stimme angenommen. Ein Mitglied der ständischen Commission erstattete hierauf Bericht von der auf den Grund des Art. 24 der Landschafts-Ordnung jener aufgetragenen Nachsicht der Steuer-Cassen-Rechnungen dahin: es hätten zwar die sämmtlichen bis jetzt aufgestellten Steuer-Cassen-Rechnungen und dazu gehörigen Actenstücke der Commission vorgelegen, dieselbe habe jedoch nur auf eine oberflächliche Einsicht derselben sich beschränkt, weil der hauptsächlichste Zweck einer Revision mit Annahme des Vorschlags einer Cassenvereinigung hinwegfalle. Dieser müsse nämlich darin gesucht werden, daß die Ständeverammlung über die Verwendung der erhobenen Steuern zu den auf die Steuer-Casse übernommenen Staats-haushaltsausgaben vergewissert und in den Stand gesetzt werde, wegen der aus derselben bestrittenen, ihrer Beschaffenheit nach der Cammercasse obgelegenen Ausgaben ihre Zuständigkeiten zu verfolgen. Mit dem Eingehen auf die Cassen-Vereinigung habe die Revision in dieser Beziehung ihren Werth verloren und komme nur noch die Frage in Betracht: ob und welche Ausgaben sich dazu eigneten, einen Anspruch auf das Privatvermögen des Herzogs Carl zu begründen? Diese Frage sei anscheinend zur Genüge vom engeren Ausschusse erörtert und besage der eingesehenen Proceßacten wegen solcher Ansprüche auf das noch im Lande befindliche Privatvermögen des Herzogs Carl ein Arrest ausgewirkt. Eine specielle Uebersicht der in den verflossenen 9 Jahren bei der Steuer-casse vereinnahmten und für die einzelnen Etatsgegenstände verausgabten Summen, welche aus jenen Rechnungen ausgezogen war, wurde vorgelegt.

Nach einer längern Debatte, welche darüber geführt wurde, ob man sich hierbei beruhigen dürfe, oder eine genaue Revision der Rechnungen annoch veranlassen müsse, ward der Antrag gemacht,

es möge der Ausschuss mit einer solchen speciellen Revision beauftragt und angewiesen werden, über die Resultate derselben schriftlichen Bericht an die künftige Ständeverammlung zu erstatten,

und dieser Antrag durch Abstimmung in erster Section, wo die Zahl der Stimmen durch Zutritt von Mitgliedern auf 34 gestiegen war, von 22 gegen 12, in zweiter Section von 18 gegen 12 Stimmen angenommen.

Schlusssitzung vom 11. October 1832.

Vom Präsidium wurden die nachfolgenden höchsten Entschliessungen auf die ständischen Anträge zur Proposition des Gesetzes, die Baudirection betreffend, der Versammlung mitgetheilt.

Entschliessungen

Sr. Herzoglichen Durchlaucht auf die Anträge löblicher Landschaft über den Gesetzentwurf, die Baudirection betreffend.

§. 1. Daß das Amt des Bau-Directors keinem technischen Bau-Officianten, sondern nur einem qualificirten Beamten aus den übrigen Verwaltungsbehörden anvertrauet werden dürfe, ist bei der Stellung der Baudirection gleich anfänglich für nothwendig erkannt worden. Bei der Wichtigkeit und Eigenthümlichkeit dieses Postens, der nicht nur gewisse Vorkenntnisse im Bau- und Rechnungsfache, sondern auch eine practische Geschäftsfähigkeit in diesem Administrationszweige voraussetzt, welche manchem andern noch so tüchtigen Director abgeht, ist es keinesweges gerathen, die Wahl auf die Vorgesetzten der übrigen Verwaltungsbehörden zu beschränken, vielmehr wird dieselbe auf die sämmtlichen Mitglieder dieser Behörden ausgedehnt bleiben müssen. Der Director und die übrigen Mitglieder des Finanz-Collegiums, unter welchen sich in der Regel die qualificirtesten Bau-Directoren finden werden, von der Wahl zum Voraus und für immer auszuschließen, dazu mögte ein hinlänglicher Grund nicht vorhanden sein. Will man Collisions-Fälle annehmen, so können solche ebenfalls bei der Bekleidung der Directorstelle durch einen andern Beamten gedacht werden. Die Persönlichkeit wird hier in der Regel entscheiden, und die Landesregierung, welche mit der Geschäftsfähigkeit ihrer Beamten am genauesten bekannt sein muß, wird eintretenden Falls zu beurtheilen haben, ob die Bedenklichkeiten, welche durch die Ernennung eines Bau-Directors aus dem Personal des Finanz-Collegiums vielleicht eintreten könnten, durch die Vortheile überwogen werden, die von der Geschäftsführung eines vielleicht ausgezeichneten Directors zu erwarten sind.

§. 2. Die Geschäftsaufträge können von der Bau-Direction nur dann durch die Kreis-Directionen an die Aemter gelangen, wenn das Geschäft in den Wirkungskreis der Kreis-Directionen einschlägt und ohne deren Mitwirkung nicht zur Ausführung kommen kann. In allen anderen Verwaltungsangelegenheiten würde es zeitraubend, belästigend und ordnungswidrig sein, wenn die Anweisungen durch die Kreis-Directionen an die Aemter gelangen sollten. Dergleichen Geschäfte, namentlich bei Abschließung von Verdingungs-Contracten, bei Licitationen, Veräußerungen, Bescheinigungen u. kommen häufig vor, und die unmittelbare Einwirkung der Baudirection auf die Aemter in allen dazu geeigneten Fällen liegt zu sehr in der Natur der Sache und in der gegenseitigen Stellung der Ober- und Unterbehörden, als daß über die Verpflichtung der Aemter, den Anweisungen der Baudirection, insofern dieselben innerhalb der Grenzen ihrer Competenz enthalten sind, zu genügen, irgend ein Zweifel entstehen könnte.

Aus diesem Grunde ist es unbedenklich, diese Bestimmung, welche auch in dem Gesetze über die Organisation der Cammer nicht enthalten ist, hinwegzulassen.

Ein Gleiches kann auch hinsichtlich der Coordination der Baudirection zu den übrigen Landes-Collegien geschehen, da diese Bestimmung sich aus der unmittelbaren Stellung der Baudirection unter dem Staats-Ministerium schon von selbst versteht.

§. 4. Die Mitwirkung der Baudirection bei den Bauwerken der zweiten Abtheilung ist durch die Hinweisung auf §. 9, wo dieser Gegenstand näher erörtert ist, dem Commissionsantrage gemäß, beschränkt. — Eine gänzliche Ausnahme der Berg- und Hütten-Bauten, welche den eigentlichen Betrieb betreffen, ist unthunlich, da die Hütten-Officianten die wichtigen und umfassenden Betriebsbauten auszuführen völlig außer Stande sind.

So sind namentlich die technischen Anlagen auf der Fabrik zu Fürstenberg, die Bauten auf der Glashütte zu Schorborn ic., das Cylindergebläse zu Rübeland und dergleichen mehr theils ausschließlich, theils unter Mitwirkung der Baubehörde ausgeführt worden.

Hiernach wird es zweckmäßig sein, die Mitwirkung der Baudirection auf die von der Berg- und Hütten-direction zu bezeichnenden einzelnen Fälle zu beschränken und im §. 9 am Ende des zweiten Abschnittes den nöthigen Zusatz zu machen.

§. 5. Da die Bauofficianten und deren Gehülfen, durch welche die Controlle über die Chauffeegeld-Recepturen ic. allein auf eine zweckmäßige Weise ausgeführt werden kann, nicht unter dem Finanz-Collegium, sondern unter der Baudirection stehen, so können sie auch nur von dieser Instructionen erhalten. — Zweckmäßig wird es jedoch sein, wenn diese Instructionen unter Zustimmung des Finanz-Collegiums erlassen werden, und wird die nöthige Bestimmung am Schlusse des ersten Absatzes hinzugefügt werden.

Statt: »Rechnungen abnehmen«, welcher Ausdruck mißverstanden werden könnte, wird zu setzen sein: »Register abzuschließen«, welches ein nothwendiges Geschäft des Controlleurs enthält. — Diese durch die Bau-Bedienten zu führende Controlle schließt übrigens die Befugniß des Finanz-Collegii, durch dessen eigene Officianten zu Zeiten eine Recherche vornehmen zu lassen, nicht aus. Zu einer ständigen Controlle, wie sie durch die Baubedienten geführt werden kann, besitzt dasselbe kein Personal, da die Accise-Officianten unter der Steuer-Direction stehen, und falls man diesen die Controlle übertragen wollte, die Verwaltung der Chauffeegelds- und anderen Recepturen der Steuerdirection zugetheilt werden müßte, wodurch manche Inconvenienzen herbeigeführt werden würden.

§. 8. Die Chauffee- und Weggelds-Erheber stehen hinsichtlich ihrer Geschäftsführung zunächst unter der Baudirection. Diese ist bei der Auswahl der anzustellenden Erheber vorzüglich interessirt. Da es indessen zweckmäßig sein wird, dem Finanz-Collegium hierin eine gewisse Mitwirkung zuzugestehen, so werden zwar die Worte: »so wie der Chauffee- und Weggelds-Erheber« zu streichen, dagegen wird am Schlusse des §. der Zusatz zu machen sein:

»In Ansehung der Chauffee- und Weggelds-Erheber hat die Bau-Direction diese Vorschläge zunächst an das Herzogliche Finanz-Collegium gelangen zu lassen, welches dieselben, mit seinem Gutachten begleitet, dem Herzogl. Staats-Ministerium einreicht.«

§. 11. Der Zweck der neuen Organisation ist auf die Abstellung der bisherigen Mängel und auf die Einführung eines ordnungsmäßigen raschen Geschäftsganges gerichtet.

Ist zur Erreichung dieses Zweckes die Zuziehung eines Baurathes zu den Sitzungen der übrigen Landes-Collegien, in welchen die Vorfrage über Baugesegenstände zu erörtern ist, erforderlich, so wird dieses ein Gegenstand der der Baudirection und den übrigen Behörden zu ertheilenden Instruction sein. Für jetzt aber liegt diese Nothwendigkeit bei der gänzlich veränderten Stellung der einzelnen Behörden zu dem Bau-Departement nicht vor, und am wenigsten kann es für rathsam erachtet werden, über den Geschäftsgang im Voraus gesetzliche Bestimmungen zu treffen, deren Zweckmäßigkeit aus der Sache selbst nicht abzunehmen steht.

§. 15. Die Streichung der Worte »noch nicht vorhandener — sei es durch Neubau oder Reparatur — und vorzugsweise« wird in der Hinsicht, daß bei Neubauten fast immer Veränderungen und Verbesserungen hinsichtlich der Einrichtung zur Frage kommen, die Bestimmung also doch nie in Anwendung gebracht werden wird, zugestanden.

§. 23. Daß bei der Aufstellung und Ablegung der Baurechnungen ein rascher Ge-

schäftsgang eintreten möge, muß vorzugsweise in dem Interesse der Regierung liegen. Es sind deshalb bei der Bearbeitung dieses Gesetzentwurfes schon verschiedene Bestimmungen über die Berechnungen der bewilligten Bausummen, vorzüglich wenn solche in Abschlagszahlungen auf die in dem Etatjahre nicht vollendeten Bauten bestehen, in Vorschlag gebracht. Da indessen alle diese Vorschläge bei den in den Verhältnissen liegenden nicht zu verkennenden Schwierigkeiten den Zweck nicht erfüllen konnten, so hat man für angemessen erachtet, diesen Gegenstand einer Berathung zwischen der Bau-Direction und dem künftigen Finanz-Collegium zu unterstellen und demnächst eine dem Zwecke entsprechende Instruction zu erlassen. Diesemnach würde es nicht angemessen sein, in das Gesetz eine Bestimmung aufzunehmen, welche vielleicht in den später anzuordnenden Geschäftsgang störend eingreifen könnte.

§. 27 und 28. Bei diesen §§. möchte, insoweit sie nur eine Hinweisung auf den §. 4 No. 2 enthalten, eine Aenderung nicht erforderlich sein, da die Mitwirkung der Bau-Direction bei den Bauwerken der zweiten Abtheilung immer nur unter der §. 9 enthaltenen Beschränkung eintreten kann. Aus gleichem Grunde wird auch die von der Commission an verschiedenen Orten in Vorschlag gebrachte Veränderung des Wortes »Bauten« in »Staatsbauten« hinwegfallen müssen, da die Vorschriften sich auf alle der Bau-Direction überwiesene Bauten beziehen, die Ueberweisung der Bauwerke zweiter Abtheilung aber immer nur durch die Verwaltungsbehörden nach §. 9 erfolgen kann.

§. 29. Die Streichung dieses §. ist zugestanden.

Eine Ausfertigung des Gesetzentwurfes nach den für zweckmäßig erachteten Veränderungen ist beigelegt.

Ein Mitglied der ersten Section bemerkte beim §. 11: Der von der Ständeversammlung gemachte Antrag, daß der betreffende Rath in der Baudirection zu den Sitzungen der Administrationsbehörde, in welchen die Vorfrage über Baugesegenstände verhandelt würde, möge zugezogen werden können, habe sämmtlichen Mitgliedern für die Förderung des Geschäftsganges bei der Herzoglichen Cammer von so großer Wichtigkeit erschienen, daß es bezweifeln müsse, man werde sich bei der in der höchsten Entschliesung dieserhalb gemachten schwankenden Zusage beruhigen können.

Demselben ward entgegnet, daß jene Bestimmung allerdings nicht in das Gesetz über die Bildung und den Geschäftskreis der Baudirection, sondern wohl nur in die Instructionen für verschiedene Verwaltungsbehörden gehören dürfte, und daß die Erfüllung der in den höchsten Entschliesungen gemachten Zusage nicht bezweifelt werden könne, wenn die betreffenden Verwaltungsbehörden auf den Grund der zu machenden Erfahrungen darauf anzutragen sich veranlaßt finden sollten.

Nachdem der Vortrag des Präsidiums beendet und eine weitere Erinnerung nicht gemacht war, ward über den Gesetzentwurf mit den zugestandenen Modificationen abgestimmt, und derselbe in erster Section, wo 35 Stimmen geführt wurden, einstimmig, in zweiter Section mit 30 gegen 2 Stimmen angenommen, von diesem Ausfalle aber sofort an die Landesregierung berichtet.

Der vom Herzoglichen Staatsministerium mitgetheilte Entwurf des Landtagsabschiedes und dessen Schreiben vom 9. dieses, enthaltend die Nachricht der erfolgten höchsten Zustimmung zu den Anträgen der Stände, daß

- 1) die im §. 12 des Nebenvertrages für den Klosterfonds angenommene Quote des Gesamtertrages der Cammer- und Kloster-Försten als ein Interimisticum bis zur Ermittlung des wahren Verhältnisses bezeichnet,

2) aber die Vacanz im engern Ausschusse ausschließlich in Beziehung auf ständische An-
gelegenheiten wiederum ergänzt werde,
wurden vom Präsidium der Versammlung bekannt gemacht.

Beim Art. 3 des Landtagsabschiedes wurde bemerkt, daß, da die Mitglieder des engern Ausschusses mit Ausführung der Verwaltungsgesetze andere Posten erlangen dürften, die Bestimmung nöthig sein werde, daß nichts desto weniger sie im Ausschusse bleiben sollten. — Die zur Verhandlung über die Redaction des Abschiedes deputirt gewesenen Mitglieder be-
richteten, daß dieser Punct in der Conferenz zur Sprache gebracht und vom Herzoglichen Staatsministerium das Verbleiben der Mitglieder des engern Ausschusses, einer Aenderung ihrer Dienstverhältnisse ungeachtet, als sich von selbst verstehend, in der Hinsicht erwähnt sei, weil der Grund der Bestimmung des §. 34 der Landschaftsordnung hinwegfalle. Man hielt dafür, daß diese Erklärung sich schriftlich zu erbitten das Angemessenste sein werde, und ward das desfallsige Schreiben sofort gefaßt.

Beim Art. 4 daselbst ward nach den Worten: »in dem Finanz-Nebenvertrage vorge-
schriebenen Form« die Einschaltung der Worte: »und nach Maßgabe der mit den Ständen getroffenen Vertragsbestimmungen, auf deren Antrag ic.« für nöthig erachtet, und

beim Art. 10 folgende Schlußbestimmung: »und wie die Verhandlungen noch nicht zum Schlusse gebracht sind, so sollen dieselben mit den dazu von der Ständeverversammlung beauftragten und mit Instruction versehenen Ausschüssen fortgesetzt werden«, als der Lage der Sache entsprechend, gewünscht.

Die Herren Präsidenten wurden von der Versammlung ersucht, sich mit dem Land-
syndicus zu dem versammelten Staatsministerio zu begeben und den Antrag um Aufnahme dieser Aenderungen mündlich zu motiviren.

Nach ihrer Rückkehr berichteten die Präsidenten über die zugestandenen Anträge, und wurden noch die nachbemerkten von einzelnen Mitgliedern ausgesprochenen Wünsche, daß

1) Leggeanstalten, besonders im Weserdistricte, errichtet,

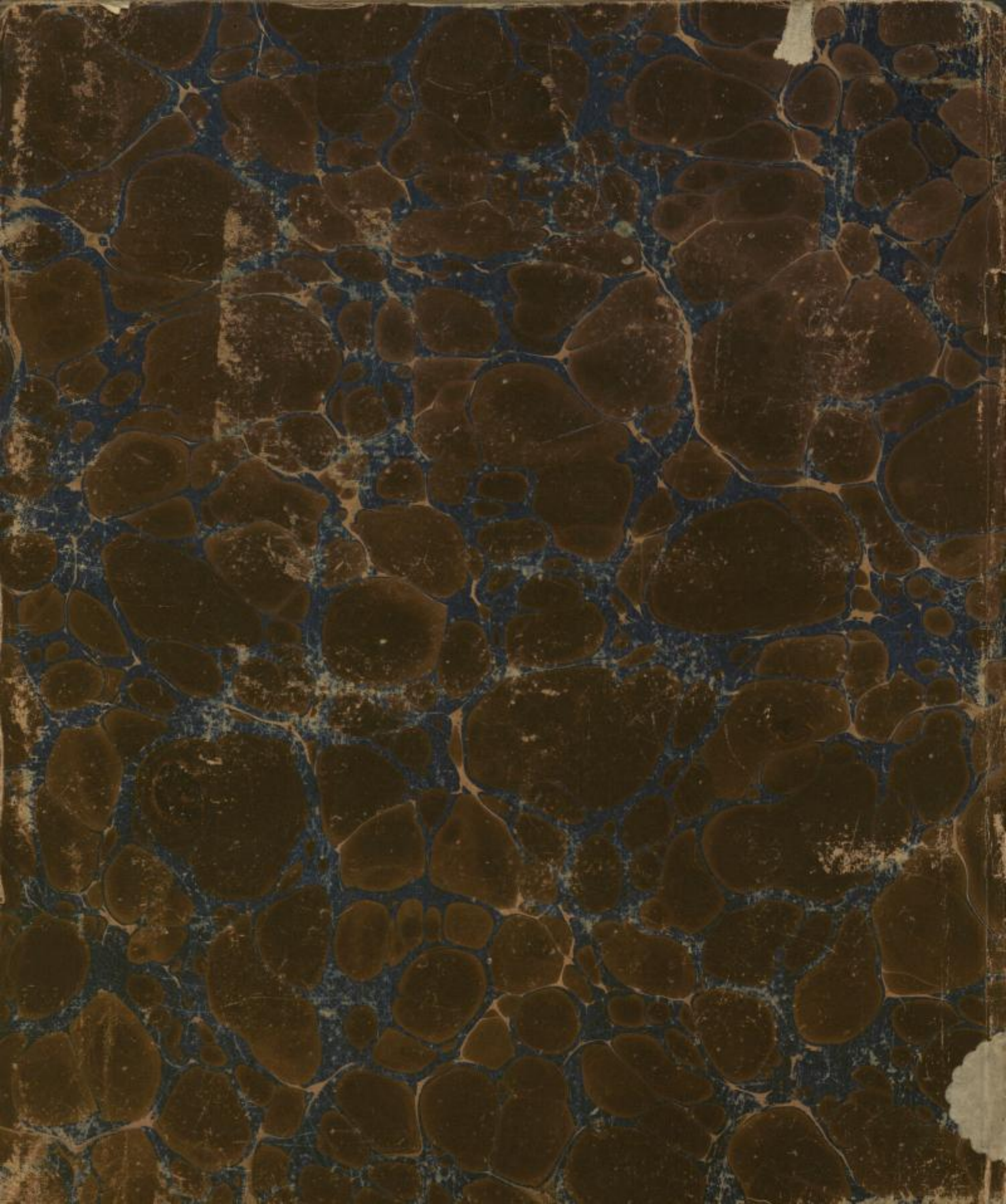
2) die Verordnungen und Gesetze durch die überall im Lande gelesenen Braunschweig-
schen Anzeigen bekannt gemacht werden möchten,

den Ausschüssen zur nähern Prüfung und eventuell zur weitem Verfolgung empfohlen.

Dem Antrage eines Mitgliedes aus erster Section: »es möge die Regierung ersucht werden, dem Ueberhandnehmen des Nothstandes in den Landgemeinden durch Errichtung von Arbeitsanstalten in den Bezirken der Kreisdirectionen mit Berücksichtigung der Localitäten vorzubeugen«, ward entgegnet, daß eine Arbeitsanstalt in Bevern jetzt errichtet, und wohl erst abzuwarten sei, ob sie nicht für das ganze Land genügen werde. — Wenn die Local-
verhältnisse es zuließen, daß die zur Aufnahme in eine solche Anstalt qualificirten Personen auf einen Punct concentrirt würden, so sei dieses zur Kosten-Ersparung und in jeder andern Hinsicht am zweckmäßigsten.

Der Antrag wurde in dieser Hinsicht wenigstens für jetzt nicht als zur Empfehlung geeignet gehalten.

Die Präsidenten verwiesen die Mitglieder wegen des am morgenden Tage bevorstehenden feierlichen Landtagschlusses auf das vom Hofmarschallamte angekündigte Programm, und schlossen mit einer Anrede, in welcher sie ihre Gefühle beim Scheiden ausdrückten und für das ihnen geschenkte Vertrauen dankten, die letzte Sitzung.





C	Red-Filter Negative	Cyan Printer	M	Green-Filter Negative	Magenta Printer	Y	Blue-Filter Negative	Yellow Printer
----------	---------------------	--------------	----------	-----------------------	-----------------	----------	----------------------	----------------

3.3	A	.10	.20	.30	.50	.70	M	1.00	1.30	1.60	B	1.90
-----	---	-----	-----	-----	-----	-----	---	------	------	------	---	------



green

These colors have been selected as representative of those inks commonly used in photomechanical reproduction.